

Baden-Württemberg

1. Übersicht über die Ausgaben

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden in Baden-Württemberg auf Grundlage des DAWI-Beschlusses im Jahr 2016 Beihilfen i.H.v. insg. rd. 385,43 Mio. Euro und im Jahr 2017 i.H.v. insg. rd. 448,37 Mio. Euro gewährt. Hinzu kommen Bürgschaften, zu denen vereinzelt keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vorliegen (siehe im Einzelnen unten)

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Nach Maßgabe des § 3 des Landeskrankenhausgesetzes haben die Landkreise die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern sicherzustellen. Die Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist der Betrieb von Krankenhäusern, um der Bevölkerung der Land- und Stadtkreises eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung mit Krankenhausleistungen zu gewährleisten. Das medizinische Leistungsangebot richtet sich nach dem jeweils gültigen Krankenhausplan Baden-Württembergs. Als DAWI werden die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern gem. § 1 Abs. 1 S. 3 LKHG definiert. Sie umfassen insb. folgende Leistungen:

- Medizinische Versorgungsleistungen: Innere Medizin, Chirurgie, Nephrologie, Urologie, Orthopädie, Gynäkologie/Geburtshilfe, HNO, Neurologie, Psychotherapie, Augen, Pädiatrie, Strahlentherapie, MKG-Chirurgie, Dialyse, Schmerztherapie, Neurochirurgie, Anästhesie, Radiologie und Pathologie.
- Notfalldienste: Beteiligung am Rettungsdienst.
- Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen: vorstationäre Leistungen, nachstationäre Leistungen, ambulante Leistungen
- Betrieb der Kliniken gemäß den Bestimmungen des Landeskrankenhausgesetzes Baden-Württemberg und des Krankenhausfinanzierungsgesetzes unter Einbeziehung des Krankenhausplanes von Baden-Württemberg.
- Ambulante Versorgung in den jeweiligen Fachbereichen
- sozialpädiatrische Angebote
- Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen wie:
 - a) Ausbildung von Kranken- und Gesundheitspfleger/innen;
 - b) Betrieb einer Krankenhausapotheke;
 - c) Betrieb einer Blutbank für Patienten des betrauten Unternehmens;

- | |
|---|
| d) Speisversorgung für Patienten des betrauten Unternehmens.
e) Vermietung und Verpachtung von Wohn- und Parkraum für Betriebsangehörige, Besucher und Patienten |
| |

Formen der Betrauung

Eine typische Form der Betrauung gibt es nicht. Betrauungen erfolgen z.B. mittels Verwaltungsakt, (Gesellschafter-)Vertrag, durch Gesetz, Satzung oder Beschluss des jeweiligen kommunalen Entscheidungsträgers

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Es wurden Investitionszuschüsse, die Übernahme von Bürgschaften und der Ausgleich von Jahresfehlbeträgen gewährt und Rekapitalisierungen finanziert. Zudem wurden Kassenkredite eingeräumt

Ausgleichsmechanismus

In der Regel Kostenallokationsmethode, aber auch die net-avoided-cost-Methode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses

Transparenzanforderungen

Soweit Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro gewährt werden, ist die Transparenz insbesondere über die Veröffentlichung der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Stadt-/bzw. Landkreise bzw. der Beschlüsse des jeweiligen kommunalen Entscheidungsträgers im Internet gewährleistet.

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden von Ländern und Kommunen Beihilfen i.H.v. insg. rd. 171,1 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 198 Mio. Euro (2017) gewährt. Im Berichtszeitraum wurden zudem – insoweit liegen keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vor – Bürg-

schaften, Patronatserklärungen Kassenkredite i.H.v. insg. rd. 216,7 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 209,5 Mio. Euro (2017) gewährt.

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereitstellung und Betrieb von Einrichtungen zur Betreuung, Versorgung und Pflege alter und pflegebedürftiger Menschen, vor allem Seniorenheime und Seniorenpflegeheime einschließlich Kurzzeitpflege und Tagespflege; Leistungen auf dem Gebiet der Altenhilfe und des Betriebes eines stationären Hospizes.

§ 1 Landespflegegesetz: wohnortnahe, leistungsfähige und wirtschaftliche pflegerische Versorgungsstruktur

Häusliche Krankenpflege nach SGB V

Unterhalt eines Palliativ- Care Teams.

Errichtung und Betrieb eines öffentlichen Begegnungszentrums

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen insbesondere mittels Verwaltungsakt, Vertrag und (kommunalen) Beschluss.

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Es werden insbesondere jährliche Verlustausgleiche vorgenommen oder konkrete Ausgaben erstattet. Ganz überwiegend wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses, wobei ggf. eine Trennungsrechnung geführt wird.

Transparenzanforderungen

Es wurden keine Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden vom Land und kommunalen Behörden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 2,59 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 2,06 Mio. Euro (2017) gewährt. Im Berichtszeitraum wurden zudem – insoweit liegen keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vor – Bürgschaften i.H.v. insg. rd. 8,85 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 13,3 Mio. Euro (2017) gewährt.

Kinderbetreuung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Erziehung und Bildung von Kindern und ihren Familien

Formen der Betrauung

Kommunaler Beschluss

Betrauungsdauer

i.d.R. 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Wirtschaftsplan, Nachweis im Rahmen der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses

Transparenzanforderungen

Unter 15 Mio.

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden vom Land und kommunalen Behörden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 1,04 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 1,17 Mio. Euro (2017) gewährt

b) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

ESF-Bundesprogramm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ); Förderung zur Stabilisierung, Qualifizierung und Integration von (langzeit-) arbeitslosen Menschen; das geförderte Projekt bietet die Möglichkeit, sozialräumliches Arbeiten mit dem Ziel der Arbeitsmarktintegration einzuleiten

Qualifizierungsmaßnahmen und Projekte zur Heranführung an und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt einschließlich der Herstellung und / oder Stabilisierung der Beschäftigungsfähigkeit.

Unterstützung und Betreuung junger Menschen beim Übergang Schule – Beruf, insbesondere zur Vermeidung von Schulversagen und Schulabbruch einschließlich Schulsozialarbeit.

Gemeinnützige Beschäftigungsangebote für Asylbewerber

Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund.

Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für Arbeitssuchend mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung.

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt oder durch mehrstufige Betrauungsakte (teilweise auch als "gesellschaftsrechtliche Lösung" bezeichnet).

Betrauungsdauer

Ein Jahr oder 3,5 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Der Zuschuss unterliegt einer strengen Zweckbindung. Der Zuschussempfänger hat nach den Nebenbestimmungen des Weiterleitungsbescheids ferner einen Verwendungsnachweis über die entstandenen Kosten zu führen. Es ist jährlich ein Zwischennachweis zu erbringen. Für den Fall, dass sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben für denwendungszweck ermäßigen oder sich die Deckungsmittel erhöhen oder neue Deckungsmittel hinzutreten, ermäßigt sich die Zuwendung entsprechend. Ferner ist unter bestimmten Voraussetzungen auch die Rücknahme bzw. der Widerruf der Zuwendung möglich und ist ein Erstattungsanspruch nach § 49a LVwVfG zu verzinsen.

Transparenzanforderungen

Unter 15 Mio. Euro

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Landesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 2,4 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 2,38 Mio. Euro (2017) gewährt

Sozialer Wohnungsbau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Soziale Wohnraumförderung; Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung für Bevölkerungsgruppen mit Marktzugangsschwierigkeiten; hier: Bereitstellung von Wohnraum in der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen auf Grundlage des Landesförderprogramms Baden-Württemberg: "Wohnraum für Flüchtlinge".

verlässliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarem Wohnraum, in Baden-Württemberg ist diese Aufgabe im Landeswohnraumförderungsgesetz dargestellt und umrissen

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen in der Regel mittels Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

In der sozialen Mietwohnraumförderung beträgt die Betrauungsdauer wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer 10 bis 25 Jahre.

Im Freistellungsbeschluss (Erwägungsgrund 12) wird der soziale Wohnungsbau explizit als Beispiel genannt, wann eine Anwendung des Beschlusses aufgrund der hohen Investitionssumme nicht auf höchstens zehn Jahre beschränkt werden muss.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Darlehen sowie Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

in der Regel die Net-avoided-cost-Methode, aber auch die Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Der Zuschuss unterliegt einer strengen Zweckbindung. Der Zuschussempfänger hat gemäß den Nebenbestimmungen einen Verwendungsnachweis über die entstandenen Kosten zu führen. In den Förderbestimmungen wird geregelt, dass eine zusätzliche Förderung des geförderten Wohnraums mit Mitteln des Landeswohnraumförderprogramms oder EU-Mitteln ausgeschlossen ist. In den Nebenbestimmungen wurde i.S.e. auflösenden Bedingung bestimmt, dass die Zuwendung für die Vergangenheit unwirksam wird, wenn und soweit sich die zugrunde gelegten zuwendungsfähigen Ausgaben nachträglich ermäßigen oder sich die Deckungsmittel erhöhen oder neue Deckungsmittel hinzutreten und sich dadurch die Zuwendung ermäßigt. Ferner ist unter bestimmten Voraussetzungen auch die Rücknahme bzw. der Widerruf der Zuwendung möglich und ist ein Erstattungsanspruch nach § 49a LVwVfG zu verzinsen.

In den veröffentlichten Förderprogrammen und dem Landesgesetz sind die Vorgaben sowohl zu den (oben beschriebenen) Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen.

In regelmäßigen Zeitabschnitten (jeweils nach Ablauf von drei Jahren) wird die Ausgleichszahlung anhand der Angaben des Förderempfängers zur Vermeidung einer nachträglich eintretenden Überkompensation durch die Bewilligungsstelle überprüft. Überkompensatorische Anteile sind zurückzuzahlen.

Zu den (typischen) Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmieter*innen wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können. Hierzu zählen u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen. Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderbescheids im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Geldleistungen festzusetzen.

Für den Fall einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung oder der Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

Transparenzanforderungen

Förderungen liegen unter 15 Mio. Euro

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 63,15 Mio. Euro (2016), von kommunaler Seite wurden noch 35.537,64 Euro (2016) gemeldet bzw. rd. 72,05 Mio. Euro (2017) und 2,48 Mio. von kommunaler Seite (2017) gewährt.

Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen erfolgen Betrauungen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Projekte im Zusammenhang mit Inklusion.
- Förderung der sozialen Struktur; Förderung der Alten- und Jugendhilfe; Projekte zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen; Maßnahmen zur sozialen Inklusion und Bekämpfung der Armut und jeglicher Diskriminierung.
- Einrichtungen zur Betreuung, Förderung und Bildung für verschiedene sozial benachteiligt Bevölkerungsgruppen.
- Aufbau, Betrieb und Unterhalt dezentraler städtischer Dienste und Einrichtungen, in denen Leistungen der Jugendhilfe erbracht werden; Aus-, Fort- und Weiterbildung, Qualifizierung, Beratung, Betreuung sowie Beschäftigungsförderung insbesondere von benachteiligten Menschen.

Formen der Betrauung

Gemeinderats-/ Kreistagsbeschluss

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse und Darlehen

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verwendungsnachweis durch den Jahresabschluss

Transparenzanforderungen

Es wurden keine Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Landesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 0,15 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 0,15 Mio. Euro (2017) gewährt. Weiterhin wurden Darlehen i.H.v. 80.000 Euro (2016) und 80.000 Euro (2017) gestellt

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

- ii) Energie

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Sicherstellung der Energieversorgung durch erneuerbare Energiequellen

Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zur Erreichung eines Optimums an Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbaren Energien im Bereich Bauen und Sanierung und der Reduzierung von Treibhausgasen

Formen der Betrauung

Soweit der Landesregierung von den Behörden Informationen zur Verfügung gestellt wurden, erfolgen die Betrauungen mittels Verwaltungsakt, (Gesellschafter-)Vertrag oder (kommunalen) Beschluss.

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse und Bürgschaft

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode und Net-avoided-cost-Methode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise, häufig im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da Artikel 7 des DAWI-Beschlusses nur gilt, wenn der Ausgleich für ein und dieselbe DAWI über 15 Mio. Euro hinausgeht, was bei sonstigen Ausgleichsleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a) nicht in Betracht kommt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden auf Landes- und/oder kommunaler Ebene Beihilfen i.H.v. insg. rd. 0,125 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 0,112 Mio. Euro (2017) gewährt

v) Kultur

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereitstellung und Betrieb von kulturellen und der sportlichen Betätigung dienenden öffentlichen Einrichtungen. Planung, Unterstützung und Ausrichtung kultureller Veranstaltungen

Pflege historischer Gartenanlage

Formen der Betrauung

Kommunaler Beschluss

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode und die Net-avoided cost-Methode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Höhe des Ausgleichs bemisst sich auf Basis des vom Aufsichtsrat verabschiedeten Wirtschaftsplans und Nachweis im Rahmen der Aufstellung und der Prüfung des Jahresabschlusses

Transparenzanforderungen

Keine Beihilfen über 15 Mio.

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 15,95 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 15,25 Mio. Euro (2017) gewährt. Ferner wurde eine Bürgschaft i.H.v. 12.300 Euro (2017) übernommen.

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Wirtschaftsförderung (u.a. Standortmarketing; Marktforschung; Beratung und Betreuung von Unternehmen; Errichtung und Betrieb von Gewerbe-, Technologie-, Gründer- und Wissenschaftszentren; unterstützende Maßnahmen für die Innenstadtentwicklung, insbesondere des Einzelhandels; Tätigkeiten zugunsten von Existenzgründern; Durchführung von Ausstellungen, Tagungen und Messen sowie Errichtung und Betrieb der hierfür geeigneten Gebäude und Freiflächen;).
- Tourismusförderung (u.a. Marketing; Marktforschung; Betrieb von touristischen Einrichtungen; Durchführung touristischer Aktivitäten, von Veranstaltungen, Tagungen und Kongressen; Kulturangebote, Angebot und Vermittlung touristischer Dienstleistungen; Betrieb von Kureinrichtungen).
- Parkraumbewirtschaftung (u.a. Bereitstellung und Betrieb von nicht kostendeckenden Parkraumeinrichtungen, wie Parkplätzen, Parkhäusern und Tiefgargen).
- Errichtung und Betrieb von Verkehrsinfrastrukturen (Fahrradmietsystem, Park & Ride-Anlagen, Parkgaragen).

- Messen und Kongresse (Durchführung von Messen, Stadt- und Volksfesten, Veranstaltungsorganisation, Bereitstellung und Vermietung von Räumlichkeiten).
- Bereitstellung und Betrieb von Versammlungs- und Veranstaltungsräumen.
- Gewerbegebietsförderung (Planung, Erwerb, Erschließung, Unterhaltung und Vermarktung).
- Unterstützungsleistungen für Startup-Unternehmen im Bereich Biotechnologie.
- Errichtung einer Kooperationsplattform für Unternehmen, Hochschulen und andere Institutionen für Projekte, Forschung sowie Aus- und Weiterbildung im Bereich Logistik und Mobilität (Zurverfügungstellung von Immobilien, Mittel für Forschungsprojekte).
- Umsetzung des Nahverkehrsplans (u.a. Unterhaltung der Infrastruktur für den ÖPNV, Erbringung von Verkehrsleistungen im „Anruf-Sammel-Taxi-Verkehr“, Beratung im ÖPNV).
- Durchführung des Verkehrsbetriebes (Erbringung von Beförderungsleistungen, Anschaffung und Instandhaltung); Verkehrsmanagement (Fahrplanung, operative Verkehrsorganisation, Mobilitätsberatung, Marketing, Vertrieb); Planung und Vorhaltung der ortsfesten Infrastruktur.
- Erbringung von öffentlichen Personenverkehrsleistungen.
- Sportförderung (u.a. Förderung des Breiten- und Leistungssports, Bereitstellung von Sportstätten und Stadien, Sportvermarktung, Betrieb eines Sportinternats, Entwicklung von Projekten, die dazu beitragen, Strukturen für die Nutzung der „Neuen Medien“ zu schaffen und deren Anwendung zu etablieren).
- Schwimmbäder (z.B. Betrieb von Hallen-, Erlebnis- und Freibädern zu sozialverträglichen Tarifen; Bereitstellung von räumlichen Kapazitäten für Schul- und Vereinssportschwimmen).
- Betrieb von Volkshochschulen.
- Jugendherbergen (Investitionsförderung).
- Erziehung und Unterricht (Herstellung der Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen, die keinen Berufsabschluss besitzen und arbeitslos sind).

- Weiterbildung nach Beendigung einer ersten Bildungsphase in Schule, Berufsausbildung oder Hochschule.
- Stadtsanierung und Stadterneuerung
- Betrieb von Festhallen, Kultur- und Freizeitparks (z.B. für Konzerte, Karnevalsveranstaltungen, Ausstellungen, Shows, Tagungen, Märkte und Messen).
- Naturschutz- und Landschaftspflege.
- Klimaschutz (u.a. Bereitstellung von Informationen, Entwicklung von Bildungsangeboten, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit).
- Breitbandausbau.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt typischerweise mittels Verwaltungsakt, Vertrag, Satzung oder (kommunalen) Beschluss.

Betrauungsdauer

i.d.R. 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es werden insbesondere Zuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Kapitaleinlagen, Mitgliedsbeiträge, Patronatserklärungen sowie Überlassungen von Personal und Räumen verwendet.

Ausgleichsmechanismus

Einen typischen Ausgleichsmechanismus gibt es nicht. Häufig wird ein (jährlicher) Verlustausgleich auf Grundlage einer Trennungsrechnung vorgenommen oder es werden konkrete Ausgaben erstattet. Ganz überwiegend wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise, häufig im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da Artikel 7 des DAWI-Beschlusses nur gilt, wenn der Ausgleich für ein und dieselbe DAWI über 15 Mio. Euro hinausgeht, was bei sonstigen Ausgleichsleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a) nicht in Betracht kommt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Landesregierung von den Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene Beihilfen i.H.v. insg. rd. 128,92 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 157,2 Mio. Euro (2017) gewährt. Im Berichtszeitraum wurden zudem – insoweit liegen keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vor – Bürgschaften und Darlehen i.H.v. insg. rd. 16,2 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 25,74 Mio. Euro (2017) gewährt.

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

keine

5. Sonstige Fragen

keine

Freistaat Bayern

1. Übersicht über die Ausgaben

Nach den von den bayerischen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden auf Grundlage des DAWI-Beschlusses im Jahr 2016 Beihilfen in Höhe von insg. rund 820 Mio. Euro und im Jahr 2017 in Höhe von insg. rund 778 Mio. Euro in Form von Zuschüssen, Bürgschaften, Kapitaleinlagen, grundstückbezogenen Vergünstigungen und Darlehen gewährt. Vereinzelt wurden insbesondere die Überlassung von Grundstücken gemeldet, deren Wert nicht beziffert werden konnte.

Es gab seit seiner Einführung keine Anmeldungen – und damit keine Ausgaben - auf Grundlage des DAWI-Rahmens in Bayern.

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

A. Förderungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgten Betrauungen in den folgenden Bereichen:

- Medizinische Versorgungsleistungen im Bereich von stationären so wie auch teil-, vor- und nachstationären und ambulanten Krankenhausbehandlungen mit allen zugehörigen Einzelleistungen,
- Notfalldienste,
- unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen (z.B. Unterkunft und Verpflegung, Labor, Radiologie, Physiotherapie, Gebäudereinigung, technischer Dienst, Verwaltung, aber auch Aus-, Fort- und Weiterbildung in Krankenhausberufen, Betriebsfeuerwehr, Zurverfügungstellung von Wohn- und Parkraum für Mitarbeiter, Zurverfügungstellung von Mitarbeiteressen, Betrieb von Kantinen, Krankenhausküchen, Zentralapotheken, Cafeterien und Kiosken, Immobilienverwaltung, Betrieb von Kinderkrippen, medizinische Gutachtenerstellung),
- Wohnen und Pflege für psychisch oder neurologisch kranke Menschen und Leistungen der Eingliederungshilfe,

- Altenhilfe in Form von Tages- und Nachtpflege,
- Maßregelvollzug (übertragene hoheitliche Tätigkeit),
- Poliklinik mit Forschung und Lehre und
- Vorhalteleistungen für Katastrophenschutz

Formen der Betrauung

Die Betrauungen (60 Fälle) erfolgen weit überwiegend mittels Betrauungsakt, aber auch z.B. mittels Beschluss der durch Weisung (des jeweiligen kommunalen Entscheidungsträgers) gebundenen Gesellschafter (oder Verwaltungsakt).

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer reicht von 1 Jahr bis zu - in den meisten Fällen - 10 Jahren, teilweise gibt es aber auch (erheblich) länger dauernde Betrauungen zwischen 20 und 32 Jahren aufgrund hoher Investitionen und langfristiger Abschreibungen oder die Anlehnung an die Laufzeiten von, eine Betrauung erfolgte unbefristet.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Häufig werden Zuschüsse (in Form von Investitions-, Tilgungs-, Betriebskosten-, Zins-, Liquiditäts- und Baukostenzuschüssen, Übernahme von Vorfinanzierungszinsen) gewährt und Jahresfehlbeträge ausgeglichen (Defizitausgleich, Verlustausgleich). Außerdem kommen zur Anwendung:

- Unentgeltliche Überlassung von Grundstücken/Gebäuden
- Übernahme von Bürgschaften
- Anteilige Erstattungen von Pensionslasten
- Investitionszuweisungen
- Gewährung von zinsverbilligten/zinslosen Darlehen
- Erstattung von Zins-/Tilgungsleistungen
- Schuldendienstübernahmen
- Harte Patronatserklärung
- Kapitaleinlagen

- Führung der Girokonten des Krankenhauses im Zinskompensationsverbund der Kommune ohne Belastung der Zinsen seitens der Kommune gegenüber dem Krankenhaus

Ausgleichsmechanismus

Ein Ausgleich erfolgt insbesondere auf der Grundlage des jeweiligen (Jahres-) Wirtschaftsplans.

Außerdem werden folgende Ausgleichsmechanismen angewandt:

- Investitionskostenzuschüsse entsprechend Kostenanfall
- Verlustausgleich entsprechend Leistungsnachweis
- Ausgleich der Nettokosten oder aus der Finanzbuchhaltung ableitbaren Einzelkosten
- Ermittlung der Gemeinkosten auf Basis sachgerechter Schlüssel (z.B. Flächen, Vollzeitkräfte, innerbetriebliche Leistungszahlen, Gebührenkataloge, Umsatzerlöse) bzw. wirklichkeitsnaher Schätzungen
- Zuweisungen zu den Eigenmitteln / Bauunterhalt

Es wird ganz überwiegend die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt; auch die Net-avoided-cost-Methode kommt in Einzelfällen zur Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Prüfung (durch Kommune, Wirtschaftsprüfer, Prüfungsverband) und über Mittelverwendungsnachweise, aber auch durch

- Bereitstellung der Aufwendungen nur gemäß von Kommune für die Einrichtung beschlossenen Wirtschaftsplans
- Geltendmachung etwaiger Rückforderungen durch bestehende Weisungsbefugnis der Kommune gegenüber der Einrichtung
- Vorlage einer Trennungsrechnung mit Prüfung
- Abschluss eines Nutzungsvertrags für Grundstücke/Gebäude
- Schlussrechnung über Maßnahme

- Verbescheidung mit Verwendungszweckangabe und Rückzahlungsverpflichtung bei Zweckentfremdung

Transparenzanforderungen

Entfällt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016		2017	
401.354.892,97 Euro		330.573.880,57 Euro	
	2016	2017	
Zuschüsse in vielen Formen, z.B. (Investitions-)Zuschuss, Verlustausgleich/Ausgleich von Jahresfehlbeträgen, Erstattungen, Zinszuschuss und –erstattung.	133.638.366,49 Euro	154.941.934,52 Euro	
Überlassung Grundstück / Immobilie	unbeziffert	unbeziffert	
Bürgschaften	270.016.526,48 Euro	175.699.946,05 Euro	
	3 x unbeziffert	3 x unbeziffert	
(Liquiditäts)Darlehen	23.680.000 Euro	25.820.000 Euro	
Abgabe einer harten Patronatserklärung	3.000.000,00 Euro	3.000.000,00 Euro	
Kapitaleinlage	1.000.000 Euro	1.000.000 Euro	

B. Förderungen des Freistaats Bayern im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Beträuerungen mit DAWI erfolgten in folgenden Bereichen:

- Telemedizinische Projekte
- Giftinformationszentrale München / Giftnotruf

Formen der Beträuerung

Die Beträuerung erfolgte durch Zuwendungsbescheid oder Bewilligung.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen 1 und 3 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den Unternehmen wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es wurden Zuschüsse und Zuweisungen verwendet.

Ausgleichsmechanismus

Die Zuwendungsbescheide einschließlich Auflagen, Bedingungen und Hinweisen legen den Ausgleichsmechanismus sowie die Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen insbesondere auf der Grundlage des Finanzierungsplans fest. Bestandteil der Zuwendungsbescheide sind insbesondere Regelungen zu Finanzierungsart, Fördersatz, Ausgaben- und Finanzierungsplan, Personalausgaben, Anwendung der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P), Prüfungsrechten, Auszahlung und Verwendungsnachweis. Bestandteil der Bewilligungen sind insbesondere Regelungen zu Ausgaben- und Finanzierungsplan, Personalausgaben, Prüfungsrechten, Zuweisung und Kostennachweisen.

Es wurde die Kostenallokationsmethode angewendet.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Zuwendungsbescheide enthalten Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen, insbesondere Regelungen bei Verstoß gegen Nebenbestimmungen, zur Prüfung von Auszahlungsanträgen sowie zur Rückforderung. Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung (Verwendungsnachweis) durch eine Verwendungsbestätigung ist außerdem zwingend vorgeschrieben. Dadurch wird sichergestellt, dass die zweckentsprechende Verwendung geprüft werden kann (Verwendungsnachweisprüfung).

Bewilligungen enthalten Regelungen zum Nachweis des Mittelverbrauchs und zu den Konsequenzen bei Nichtverbrauch in einem bestimmten Zeitrahmen sowie Auflagen zum Nachweis der erbrachten Projektleistungen.

Transparenzanforderungen

Entfällt.

Höhe der Beihilfe

2016	2017
529.586,09 Euro	385.061,22 Euro

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

A. Förderungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Versorgungsleistungen im Bereich der Pflege, wie die stationäre und teilstationäre Pflege, aber auch Kurzzeit- und Tagespflege von Seniorinnen und Senioren, Dauerpflege für Menschen mit unheilbarer, fortschreitender Erkrankung mit allen dazugehörigen Einzelleistungen zur Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebensendes (Hospiz), Bereitstellung und Betrieb von Senioren- und Pflegeheimen,
- unmittelbar verbundene notwendigen Nebenleistungen, u.a. die psychologische Betreuung, die Verpflegung, die Bereitstellung von Gästegarten, Besinnungs- und Gebetsraum sowie der Zimmerreinigung, Taschengeldverwaltung für die Bewohner der Einrichtungen,
- Leistungen auf dem Gebiet der Altenhilfe, wie ambulante Pflege, häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson, Sozialstation, Wohngruppen für Demenzerkrankte, Begegnungsstätte, Seniorenprogramm, betreutes Wohnen, generationsübergreifendes Quartierskonzept, Hausgemeinschaften, Wohnpflegegemeinschaften, Schwerstpflegebereich der 4. Generation,
- fachübergreifende, ambulante Behandlung von hilfsbedürftigen Menschen mit Erkrankungen im ländlichen Raum,
- präventive Gesundheitsvorsorge im ländlichen Raum,

- Förderung der medizinischen Versorgung von Patienten aus einer Hand durch Verzahnung des vorhandenen stationären Klinikbetriebs mit dem ambulanten Sektor,
- Gestellung von Notärzten gem. Rettungsdienstgesetz des Freistaates Bayern,
- ambulante psychiatrische Versorgung, ambulante Suchthilfe, Selbsthilfe
- Leistungen im Bereich der Gesundheitsförderung und Gesundheitsberatung
- Schwangerenberatungsstellen
- Errichtung und Betrieb einer Geschäftsstelle einer Gesundheitsregion Plus zur Stärkung der gesundheitlichen Versorgung

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen in der Regel mittels Betrauungsakt, in Einzelfällen mit Verwaltungsakt oder Vertrag.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer in der Regel 10 Jahre; in wenigen Fällen zwischen 1 und 5 Jahren. In einem Fall beträgt die Betrauungsdauer aufgrund der Refinanzierung der notwendigen Investitionen 30 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Häufig erfolgt der Ausgleich durch Übernahme der Jahresfehlbeträge oder Zuschüsse (in Form von Investitions- und Tilgungszuschüssen). Außerdem kommen zur Anwendung:

- Kapitaleinlagen
- (Kredit)Bürgschaften
- Unentgeltliche Nutzung und Überlassung von Grundstücken und Gebäuden

Ausgleichsmechanismus

Es werden insbesondere jährliche Verlustausgleiche vorgenommen, aber auch konkrete Ausgaben erstattet. Ganz überwiegend wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Prüfung (durch Kommune, Wirtschaftsprüfer, Prüfungsverband) und über Mittelverwendungsnachweise, aber auch durch

- Bereitstellung der Aufwendungen nur gemäß von Kommune für die Einrichtung beschlossenen Wirtschaftsplans,
- Geltendmachung etwaiger Rückforderungen (durch bestehende Weisungsbefugnis der Kommune gegenüber der Einrichtung),
- Vorlage von Trennungsrechnungen und Prüfung (durch Kommune),
- Monatliches Controlling

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016		2017	
11.060.219,34 Euro		12.484.094,66 Euro	
	2016		2017
Zuschüsse in verschiedenen Formen (Zuschuss bzw. Verlustausgleich/Ausgleich von Jahresfehlbeträgen)	10.188.961,34 Euro		10.955.049,66 Euro
Kapitaleinlage	800.000 Euro		1.459.921 Euro
Bürgschaft	71.258 Euro		69.124 Euro
Unentgeltliche Nutzung von Grundstücken und Gebäuden	unbeziffert		unbeziffert

In einem Fall war für das Jahr 2017 noch keine Angabe möglich, da noch keine Abschlüsse für das Unternehmen vorlagen.

B. Förderungen des Freistaats Bayern im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Beträuerungen mit DAWI erfolgten in folgenden Bereichen:

- Telemedizinische Projekte und Zentren
- Maßnahmen und Projekte der Suchtprävention und Suchtberatung zur Vorbeugung von Suchtgefahren durch Aufklärung und Beratung
- Maßnahmen und Projekte zur HIV/AIDS-Prävention und AIDS-Beratung zur Aufklärung über die Gefahren der Immunschwächekrankheit AIDS, über Ansteckungswege und Vermeidung einer Ansteckung mit dem HI-Virus
- Errichtung und Betrieb von Gesundheitsregionen. Die Bündelung und Weiterentwicklung von bestehenden regionalen Netzwerken soll zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und Prävention vor Ort beitragen.
- Errichtung eines Pflegeübungszentrums (PÜZ) im Landkreis Rhön-Grabfeld zur Unterstützung Pflegebedürftiger und häuslich Pflegender bei Eintritt einer Pflegesituation
- „9x Selbstbestimmt Wohnen in Oberfranken“: Untersuchung zur Akzeptanz des Einsatzes technischer Assistenzlösungen von Pflegebedürftigen, deren Angehörigen und Pflegekräften sowie zur Integration solcher Lösungen in den Pflegealltag und deren Wirkung
- Demenzgerechter Ausbau von Einrichtungen der Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege aufgrund der Förderrichtlinie Pflege – WoLeRaF Nr. 2 zur Schaffung und Verbesserung eines demenzgerechten Umfelds
- Qualifizierungsmaßnahmen in Palliative Care
- Geschäftsstelle des Bayerischen Hospiz- und Palliativbündnisses (BHPB)
- MiMi-Gesundheitsprojekt Bayern: Mit Migranten für Migranten (MiMi) - Interkulturelle Gesundheit in Bayern 2016 – 2018 für einen verbesserten Zugang von

Migranten zum deutschen Gesundheitssystem in Bayern einschließlich seiner Angebote für Gesundheitsförderung und Prävention durch mehrsprachige und kultursensible Informationsvermittlung

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte durch Zuwendungsbescheid sowie bei MiMi durch zusätzliche nachfolgende privatrechtliche Verträge.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen 1 und 5 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den Unternehmen wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es wurden Zuschüsse verwendet.

Ausgleichsmechanismus

Die Zuwendungsbescheide einschließlich Auflagen, Bedingungen und Hinweisen legen den Ausgleichsmechanismus sowie die Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen insbesondere auf der Grundlage des Kosten- und Finanzierungsplans sowie bei Förderungen nach der Förderrichtlinie Pflege – WoLeRaF Nr. 2 nach §§ 74 ff. AVSG (Zustimmungsverfahren) fest. Bestandteil der Zuwendungsbescheide sind insbesondere Regelungen zu Finanzierungsart, Bewilligungszeitraum, Förderhöhe/ Fördersatz, Kosten-/Ausgaben- und Finanzierungsplan, Personalausgaben, Anwendung der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (an kommunale Körperschaften) bzw. institutionellen Förderung (ANBest-P, ANBest-K, ANBest-I), Prüfungsrechten, Auszahlung(smodalitäten) und Verwendungsnachweis.

Ganz überwiegend wurde die Kostenallokationsmethode angewendet.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Zuwendungsbescheide und Nebenbestimmungen enthalten Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen, insbesondere Regelungen bei Verstoß gegen Nebenbestimmungen, zur Prüfung von Auszahlungsanträgen, zum Verwendungsnachweis sowie zur Rückforderung bzw. Unwirk-

samkeit, Rücknahme oder Widerruf der Zuwendung. Dadurch wird u. a. sichergestellt, dass die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung geprüft werden kann (Verwendungsnachweisprüfung). Bei Förderungen nach der Förderrichtlinie Pflege – WoLeRaF Nr. 2 werden Überkompensationen zudem durch das Zustimmungsverfahren nach §§ 74 ff. AVSG vermieden.

Engmaschige Begleitung der Zuschussempfänger.

Transparenzanforderungen

Entfällt.

2016	2017
10.143.043,24 Euro	13.198.273,29 Euro

C. Förderungen im Zuständigkeitsbereich des Finanzressorts (Staatsbäder):

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Kurbetriebsgesellschaften nehmen die operative Durchführung des Kurgeschäfts in dem jeweils in Anlage 1 der Verordnung über die Erhebung der Kurtaxe bezeichneten Gebiet wahr, u.a. die Abgabe natürlicher ortsgebundener Heilmittel sowie der Betrieb artgemäßer Kureinrichtungen zur Information, Unterhaltung, begleitenden therapeutischen Betreuung und sportlichen Betätigung der Kurgäste.

Formen der Betrauung

Eine typische Form der Betrauung gibt es nicht. Betrauungen erfolgen mittels Verwaltungsakt, (Gesellschafter-)Vertrag oder konsortialvertraglicher Regelung mit kommunalen Mitgesellschaftern.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer variiert zwischen 8 Jahren und unbefristeten Betrauungen.

Die Betrauungsdauer überschreitet zu 80% den Zeitraum von 10 Jahren, da aufgrund erheblicher Investitionen eine Einbindung kommunaler Mitgesellschafter in die Kurbetriebsgesellschaften bei geringeren Betrauungsdauern nicht erreichbar gewe-

sen wäre. Privatwirtschaftliche Mitgesellschafter konnten in keinem Staatsbad gewonnen werden.

Teilweise trägt der Freistaat die Alleinverantwortung für das operative Kurgeschäft. Eine Einbindung weiterer Mitgesellschafter ist mittelfristig nicht erkennbar. Insoweit erfolgten die Betrauungen typischerweise unbefristet.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Die Unternehmen haben als beliehene Unternehmer das Recht zur Kurtaxerhebung nach der Verordnung über die Erhebung der Kurtaxe.

Beihilfeinstrumente

Die Unternehmen erhalten Zuschüsse.

Ausgleichsmechanismus

Es wurde die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
4.676.000,00 Euro	5.893.000,00 Euro

b) Kinderbetreuung (weit verstanden, hier: Verpflegung)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgen folgende Betrauungen

- Betriebs von Großküchen mit Auslieferung der Speisen, Betrieb von Pausenverkaufsstellen für die gesunde Speiserversorgung von Schülern, Betreuern und Lehrern.
- Betrieb einer Schulmensa mit vorgegebenen Leistungsspektrum

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen mittels Betrauungsakt (einmal im Rahmen einer Konzession).

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen 4 und 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Es werden in der Regel Verluste ausgeglichen und nachgewiesene Kosten übernommen bzw. die notwendigen Räumlichkeiten und Versorgungsleistungen (Strom, Wasser, Müll) zur Verfügung gestellt.

Ausgleichsmechanismus

Ein Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des geprüften Jahresabschlusses. Es wird die Kostenallokationsmethode und die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt bzw. der Vorteil steht durch die Konzession fest.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt durch Vorlage der Jahresabschlüsse und Prüfung durch den Bayer. Kommunalen Prüfungsverband.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
655.202,50 Euro	390.970,00 Euro

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrauungen erfolgen in folgenden Bereichen:

- Allgemein Heranführung und Integration von arbeitsmarktpolitisch Benachteiligten und Langzeitarbeitslosen an und in den Arbeitsmarkt,
- Lebensweltnahe Angebote in den Stadtteiltreffs (z.B. Info-Abend zu ALG 2-Bezug, Frauenfrühstück, Sprechstunde und Informationen, Nordic-Walking-Gruppe, offene Kochgruppe für gesunde Ernährung),
- Kontinuierliche, aufsuchende Beratung und Arbeit mit teilnehmenden Bürgern (Clearing und Kompetenzen sowie Ressourcen identifizieren, Zielfindung, Eigenmotivation, Bewerbungstraining),
- Kontinuierliches Case-Management anhand der konkreten Ziele der Teilnehmer (Begleitung, Vernetzung im Hinblick auf persönliche Ziele, Vermittlung in Arbeit, in Praktika, in Kursformate und weiterführende Angebote wie Suchtberatung, Anerkennung von Qualifikationen aus dem Ausland),
- Aufbau und Stabilisierung arbeitsmarktrelevanter Netzwerke, Akquise von kooperierenden Unternehmen für Praktika,
- Jobtraining als Vermittlung von Kompetenzen,
- Unterstützung von Asylbewerbern bei der Arbeitssuche, der Eingliederung und der Qualifikation für den deutschen Arbeitsmarkt

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen durch Betrauungsakt und durch Zuwendungsbescheid.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen ein und zwei Jahren. (In einem Fall erfolgte keine Angabe).

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Es wurden Zuschüsse gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Es werden die konkreten Ausgaben nach jährlicher Aufstellung der erhaltenen Mittel und Einnahmen und nach Nachweis über die erbrachten Leistungen erstattet. Es findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise anhand des geprüften Jahresabschlusses, jährlicher Berichterstattung über evtl. Überkompensationen und Rückzahlungsverpflichtungen.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
19.585.007,90 Euro	20.245.220,60 Euro

d) Sozialer Wohnungsbau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die soziale Wohnraumförderung ist eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

Bei der sozialen Wohnraumförderung handelt es sich um Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich

allein nicht angemessen auf dem freien Markt mit Wohnraum versorgen können und daher auf Unterstützung angewiesen sind. Hierzu zählen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung sowie sonstige hilfebedürftige Personen. Die Zielgruppen sind im Wesentlichen über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss.

Die Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnungsversorgungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und -qualitäten, z.B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen.

Zugunsten der Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung kann auch eine Übernahme weiterer wohnungswirtschaftlicher, baulicher und sozialer Maßnahmen, insbesondere von solchen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Behebung sozialer Missstände und der Quartiersentwicklung, vereinbart werden.

Der Erbringer der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (wohnungswirtschaftliches Unternehmen/Vermieter) stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem günstigen Preis an die beschriebene Zielgruppe vermietet wird.

Die Zuständigkeit zur Durchführung der sozialen Wohnraumförderung liegt in Deutschland infolge der Föderalismusreform I seit 2007 bei den Ländern. Die gesetzlichen Regelungen finden sich in den Landesfördergesetzen, soweit die Länder von ihrer Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht haben. In Bayern ist dies durch Erlass des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes geschehen.

In den nachfolgenden Antworten wird dargestellt, dass die Förderung von Unternehmen, die mit der sozialen Wohnraumförderung betraut werden, von den Regelungen

des Freistellungsbeschlusses 2012/21/EU erfasst wird. Damit ist die Förderung grundsätzlich von der Notifizierungspflicht freigestellt, soweit es sich bei ihr um eine Beihilfe handelt.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt auf einer gesetzlichen Grundlage.

Unternehmen, die Fördermittel der sozialen Wohnraumförderung erhalten, werden mit einer klar definierten gemeinwohlorientierten Verpflichtung betraut. Die Förderstellen bewilligen im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs aufgrund des erforderlichen Antrags der Förderempfänger durch eine exekutive Entscheidung, in der Regel einen Verwaltungsakt. Die Betrauung enthält gemäß Artikel 4 Buchst. f) des Freistellungsbeschlusses 2012/21/EU auch einen Verweis auf den Beschluss.

Die Förderentscheidung konkretisiert insbesondere den Förderzweck, die Höhe und Einsatzart der Zuwendungen, im Falle der Darlehensgewährung die Rückzahlungsmodalitäten sowie Art und Dauer der vom Förderempfänger einzuhaltenden/ zu erbringenden Gegenleistungen.

Auf den sozialen Wohnungsbau werden die hier dargestellten spezifischen Sonderregeln bei der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse angewandt, die sich von denen anderer Sektoren, etwa im Krankenhauswesen, unterscheiden.

Betrauungsdauer

Im Mietwohnungsbau beträgt die Betrauungsdauer wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer in der Regel 10 bis 30 Jahre.

Im Freistellungsbeschluss 2012/21/EU (Erwägungsgrund 12) wird der soziale Wohnungsbau explizit als Beispiel genannt, wann eine Anwendung des Beschlusses aufgrund der hohen Investitionssumme nicht auf höchstens zehn Jahre beschränkt werden muss.

Die Förderung ist in den Ländern unterschiedlich organisiert, daher kann die Betrauungsdauer in Bayern ggf. abweichen.

Da die Betrauungsdauer für Darlehen und Zuschüsse für den Mietwohnungsbau grundsätzlich nicht unter 10 Jahre beträgt, ist der Anteil der Betrauungen mit einer

Dauer von mehr als 10 Jahren sehr hoch. Eine genaue Bezifferung ist nicht möglich, da die Förderung zum Teil durch Städte und Kommunen erfolgt.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Im Vergleich zu anderen Wohnungsunternehmen werden diesen Unternehmen in der Regel keine besonderen oder ausschließlichen Rechte eingeräumt.

Das Fördersystem ist marktwirtschaftlich orientiert. Die Förderung im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung steht grundsätzlich jeder natürlichen und juristischen Person, die ein in dem Förderprogramm beschriebenes Bauvorhaben durchführt und die geforderten Belegungs- und Mietpreisbindungen einhält, zu gleichen Konditionen zu – und zwar unabhängig von ihrem sonstigen Geschäftsfeld. Dabei werden in- und ausländische Unternehmen/Investoren gleichbehandelt. Vorteil ist hierbei u.a. – unbeschadet der Ausrichtung der Förderung am jeweiligen Bedarf – die Möglichkeit einer örtlichen Streuung der Sozialwohnungen, wodurch eine räumliche Konzentration sozial benachteiligter Personengruppen (Ghettoisierung) verhindert wird.

Üblicherweise liegt die Miete dieser Mietwohnungen unterhalb der Marktmiete.

Beihilfeinstrumente

Die Förderung wird durch zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse für anteilige Baufinanzierung, die Übernahme von Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, durch die Bereitstellung verbilligten Baulands oder durch eine Kombination dieser Fördermittel gewährt. Die häufigsten Förderinstrumente sind langfristige, zinsgünstige Darlehen oder Zuschüsse.

Ausgleichsmechanismus

Die soziale Wohnraumförderung ist nicht unternehmensbezogen, sondern objektbezogen angelegt.

Als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung werden Belegungsbindungen und Mietpreisbindungen eingeräumt, d.h. die Vermietung erfolgt ausschließlich an Haushalte, die die jeweiligen Einkommensgrenzen erfüllen, und zu Mietobergrenzen. Die Mietobergrenze sichert die Bezahlbarkeit der Wohnkosten für die Zielgruppen ab. Sie liegt i.d.R. unterhalb des Marktniveaus.

Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird in der Regel die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt.

Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex-ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren: Bei der Aufstellung der Förderprogramme werden die Förderkonditionen, nach denen sich die Höhe der Nettokosten der Ausgleichsleistung im Einzelfall bemisst, so festgelegt, dass sie für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung die wirtschaftlichen Nachteile der mit der Förderung verbundenen Gemeinwohlverpflichtung ausgleicht. Ausgeglichen werden die mit der Mietpreisbegrenzung verbundenen Ertragseinbußen im Vergleich zum Marktmieten-niveau, der mit den Belegungsbindungen verbundene erhöhte Aufwand für Mieterbetreuung, Instandhaltung und Verwaltung und die eventuell mit einer besonderen Bauausführung (z.B. barrierefreier Wohnraum) verbundenen erhöhten Baukosten. Bei der Festsetzung der Förderhöhe werden die jeweiligen Wohnungsmarktverhältnisse berücksichtigt. Grundlage sind hierbei verfügbare Daten und wissenschaftliche Untersuchungen über Bodenpreise, Baukosten und Marktmieten.

Im Ergebnis werden mit dieser Methode für jedes einzelne Förderprojekt die Nettokosten der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung ausgeglichen und eine Überkompensation durch die Förderung ausgeschlossen, da die Förderung marktorientiert ist und die Investition im sozialen Wohnungsbau so gestellt wird, dass sie die gleiche Rentabilität wie eine Investition im freifinanzierten Wohnungsbau ohne Gemeinwohlverpflichtung erzielt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

In den veröffentlichten Förderprogrammen werden allgemein zu beachtende Vorgaben sowohl zu den (oben beschriebenen) Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen.

Zu den (typischen) Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmieter wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können. Hierzu zählen u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zu-

gangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen. Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderbescheids im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Geldleistungen festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel.

Für den Fall einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung oder der Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

Transparenzanforderungen

Es wurden im Berichtszeitraum im Rahmen der Wohnungsbauprogramme keine Förderungen von mehr als 15 Mio. Euro gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
273.641.218 Euro	256.831.674 Euro
<u>Land:</u> Zinsgünstige Darlehen: 42.996.000 Euro <u>Zuschüsse:</u> 159.651.000 Euro Insgesamt: 202.647.000 Euro	<u>Land:</u> Zinsgünstige Darlehen: 42.385.000 Euro <u>Zuschüsse:</u> 156.216.000 Euro Insgesamt: 198.601.000 Euro
<u>Kommunen:</u> Zinsgünstige Darlehen: 66.570.000 Euro Zuschüsse: 4.330.000 Euro Verbilligter Erbbauzins: 93.500 Euro Grundstückssubvention: - <u>Bürgschaften:</u> 718 Euro Insgesamt: 70.994.218 Euro	<u>Kommunen:</u> Zinsgünstige Darlehen: 52.920.000 Euro Zuschüsse: 3.890.000 Euro Verbilligter Erbbauzins: 94.998 Euro Grundstückssubvention: 1.325.000 Euro <u>Bürgschaften:</u> 676 Euro Insgesamt: 58.230.674 Euro
Gesamt: 273.641.218 Euro	Gesamt: 256.831.674 Euro

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betreuungen erfolgen in folgenden Bereichen:

- soziotherapeutische Versorgungsleistungen, wie psychosoziale Betreuung von Behinderten gem. Sozialgesetzbuch XII, u.a. Eingliederungshilfe und tagesstrukturierende Maßnahmen,
- Einrichtungen zur Betreuung, Förderung und Bildung für verschiedene sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen (psychisch Kranke und Behinderte, Jugendliche und alte Menschen),
- Errichtung und Betrieb einer Unterkunft und Begegnungsstätte für Flüchtlinge und Fortführung von vier Wohnungsmietverhältnissen

Formen der Betreuung

Die Betrauungen erfolgen mittels Betrauungsakt.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer von 10 Jahren wird in einigen Fällen überschritten, da der Pachtvertrag des Betrauten eine entsprechende Dauer aufweist, Nutzung und Abschreibung der Investitionen über die entsprechende Dauer vorgesehen ist oder eine Angleichung an die Laufzeit des Erbbaurechtsvertrags ebenfalls aufgrund erheblicher Investitionen und langer Abschreibungsdauer erfolgt ist (zwischen 12 Jahre und max. 40 Jahren). In Einzelfällen beträgt die Betrauungsdauer 1 Jahr bzw. 10 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Den Unternehmen werden Zuschüsse (in Form von Investitionskosten-, Baukosten- und Tilgungszuschüssen) und Erbbauzinsermäßigungen gewährt, Jahresfehlbeträge werden ausgeglichen und unentgeltlich Grundstücke und Gebäude zur Nutzung überlassen.

Ausgleichsmechanismus

Ein Ausgleich erfolgt jährlich auf Grundlage des Jahreswirtschaftsplans.

Die Kostenallokationsmethode kommt zur Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Es erfolgt eine Kontrolle über Verwendungsnachweise. Außerdem wurde ein konkreter Nutzungsvertrag für die Grundstücke/Gebäude abgeschlossen, ein jährlicher Bericht über die Umsetzung der übernommenen Aufgaben an die Kommune gefordert, eine Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation vereinbart oder es besteht die Möglichkeit der Erhöhung des Erbbauzinses nach Maßgabe einer Neubewertung.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016		2017	
1.928.879,98 Euro		3.259.478,78 Euro	
	2016		2017
Zuschüsse	1.768.479,98 Euro		3.099.078,78
Rechnerische Erbbauzins-ermäßigung	110.000 Euro		110.000 Euro
Unentgeltliche Nutzung von Grundstücken und Gebäuden	50.400,00 Euro 1 x nicht beziffert		50.400,00 Euro 1 x nicht beziffert

Einmal wurde ein nicht bezifferter Anteil an einem Tilgungskosten- und an einem Betriebskostenzuschuss gewährt.

- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze (keine Angaben)
- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgt eine Betrauung für die Errichtung und den Betrieb eines Verkehrslandeplatzes.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt mittels Betrauungsakt.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Es werden Zuschüsse gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Es erfolgt ein Ausgleich der Nettokosten durch Investitions- und Betriebskostenzuschüsse gemäß dem Jahreswirtschaftsplan.

Die Kostenallokationsmethode wird dabei zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Eine Überkompensationskontrolle erfolgt durch die Kommune; es besteht ein Rückzahlungsanspruch bei Überkompensation.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
150.000,00 Euro	413.056,20 Euro

...

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)
- i) Postdienstleistungen (keine Angaben)
 - ii) Energie

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Wärme und Fernwärme, sowie alle mit der Erzeugung, dem Bezug, der Lieferung und der Verteilung von Energie und Fernwärme zusammenhängenden Tätigkeiten,
- Förderung des rationellen Energieeinsatzes und der Bereitstellung und Nutzung regenerativer Energien,
- (Kostenlose) Energieberatung (u.a. hinsichtlich Effizienz und Umweltverträglichkeit) für Endabnehmer, sowie Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien und kommunale Klimaschutzarbeit,
- Betrieb von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung,
- Beratungsleistungen und Vorfinanzierung für die Installation von Blockheizkraftwerken und Energiesparmaßnahmen für Immobilien der Kommune,
- Finanzierung eines Batteriespeichers im Rahmen des EU-Projekts Smarter Together

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen mittels Betrauungsakt, Gesellschaftervertrag, Unternehmenssatzung und Verwaltungsakt.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt in der Regel zwischen 10 Jahren und 20 Jahren, im Einzelfall unbefristet. Es handelt sich um langfristige Wirtschaftsgüter.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Es wurden Zuschüsse (in Form von Betriebskosten-, Mietkosten- und Investitionskostenzuschüsse), Bürgschaften und Verlustausgleiche verwendet.

Ausgleichsmechanismus

Ein Ausgleich erfolgt überwiegend nach dem genehmigten Jahreswirtschaftsplan oder nach den angefallenen Nettokosten. Die Kostenallokationsmethode findet Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise und Vorlage des geprüften Jahresabschlusses, sowie über Weisungsbeschlüsse der Kommune an die Geschäftsführung und den Abschluss von evtl. Rückzahlungsverpflichtungen.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016		2017	
9.767.052,40 Euro		9.084.093,40 Euro	
	2016		2017
(Betriebskosten)Zuschuss bzw. Verlustausgleich	53.384 Euro		370.425 Euro
Bürgschaft	9.713.668,40 Euro		8.713.668,40 Euro

iii) Müllabfuhr (keine Angabe)

iv) Wasserversorgung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Beträuerungen erfolgen in den Bereichen der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und dem Betrieb der Abwasserbeseitigungsanlagen.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt mittels Unternehmenssatzung.

Beträuerungsdauer

Aufgrund des Erlasses einer Unternehmenssatzung erfolgt die Betrauung mit unbestimmter Dauer.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Es werden Ausgleichszahlungen und Bürgschaften geleistet.

Ausgleichsmechanismus

Die Kostenallokationsmethode findet Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Hierzu wurden keine Angaben gemacht.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
45.366 Euro (Bürgschaft)	45.366 Euro (Bürgschaft)

v) Kultur

A. Angaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Betrieb von Theatern bzw. Vermietung von Örtlichkeiten für Theater- und sonstige kulturelle Veranstaltungen, wie Schauspiel, Oper, Operette/Musical, Tanz, Kinder- und Jugendtheater, Sinfonieorchester, Literatur, Filmwesen, theaterpädagogische Veranstaltungen, Feste, Bälle, Ausstellungen sowie Versammlungen, Tagungen und Kongresse aller Art und durchführbarer Größe, sowie für Kegelerveranstaltungen in der vorhandenen Anlage sowie Führung des Theaterbetriebs, des Saalbetriebs, sowie die zugehörigen Nebenbetriebe,

- Durchführung sowie Organisation von kulturellen Veranstaltungen wie z.B. Veranstaltungen zur Brauchtumspflege, Ausstellungen, Konzerten und Gastspielen,
- Betrieb eines Tierparks und der dazu gehörenden Einrichtungen und Institute

Formen der Betrauung

Mit Betrauungen in Form von Betrauungsakt, kommunalen Beschluss oder Abschluss eines Gesellschaftsvertrags werden die typischen Betrauungsformen verwendet.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer variiert zwischen ein und zehn Jahren. In zwei Fällen erfolgte eine unbefristete Betrauung mit der Begründung, dass ein (unbefristeter) Gesellschaftsvertrag abgeschlossen worden sei.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Es werden Kapitaleinlagen, (Betriebskosten-)Zuschüsse und die unentgeltliche Überlassung von Grundstücken und Gebäuden verwendet.

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichszahlungen erfolgen auf Grundlage des Jahreswirtschaftsplans.

Die Kostenallokationsmethode findet in der Regel Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt durch die Vorlage und Prüfung des Jahresabschlusses und von Trennungsrechnungen sowie durch evtl. Rückforderungen zu viel bezahlter Beträge.

Transparenzanforderungen

Der Betrag erfasst eine Fülle von Maßnahmen, die in der Regel nicht den Transparenzanforderungen unterliegen. Die Landeshauptstadt München als die wohl größte Zuwendungsgeberin veröffentlicht ungeachtet der Höhe im Ratsinformationssystem der LHM und im Finanzdaten- und Beteiligungssystem der Stadtkämmerei München alle einschlägigen Finanzdaten.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017	
23.139.092,71 Euro	22.027.197,29 Euro	
	2016	2017
Kapitaleinlage lfd. Defizit	12.550.092,71 Euro	13.637.485,29 Euro
Zuschüsse	10.589.000 Euro	8.389.712 Euro
Überlassung von Grundstücken/Gebäuden	-	unbeziffert
Erstellung eines Veranstaltungsprogramms	-	unbeziffert

B. Angaben aus dem Bereich der Staatsverwaltung (Lokal-TV)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Herstellung und technischen Verbreitung von lokalen und regionalen Fernsehangeboten in Bayern

Formen der Betrauung

Betrauungen durch Art. 23 und Art. 41 Abs. 2 Nr. 3 Bayerisches Mediengesetz (BayMG) in Verbindung mit Beschlüssen des Medienrats; Umsetzung durch öffentlich-rechtliche Verträge zwischen der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und den Programmanbietern

Betrauungsdauer

4 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verwendungsnachweisprüfung.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
9.000.000,00 Euro	10.695.249,74 Euro

vi) Finanzdienstleistungen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgt eine Betrauung im Bereich der Finanzierung der Sicherstellung des Versorgungsauftrags durch Aufnahme von Fremdmitteln am Kapitalmarkt und deren Weiterleitung für Infrastrukturprojekte bzw. an kommunale Unternehmen, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen, z.B. der Strom-, Wärme- und Gasversorgung.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt mittels Betrauungsakt.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Als Beihilfeinstrument wurde eine Kapitaleinlage verwendet.

Ausgleichsmechanismus

Es wurde die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Eine Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen wird durch die Vorlage der Jahresabschlüsse und Prüfung durch den kommunalen Prüfungsverband sichergestellt.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

In den Jahren 2016 und 2017 wurden keine Beihilfen geleistet.

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

A. Jugendherbergen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die geförderte Jugendherberge versteht sich – wie alle Jugendherbergen in Bayern und Deutschland – als zielgruppenspezifisch ausgerichteter, außerschulischer und außerunterrichtlicher Lernort mit entsprechend pädagogischem Programmangebot. Der geförderte Träger ist als gemeinnützig anerkannt und übernimmt Gemeinwohlverpflichtungen im Geltungsbereich des SGB VIII.

Formen der Betrauung

Es wird der mit der KOM abgestimmte Musterbetrauungsakt für Jugendherbergen verwendet (liegt KOM bereits vor).

Betrauungsdauer

25 Jahre (entspricht der Abschreibungsdauer für das Gebäude)

Ausschließliche oder besondere Rechte

entfällt

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Der Zuwendungsnehmer erfasst Kosten und Einnahmen einerseits für die ihm obliegenden DAWI und andererseits für jede weitere Tätigkeit intern auf getrennten Konten (Trennungsrechnung). Alle Kosten und Einnahmen sind den jeweiligen Bereichen nach objektiv gerechtfertigten und einheitlich angewandten Kostenrechnungsgrundsätzen zuzuordnen. Die zugrunde gelegten Kostenrechnungsgrundsätze müssen eindeutig bestimmt sein. Über die Zuordnung der Kosten und Einnahmen zu den jeweiligen Bereichen und über die dabei angewandten Kostenrechnungsgrundsätze,

insbesondere über die Maßstäbe für die Schlüsselung solcher Kosten und Einnahmen führt der Zuwendungsnehmer Aufzeichnungen (Kostenallokationsmethode).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Kontrolle alle drei Jahre durch den Zuwendungsgeber unter Beachtung von Art. 6 DAWI-Freistellungsbeschluss.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
100.000,00 Euro	-

B. Beratungsleistungen in verschiedenen Bereichen, insb. im Bereich der Verbraucherberatung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Verbraucherbildung, -beratung und -information durch die bayerischen Verbraucherverbände „Verbraucherzentrale Bayern e.V.“ und „Verbraucherservice Bayern im KDFB e.V.“;
- Betrieb von Stützpunkten der Verbraucherbildung mit Verbraucherbildungsveranstaltungen durch Einrichtungen der Erwachsenenbildung;
- Betrieb einer Online-Schlichtungsstelle für Verbraucherstreitigkeiten aus Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr
- Erbringung von unabhängiger Verbraucherinformation und Verbraucherbildung im Bereich Ernährung
- Patentinformation und -beratung für Erfinder

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt bzw. Vertrag

Betrauungsdauer

Zwischen 1 und 2 Jahren

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Fehlbedarfsfinanzierung (Net-avoided-cost-Methode) bzw. Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verwendungsnachweisprüfung

Transparenzanforderungen

Entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
657.000,00 Euro	6896.000,00 Euro

C. Erwachsenenbildung und Pädagogik (auch in der Natur)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Betrauungen erfolgen in folgenden Bereichen:

- Förderung und Unterhaltung von Volkshochschulen im üblichen ortsbezogenen Leistungsspektrum
- Errichtung und Betrieb eines Baumwipfelpfads samt integriertem Bildungskonzept

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen in den Formen von Betrauungsakt, Gesellschaftsvertrag bzw. Verwaltungsakt und Kreis- und Stadtratsbeschlüssen.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt in der Regel 10 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Es werden Zuschüsse gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Der Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des Jahresabschlusses.

Es wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt durch die Feststellung und Prüfung des Jahresabschlusses durch Wirtschaftsprüfer und Mittelverwendungsnachweise, aber auch durch die evtl. Rückzahlungsverpflichtung der Betrauten bei Überkompensationen.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
3.284.664,00 Euro	1.637.250,40 Euro

D. Verkehr (ohne Landverkehr nach Art. 2 Abs. 5 DAWI-Freistellungsbeschluss)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgt eine Betrauung für das Bereitstellen von eCarsharing Angeboten (Entgeltliche Einräumung von im Regelfall kurzfristigen Nutzungsmöglichkeiten an unterschiedliche Nutzer) an Standorten in unmittelbarer Nähe von ÖPNV-Linien zur Ergänzung eines integrierten Mobilitätsangebots und Reduzierung des verbrennungsmotorangetriebenen Individualverkehrs im Stadtgebiet (Pilotphase)

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt mittels Betrauungsakt.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 4 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Es werden Kapitaleinlagen gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Ein Ausgleich erfolgt als Defizitausgleich über Kapitaleinlagen.

Die Kostenallokationsmethode wird dabei zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Trennungsrechnungen und deren Prüfung (durch Kommune, Wirtschaftsprüfer) und durch die evtl. Rückforderung zu viel bezahlter Beträge.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
--	--

Hinweis:

Die Höhe der Kapitaleinlage ist noch nicht bezifferbar, da der Defizitausgleich nach Vorlage des Jahresabschlusses 2017 nachträglich geleistet wird.

E. Wirtschafts- und Infrastrukturförderung sowie Tourismus (Kommunale Ebene)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Betrauungen erfolgen in folgenden Bereichen:

- Wirtschaftsförderung und Förderung aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen, die der Stärkung und Förderung des Wirtschaftsraums dienen (u.a. Schaffung von ausreichender Infrastruktur und Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung der Wirtschaft; Standortmarketing; Marktforschung; Beratung und Betreuung von Unternehmen; Errichtung und Betrieb von Gewerbe-, Technologie-, Gründer- und Wissenschaftszentren; Entwicklung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken; unterstützende Maßnahmen für die Innenstadtentwicklung, insbesondere des Einzelhandels; Tätigkeiten zugunsten von Existenzgründern und junge Unternehmen aus dem Bereich IT, u.a. in Form der Vermietung von Büroinfrastruktur, Beratungen, Vernetzung, organisatorische Hilfestellung; Durchführung von Ausstellungen, Tagungen und Messen sowie Errichtung und Betrieb der hierfür geeigneten Gebäude und Freiflächen; Aufbau eines landkreisweiten Informationssystems wirtschaftsstruktureller Art (Flächendatenbank), Ansprechpartner in Fragen der Energiewende),
- Parkraumbewirtschaftung (u.a. Bau, Bereitstellung und Betrieb von Parkraumeinrichtungen, wie Parkplätzen, Parkhäusern und Tiefgargen sowie Fahrradabstellplätzen),
- Errichtung, Betrieb und Unterhalt von Verkehrsinfrastrukturen (Park & Ride, sowie Bike & Ride-Anlagen),
- Messen und Kongresse (Durchführung von Messen, Stadt- und Volksfesten, Veranstaltungsorganisation, Bereitstellung und Vermietung von Räumlichkeiten),
- Bereitstellung und Betrieb von Versammlungs- und Veranstaltungsräumen,
- Kommunale Tourismusförderung (u.a. Marketing; touristische Regionalentwicklung; Marketingkonzepte; Marktforschung; Betrieb von touristischen Einrichtungen; Vorhalten tourismusfördernder Infrastruktur, Durchführung touristischer Aktivitäten, von (kurbegleitenden) Veranstaltungen, Tagungen und Kongressen; Kulturangebote, Angebot und Vermittlung touristischer Dienstleistungen)

gen; Betrieb von Touristeninformationen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Vermittlung von Übernachtungsmöglichkeiten (Inbound-Vermittlungen in die Region); Wahrnehmung aller touristischer Belange für die Kommune und die Vertretung der Kommune in touristischen Verbänden, Aufbau eines Qualitäts-sicherungsmanagements sowie Qualitätsoffensiven für Vermieter, Gastwirte und Gewerbetreibende der örtlichen Tourismusbranche; Vertrieb von touristischen Produkten aus dem Gemeindegebiet),

- Beratung und Vertretung der Interessen und die Koordinierung der örtlichen und überörtlichen Akteure im Tourismusbereich (Innenmarketing).

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen mittels in der Regel mittels Betrauungsakt.

Betrauungsdauer

Überwiegend erfolgt die Betrauung zwischen 5 und 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Häufig werden Zuschüsse gewährt und Jahresfehlbeträge ausgeglichen (Defizitausgleich, Verlustausgleich). Außerdem kommen zur Anwendung:

- Kapitaleinlagen
- Ausgleichsleistungen für entstandene Kosten
- Darlehensgewährung
- Kostengünstige Verpachtung von Grundstücken/Immobilien

Ausgleichsmechanismus

Ein Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des jeweiligen (Jahres-)Wirtschaftsplans.

Überwiegend wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt, vereinzelt auch die Net-avoided-cost-Methode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Prüfung (durch Kommune, Wirtschaftsprüfer, Prüfungsverband) und über Mittelverwendungsnachweise, aber auch durch

- Bericht im zuständigen Gremium sowie im Aufsichtsrat der Gesellschaft
- Vorlage von Schlussabrechnungen
- Nachweis der tatsächlichen Kosten

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016		2017
13.782.490,53 Euro		18.806.012,10 Euro
	2016	2017
Kapitaleinlagen	4.214.300 Euro	6.906.000 Euro
Darlehen	35.000 Euro	--
Zuschüsse/Verlustrückstellungen	9.454.190,53 Euro	11.821.012,10 Euro
Überlassung Grundstück/Immobilie (vergünstigt)	79.000 Euro	79.000 Euro

F. Tourismus (ohne Kommunen)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Tourismusförderung und allgemeines Destinationsmarketing, z.B. in Form von

- Maßnahmen, die allgemein der Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Herausstellung der Vorzüge als attraktives Reiseziel dienen (z.B. Durchführung von Veranstaltungen, Tagungen, Kongressen und Messen)
- die Entwicklung und Umsetzung von Marketingkonzepten zur allgemeinen Imagewerbung für den Tourismus
- Kooperation mit anderen Tourismusmarketingorganisationen zum Zweck der allgemeinen Förderung des Tourismus im Zuständigkeitsbereich

- Allgemeine Marktforschung zu Themen des Tourismus
- Sensibilisierungskampagnen für einzelne Tourismusthemen und Tourismusbereiche im Interesse der Förderung des Tourismus

sowohl für den Freistaat Bayern insgesamt als auch im Rahmen regionaler Tourismusverbände.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt durch Verwaltungsakt im Rahmen des Zuwendungsbescheids.

Betrauungsdauer

Die Betrauung erfolgt in der Regel für ein Jahr.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss.

Ausgleichsmechanismus

Ein Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des Kosten- und Finanzierungsplans des jeweiligen Tourismusverbands/der Tourismusmarketingorganisation. Dabei wird eine Trennungsrechnung vorgenommen. (Kostenallokationsmethode).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verwendungsnachweisprüfung.

Transparenzanforderungen

Entfällt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
9.596.796,12 €	11.419.043,00 €

G. Bäder, Heil- und Thermalbäder und sonstige Freizeiteinrichtungen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgen Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Ordnungsgemäße Verabreichung von Kurmitteln im Rahmen des Betriebs eines Kurmittelhauses; operative Durchführung des Kurgeschäfts,
- Errichtung und Betrieb einer Therme mit Sport- und Familienbereich,
- Nutzung des erschlossenen Thermalvorkommens zur Förderung der Gesundheit und des Tourismus,
- Unmittelbar mit der Haupttätigkeit verbundene Nebenleistungen, wie Physikalische Therapien, Zurverfügungstellung von Parkraum für PKW und Wohnmobile, Saunen, Wohlfühlbäder, Totes-Meer-Salzgrotte, Kursangebote
- Unterhalt und Betrieb von Freizeiteinrichtungen (u.a. Eisportanlage, Saunen- und Thermenwelt, Frei- und Hallenbäder, Skilift, Campingplatz, Tagungszentren, soweit dort kulturelle Veranstaltungen stattfinden), sowie entsprechende Neben- und Hilfsbetriebe.

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen in der Regel mittels Betrauungsakt, in Einzelfällen auch mit (öffentlich-rechtlichen) Vertrag und mittels Unternehmenssatzung.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt in der Regel 10 Jahre, in zwei Fällen unbefristet.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

- Zuschüsse (auch im Rahmen der Verbandsumlagen des Zweckverbandes) gewährt
- Defizitausgleichszahlungen
- Bürgschaften
- Kapitaleinlagen
- Belassung von Beteiligungserträgen

Ausgleichsmechanismus

Es wurde in der Regel die Kostenallokationsmethode und nur ausnahmsweise die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Grundlage sind die jeweiligen (Jahres-) Wirtschaftspläne.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise durch die Vorlage von Jahresabschlüssen und Prüfung (durch Kommune, Beirat der Vertragsparteien), durch Mittelverwendungsnachweise, Rückforderungsvorbehalte und die jährliche Abrechnung im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
23.101.023,44 Euro	23.462.289,77 Euro

	2016	2017
Bürgschaften	1.343,30 Euro	1.343,30 Euro
Zuschüsse/Belassung von Beteiligungserträgen/Verlustausgleich	23.099.680,14 Euro	23.450.946,47 Euro

H. Aus- und Fortbildung von Einsatzkräften (Katastrophenschutz und –vorsorge)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Betrauung umfasst

- eine Bestandsaufnahme der Ausbildungskapazitäten und –notwendigkeiten der Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsschutz (ARGE; diese umfasst alle im Bereich Katastrophenschutz tätigen Organisationen in Bayern) im Hinblick auf „besondere Einsatzlagen“ (d.h. z.B. Klimakatastrophen oder terroristische Anschläge).

- die Erarbeitung eines Vernetzungskonzepts (Bedarfsanalyse) als Grundlage für ein künftiges spezialisiertes Ausbildungszentrum für alle Beteiligten
- Projektbüro

Formen der Betrauung

Zuwendungsbescheid (Verwaltungsakt).

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer entspricht der Projektdauer der einzelnen Projektbausteine innerhalb des Berichtszeitraums (2016-2017).

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht einschlägig

Beihilfeinstrumente

Es werden Zuschüsse gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Es wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt durch die Feststellung und Prüfung des Jahresabschlusses und Mittelverwendungsnachweise, aber auch durch die evtl. Rückzahlungsverpflichtung. Das Projekt unterliegt einer getrennten Buchführung.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
-	339.036,86 Euro

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

Beschwerden Dritter wurden nicht gemeldet.

5. Sonstige Fragen

Keine Angaben.

Berlin

A. Förderung von Arbeitsverhältnissen – FAV

1. Übersicht über die Ausgaben

2016: 16.168.723,94 € (Auszahlungen von Landesmitteln an die Beschäftigungsträger)

2017: 14.920.822,83 € (dto.)

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Nach § 16 e SGB II (Förderung von Arbeitsverhältnissen – FAV) kann ein Jobcenter einem Arbeitgeber bis zu 75% des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts zahlen, wenn ein/eine besonders schwer vermittelbare/r, langzeitarbeitslose/r Leistungsberechtigte/r eingestellt wird, der/die im Zuweisungszeitraum voraussichtlich keine Aussicht auf Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt hat. Die geförderten Tätigkeiten müssen nicht die Kriterien Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse und Wettbewerbsneutralität erfüllen. Das Land Berlin beteiligt sich mit einer Projektpauschale, die in der Höhe an die bis 2016 geltende Förderung von 25% der Personalkosten der Maßnahmeteilnehmenden und Sachkostenzuschüssen für die Beschäftigungsträger anknüpft: Die Projekte müssen gemeinwohlorientiert sein, finden also nicht im ungeforderten ersten Arbeitsmarkt statt.

Im Haushaltsjahr 2016 wurden 2.411 und 2017 wurden 2.320 Maßnahmeteilnehmende jahresdurchschnittlich vom Land Berlin mitfinanziert.

Formen der Betrauung

Es handelt sich um Zuwendungsbescheide nach § 44 Landeshaushaltsordnung.

Betrauungsdauer

Die Bewilligungszeiträume umfassen jeweils ein bis maximal zwei Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es werden keine solchen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es handelt sich um nicht rückzahlbare Zuschüsse (Zuwendungen).

Ausgleichsmechanismus

Im Wege der Festbetragsfinanzierung (Projektpauschale für die Maßnahmeträger) werden die Zuwendungen gewährt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Projektpauschale orientiert sich in der Höhe an der bis zum Herbst 2016 gewährten Förderung. Bis dahin wurden im Rahmen von Anteilsfinanzierungen die Kosten der Maßnahmeteilnehmenden bei Antragstellung und Abrechnung von den Jobcentern ermittelt und das Land Berlin zahlte in den Berichtsjahren davon 25%. Ergänzende Sachkostenzuschüsse sind so bemessen, dass nur die wichtigsten Ausgaben bei der Umsetzung des Instrumentes durch die Beschäftigungsträger gedeckt sind.

Transparenzanforderungen

Die Anforderungen gelten nur bei Überschreitung einer Wertgrenze von 15 Mio. €. Die Zuwendungen an Unternehmen (Maßnahmeträger) überschreiten nicht den Wert von 15 Mio. €.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 16.168.723,94 € (Auszahlungen von Landesmitteln an die Beschäftigungsträger)

2017: 14.920.822,83 € (dto.)

Rd. 30% davon entfallen auf Sachkostenpauschalen zur Durchführung von Maßnahmen und der Rest entfällt auf TN-Kosten. Ab Herbst 2016 wird in der Förderung nicht mehr differenziert, aber die Höhe der Zuschüsse blieb unverändert. Dabei handelt es sich um reine Zuschüsse Berlins (Land/Kommune).

B. Ergänzende Lohnkostenzuschüsse

1. Übersicht über die Ausgaben

2016: 1.662.161,58 € (Auszahlungen von Landesmitteln an die Beschäftigungsträger)

2017: 2.047.889,51 € (dto.)

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Das Land Berlin gewährt ergänzende Lohnkostenzuschüsse zu den Eingliederungszuschüssen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach §§ 88 ff. SGB III und ergänzende Sachkostenzuschüsse für die Beschäftigungsträger. Die einzustellende Arbeitnehmerin bzw. der einzustellende Arbeitnehmer muss mindestens 50 Jahre alt sein und der Beschäftigungsträger muss von einer Berliner Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter eine Förderung von 50 v.H. des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts nach § 88 ff. SGB III erhalten oder aus Eigenmitteln/Drittmitteln beitragen. Der Zuschuss wird als Fehlbedarfsfinanzierung gewährt. Die Förderung ergänzt den Lohnkostenzuschuss der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters auf 100 v. H. des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts. Der Beschäftigungsträger muss nach gemeinnützigen Grundsätzen tätig sein.

Im Haushaltsjahr 2016 wurden 152 und 2017 wurden 158 Maßnahmeteilnehmende jahresdurchschnittlich vom Land Berlin mitfinanziert.

Formen der Betrauung

Es handelt sich um Zuwendungsbescheide nach § 44 Landeshaushaltsordnung.

Betrauungsdauer

Die Dauer der Förderung des Landes Berlin erfolgt analog dem Förderzeitraum der Agentur für Arbeit/Jobcenter nach § 88 ff. SGB III. Die Gesamtförderdauer kann bis zu 36 Monate betragen. Bei besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen kann die Förderung von bis zu 60 Monaten sowie ab dem 55. Lebensjahr von bis zu 96 Monaten betragen.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es werden keine solchen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es handelt sich um nicht rückzahlbare Zuschüsse (Zuwendungen).

Ausgleichsmechanismus

Im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung (Beschäftigungsentgelte der Maßnahmeteilnehmenden) und Festbetragsfinanzierung (Sachkostenpauschale für die Beschäftigungsträger) werden die Zuwendungen gewährt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Im Rahmen von Anteilsfinanzierungen werden die Kosten der Maßnahmeteilnehmenden bei Antragstellung und Abrechnung von den Jobcentern ermittelt und das Land Berlin zahlt die vom Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern und den Beschäftigungsträgern nicht selbst zu deckenden Kosten als Fehlbedarfsfinanzierung. Ergänzende Sachkostenzuschüsse sind so bemessen, dass nur die wichtigsten Ausgaben bei der Umsetzung des Instrumentes durch die Beschäftigungsträger gedeckt sind.

Transparenzanforderungen

Die Anforderungen gelten nur bei Überschreitung einer Wertgrenze von 15 Mio. €. Die Zuwendungen an Unternehmen (Maßnahmeträger) überschreiten nicht den Wert von 15 Mio. €.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1.662.161,58 € (Auszahlungen von Landesmitteln an die Beschäftigungsträger)

2017: 2.047.889,51 € (dto.)

Rd. 7% davon entfallen auf Sachkostenpauschalen zur Durchführung von Maßnahmen und der Rest entfällt auf TN-Kosten. Dabei handelt es sich um reine Zuschüsse Berlins (Land/Kommune).

C. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

Brandenburg

1. Übersicht über die Ausgaben

Nach den dem Ministerium für Wirtschaft und Energie von den zuständigen Stellen des Landes Brandenburg zur Verfügung gestellten Informationen wurden auf Grundlage des DAWI-Beschlusses im Jahr 2016 Beihilfen i.H.v. insgesamt rund 16.412.916 Euro und im Jahr 2017 i.H.v. insgesamt rund 18.876.691 Euro gewährt. Hinzu kommen in geringem Umfang Bürgschaften, zu denen keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vorliegen.

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betreuungen erfolgten in folgenden Bereichen:

Sozialpädagogische Begleitung und fachliche Anleitung in Sozialbetrieben;

Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt;

Organisation von Betreuungs- und Trainingsmöglichkeiten

Formen der Betreuung

Die Betreuung erfolgt durch Verwaltungsakt.

Betreuungsdauer

Die Betreuungsdauer beträgt höchstens 36 Monate.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

Beihilfeinstrumente

Den Unternehmen werden Zuschüsse gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Der Ausgleich erfolgt auf der Grundlage des jeweiligen Wirtschaftsplans. Die Net-avoided-cost-Methode findet Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt durch die Verwendungsnachweisprüfung.

Transparenzanforderungen

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro werden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 wurden keine Beihilfen gewährt.

Im Jahr 2017 wurden Beihilfen in Höhe von 719.219 Euro gewährt.

d) Sozialer Wohnungsbau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgten Betrauungen mit Maßnahmen zum Erhalt und zur Schaffung sanierter, preisgünstigerer Wohnungsangebote, die auf die Entlastung angespannter Wohnungsmärkte abzielt. Die Maßnahmen zielen auf die Schaffung und Sicherung bezahlbaren Wohnraums ab. Zielgruppe sind Personen mit niedrigen Einkommen, die allein erhebliche Schwierigkeiten haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt zu versorgen.

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen in einem Darlehensvertrag.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 20 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

Beihilfeinstrumente

Die Förderung erfolgt in Form von Tilgungszuschüssen zu Darlehen.

Ausgleichsmechanismus

Die Kostenallokationsmethode wird angewandt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise im Wege der Verwendungsnachweisprüfung.

Transparenzanforderungen

Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. Euro werden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Es wurden Beihilfen in Höhe von 1.677.600 EUR (2016) bzw. 1.165.045 EUR (2017) gewährt.

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e) genannten Obergrenze

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgten Betrauungen in folgenden Bereichen:

Förderung und Verbesserung des zivilen Luftverkehrs zur besseren Erreichbarkeit der Region durch Betrieb eines Flugplatzes;

Erhalt und Ausbau der dafür erforderlichen Infrastruktur;

Allgemeine Beratung von öffentlichen Einrichtungen zu Fragen der Luftverkehrswirtschaft;

Öffentlichkeitsarbeit zu flugplatzrelevanten Themen

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen mittels kommunalem Beschluss und Verwaltungsakt.

Betrauungsdauer

Der Betrauungszeitraum beträgt zehn Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es werden Zuschüsse ausgereicht.

Ausgleichsmechanismus

Bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt durch die Verwendungsnachweisprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro wurden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Im Jahr 2016 wurden Beihilfen in Höhe von 597.000 Euro gewährt.

Für das Jahr 2017 erfolgten Bewilligungen in Höhe von 594.000 Euro.

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Beträuerungen erfolgten in folgenden Bereichen:

- Schwimmbäder (Betrieb von Hallen-, Freizeit- und Strandbädern zu sozialverträglichen Preisen; Bereitstellung von ausreichenden Kapazitäten für Schulschwimmen sowie Breiten- und Vereinssport).
- Betrieb von Thermalbädern.
- Betrieb von Tierparks.
- Verbraucherschutz (Förderung von Verbraucherzentralen; Verbraucherbildung- und Beratung; Wahrnehmung von Verbraucherrechten auch in gerichtlichen Verfahren).
- Wirtschaftsförderung (Standortmarketing; allgemeine Beratung und Betreuung von Unternehmen; Öffentlichkeitsarbeit).
- Tourismusförderung (allgemeines Destinationsmarketing; Betrieb von Informationseinrichtungen;).
- Messen und Kongresse (Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Tagungen und sonstigen Veranstaltungen mit kultureller, sportlicher sozialer und allgemeinwirtschaftlicher Zielsetzung).

- Unterstützung von Startup-Unternehmen im Bereich Biotechnologie (Gründerzentrum; Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten und sonstiger Infrastruktur).
- Erhalt, Ausbau und Betrieb eines Museums und Industriedenkmals.
- Betrieb einer Jugendherberge.

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen überwiegend durch Verwaltungsakt und/oder kommunalen Beschluss. Vereinzelt erfolgt die Betrauung auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages.

Betrauungsdauer

Eine typische durchschnittliche Betrauungsdauer lässt sich nicht feststellen. Die Betrauungsdauer beträgt mindestens ein Jahr, höchstens jedoch zehn Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es werden überwiegend Zuschüsse ausgereicht sowie teilweise Bürgschaften und Darlehen gewährt. Darüber hinaus kommen aber auch zahlreiche andere Beihilfeinstrumente zur Anwendung.

Ausgleichsmechanismus

Einen typischen Ausgleichsmechanismus gibt es nicht. In der Regel wird ein jährlicher Verlustausgleich auf der Grundlage der Wirtschaftspläne der Unternehmen und einer Trennungsrechnung durchgeführt. Ganz überwiegend findet die Kostenallokationsmethode Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise, häufig im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro werden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Im Jahr 2016 wurden im Land Brandenburg Beihilfen in Höhe von 14.138.316 Euro gewährt, im Jahr 2017 in Höhe von 16.398.427 Euro.

Im Berichtszeitraum wurden weiterhin – insoweit liegen keine Informationen zum Bruttosubventionsäquivalent vor – Ausfallbürgschaften bis zu einer Höhe von 2.900.000 Euro (2016) bzw. 16.484.400 Euro (2017) gewährt.

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

Freie Hansestadt Bremen

1. Übersicht über die Ausgaben

Nach den von den Dienststellen der Freien Hansestadt Bremen zur Verfügung gestellten Informationen wurden auf Grundlage des DAWI-Beschlusses im Jahr 2016 Beihilfen in Höhe von insgesamt 48,22 Mio. EUR sowie im Jahr 2017 in Höhe von insgesamt 21,76 Mio. EUR gewährt. In diesen Beträgen sind neben Zuschüssen und Kapitalzuführungen auch Bürgschaften und Darlehen (Kontokorrentkredite) mit ihrem Nominalbetrag enthalten, da keine Informationen zu den Bruttosubventionsäquivalenten vorliegen.

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Betrauungen umfassen insbesondere:

- Medizinische Versorgungsleistungen, z.B.
 - Medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der stationär behandelten Patienten und Patientinnen mit allen dazugehörigen Einzelleistungen.
 - Medizinisch zweckmäßige und ausreichende Untersuchungen und Behandlungen der ambulant versorgten Patienten mit allen dazugehörigen Einzelleistungen, soweit eine solche ambulante Behandlung zum Leistungsangebot eines Krankenhauses der Maximalversorgung gehört.
 - Notfalldienste, z.B. Gewährleistung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft.
- Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundenen Nebenleistungen, z.B.
 - Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Krankenhausberufen.
 - Ausbildung von Medizinstudent/-innen im Praktischen Jahr im Rahmen der Anerkennung als akademisches Lehrkrankenhaus.
 - Betrieb von Krankenhausapotheken.
 - Vermietung und Verpachtung von Wohn- und Parkraum für Betriebsangehörige, Besucher/-innen und Patient/-innen.

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen durch Beschluss des kommunalen Entscheidungsträgers sowie durch Verwaltungsakt.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

Beihilfeinstrumente

Als Instrumente sind u.a. Zuschüsse, Bürgschaften und Darlehen und Kapitalzuführungen vorgesehen. Im Berichtszeitraum wurde nur von den u.a. Instrumenten Gebrauch gemacht.

Ausgleichsmechanismus

Die maximale Ausgleichshöhe wird auf der Grundlage des Jahreswirtschaftsplans unter Anwendung einer Kostenallokationsmethode ermittelt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Begünstigten sind verpflichtet, jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel zu führen. Dies geschieht im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses, wobei eine Trennungsrechnung geführt wird. Ergibt sich eine Überkompensation von mehr als 10% des auszugleichenden Betrags, so ist diese zurückzuerstatten. Eine Überkompensation von bis zu 10% kann auf den nächstfolgenden Zeitraum übertragen werden.

Transparenzanforderungen

Soweit Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro gewährt werden, ist die Transparenz insbesondere über die Veröffentlichung der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Stadtgemeinde Bremen bzw. der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses gewährleistet.

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016:</u>	
– Darlehen (Kontokorrent)	3 Mio. EUR
– Bürgschaft	31,3 Mio. EUR
– Kapitalzuführung	5 Mio. EUR
<u>2017:</u>	
– Darlehen (Kontokorrent)	3 Mio. EUR
– Bürgschaft	4,4 Mio. EUR
– Kapitalzuführung	5 Mio. EUR

Bei den Angaben handelt es sich um Nominalbeträge. Über Bruttosubventionsäquivalente liegen keine Informationen vor.

2) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. EUR pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

a) Kultur

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Vorhalten einer Stadthalle nebst Eishalle und aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen, die dem Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner in allen wirtschaftlichen und sozialen als auch die kulturellen Belange dienen, insbesondere

- Betrieb und Vorhaltung der Stadthalle nebst Eishalle,
- Unterhaltung der eigenen Immobilien,
- Organisation und Durchführung von Messen, Kongressen, Ausstellungen und Veranstaltungen gesellschaftlicher, kultureller und sportlicher Art,
- Vermietung von Räumen und Einrichtungen, soweit dies zur Erfüllung besonderer Gemeinwohlaufgaben erforderlich ist.

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgten durch Beschluss des kommunalen Entscheidungsträgers.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Ausschließliche oder besondere Rechte wurden nicht gewährt.

Beihilfeinstrumente

Die Ausgleichsleistungen werden als Zuschüsse und als Darlehen (Kontokorrentkredit) gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Die Festlegung der Ausgleichsleistung erfolgt grundsätzlich auf Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses auf Basis des Wirtschaftsplans des jeweiligen Jahres unter Anwendung einer Kostenallokationsmethode. Höhere Kosten aufgrund unvorhergesehener Ereignisse können auf Antrag und gegen Nachweis ausgeglichen werden.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Begünstigte führt den Nachweis über die Verwendung der Mittel jährlich im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses, wobei eine Trennungsrechnung geführt wird. Eine Überkompensation von bis zu 10% kann auf das nachfolgende Jahr über-

tragen werden. Eine Überkompensation von mehr als 10% des auszugleichenden Betrages ist zurückzuerstatten.

Transparenzanforderungen

Es wurden keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016:</u>	
– Zuschuss	5,030 Mio. EUR
– Darlehen (Kontokorrentkredit)	1,6 Mio. EUR
<u>2017:</u>	
– Zuschuss	5,030 Mio. EUR
– Darlehen (Kontokorrentkredit)	2,0 Mio. EUR.

Bei den Angaben handelt es sich um Nominalbeträge. Über Bruttosubventionsäquivalente liegen keine Informationen vor.

b) Tourismus

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Allgemeine Tourismusförderung; allgemeine touristische Serviceleistungen.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt per Zuwendungsbescheid.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 2 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Ausschließliche oder besondere Rechte wurden nicht gewährt.

Beihilfeinstrumente

Die Ausgleichsleistungen werden als nicht rückzahlbare Zuschüsse ausgereicht.

Ausgleichsmechanismus

Die Feststellung der Ausgleichshöhe erfolgt auf Basis des Wirtschaftsplans auf der Grundlage einer Kostenallokationsmethode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle zur Vermeidung von Überkompensationen erfolgt im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung. Die Trennungsrechnung wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung geprüft.

Transparenzanforderungen

Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR werden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016:</u>	
– Zuschuss	2,291 Mio. EUR
<u>2017:</u>	
– Zuschuss	2,331 Mio. EUR

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Unter dem DAWI-Rahmen wurde bisher keine Ausgleichsleistung notifiziert bzw. genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

Über Beschwerden Dritter liegen keine Informationen vor.

5. Sonstige Fragen

Keine.

Freien und Hansestadt Hamburg

1. Übersicht über die Ausgaben

Auf Grundlage des DAWI-Beschlusses wurden von der FHH im Jahr 2016 Beihilfen in Höhe von insgesamt rd. 21,2 Mio. € und im Jahr 2017 in Höhe von insgesamt rd. 19,4 Mio. € gewährt.

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Eine Betrauung erfolgte für den Betrieb einer niedrigschwelligen Begegnungsstätte für erwachsene Drogenabhängige in ärztlicher Substitutionsbehandlung.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte durch schriftlichen Betrauungsakt.

Betrauungsdauer

Die Betrauung erfolgte jeweils für ein Jahr.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Dem Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Dem Unternehmen werden Zuschüsse erteilt.

Ausgleichsmechanismus

Die Höhe der Ausgleichleistung bemisst sich nach den für die DAWI verursachten Nettokosten. Kostenallokationsmethode. Die Berechnung der Ausgleichszahlung hat jährlich im Voraus anhand des jeweiligen Wirtschaftsplanes zu erfolgen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle wird über den Verwendungsnachweis ausgeübt.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da Artikel 7 DAWI-Beschluss nicht erfüllt ist.

Höhe der gewährten Beihilfen

In 2016 und 2017 wurden jeweils Beihilfen in Höhe von rd. 0,5 Mio. € gewährt.

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgten Betrauungen in folgenden Bereichen:

- Verbraucherzentrale (umfassende Beratung und Durchsetzung von Interessen der Verbraucher u.a. in den Bereichen Handel, Dienstleistung, Telekommunikation, Finanzdienstleistung, Baufinanzierung und Umwelt- und Energieberatung).
- Tourismusförderung, Vermarktung Hamburg als attraktives Reiseziel und Erhöhung des Bekanntheitsgrades Hamburgs (u.a. Entwicklung und Umsetzung von Marketingmaßnahmen, Monitorings nach touristischen Themen, Präsentation der touristischen Attraktionen auf einer mehrsprachigen Webseite, ständiger Dialog mit touristischen Leistungsträgern, Bildung von Kooperationen mit touristischen Partnern, Präsentation auf touristischen Leitmessen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit).
- Vermarktung der FHH und der Metropolregion als Messe-, Tagungs- und Kongressstandort (u.a. übergreifende Marketingaspekte der Außendarstellung Hamburgs und der Metropolregion, strategische Ausrichtung des Hamburg Marketings und Erarbeitung und Umsetzung strategischer Kommunikationskonzepte, Werbe- und Marketingdienstleistungen, z.B. durch Herausgabe von Publikationen, Verzahnung von Tourismusmarketing und Wirtschaftsförderung, Herstellung von Imagefilmen, Entwicklung und Umsetzung einer internationalen Onlinekommunikation, Betrieb eines Markenmanagementportals zum Austausch aller Akteure des Hamburg Marketings untereinander).

- Standortmarketing für die Metropolregion Hamburg (u.a. Akquisition von Veranstaltungen, Präsentation des Standortes auf Messen, Vorhalten von Informationen, kostenfreie Beratung potenzieller Veranstalter, Internetauftritt, Entwicklung von Events).
- Studierendenwerk (Betreuung und Förderung der Studierenden. Service- und Beratungsleistungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie Mensenbewirtschaftung und Wohnheimzuschüsse).
- Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung im Bereich Green/Clean und Digital Technologies durch Errichtung eines Innovation Campus for Green Technologies.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt durch schriftliche Betrauungsakte, auch in Form von Zuwendungsbescheiden und Ziel- und Leistungsvereinbarungen.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 1 bis 2 Jahre oder aber 10 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es werden Zuschüsse mittels Zuwendungsbescheid erteilt.

Ausgleichsmechanismus

Die Höhe der Ausgleichleistungen bemisst sich nach den für die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verursachten Nettokosten. Kostenallokationsmethode. Die Berechnung erfolgt meist im Voraus anhand des jeweiligen Wirtschaftsplanes.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt regelmäßig über den Verwendungsnachweis, häufig auf Grundlage des Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da Artikel 7 DAWI-Beschluss nicht erfüllt ist.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 wurden Beihilfen in Höhe von rd. 20,7 Mio. € gewährt. In 2017 waren es rd. 18,9 Mio. €.

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

Beschwerden Dritter lagen nicht vor.

5. Sonstige Fragen

Es bestehen keine sonstigen Fragen.

Hessen

1. Übersicht über die Ausgaben

Gesamtausgaben im Land für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (in Mio. EUR) nach Rechtsgrundlage		
Ausgleich für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	2016	2017
Ausgleich auf der Grundlage des DAWI-Beschlusses (Ausgleichsleistungen)	356.154.781,00 €	408.198.673,00 €

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

a. Stationäre Krankenhausleistungen mit den Fachabteilungen Chirurgie, Frauenheilkunde, Innere Medizin, Geriatrie, Orthopädie/ Unfallchirurgie und Intensivmedizin

- Teilstationäre Geriatrie (Tagesklinik)
- Ambulante Behandlungen im Rahmen der Institutsambulanzen
- Ambulantes Operieren
- Leistungen im Rahmen der Integrierten Versorgung nach SGB V

b. Notfalldienste

Das Krankenhaus nimmt an der Notfallversorgung teil. Hierzu zählen insbesondere eine Rund-um-die-Uhr-Bereitschaft an allen Tagen sowie die Vorhaltung intensiv medizinischer, internistischer und chirurgischer/ unfallchirurgischer Behandlungskapazitäten.

c. Altenhilfe

Betrieb von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe, die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege von alten Menschen einschließlich deren soziale und kulturelle Betreuung sowie das Angebot von Wohngelegenheiten nach den Grundsätzen der Altenhilfe.

d. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen

- Betrieb von Apotheken für Patienten der Krankenhäuser und Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtungen einschließlich deren ambulanter und häuslicher Versorgung mit verabreichten Arzneimitteln
- Konsile innerhalb der Krankenhaus- und Pflegebetriebe
- Speiserversorgung sowie Betrieb von Casino, Cafeteria und Kiosk für Patienten, Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtungen, Mitarbeiter und Besucher der Krankenhäuser
- Küchenleistungen
- Zentralsterilisation
- Betrieb einer Ausbildungsstätte für die Gesundheits- und Krankenpflege, Pflegeassistenten, Maßnahmen in Kooperation mit der Arbeitsagentur
- Betrieb eines Labors
- Werkstattleistungen
- Vermietungsleistungen im Rahmen der Vermögensverwaltung (Vermietung Patientencafeteria, Vermietung an das Kuratorium für Heimdialyse, Vermietung von Personalwohnungen, Vermietung an das Gesundheitsamt sowie Arztpraxen, Vermietung von Räumlichkeiten an die Kassenärztliche Notdienstzentrale, Vermietung einer Wohnung im Seniorenzentrum Fellersborn (Betreutes Wohnen)
- Parkraumbewirtschaftung für Patienten, Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtungen, Mitarbeiter und Besucher
- Betrieb einer Röntgenabteilung / CT
- Personalwohnheim

- Unterbringung von Begleitpersonen nach § 2 Krankenhausentgeltgesetz
- Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH mit den Nebenleistungen Umbau, Sanierung, Instandhaltung und Energiecontracting der Klinikgebäude.

Formen der Betrauung

Öffentliche Betrauungsakte in Gestalt von Verwaltungsakten (Bescheiden)/Betrauungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

...

Beihilfeinstrumente

Ausgleich des Jahresfehlbetrages, unentgeltliche Überlassung von Vermögensgegenständen, unentgeltliche Bürgschaftsübernahme, Zuschüsse und Garantien, Einzahlungen in Kapitalrücklage

Ausgleichsmechanismus

Nettokosten-Methode nach Art. 5 des Freistellungsbeschlusses 2012/C8/02, Kostenallokationsmethode, Ausgleich Jahresfehlbetrag durch den Landkreis.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Vorlage der vollständigen Jahresabschlüsse nach Ablauf des Geschäftsjahres.

Vornahme einer Trennungsrechnung zwischen begünstigten und nicht begünstigten Dienstleistungen.

Jährliche Prüfung der Einhaltung der Bedingungen des Betrauungsakts durch einen Wirtschaftsprüfer und die Betrauungsbehörde.

Ergibt die Prüfung eine Überkompensierung von mehr als 10 % des durchschnittlichen jährlichen Ausgleichs, fordert die Kommune das Gesamtunternehmen zur Rückzahlung des überhöhten Betrages auf. Ergibt die Prüfung eine Überkompensierung von max. 10 %, darf der überhöhte Betrag auf den nächstfolgenden Ausgleichszeitraum angerechnet werden.

Transparenzanforderungen

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro wurden bislang nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Beihilfen:

2016	98.470.414 €
------	--------------

2017	114.115.201 €
------	---------------

Zusätzlich

Bürgschaftserklärungen:

2016	129.695.310 €
------	---------------

2017	90.962.885 €
------	--------------

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Soziale, pflegerische und therapeutische Leistungen,
- Angebote des Wohnens, der Pflege und der Alltagsbegleitung alter Menschen in den Einrichtungen

- solitäre Kurzzeitpflege, Tagespflege, Nachtpflege, Betreutes Wohnen, Altagsstätte, alle Neben- und Hilfseinrichtungen die dem Betriebszweck dienen bzw. förderlich sind.
- Betrieb medizinischer Versorgungszentren.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt/ Öffentliche Betrauungsakte in Gestalt von Verwaltungsakten (Bescheiden),

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

...

Beihilfeinstrumente

Ausgleichsleistungen, Zuschuss und Garantien, Bürgschaftserklärungen/ -übernahmen, Kassenkredite, Kapitaleinlage

Ausgleichsmechanismus

Ausgleichsleistungen und Garantien

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Nachweis der Verwendung über evtl. Ausgleichsleistungen nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres.
- Trennungsrechnung. Feststellung der tatsächlichen Ausgleichsbedarfe anhand der jeweiligen Jahresabschlüsse. Ergibt sich eine Überkompensation, so ist eine

Übertragung auf das folgende Wirtschaftsjahr nur in Höhe von 10 % der maximal zulässigen Ausgleichsleistungen möglich. Andernfalls erfolgt eine Rückzahlung.

- Erhebung von Avalgebühren

Transparenzanforderungen

Beihilfen in der Größenordnung von mehr als 15. Mio. Euro jährlich werden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016:

6.213.061 € Betriebskosten- / Investitionskostenzuschüsse bzw. Verlustausgleiche

26.787.848 € Bürgschaften für Kredite übernommen; tlw. keine Inanspruchnahmen sowie weitere Bürgschaftserklärungen ohne konkrete Bezifferung der Darlehensbeträge

2017:

6.320.000 € Betriebskosten- / Investitionskostenzuschüsse bzw. Verlustausgleiche

23.127.312 € Bürgschaften für Kredite übernommen; tlw. keine Inanspruchnahmen sowie weitere Bürgschaftserklärungen ohne konkrete Bezifferung der Darlehensbeträge

b) Kinderbetreuung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen und Einrichtungen für Kinder im Alter zwischen 0-10 Jahren; Integrationsmaßnahmen, Finanzielle Förderung der 3 kirchlichen Träger von Tageseinrichtungen.
- Ganz- oder Halbtagsbetreuung, je nach gewähltem Modell.

- Zuschuss zu Kindergärten in Trägerschaft der örtlichen Kirchengemeinden und Kommunen.
- Kinderbetreuung (ganztags) in gemeindlichen Einrichtungen. Hierbei sind auch U3-Betreuung – sowie z. T. Integrationsmaßnahmen vorhanden.
- Aus-, Fort- und Weiterbildung, Qualifizierung, Beratung, Betreuung sowie Beschäftigungsförderung benachteiligten Jugendlichen.
- Schulsozialarbeit
- Anmietung von Kinderbetreuungseinrichtungen
- Förderung der Jugendhilfe

Formen der Betrauung

Betrauungsakt, Zuwendungsvereinbarung, Formlose Betrauung durch Beschluss der Vertretungskörperschaft sowie einzelvertragliche Regelungen mit verschiedenen Trägern der Kinderbetreuungseinrichtungen

Betrauungsdauer

Verträge mit verschiedenen privaten oder kirchlichen Betreibern über 1 bis 2 Jahre, die sich automatisch um 1 - 2 Jahre verlängern, wenn nicht gekündigt wird.

Miet- bzw. Pachtverträge mit Laufzeiten bis zu 10 Jahren, im Einzelfall auch 20 Jahre (mit eigener Wohnungsbaugesellschaft).

10 Jahre

Kindertageseinrichtungen auf unbestimmte Zeit.

Ausschließliche oder besondere Rechte

...

Beihilfeinstrumente

Zuschuss (tlw. in Form von Einlagen), Fehlbetragsabdeckung, frei vereinbarte feste Monatsmieten, die sich an Mieten für vergleichbare Objekte orientieren.

Ausgleichsmechanismus

Abschlagszahlungen und Schlussabrechnung, Ausgleich Jahresfehlbetrag, Investitionszuschüsse, Anteilsfinanzierung, Ausgleichszahlung auf Basis einer Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Trennungsrechnung für die Plan- und Ist-Rechnung. Die Trennungsabrechnung hat die Anforderungen des Art. 5 Abs. 9 des Freistellungsbeschlusses zu erfüllen.
- Verwendungsnachweise

Transparenzanforderungen

Beihilfen in der Größenordnung von mehr als 15. Mio. Euro jährlich werden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	146.464.042 €
2017	167.988.988 €

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Förderung der Jugendhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, um hierdurch der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen präventiv entgegenzuwirken, die Eingliederung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu fördern, die Chancengleichheit von benachteiligten Personen im Erwerbsleben zu ver-

bessern und die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt insgesamt zu verbessern. Entwicklung und Erprobung neuer und innovativer Arbeits- und Beschäftigungsfelder insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien, Gesundheitswesen und Natur- und Umweltschutz; Umsetzung von Projekten im Rahmen von öffentlicher Beschäftigung.

- Förderung von Projekten zur Verbesserung der Lebenssituation von Langzeitarbeitslosen
- Betrieb eines Beratungszentrums für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte
- Personalentwicklung, Betriebe, Arbeitnehmer und Arbeitslose zu informieren und beraten. Arbeitslose und Empfänger von Grundsicherungsleistungen qualifiziert zu beschäftigen. Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Ambulante Hilfen zur Erziehung.
- Existenzgründungen durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen. Insbesondere bei benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes

Formen der Betrauung

Betrauungsakt, Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre/ 6 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

...

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse, Ausgleichsleistung, Kapitalerhöhung

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode und Net-avoided-cost-Methode, Trennungsrechnung

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Berichte und Jahresabschluss, Trennungsrechnung

Transparenzanforderungen

Beihilfen in der Größenordnung von mehr als 15. Mio. Euro jährlich werden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	758.327 €
2017	1.435.858 €

d) Sozialer Wohnungsbau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Bereitstellung von Wohnraum und sozialer Infrastruktur für sozial schwache Bevölkerungsgruppen, Flüchtlinge, Obdachlose sowie sonstige förderungswürdige Personengruppen, die nicht die Mittel haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine adäquate Wohnunterkunft zu beschaffen.
- Baulandbereitstellung, -entwicklung und -erschließung auf der Grundlage von mit der Stadt abzuschließenden städtebaulichen sowie gegebenenfalls weiteren Verträgen für die Bereitstellung von öffentlich gefördertem Wohnraum, der einer Belegungs- und/ oder Mietpreisbindung unterliegt;
- Errichtung, Erwerb, Sanierung, Modernisierung, Anmietung, Vermietung von öffentlich gefördertem Wohnraum, einschließlich Garagen und Einstellplätzen, an Berechtigte zu sozial verträglichen Bedingungen; Bewirtschaftung und Instandhaltung von öffentlich gefördertem Wohnraum; Erwerb von Wohnungsbelegungsrechten;

Formen der Betrauung

Betrauungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Beihilfeinstrumente

- Die Stadt kann an das Unternehmen Ausgleichsleistungen, d.h. alle vom Staat oder aus staatlichen Mitteln jedweder Art gewährten Vorteile (z.B. Kapitaleinzulagen, Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse, ein zu marktunüblichen Konditionen gewährtes Darlehen sowie eine verbilligte bzw. unentgeltliche Überlassung oder Übertragung von Grundstücken und Gebäuden), entrichten.
- Zinsverbilligte Darlehen, Zuschüsse auf Basis des HWoFG

Ausgleichsmechanismus

- Die jeweilige Höhe der Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) ist in einem Haushaltsplan der Stadt veranschlagt und ergibt sich aus dem nach den gesetzlichen Regelungen und den dort vorgesehenen Parametern erstellten und beschlossenen jeweiligen Jahres- Wirtschaftsplan oder einem entsprechenden anderen Nachweis des Unternehmens. Die maximale Höhe der Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) im Sinne des DAWI-Beschlusses ergibt sich wiederum aus dem jeweiligen Haushaltsplan der Stadt.
- Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Das Unternehmen führt gegenüber der Stadt jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht durch den jeweiligen Jahresabschluss und anderweitige, durch die Stadt auf eine Überkompensierung

der zur Verfügung gestellten Mittel hin zu überprüfende Nachweise, insbesondere durch die vom Unternehmen zu erstellende Trennungsrechnung.

Transparenzanforderungen

Die geförderten Unternehmen haben weder im Jahr 2016 noch im Jahr 2017 Ausgleichsleistungen (Begünstigungen) im Bereich des sozialen Wohnungsbaus von durchschnittlich mehr als € 15 Mio. erhalten.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016:

1.005.994 €

+ 500.000 € Bürgschaften für Kredite übernommen; keine Inanspruchnahmen

2017:

3.973.500 €

+ 2.900.000 € Bürgschaften für Kredite übernommen; keine Inanspruchnahmen

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Qualifizierende Beschäftigung im Rahmen des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB III);

Beschäftigung schwervermittelbarer Arbeitsloser im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüssen;

Ausbildung und Umschulung;

Maßnahmen zur (Wieder-)Eingliederung von Frauen und Männern in das Erwerbsleben;

Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen;

Berufs- und ausbildungsvorbereitende Maßnahmen;

Sozialpädagogische Betreuung und Intervention im Rahmen der unter den Punkten a) – f) aufgeführten Maßnahmen;

Die Zurverfügungstellung von Unterkünften und die Erbringung von Betreuungsleistungen für Asylbewerber und andere nach dem Asylverfahrensgesetz berechnigte Personen.

Formen der Betreuung

Betreuungsakt

Betreuungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

...

Beihilfeinstrumente

Ausgleich der entstehenden Verluste, Bürgschaften oder vergleichbare Haftungserklärungen zur Absicherung von Darlehen und Krediten, Leistung von Kapital- und Sacheinlagen sowie Betriebs- und Investitionskostenzuschüssen, zur Gewährung von Darlehen zu marktunüblichen Konditionen oder zu verbilligten bzw. unentgeltlichen Grundstücksüberlassungen.

Ausgleichsmechanismus

Ausgleich Jahresfehlbetrag nach Haushaltsplan

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht auf Grundlage des jeweiligen Jahresabschlusses und anderweitiger, durch den Landkreis auf eine Überkompensation der zur Verfügung gestellten Mittel hin zu überprüfender Nachweise. Die

Unternehmung führt eine Trennungsrechnung, die von einem Wirtschaftsprüfer geprüft und dem Landkreis vorgelegt wird.

Transparenzanforderungen

...

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 300.000 €

2017 300.000 €

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

ii) Energie

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Anteilskauf (50%) an einer Fernwärmegesellschaft für den Betrieb und Ausbau des Fernwärmenetzes sowie für die Versorgung weiterer Stadtteile mit Fernwärme

Formen der Betrauung

Öffentliche Betrauung (Bescheid)

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

...

Beihilfeinstrumente

Bürgschaft

Ausgleichsmechanismus

Aus dem Betrauungsakt folgt kein Rechtsanspruch des Gesamtunternehmens auf die Ausgleichsleistungen (Begünstigungen).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verpflichtung des Gesamtunternehmens Stadtwerke zum Nachweis der Mittelverwendung; Aufforderung zur Rückzahlung überhöhter Beträge; Prüfung der Ausgleichsleistungen im Rahmen der Jahresabschlüsse

Transparenzanforderungen

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro wurden bislang nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 0 Euro

2017: 1.900.000 Euro

iii) Müllabfuhr

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Organisation und Durchführung von Einsammlung, Transport, Stoffstrommanagement und Verwertung von Abfall

Formen der Betrauung

Öffentliche Betrauung (Bescheid)

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

...

Beihilfeinstrumente

Bürgschaft

Ausgleichsmechanismus

Aus dem Betrauungsakt folgt kein Rechtsanspruch des Gesamtunternehmens auf die Ausgleichsleistungen (Begünstigungen).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verpflichtung des Gesamtunternehmens Stadtwerke zum Nachweis der Mittelverwendung; Aufforderung zur Rückzahlung überhöhter Beträge; Prüfung der Ausgleichsleistungen im Rahmen der Jahresabschlüsse.

Transparenzanforderungen

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro wurden bislang nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 0 Euro

2017: Bürgschaftserklärung 933.500 Euro

iv) Wasserversorgung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Übernahme der Wasserversorgung / Betrieb der Wasserversorgung

Formen der Betrauung

Öffentliche Betrauung (Bescheid)

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Ausgleichszahlungen, Kommunalbürgschaften

Beihilfeinstrumente

...

Ausgleichsmechanismus

Aus dem Betrauungsakt folgt kein Rechtsanspruch des Gesamtunternehmens auf die Ausgleichsleistungen (Begünstigungen).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verpflichtung des Gesamtunternehmens Stadtwerke zum Nachweis der Mittelverwendung; Aufforderung zur Rückzahlung überhöhter Beträge; Prüfung der Ausgleichsleistungen im Rahmen der Jahresabschlüsse

Transparenzanforderungen

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro wurden bislang nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: Bürgschaftserklärung rd. 0,3 Mio. Euro

2017: Bürgschaftserklärung rd. 4,0 Mio. Euro

v) Kultur

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Betrieb eines städtischen Kulturbüros
- Entwicklung von Kulturkonzepten und deren Umsetzung
- Förderung von Kunst, Kultur, Bildung und Sport im Einzugsbereich der Stadt
Musik, Tanz, bildende Kunst, Literatur, Filmwesen, Erwachsenenbildung, Museen und Ausstellungen,
- Bibliotheken, Soziokultur, kulturelle Bildung.
- Durchführung von Konzerten, Festivals, Ausstellungen, Theater- und Tanzvorstellungen
- Kontaktpflege zu den für kulturelle Belange relevanten Bürger und regionalen Institutionen (Vereine, Verbände, VHS, Kirchen etc.)
- Betreiben einer Volkshochschule, Musikschule mit musikalischer Früherziehung. Die Aufgabe umfasst die Bereiche allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung im Zusammenhang mit der Ausübung eines Ehrenamtes und schließt u.a. mit einem Schulabschluss ab.
- Unterhaltung von Theatern und Orchestern; Erwerb, Sanierung, Modernisierung und Instandsetzung sowie Vermietung, Verpachtung und Bewirtschaftung von Immobilien, um dadurch die Bereitstellung kultureller Angebote sowie touristischer Informationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit zu gewährleisten;
- Errichtung, Unterhaltung und Betrieb eines Museums
- Veranstaltungsorganisation, Organisation von Messen, Ausstellungen, Kongressen, Tagungen und Events

Formen der Betrauung

Betrauungsakt, Gesellschaftervertrag (für 2018 Betrauungsakt vorgesehen)

Betrauungsdauer

Die Betrauung erfolgte zunächst bis 31.03.2019/10 Jahre/unbestimmte Zeit

Ausschließliche oder besondere Rechte

...

Beihilfeinstrumente

Jährliche Ausgleichszahlungen, Zuschüsse, Bürgschaftsübernahmen

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode; Ausgleich des Überschusses durch Kürzung im Folgejahr.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jahresabschluss mit Berichterstattung, Trennungsrechnung

Transparenzanforderungen

Beihilfen von mehr als 15 Mio. Euro werden gemäß dem Betrauungsakt nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	5.436.078 €
------	-------------

2017	8.102.796 €
------	-------------

vii) Sonstige Wirtschaftszweige:

A. Universitätskliniken

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Als primäre Aufgabe der Universitätskliniken bestimmt § 5 Abs. 1 Gesetz für die hessischen Universitätskliniken (UniKlinG) vom 26. Juni 2000 in der geltenden Fassung die Unterstützung des Fachbereichs Medizin bei dessen Aufgabenerfüllung in For-

schung und Lehre. Daraus folgt, dass die Universitätskliniken an Forschung und Lehre ausgerichtet ihre Aufgaben in der Krankenversorgung wahrnehmen.

Laut § 5 Abs. 2 UniKlinG – bei UKGM findet § 5 Abs. 1 und 2 UniKlinG über § 25 a Abs. 1 UniKlinG Anwendung – nehmen die Universitätskliniken Aufgaben der Krankenversorgung, der Aus-, Weiter- und Fortbildung der Angehörigen nichtärztlicher Fachberufe, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Weiter- und Fortbildung der Ärztinnen und Ärzte und weitere ihnen übertragene Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens wahr oder stellen deren Erfüllung sicher.

Gemäß § 15 UniklinG werden die Einzelheiten der engen Zusammenarbeit zwischen der Universität, insbesondere deren Fachbereich Medizin, und dem Universitätsklinikum durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag geregelt. Dieser enthält vor allem Bestimmungen über die Erfüllung der Aufgaben in Forschung, Lehre, Verwaltung und Krankenversorgung.

Unter Berücksichtigung dieser primären Aufgabe der Universitätskliniken ist im Rahmen der zu erbringenden Leistungen in der Krankenversorgung und der damit zusammenhängenden Leistungen Folgendes anzuführen:

Nach § 3 Abs. 1 des Zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung des Krankenhauswesens in Hessen (Hessisches Krankenhausgesetz 2011 - HKHG 2011) vom 21. Dezember 2010 in der geltenden Fassung ist die Gewährleistung der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser eine öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte (Sicherstellungsauftrag). Das Land erfüllt diese Aufgabe besonders durch die Aufstellung des Landeskrankenhauses und des Investitionsprogramms sowie durch die öffentliche Förderung der Krankenhäuser. Im Bereich der Universitätskliniken erfolgte unmittelbar eine Betrauung mit Aufgaben der Krankenversorgung durch das UniKlinG und den gemäß § 15 UniKlinG abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Kooperationsvertrag. In den Krankenhausplan werden die Universitätskliniken unter Berücksichtigung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre und die in § 3 Satz 1 Nr. 4 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes genannten Krankenhäuser einbezogen, soweit sie der stationären Versorgung der Bevölkerung allgemein dienen (§ 18 Abs. 2 HKHG 2011).

Formen der Betrauung

Im Bereich der Universitätskliniken erfolgte unmittelbar eine Betrauung mit Aufgaben der Krankenversorgung durch das Gesetz für die hessischen Universitätskliniken (UniKlinG) und den gemäß § 15 UniKlinG abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Kooperationsvertrag.

Betrauungsdauer

Die Betrauung der Universitätskliniken mit Aufgaben der Krankenversorgung ist zeitlich nicht befristet.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Besonderheiten ergeben sich aufgrund des mit der Krankenversorgung verbundenen Wissenschaftsbetriebs:

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 UniKlinG wahrt das Universitätsklinikum die der Universität eingeräumte Freiheit in Forschung und Lehre und stellt sicher, dass die Mitglieder der Universität die durch Art. 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes verbürgten Grundrechte und die in Artikel 10 der Verfassung des Landes Hessen verbürgten Freiheiten wahrnehmen können.

Beihilfeinstrumente

1. Zuschüsse:

Die Universitätskliniken erhalten Zuschüsse des Landes nach Maßgabe des Landeshaushalts.

2. Gewährträgerhaftung des Landes:

Gemäß § 4 Abs. 1 UniKlinG haftet für die Verbindlichkeiten des Universitätsklinikums Frankfurt neben diesem auch das Land unbeschränkt, wenn und soweit die Befriedigung aus dem Vermögen des Universitätsklinikums nicht erlangt werden konnte (Gewährträgerschaft).

Die Sicherung der Krankenversorgung ist im Bereich der klinischen Medizin unabdingbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Wissenschaftsbetriebs. Vergleichbare Regelungen wurden nach dem Bericht des Unterausschusses Hochschulmedizin der Kultusministerkonferenz auch in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland für universitätsmedizinische Einrichtungen getroffen.

Das UKGM ist eine GmbH.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Über die Verwendung der Zuschüsse sind gegenüber dem Land Nachweise zu führen. Soweit sich bei der obligatorischen Prüfung der Nachweise ergibt, dass Zuschüsse nicht im Rahmen der vorgegebenen Mittelverwendung eingesetzt wurden, sind diese durch das Land zurückzufordern.

Transparenzanforderungen

Es wird auf das jeweilige Haushaltsgesetz i.V.m. dem Haushaltsplan des Landes Hessen verwiesen.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 15.198.000,00 €

2017: 6.148.000,00 €

B. Bodenbevorratung für öffentliche und agrarstrukturelle Zwecke

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bodenbevorratung für öffentliche und agrarstrukturelle Zwecke:

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Tätigkeit des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes (RSG), insbesondere die Durchführung von Siedlungs-, Agrar-strukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen

Formen der Betrauung

- Vertrag des Landes Hessen mit der Gesellschaft über die Bodenbevorratung vom 24. März 1975
- (Bodenbevorratungs-Richtlinie): Richtlinie zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche und agrarstrukturelle Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015 (Inkrafttreten am 01. Januar 2016), veröffentlicht im Staatsanzeiger 53/2015, S. 1426
- Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt vom 14. Dezember 2012
- Bodenbevorratungsverträge mit kommunalen Gebietskörperschaften (Anlage 2 zur Richtlinie zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche und agrarstrukturelle Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015)

Betrauungsdauer

Die Bodenbevorratungs-Richtlinie vom 10. Dezember 2015 hat eine Höchstlaufzeit von 10 Jahren (bis längstens zum 31. Dezember 2025).

Ausschließliche oder besondere Rechte

Vgl. § 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt vom 14. Dezember 2012:

- Die Gesellschaft ist beauftragt, für das Land Hessen die Bodenbevorratung für öffentliche Zwecke durchzuführen (Nr. 2 der Richtlinie zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015)
- Kommunale Gebietskörperschaften können die Gesellschaft auf Grundlage von Bodenbevorratungs-verträgen mit gezielter Bodenbevorratung beauftragen (Nr. 2 und 7 der Richtlinie zur Förderung der Bodenbevorratung für öffentliche Zwecke im ländlichen Raum vom 10. Dezember 2015).

Beihilfeinstrumente

Unentgeltliche Gewährung von Ausfallbürgschaften zur Absicherung von Kapitalmarktdarlehen zur Durchführung und Finanzierung der Grundstücksgeschäfte im Rahmen der Bodenbevorratungsmaßnahmen

Ausgleichsmechanismus

Der Grundmechanismus der Ausgleichsleistung für die unentgeltliche Gewährung der Ausfallbürgschaften ist transparent festgelegt.

Die Aufnahme von Kapitalmarktdarlehen mit Landesbürgschaft darf nach § 4 Abs. 2 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt nur mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung erfolgen. Darüber hinaus dürfen die Grundstücke der Bodenbevorratung höchstens zu 85% des Einstandspreises und zu 90% des Verkehrswertes finanziert werden (§ 4 Abs. 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt).

Als Parameter für den Wert der Beihilfe wird unter Bezugnahme auf die Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften (2008/C 155/02; ABl. EU Nr. C 155/10 vom 20. Juni 2008, „Garantie-Mitteilung“) ein marktübliches Entgelt für die Bürgschaftsgewährung in Höhe von 0,5% der Bürgschaftssumme ermittelt (in Anlehnung an Ziffer 3.3 der Garantie-Mitteilung; § 4 Abs. 5 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die unentgeltliche Gewährung von Ausfallbürgschaften stellt eine erforderliche Ausgleichsleistung für die Erbringung der DAWI im Sinne des Art. 5 Abs. 1 des Freistellungsbeschlusses dar. Eine mögliche Überkompensation wird durch die Vorschriften des § 5 Abs. 1 bis 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt zwingend ausgeschlossen.

§ 5 Abs. 1 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt statuiert ein grundsätzliches Verbot der Überkompensation, d.h. des Überschreitens der mit der Bodenbevorratung verbundenen Kosten durch die hiermit erzielten Einnahmen zuzüglich der erhaltenen Ausgleichsleistungen unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns.

§ 5 Abs. 2 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt definiert als angemessenen Gewinn die Kapitalrendite, die ein durchschnittliches Unternehmen im Bereich

der Bodenbevorratung unter Berücksichtigung seines jeweiligen Risikos als notwendig zur Erbringung der Bodenbevorratungsleistung ansieht. Diese Regelungen entsprechen den Voraussetzungen des Verbots der Überkompensation nach Art. 5 Abs. 1, Abs. 4 und Abs. 5 des Freistellungsbeschlusses.

Zur Vermeidung einer Überkompensation ist zu ermitteln, ob der erwirtschaftete Gewinn im Segment Bodenbevorratung die angemessene Eigenkapitalrendite übersteigt. Für das Jahre 2016 wurde zuletzt auf Grundlage einer Basisrendite für risikolose festverzinsliche Wertpapiere sowie einer Marktrisikoprämie (Risikozuschlag) unter Berücksichtigung des unternehmensspezifischen Risikos eine angemessene Rendite von 4,75% unterstellt. Um den angemessenen Gewinn zu ermitteln, wird dieser Prozentsatz auf das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft zum Schluss des jeweiligen Geschäftsjahres angewandt.

Sollte die Gesellschaft im Rahmen ihrer sonstigen Tätigkeiten außerhalb der Bodenbevorratung Gewinne erzielen, die über der angemessenen Rendite liegen, so müssen diese auf die Einnahmen angerechnet werden (§ 5 Abs. 3 der Ergänzung zum öffentlichen Betrauungsakt).

Transparenzanforderungen

Entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: Bruttosubventionsäquivalent EUR 731.834,00 (Avalprovision), Anteil Land Hessen: 100%

C. Kooperationsplattform für Projekte, Forschung sowie Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Logistik und Mobilität

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Mit der Betrauung verbunden ist die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung (Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse - DAWI) der Gesellschaft zur Errichtung einer Kooperationsplattform für Unternehmen, Hochschulen und anderen Institutionen für Projekte, Forschung sowie Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Logistik und Mobilität.

Flächen zu diesem Zweck sind am freien Immobilienmarkt weder in einer angemessenen zentralen Lage, noch in der notwendigen Qualität hinsichtlich der Ausstattung und des Preises verfügbar. Dies liegt u.a. daran, dass das Gebäude als Innovationszentrum über einen vergleichsweise hohen Anteil an Gemeinschafts- und Kooperationsflächen verfügt, die Vermietung in weiten Teilen kleinteilig, aber kurzfristig für Projekte erfolgen soll, so dass sich ein erhöhtes Risiko in der Vermietung ergibt. Zu Beginn des Vorhabens wurde eine Markterkundung durchgeführt, die ergab, dass – unabhängig von den zuvor genannten Anforderungen und Risiken – keine Flächen an geeigneter Lage verfügbar waren.

Unabhängig von den Flächen stellt das Land Mittel für Forschungsprojekte, die im HOLM durchgeführt werden sollen, zur Verfügung. Auch diese sollen der Lösung von Logistik- und Mobilitätsproblemen urbaner Verdichtungsräume dienen – der Standort des HOLM ist dabei so gewählt, dass das Rhein-Main-Gebiet prototypisch für Forschungs- und Versuchszwecke genutzt werden kann.

Formen der Betrauung

Bescheid – öffentliche Betrauung

Betrauungsdauer

Die Betrauung hat eine Dauer von 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

-

Beihilfeinstrumente

Das Land Hessen hat eine Patronatserklärung abgegeben, durch die die Gesellschaft in den Genuss eines günstigeren Mietzinses für die für die Erbringung der DAWI benötigten Immobilie gekommen ist. Dieser Mietzinsvorteil beläuft sich im langjährigen Durchschnitt auf EUR 277.000 p.a.

Für die zugunsten der Gesellschaft vom Land Hessen, vertreten durch das Hessische Ministerium der Finanzen, übernommene Patronatserklärung zur Sicherstellung der Zahlungsverpflichtungen aus dem Immobilienmietvertrag während dessen Lauf-

zeit bis zum Jahr 2043 muss die Gesellschaft eine marktgerechte Avalgebühr in Höhe von 0,4% p.a. des garantierten Betrags der ausstehenden Zahlungsverpflichtungen an das Land zahlen – das Land verzichtet auf die Zahlung dieser Avalgebühr; der Zahlungsverzicht ist Teil der vom Land gewährten Ausgleichsleistung.

Die Gesellschaft erhält zudem vom Land Hessen zusätzliche Ausgleichsleistungen für die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen in Höhe des durch die Erfüllung verursachten Aufwands. Ein Zahlungsanspruch erwächst der Gesellschaft aus dieser Vereinbarung nicht.

Ausgleichsmechanismus

Umfang und Qualität der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen werden im Rahmen der Haushaltsplanungen der Stadt Frankfurt am Main und des Landes Hessen sowie der gesellschaftsrechtlichen Entscheidungen über die Gestaltung des Wirtschaftsplans der HOLM GmbH (gemäß Gesellschaftsvertrag durch Beschluss des Aufsichtsrats und der Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung) festgelegt. Diese Festlegungen sind maßgeblich für die Höhe der erforderlichen Aufwendungen.

Die erforderlichen Aufwendungen bestimmen sich nach den im Wirtschaftsplan der Gesellschaft geplanten Aufwendungen für die Tätigkeit der Gesellschaft. In den Aufwendungen kann ein angemessener Gewinnzuschlag von bis zu 4 % berücksichtigt werden. Die Gesellschafter Land Hessen und Stadt Frankfurt am Main legen dabei die Gesamtsumme der im kommenden Jahr maximal zu leistenden Ausgleichsleistungen fest. Die Zahlungsverpflichtungen des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt am Main stehen dabei unter dem Vorbehalt, dass im jeweiligen Haushalt des Gesellschafters entsprechende Mittel veranschlagt sind. Die Ausgleichszahlungen werden in die Kapitalrücklage der Gesellschaft nach § 272 Abs.2 Nr.4 HGB geleistet (zur Aufteilung der Höhe zwischen Land Hessen und Stadt Frankfurt siehe unter „Beihilfeinstrumente“).

Sofern von der Gesellschaft zukünftig auch andere Aufgaben wahrgenommen werden, die nicht in der Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen bestehen, ist die Abgrenzung der auf diese Aufgaben entfallenden Aufwendungen und Erträge durch eine Trennungsrechnung nachzuweisen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Ausgleichsleistung darf nicht über das Maß hinausgehen, das zur Deckung des Aufwands für die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Gesellschaft erforderlich ist. Dazu hat die Gesellschaft sicherzustellen, dass der Ist-Ausgleich den Soll-Ausgleich nicht überschreitet.

Die durchschnittliche jährliche Ausgleichsleistung ergibt sich dabei aus der Betrachtung eines zusammenhängenden dreijährigen Zeitraumes, einschließlich des Jahres, in dem die Überschreitung erfolgt.

Seit dem Geschäftsjahr 2014 erfolgt die Überkompensationskontrolle im Rahmen der im Jahresabschluss aufgestellten Trennungsrechnung – Trennungsrechnung und Überkompensationskontrolle werden als Teile des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer testiert.

Transparenzanforderungen

...

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 4.230.337,00 €

2017: 2.930.000,00 €

Die Höhe der Beihilfe wird durch den Wirtschaftsprüfer der HOLM GmbH im Jahresabschluss attestiert.

D. Verbraucherschutz

- Vertretung von Verbraucherinteressen – unter Berücksichtigung des Allgemeinwohls – in der Öffentlichkeit und gegenüber Gesetzgebung, Verwaltung, Unternehmen und Wirtschaftsverbänden.
- Ergreifen von Maßnahmen, um die Position und Rechte der Verbraucher in der sozialen Marktwirtschaft zu stärken, die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu fördern und um den Verbraucherschutz zu verbessern.

- Information von Verbrauchern in objektiver Weise über ihre gesetzlichen Rechte und ihre Unterstützung bei der Rechtsdurchsetzung. Zu diesem Zweck werden landesweit Maßnahmen zur Verbraucherbildung und der Verbraucherberatung durchgeführt sowie entsprechende Angebote geschaffen.
- Außergerichtliche Streitbeilegung im Onlinehandel.

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgten mittels Verwaltungsakt.

Betrauungsdauer

2017 bis 2021.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse. Überkompensationen werden durch die Beachtung der Landeshaushaltsordnung vermieden.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Prüfung der bestimmungsgemäßen Verwendung der zugewandten Mittel sowie ihre betragsmäßige Angemessenheit erfolgt regelmäßig im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung nach Maßgabe der Nummern 10 und 11 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung; eine etwaige Rückforderung von Überkompensationsleistungen erfolgt nach Maßgabe der Nummer 8 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 49 a Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz..

Transparenzanforderungen

Die Verbände sind nach den der Zuwendung zu Grunde zu legenden Nebenbestimmungen verpflichtet, über für die Förderung maßgebliche Änderungen der Sachlage Auskunft zu erteilen. Der Zuwendungsbescheid kann nach Maßgabe des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes geändert und die Zuwendungshöhe zur Vermeidung von Überkompensationsleistungen angepasst werden.

Den Transparenzanforderungen gemäß Art. 7 des DAWI-Beschlusses vom 20. Dez. 2012 wird nachgekommen, sollte der Schwellenwert von 15. Mio € erreicht werden.

Höhe der gewährten Beihilfen

2017:

2,2 Millionen Euro

E. Sonstige Wirtschaftszweige [Kommunen]

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Breitband: Ausbau einer flächendeckenden Breitbandversorgung, Aufrüstung zum Hybridnetz, Garantierung tatsächlicher Downloadraten.
- Schwimmbäder: Errichtung, Unterhaltung (Sanierung) und Betrieb des, den Erholungs-, Therapie-, Sport- und Freizeitwecken der Bevölkerung dienenden, Hallenbäder einschließlich der Bereitstellung des Bades für physiotherapeutische Behandlungen, insbesondere von Patienten von Krankenhäuser (Bewegungsbad), sowie für Schul- und Vereinsschwimmen zu jeweils sozialverträglichen Eintrittspreisen, nachhaltige, umweltgerechte Energiegewinnung im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere durch den Betrieb von die Versorgungssicherheit im Kreisgebiet sicherstellenden Photovoltaikanlagen, unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebendienstleistungen wie:
 - Durchführung von (Rettungs-)Schwimm- und Aquafitnesskursen im Hallenbad zu jeweils sozialverträglichen Preisen,

- Bereitstellung einer Saunaeinrichtung für Besucher des Hallenbades,
- Bereitstellung von sonstigen Angeboten und Einrichtungen, die in direktem Zusammenhang mit dem Betrieb des Hallenbades stehen und für diesen unmittelbar förderlich sind (wie Liegewiesen, Parkraum).
- SportparkStadion Gesellschaft zur Erfüllung der Aufgabe des öffentlichen Gesundheitswesens, Bereitstellung des Stadions und des Sports
- Tourismusförderung/Regionalentwicklung:
 - Bereitstellung von Daten zur Durchführung einer regionspezifischen Wirtschaftsförderung im jeweiligen Wirtschaftsraum, Standortberatung, Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit, Intensive Verfahrensbegleitung und Erstberatung von Unternehmen bei Ansiedlung, Umsiedlung und Erweiterungen sowie Koordination zwischen den Genehmigungsbehörden, Erarbeitung von Vorschlägen und Stellungnahmen für Kommunen bei der Anweisung von Wohn- und Gewerbeflächen sowie der erforderlichen Infrastruktur, Unterstützung von Kommunen und Koordination in Fragen der Regionalplanung, Unterstützung der Betriebe bei betriebswirtschaftlichen und technischen Innovationen, Vermittlung von technischen und betriebswirtschaftlichen Beratungsleistungen durch die Zusammenführung der vorhandene Potenziale in diesem Bereich (regionaler Ansprechpartner für Technologie- und Wissenstransfer) Einrichtung von Arbeitskreisen und Initiierung betrieblicher Kooperationen, Unterstützung der regionalen Fort-und Weiterbildung.
 - Tourismusfördermaßnahmen, Schaffung einheitlicher Marketingkonzepte, strategische Marketingplanung und Marktanalyse. Ausbau bestehenden Marktangebote im jeweiligen regionalem Umfeld. Betrieb von Tourismusbüros. Erhaltung und Weiterentwicklung vorhandener touristischer Infrastruktur. Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit.
 - Durchführung von Kongressen
 - Verkehrsmuseum, Durchführung von Sonderlinienverkehren
- ÖPNV
- Sanierung- und Instandsetzung von Eisenbahninfrastruktur (Privatbahn)

- Verwertung und Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten i.S. von § 20 ElektroG sowie Abfall aller Art
- Energiegewinnung im Bereich der erneuerbaren Energien
- Abwasserbeseitigung
- Sportförderung
- Kommunales / Internationales Standortmarketing
- Breitbandausbau
- Betrieb einer Volkshochschule
- Stadtsanierung, Stadtentwicklung
- Förderung Biotechnologie
- Wirtschaftsförderung im Bereich Logistik und Mobilität, Immobiliendienstleistungen

Formen der Betrauung

Betrauungsakt, Zuwendungsbescheid, Patronatserklärung

Betrauungsdauer

10 Jahre, bei Breitband tlw. zwischen einmalig bis 15 Jahre, 5 Jahr, 1 Jahr, unbefristet

Ausschließliche oder besondere Rechte

...

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Grundstücksüberlassungen, Personalgestellung, Kapitaleinlagen, Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse, Verlustausgleich, Garantien, beschränkte Festbetragseinlagen (Kapitaleinlagen in Form von Nachschüssen), Ausgleichszahlungen in die Kapitalrücklage der Gesellschaft nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode, Verlustausgleich, Dividendeneinbehalt aus der Energiesparte, Trennungsrechnung

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Nachweisführung, Trennungsrechnung, geprüfte Jahresabschlüsse, Verwendungsnachweise. Zuschuss wird erst nach Nachweis der Kosten gezahlt.
- Rückzahlung des überhöhten Betrages bei Überkompensierung $> 10\%$ des durchschnittlichen jährlichen Ausgleichs im Betrauungszeitraum. Bei Überkompensierung $\leq 10\%$ Anrechnung des überhöhten Betrages auf den nächstfolgenden Ausgleichszeitraum.
- Es wird eine mitlaufende Kalkulation über den Wirtschaftsplan erstellt, aus der die Unterdeckung fortlaufend kalkuliert und mit Ausgleichszahlungen abgestimmt wird.
- Überkompensationskontrolle durch unabhängigen Wirtschaftsprüfer

Transparenzanforderungen

- Ausgleichsleistungen gemäß Art. 2 Abs. 1 a DAWI-Beschluss 2012 maximal zulässig in Höhe von 15 Mio. € pro Jahr.
- Überprüfung der Vereinbarkeit der gewährten Begünstigungen mit dem Freistellungsbeschluss während des Betrauungszeitraumes; Verfügbarkeit der Unterlagen mindestens zehn Jahre ab Ende des Betrauungszeitraumes.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 € 77.346.694 €

+ rd. 4,3 Mio. € Bürgschaften für Kredite beziffert und übernommen; keine Inanspruchnahmen, weitere wurden nicht beziffert

2017 92.784.330 €

+ rd. 4,3 Mio. € Bürgschaften für Kredite beziffert und übernommen; keine Inanspruchnahmen, weitere wurden nicht beziffert

+ 46.900.000 € Bürgschaft Stadt Frankfurt für die Jahre 2012-2018

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

...

5. Sonstige Fragen

...

Mecklenburg-Vorpommern

1. Übersicht über die Ausgaben (in Euro) - betr. 2. 2) b)

Jahr	Beihilfe Gesamt	dav. Ausgleichszahlung	dav. Mietnachlass
2016	240.000	200.000	40.000
2017	190.000	150.000	40.000
Summe:	430.000	350.000	80.000

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

b) Kinderbetreuung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Maßnahmen gemäß § 11 Abs. 3 Ziffern 1, 2 SGB VIII sowie Maßnahmen gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 5 SGB VIII i. V. m. § 2 Abs. 2, 8. Alt. KV M-V sowie sonstige Nebenleistungen, die mit den vorgenannten Dienstleistungen unmittelbar in Beziehung stehen und/oder aus den damit verbundenen Tätigkeiten unmittelbar abzuleiten sind und Maßnahmen und Geschäfte, durch die die vorgenannten Dienstleistungen gefördert werden.

Insbesondere: Unterhaltung und Betrieb des Sozial- und Jugendzentrums Hinterste Mühle in der Stadt Neubrandenburg als Stätte der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Formen der Betrauung

Betrauungsakt nach erfolgtem Interessensbekundungsverfahren

Betrauungsdauer

Perioden: 1. 2013 - 2016; 2. 2017 - 2019

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nutzung der städtischen Flächen des Sozial- und Jugendzentrums Hinterste auf der Grundlage eines exklusiven Mietvertrages für das Sondergebiet

Beihilfeinstrumente

Gewährung einer jährlichen Ausgleichszahlung; Abschluss eines Mietvertrages mit Mietzinsnachlass (symbolische Miete 1 Euro/a)

Ausgleichsmechanismus

Planung mit dem Wirtschafts- und Haushaltsplan; Abrechnung der ausgereichten Ausgleichszahlung mit dem Jahresabschluss unter Vorlage einer vom Abschlussprüfer

geprüften Trennungsrechnung; Abrechnung von vereinbarten Leistungskennziffern

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

siehe Ausgleichsmechanismus; gemäß Betrauungsakt Rückzahlung eines nicht verbrauchten Betrages; bislang erfolgte keine Überkompensation

Transparenzanforderungen

zweimalige Betrauung jeweils im Ergebnis von öffentlichen Interessenbekundungsverfahren (IBV)

Höhe der gewährten Beihilfen

max. 200.000 Euro/a zuz. Mietzinserlass in Höhe von rd. 40 .000 Euro/a

Nordrhein-Westfalen

1. Übersicht über die Ausgaben

Wirtschaftszweig	Summe der gewährten Beihilfen in 2016	Summe der gewährten Beihilfen in 2017
Krankenhäuser	8.828.069,14 €	8.924.706,53 €
Gesundheitsdienste und Langzeitpflege	1.875.636 €	3.743.472 €
Kinderbetreuung	2.259.000 €	0 €
Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	30.499.970,51 €	30.270.476,26 €
Sozialer Wohnungsbau	11.190.000 €	1.234.000 €
Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen	35.919.030,40 €	89.173.962,97 €
Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze	20.000 €	20.000 €
Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a), hier: Energie	23.443.521,23 €	12.686.328,66 €
Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a), hier: Wasserversorgung	20.641.000 €	21.405.000 €

Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a), hier: Kultur	29.558.402,83 €	16.237.760,00 €
Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Tourismus	12.636.479,57 €	7.662.621,61 €
Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Verbraucherschutz	6.155.103 €	6.448.508 €
Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Wirtschaftsförderungen	55.636.096,80 €	51.663.852,14 €
Sonstige Wirtschaftszweige, hier: Schwimmbäder	15.338.473,85 €	12.104.449 €

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Nach § 1 Abs. 2 KHGG NRW ist es eine öffentliche Aufgabe des Landes, eine patienten- und bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung durch Krankenhäuser sicherzustellen. Zu den Leistungen der Krankenhäuser gehören

- Medizinische Versorgungsleistungen (z.B. medizinische Versorgung der in der jeweiligen Klinik stationär oder teilstationär behandelten Patienten mit allen dazugehörigen Einzelleistungen; medizinische Untersuchungen und Behandlungen der in der jeweiligen Klinik ambulant versorgten Patienten mit allen dazugehörigen Einzelleistungen; stationäre, teilstationäre und ambulante Versorgung der Patienten mit Leistungen in der Prävention, Akutmedizin, Rehabilitation und in der Pflege).
- Notfalldienste (z.B. Gewährung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft; Bereitstellung von Notärzten für den Rettungsdienst).
- Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen, sofern sie selbst als DAWI eingestuft wurden (z.B. Aus-, Fort- und Weiterbildung in Krankenhausberufen; Ausbildung von Fachärzten; Betrieb von Fachschulen zur Ausbildung in anerkannten Gesundheitsfachberufen; Betrieb von Laboren, Krankenhausapotheken und Blutbanken einschließlich der Versorgung der im Krankenhaus versorgten Patienten mit Medikamenten; Speiseversorgung für Patienten; Vermietung und Verpachtung von Wohn- und Parkraum für Betriebsangehörige; physiotherapeutische Dienstleistungen, soweit für die Klinik erbracht; Gebäude- und OP-Reinigung sowie Bettenaufbereitung und Hygienedienste).

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung.

Betrauungsdauer

Die Betrauung ist in der Regel für die Dauer von 10 Jahren geschlossen, mit Ausnahme einer Betrauung über vier Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Bürgschaften und Patronatserklärungen, Ausfallbürgschaft, Verlustausgleich, Darlehen, Investitionszuschuss, Bürgschaft, Ausgleichszahlungen, Investitionsüberschüsse, Bürgschaften, Gewährung von Patronatserklärungen, Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Nachweis über Mittelverwendung nach Ablauf des Geschäftsjahres.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Unternehmen sind typischerweise verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichszahlung auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und unter Beachtung der Anforderungen der Transparenzrichtlinie zu führen. Der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichszahlungen erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfenberichts.

Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Transparenzanforderungen

Es lag keine Beihilfe von mehr als 15 Mio. EUR vor.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 8.828.069,14 €

2017: 8.924.706,53 €

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

und Vorhaltung von Kita-Plätzen, Pflegeheimplätzen und Seniorenwohnungen
sowie Betrieb der dafür notwendigen Einrichtungen.

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid und den Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung.

Betrauungsdauer

2 bis 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse/Zuwendungen

Ausgleichsmechanismus

Ein jährl. Ausgleich findet aufgrund Wirtschaftsplan statt. Die förderfähigen Ausgaben werden nach nationalem Zuwendungsrecht bestimmt und im Finanzierungsplan im Zuwendungsbescheid dargestellt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1.875.636 €

2017: 3.743.472 €

b) Kinderbetreuung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgen Betrauungen im Bereich der Erziehung, Bildung, Förderung und Betreuung von Kindern.

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung.

Betrauungsdauer

unbefristet

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Ausfallbürgschaft

Ausgleichsmechanismus

Maßnahmen zur Vermeidung von Überkompensationen finden im Rahmen des Konzernabschlusses statt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Prüfung erfolgt durch den Jahresabschluss. Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 2.259.000 Euro

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Verbesserung der Bedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen und Maßnahmen gegen die Auswirkungen des demographischen Wandels für mittelständische Unternehmen durch frauenfördernde Maßnahmen in KMU (Erschließung des externen und internen Arbeitskräftepotenzials von Frauen für KMU insbesondere auch unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; v.a. Aufschließungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen)
- Beratung und Unterstützungsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Maßnahmen zur dauerhaften Eingliederung von Menschen ins Erwerbsleben, der Anpassung der Arbeitskräfte an den Wandel sowie Maßnahmen zum gleichen Zugang zum lebenslangen Lernen

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungskat, den Zuwendungsbescheid und den Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen 1 und 3 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es werden Zuschüsse gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichszahlungen werden auf Grundlage der in der EFRE Rahmenrichtlinie genannten Ausgleichsparameter (Nr. 5.1 bis 5.10 der EFRE Rahmenrichtlinie nebst Anlage 1 zu Nr. 5.4 und Anlage 2 zu Nr. 5.5) bestimmt. Selten werden die förderfähigen Ausgaben werden nach nationalem Zuwendungsrecht bestimmt und im Finanzierungsplan im Zuwendungsbescheid dargestellt mithilfe der Kostenallokationsmethode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die meisten Maßnahmen werden in der EFRE Rahmenrichtlinie geregelt. Die ANBest-EFRE sind Bestandteil des Bescheides. Derartige Maßnahmen erfolgen demnach in Form von Mitteilungspflichten, der Prüfung von Mittelabrufen im Wege des Ausgabenerstattungsprinzips, der Verwendungsnachweisprüfung, weitere Prüfrechte, Festlegung der Betrauungsdauer etc.

Ebenfalls erfolgt eine getrennte Buchführung für DAWI und Nicht-DAWI. Ein Verwendungsnachweis erfolgt durch einen geprüften und bestätigten Jahresabschluss. Ist eine

ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 30.499.970,51 €

2017: 30.270.476,26 €

d) Sozialer Wohnungsbau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bei der sozialen Wohnraumförderung handelt es sich um Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können und daher auf Unterstützung angewiesen sind. Hierzu zählen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere und behinderte Menschen sowie sonstige hilfebedürftige Personen. Die Zielgruppen sind weit überwiegend über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss.

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt und Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung bzw. erfolgt auf gesetzlicher Grundlage.

Betrauungsdauer

Aufgrund der hohen Investitionssummen und der langen Refinanzierungsdauer liegt die Betrauungsdauer in der Regel bei 25 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Die Förderung wird durch zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse für anteilige Baufinanzierung, zuschussähnliche Förderungen durch Gewährung von Tilgungsnachlässen auf die Darlehenssummen, die Übernahme von Bürgschaften oder durch eine Kombination dieser Fördermittel gewährt. Die häufigsten Förderinstrumente sind langfristige, zinsgünstige Darlehen.

Ausgleichsmechanismus

Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird in der Regel die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Eine Überkompensation wird durch die Fördersystematik ausgeschlossen.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 11.190.000 €

2017: 1.234.000 €

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Förderung der sozialen Struktur in der Stadt;
- Förderung der Alten- und Jugendhilfe
- Unterstützung hilfsbedürftiger Personen (z.B. quartiersnahe Unterstützung und Beratungsangebote für Senioren)
- Maßnahmen zur sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung

Formen der Betreuung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid und Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung

Betrauungsdauer

2- 10 Jahre; mit Ausnahme einer Betrauungsdauer auf 33 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Zuschusshöhe wird mithilfe des Projektplans/Wirtschaftsplans anhand der Kostenallokationsmethode festgestellt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jährlicher Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der zusätzlichen Zahlung auf Grundlage des geprüften Jahresabschlusses durch das betraute Unternehmen. Ein Mittelverwendungsnachweis muss vorgelegt werden.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 35.919.030,40 €

2017: 89.173.962,97 €

- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

Keine Meldungen.

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrieb eines dem allgemeinen Luftverkehr dienenden Verkehrslandeplatzes einschließlich der damit zusammenhängenden Nebengeschäfte, Errichtung und Betrieb der dafür geeigneten Gebäude und Freiflächen einschließlich aller Nebenanlagen mit einem Einzugsgebiet von max. 20 km.

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuwendungen sind in Form von bedarfsabhängigen investiven Zuschüssen oder Zahlungen auf Verlustabdeckung erfolgt.

Ausgleichsmechanismus

Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtung eingesetzten Eigenkapital abzudecken. Die Einhaltung dieser Voraussetzungen wird durch den Jahresabschluss nachgewiesen. Der geprüfte Jahresabschluss ist den Gesellschaftern zur Verfügung zu stellen. Im Fall zu viel gezahlter Ausgleichsleistungen ist der überschießende Betrag durch die Gesellschaft an die Gesellschafter zurückzuzahlen. Die Rückzahlung ist ab dem Tag des Feststehens der Überkompensation angemessen zu einem marktüblichen Zinssatz zu verzinsen.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 20.000 €

2017: 20.000 €

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

i) Postdienstleistungen

Keine Meldungen.

ii) Energie

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Energieberatung und Energiemanagement

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt/Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt zwischen 3 und 4 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse/Zuwendungen, Zahlung einer Avalprovision

Ausgleichsmechanismus

Ein Ausgleich erfolgt auf Grundlage des Zuwendungsbescheides und des vorliegenden Wirtschaftsplans. Bei Maßnahmen, die in der EFRE Rahmenrichtlinie geregelt werden, erfolgt eine Prüfung von Mittelabrufen im Wege des Ausgabenerstattungsprinzips, der Verwendungsnachweiseprüfung, weiterer Prüfrechte, einer Festlegung der Betrauungsdauer etc. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Zur Vermeidung von Überkompensationszahlungen und ggf. deren Rückzahlung wurden entsprechende Klauseln in die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2014-2020 (ANBest-EFRE) aufgenommen, diese sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides.

Ferner enthält der Betrauungsakt, welcher ebenfalls Bestandteil des Zuwendungsbescheides ist, in § 6 eine Überkompensationsklausel.

Die Kontrolle erfolgt über die Prüfung der regelmäßigen Prüfung der Mittelabrufe, sowie des jährlich vorgelegten Verwendungs- und des Schlussverwendungsnachweises.

Transparenzanforderungen

Die Transparenz ist insbesondere über die Veröffentlichung des Haushaltgesetzes und der Haushaltpläne sowie der Finanzierung auf den Internetseiten der EFRE-Behörde und der VZ gesichert. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 23.443.521,23 €

2017: 12.686.328,66 €

iii) Müllabfuhr

Keine Meldungen.

iv) Wasserversorgung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Trink- und Löschwasserversorgung

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung

Betrauungsdauer

Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zu 100 % kommunal verbürgte Darlehen und Verzicht auf Avalprovisionen in Höhe von ca. 0,5 % der verbürgten Darlehen.

Ausgleichsmechanismus

Höhe der Ausgleichsleistung geht unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlaufgaben verursachten Nettokosten abzudecken (§ 4 VI des Betrauungsaktes)

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Zu verbürgende Darlehen müssen vorab im Wirtschaftsplan des entsprechenden Jahres aufgeführt und vom Aufsichtsrat (Vertreter der Kommunen) genehmigt werden. Die Verbürgung als solche hat dann für jedes Darlehen einzeln noch einmal durch Ratsbeschluss zu erfolgen. Nach Ablauf des Geschäftsjahres muss die Verwendung nachgewiesen werden. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 20.641.000 €

2017: 21.405.000 €

v) Kultur

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Der Betrieb und Nutzung von Festhallen, Konzerthäusern, Theatern, Kultur- und Kommunikationszentren etc. z.B. für Konzerte und andere Kulturveranstaltungen wie z.B. Ausstellungen, Shows, Theateraufführungen

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid und Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung

Betrauungsdauer

Die Betrauung erfolgt zwischen 1 und 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

In der Regel wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Es erfolgt eine Trennungsrechnung im Rahmen der Aufstellung von Wirtschaftsplan und Jahresabschluss. Die Mittelverwendung wird durch einen vom Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschluss jährlich nachgewiesen. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Transparenzanforderungen

Veröffentlichung der Haushaltspläne bzw. der jeweiligen Beschlüsse des Rates im Internet bei Beihilfen über 15 Mio. €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 29.558.402,83 €

2017: 16.237.760,00 €

vi) Finanzdienstleistungen

Keine Meldungen.

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Tourismus

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Allgemeine Tourismusförderung sowie Gästebetreuung
- Vertretung bei Kooperationen überregionaler Tourismusorganisationen.
- Erhalt der touristischen Infrastruktur und deren Weiterentwicklung.
- Allgemeines Marketing für die Tourismusregion (Destinationsmarketing) sowie das Management von Veranstaltungen.
- Entwicklung touristischer Produkte und Angebote.
- Stärkung, Beratung und Unterstützung der Tourismuswirtschaft.

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid und Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 10 oder deutlich weniger Jahre (dann zwischen 2 und 5 Jahre).

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss und Personalgestellung, Ausgleichszahlungen, Verlustfinanzierung

Ausgleichsmechanismus

Die Höhe der Ausgleichszahlungen wird typischerweise auf Grundlage von Wirtschaftlichkeitsberechnungen bzw. Wirtschaftsplänen (auch unter Berücksichtigung der geprüften Jahresabschlüsse/Verwendungsnachweise aus den Vorjahren) vorab objektiv und transparent festgelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die begünstigten Unternehmen führen typischerweise jährlich den Nachweis über die Verwendung der Mittel mithilfe eines geprüften Jahresabschlusses sowie entsprechender Verwendungsnachweise. Diese Verfahrensweise schließt eine Überkompensation grundsätzlich aus. Ansonsten werden Überkompensationen zurückgefordert. Soweit

auch Tätigkeiten ausgeübt werden, bei denen es sich nicht um DAWI handelt, müssen in der Buchführung die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit der Erbringung der betreffenden DAWI von allen anderen Tätigkeiten getrennt ausgewiesen werden.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 12.636.479,57 €

2017: 7.662.621,61 €

Verbraucherschutz

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Information und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher zur rationellen Energieverwendung, zur Energieeinsparung und zur Nutzung unerschöpflicher Energiequellen.

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid und Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung

Betrauungsdauer

6 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 6.155.103 €

2017: 6.448.508 €

Wirtschaftsförderung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Strukturverbesserung durch die Förderung der Wirtschaft, teilweise einschließlich der Förderung des Fremdenverkehrs und der Fremdenverkehrseinrichtungen, des Verkehrs sowie sozialer, kultureller und sportlicher Einrichtungen sowie Beitrag zum Abbau vorhandener und Verhinderung weiterer Arbeitslosigkeit und Berücksichtigung des Umweltschutzgedankens sowie Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzepts, wie die Förderung von profilbildenden Veranstaltungen und Angeboten, Kommunikation und Werbung (Printmedien, Internet, überregionale Öffentlichkeitsarbeit, Journalistenbetreuung, Messe- und Promotionsauftritte auch im Ausland) und der Betrieb und die an den Interessen aller Bevölkerungskreise orientierte Nutzung von Festhallen und anderen Veranstaltungsstätten.

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid und Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung

Betrauungsdauer

Die Betrauungen wurden typischerweise für die Dauer von 10 oder weniger Jahren geschlossen.

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse, Zahlungen auf Verlustabdeckungen, Zinszuschuss, Kapitaleinzahlungen, jährlicher Betriebskostenzuschuss, Verlustzuweisung, Ausgleichszahlungen, Bürgschaften, Bereitstellung Mitarbeiter, Verlustausgleich

Ausgleichsmechanismus

Die Höhe des jährlichen Zuschusses ergibt sich in aller Regel aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres, in dem die grundsätzliche Erforderlichkeit und die Höhe des jährlichen Zuschusses im Vorhinein ggf. durch eine Trennungsrechnung mithilfe der Net-avoided-cost-Methode oder der Kostenallokationsmethode festgelegt werden.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt typischerweise über Verwendungsnachweise, häufig im Rahmen eines durch einen Wirtschaftsprüfer/eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschlusses. Die Gesellschafter sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen des Unternehmens prüfen zu lassen.

Es erfolgt eine Rückzahlung und Anpassung der zukünftigen Ausgleichszahlungen, wenn die geleistete Ausgleichszahlung den tatsächlichen Zuschussbedarf um mehr als 10 % übersteigt; bei max. 10% Überzahlung erfolgt teilweise der Vortrag in das folgende Wirtschaftsjahr und eine Verrechnung mit der neuen Ausgleichszahlung. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaften müssen in ihrem Rechnungswesen durch getrennten Ausweis in der Buchführung sicherstellen, dass die durch die Tätigkeiten im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse entstehenden Kosten von den Kosten für andere Tätigkeitsbereiche abgegrenzt werden (getrennte Buchführung). Die Höhe von Festbetragseinlagen ist auf Grundlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung vorab objektiv und transparent mit Einlagezeitpunkt festgelegt. Etwaige variable Einlagebeträge werden vom Unternehmen schriftlich angefordert, wobei das Unternehmen anhand einer Ergänzung der Wirtschaftlichkeitsberechnung nachweist, dass ihm kein wirtschaftlicher Vorteil erwächst, der es gegenüber konkurrierenden Unternehmen begünstigt.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 55.636.096,80 €

2017: 51.663.852,14 €

Schwimmbäder

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung der Bereitstellung und des Betriebs von Hallen- und Freibädern umfasst den Betrieb der einzelnen Schwimmbäder mit Schwimmerbecken zu familien- und sozialfreundlichen Tarifen einschließlich der im Wasser stattfindenden Fitness- und Unterhaltungsangebote, teilweise einschließlich des Saunabetriebs sowie der schwimmbadinternen Gastronomiebetriebe.

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid und Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung

Betrauungsdauer

Die Betrauungen wurden typischerweise für die Dauer von 10 Jahren geschlossen.

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Die Betrauungen sind für die Dauer von maximal 10 Jahren angelegt mit einer Ausnahme einer 20-jährigen Betrauung.

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichszahlung ist nach allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aus dem Wirtschaftsplan und unter Berücksichtigung der Trennungsrechnung zu ermitteln; teilweise wird eine Obergrenze genannt. Mit den Verlustausgleichszahlungen werden die Jahresfehlbeträge für die Erbringung von DAWI ausgeglichen. Die voraussichtlich auszugleichenden Nettokosten sind jährlich im Voraus im jeweiligen Wirtschaftsplan zu prognostizieren.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Nach Ende des Wirtschaftsjahres findet im Allgemeinen eine Überprüfung des Ausgleichsbetrages durch den Jahresabschluss über eine Trennungsrechnung bzw. Spartenrechnung statt. Ebenfalls gibt es eine Berechtigung zur Prüfung von Büchern, Belegen und sonstigen Geschäftsunterlagen des Unternehmens. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 6.103.849,69 €

2017: 14.037.699,73 €

Sport und Freizeit

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Sportförderung auf den Gebieten des Breiten- und des Leistungssports.

Formen der Betrauung

Der Betrauungsakt erfolgt durch den Verwaltungsakt, Zuwendungsbescheid und Ratsbeschluss mit gesellschaftsrechtlicher/organschaftlicher Weisung

Betrauungsdauer

Zwischen 1 und 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen derzeit keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse und Verlustübernahmen

Ausgleichsmechanismus

Zur Berechnung der Ausgleichsleistung wird die Kostenallokationsmethode oder die Net-avoided-Cost-Methode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Im Falle einer Überkompensation innerhalb eines Jahres ist ein Vortrag von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichszahlungen auf das Folgejahr möglich. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen, ist das Unternehmen zuwendungs-/haushaltsrechtlich zur Rückzahlung der Überkompensation verpflichtet.

Transparenzanforderungen

Nicht einschlägig.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 15.338.473,85 €

2017: 12.104.449 €

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

Keine Meldungen.

5. Sonstige Fragen

Keine Meldungen.

Niedersachsen

1. Übersicht über die Ausgaben

Gesamtausgaben im Land Niedersachsen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auf Grundlage des DAWI-Beschlusses (in €):
204.378.354,69 € in den Jahren 2016 und 2017.

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

a) Landkreis Vechta

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Medizinische Versorgungsleistungen, Notfalldienste

Formen der Betrauung

Betrauungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschusszahlung

Ausgleichsmechanismus

Nettokosten für gemeinwirtschaftliche Verpflichtung

Net-avoided-cost-Methode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Pflicht zur Vorlage von Beihilfeberichten

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 750.000,00 €

2017: 250.000,00 €

b) Heidekreis

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Medizinische Versorgungsleistungen, Untersuchungen und Behandlungen, Notfalldienste sowie damit verbundene Nebenleistungen,

gesetzlicher Auftrag nach dem Niedersächsischen Krankenhausgesetz (NKHG)

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Kreistagsbeschluss vom 13.12.2013

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschusszahlung

Ausgleichsmechanismus

Ausgleich aufgrund der Wirtschaftsplanung und Ergebnisrechnung des Krankenhauses, unterjährige Abschläge zur Liquiditätssicherung

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

verankert im Betrauungsakt:

Mittelverwendungsnachweis im Jahresabschluss, dabei Spartenrechnung (DAWI/nicht DAWI), Prüfungsrecht Landkreis, Rückzahlungspflicht bei mehr als 10 % Überkompensation, ansonsten Ausgleich/Verrechnung im Folgejahr

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 8.022.284,05 €

2017: 11.795.583,00 €

c) Stadt Wilhelmshaven

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

1. Medizinische Versorgungsleistungen:

a) medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der im Klinikum stationär behandelten Patienten und Patientinnen mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen;

b) medizinisch zweckmäßige und ausreichende Untersuchung und Behandlung der im Klinikum ambulant versorgten Patienten und Patientinnen mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen;

2. Notfalldienste:

- a) Gewährleistung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft
- b) Gestellung von Notärzten für den Rettungsdienst.

3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen sind:

- a) Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für den Betrieb des Krankenhauses notwendigen Berufen, sowie Ausbildung von Fachärzten im Rahmen der Anerkennung als Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Göttingen,
- b) Betrieb einer Krankenhausapotheke einschließlich der Versorgung von im Krankenhaus ambulant versorgten Patienten mit den im Krankenhaus verabreichten Arzneimitteln,
- c) Speisenversorgung für Patienten des Klinikums,
- d) Vermietung und Verpachtung von Wohn- und Parkraum für Betriebsangehörige,
- e) Radiologische Formen der Betrauung
- f) Laborleistungen für Patienten des Klinikums 2

Betrauung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (vormals Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH) durch einen Öffentlichen Betrauungsakt (Beschluss des Rates der Stadt Wilhelmshaven vom 17.10.2012 / 15.02.2017).

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nein

Beihilfeinstrumente

Ausgleichszahlungen

Ausgleichsmechanismus

Zuwendung von Ausgleichszahlungen (Ausgleichszahlungen im Sinne dieser Betrauung sind sämtliche von der Stadt Wilhelmshaven an die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gewährten Vorteile, wie z.B. Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Kostenübernahmen und Kapitaleinlagen.)

Die Ausgleichszahlungen gehen nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der Dienstleistungen verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken („Nettomehrkosten“) und so die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH in die Lage zu versetzen, die ihr nach dem Gesellschaftsvertrag und dieser Betrauung obliegenden Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu erfüllen.

Die Nettomehrkosten werden durch Bereinigung der insgesamt im Jahresabschluss ausgewiesenen handelsrechtlichen Aufwendungen und Erträge um die Aufwendungen und Erträge betreffend die sonstigen Dienstleistungen ermittelt.

(Net-avoided-cost-Methode)

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichszahlung keine Überkompensierung für die Erbringung von DAWI entsteht, führt die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses.

Ergibt die Prüfung eine Überkompensierung von mehr als 10% der für das Prüfungsjahr maximal zu gewährenden Mittel fordert die Stadt Wilhelmshaven die Klinikum Wilhelmshaven gGmbH zur Rückzahlung des überhöhten Betrages auf. Beträgt die Überkompensierung maximal 10 % der jährlichen Ausgleichssumme, so kann dieser Betrag auf den nächstfolgenden Zahlungszeitraum übertragen und von dem für diesen nächsten Zahlungszeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 2.764.192,98 € (Stadt Wilhelmshaven)

2017: 3.100.000,00 € (Stadt Wilhelmshaven)

d) Landkreis Aurich

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Sicherstellung einer angemessenen medizinischen Versorgung im Landkreis Aurich gem. § 1 Niedersächsisches Krankenhausgesetz.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Jährlicher Verlustausgleich

Ausgleichsmechanismus

Regelungen im Betrauungsakt

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Regelungen im Betrauungsakt

Vorlage der Jahresabschlüsse (100 %ige Tochter des Landkreises)

Transparenzanforderungen

Jährliche Verlustausgleichszahlungen von mehr als 15 Mio. €/a wurden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 10.000.000,00 €

2017: 14.771.013,91 €

e) Stadt Wolfsburg

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Krankenhausversorgung der Bevölkerung, insb.

1. Medizinische Versorgungsleistungen

- a) medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der im Klinikum Wolfsburg stationär behandelten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen,
- b) medizinisch zweckmäßige und ausreichende Untersuchung und Behandlung der im Klinikum Wolfsburg ambulant versorgten Patienten mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen,
- c) Vorhaltung des für die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung notwendigen Behandlungsspektrums.

2. Umfassende Notfallversorgung

- a) Gewährleistung der ständigen Aufnahme- und Dienstbereitschaft,
- b) Gestellung von Notärzten gemäß § 10 Abs. 1 Rettungsdienstgesetz in Niedersachsen.
- c) Medizinische Versorgung bei Pandemien, Großschadensereignissen und Katastrophen

3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen sind:

- a) Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für den Betrieb des Krankenhauses notwendigen Berufen, sowie Ausbildung von Fachärzten im Rahmen der Anerkennung als Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Hannover,
- b) Betrieb einer Krankenhausapotheke einschließlich der Versorgung von im Krankenhaus ambulant versorgten Patienten mit den im Krankenhaus verabreichten Arzneimitteln,
- c) Betrieb einer Blutbank für Patienten des Klinikums Wolfsburg,
- d) Speisenversorgung für Patienten des Klinikums Wolfsburg,
- e) Teilnahme an Studien

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Einlage in die Kapitalrücklage

Ausgleichsmechanismus

Die maximale Höhe der Ausgleichszahlung ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan, in dem die ausgleichsfähigen und nicht ausgleichsfähigen Leistungen des jeweiligen Jahres getrennt dargestellt werden (Kostenallokationsmethode).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Jährlicher Verwendungsnachweis seitens des Klinikums der Stadt Wolfsburg im Rahmen des Jahresabschlusses
- Die Verwendung der Mittel ist durch den Abschlussprüfer im Jahresabschluss zu prüfen und zu testieren.
- Trennungsrechnung zwischen DAWI und nicht-DAWI

- Bei Überkompensation Aufforderung seitens der Stadt Wolfsburg zur Rückzahlung. Beträgt die Überkompensierung maximal 10 % der jährlichen Ausgleichssumme, darf dieser Betrag auf die nächstfolgende Ausgleichsperiode angerechnet werden.

Transparenzanforderungen

Keine Beihilfe über 15 Mio €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 keine Ausgleichszahlung

2017 keine Ausgleichszahlung, Trennungsrechnung für 2017 liegt aber noch nicht vor

f) Stadt Norderney

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Bevölkerung der Stadt Norderney

Formen der Betrauung

Öffentlicher Auftrag (Betrauungsakt) gemäß Ratsbeschluss

Betrauungsdauer

jeweils für ein Jahr

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

keine

Ausgleichsmechanismus

Defizitausgleich im Wege eines Strukturausgleiches

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Prüfung der Jahresabschlüsse und Trennungsrechnung

Transparenzanforderungen

zeitnahe Vorlage von Jahresabschlüssen und Trennungsrechnung

Höhe der gewährten Beihilfen

maximal 150.000 € pro Jahr

g) Landkreis Verden

Gegenstand der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse

Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Bevölkerung obliegt nach § 1 Nds. Krankenhausgesetz in Niedersachsen den Landkreisen und

kreisfreien Städten. Daher hat der Landkreis Verden in seinem Gebiet diesen Sicherstellungsauftrag zu gewährleisten. Hierbei handelt es sich im europarechtlichen Sinne um eine Dienstleistung von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Der Landkreis Verden hat die Krankenhausgesellschaft mit der Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung seiner Bevölkerung mit medizinischen Versorgungsleistungen einschließlich einer Notfallversorgung an den Standorten Verden und Achim und hiermit verbundener Nebenleistungen (Vorhaltung je einer inneren, einer chirurgischen und an mindestens einem Standort einer geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung) betraut.

Der Umfang der Dienstleistung von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse bestimmt sich maßgeblich anhand der mit der Aufnahme in den Krankenhausplan verbundenen Rechte und Pflichten. Die Anforderungen des Krankenhausplanes sowie der entsprechenden Feststellungsbescheide des Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über die Aufnahme in den Krankenhausplan inklusive der hier eventuell getroffenen Einzelfeststellungen sind stets durch die Aller-Weser-Klinik gGmbH zu erfüllen. Aktuell sind im Niedersächsischen Krankenhausplan für die Krankenhausgesellschaft 255 Betten verzeichnet.

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Versorgungsauftrages als Dienstleistung von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse umfasst die Betrauung insbesondere folgende gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen:

- Sicherstellung des Versorgungsauftrages des Landkreis Verden
- Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Versorgungsleistungen sowie Wahrnehmung der mit diesen Tätigkeiten verbundenen Nebenleistungen
- Aufrechterhaltung und Sicherung einer bedarfsgerechten Notfallversorgung
- Sicherstellung einer für alle Bürger zugänglichen und bedarfsgerechten Krankenversorgung
- Vorhaltung einer bedarfsgerechten Krankenhausinfrastruktur
- Verbesserung und Weiterentwicklung der medizinischen Versorgungsstruktur und Qualitätsstandards sowie Fortentwicklung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten

Form der Betrauung

Der Kreistag des Landkreises Verden hat einen Betrauungsakt in seiner Sitzung am

18.07.2014 beschlossen. Der Landrat des Landkreises Verden hat den Betrauungs-
akt

am 21.07.2014 ausgefertigt.

Betrauungsdauer

Der Betrauungszeitraum ist auf einen Zeitraum von maximal 10 Jahren begrenzt. Die
Betrauung endet somit, soweit sie nicht geändert oder widerrufen wird, am
21.07.2024.

Ausschließliche und besondere Rechte

Der Betrauungsakt enthält keine ausschließlichen und besonderen Rechte, die über
die
unter Ziffer 5 genannten Beihilfeinstrumente hinausgehen.

Beihilfeinstrumente

Die Krankenhausgesellschaft erhält Ausgleichsleistungen vom Landkreis Verden.
Ausgleichsleistungen sind entsprechend der Vorgaben der Freistellungsverordnung
alle

vom Landkreis Verden oder aus dessen Mitteln gewährten Vorteile. Dabei kann es
sich

beispielsweise um Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen,
Kostenübernahmen, Kapitaleinlagen oder andere Vorteile handeln.

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um
die durch die Erfüllung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Inte-
resse verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen
und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtung ein-
gesetzten Eigenkapital abzudecken. Eventuelle Fehlbeträge aus Dienstleistungen,
die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, werden nicht ausgegli-
chen. Die Höhe der Ausgleichsleistung wird grundsätzlich anhand der geprüften
Jahresabschlüsse der Krankenhausgesellschaft ermittelt. Sofern unterjährige
Ereignisse einen weitergehenden Ausgleichsbedarf erfordern, kann der Landkreis
diese gewähren. Auch bezüglich dieser Ausgleichsleistungen ist das Ergebnis des
geprüften Jahresabschlusses maßgeblich.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen oder andere Begünstigun-
gen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen entsteht, führt
die

Krankenhausgesellschaft jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen. Dies geschieht durch den geprüften Jahresabschluss und unter Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben. Die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung der Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse werden entsprechend der Vorgaben des Freistellungsbeschlusses getrennt zu den sonstigen Bereichen geführt. Überkompensationen muss die Krankenhausgesellschaft dem Landkreis Verden grundsätzlich erstatten. Beträgt die Überkompensation maximal 10 % der jährlichen Ausgleichsumme, kann dieser Betrag auf die nächstfolgende Ausgleichsperiode angerechnet werden. Ob eine Anrechnung oder eine Erstattung einer solchen Überkompensation erfolgt, entscheidet der Landkreis Verden.

Transparenzanforderungen

Die Art und Höhe der Ausgleichsleistungen sind durch die Krankenhausgesellschaft zu dokumentieren und mindestens für einen Zeitraum von 10 Jahren aufzubewahren. Der Beschluss über die Betrauung der Krankenhausgesellschaft wurde in öffentlicher Sitzung des Kreistages beschlossen. Die öffentliche Bekanntmachung des Betrauungsaktes ist im Amtsblatt des Landkreises Verden am 01.08.2014 erfolgt. Über die jährlichen Ausgleichsleistungen entscheidet der Kreistag des Landkreis Verden jährlich in öffentlicher Sitzung.

Höhe der gewährten Beihilfen

Ausgleich für die Erbringung für Dienstleistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse

2016 5.062.500,00 €

2017 5.301.582,04 €

h) Landkreis Wittmund

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Bereitstellung medizinischer Versorgungsleistungen auf den Gebieten der inneren Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Anästhesiologie und interdisziplinärer Intensivmedizin in einem ländlich strukturierten Landkreis
- Vorhalten von Notfalldiensten in Form der Notaufnahmen und der Übernahme eines Notarztdienstes

- Ausbildungsstätte im Bereich der Krankenpflege nach § 2 (1a) KHG
- Vorhalten ambulanter Versorgungsleistungen

Formen der Betrauung

Gesellschaftervertrag i.V.m. Freistellungsbeschluss im Rahmen eines Betrauungsaktes (15.12.2008) bzw. dessen Neufassung (13.10.2016)

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine Gewährung ausschließlicher und besonderer Rechte

Beihilfeinstrumente

Zum Ausgleich von Jahresfehlbeträgen leistet der Landkreis Wittmund eine Zahlung für Verlustabdeckung auf Basis des jeweiligen Jahres-Wirtschaftsplanes. Auch werden gem. Wirtschaftsplan Zuschüsse zur Finanzierung von Investitionen, der Verbundweiterbildung von Ärzten und Spezialprojekte geleistet.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Nach Ablauf eines Geschäftsjahres wird ein Nachweis über die Verwendung der Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses erstellt. Der Jahresabschluss wird durch Wirtschaftsprüfer geprüft und testiert.

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

	2016	2017
Verlustabdeckung	836.076,99 € (2016 + Rest 2015)	850.000,00 €
Investitionszuschüsse	900.000,00 €	0,00 €

Zuschüsse Verbundweiterbildung Ärzte	108.462,18 €	121.765,63 €
Summe	1.844.539,17 €	971.765,63 €

h) Stadt Lingen (Ems)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Gem. § 2 Abs. 2 des Betrauungsaktes die Krankenhausversorgung durch das St. Bonifatius Hospital Lingen: sämtliche medizinische Versorgungsleistungen des Krankenhauses (stationäre Krankenhausleistungen einschl. teilstationärer, vor- und nachstationärer Krankenhausleistungen) zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Krankenhausversorgung gemäß dem jeweils gültigen Feststellungsbescheid zur Aufnahme des Krankenhauses in den Krankenhausplan des Landes Niedersachsen; den Ausbau einer bedarfsgerechten Krankenhausinfrastruktur; der Verbesserung und Weiterentwicklung der medizinischen Versorgungsstruktur und Qualitätsstandards sowie Fortentwicklung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten; der Aufrechterhaltung und Sicherung einer bedarfsgerechten umfassenden Notfallversorgung; der Verpflichtung zur Hilfe im Rahmen von Katastrophen, Pandemien und Großschadensereignissen sowie sonstige mit den vorgenannten Tätigkeiten unmittelbar zusammenhängende medizinische und pflegerische Nebenleistungen (insbesondere Forschung und Lehre im Bereich des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens).

Formen der Betrauung

Betrauungsakt vom 26.05.2016 zugunsten des St. Bonifatius Hospital Gesellschaft Lingen e.V., dem alleinigen Gesellschafter der St. Bonifatius Hospital Lingen gGmbH, welche das St. Bonifatius Hospital Lingen betreibt.

Betrauungsdauer

5 Jahre (seit 2016 - 2020)

Ausschließliche oder besondere Rechte

Dem St- Bonifatius Hospital Gesellschaft Lingen e.V. sind nach § 2 Abs. 4 des Betrauungsaktes keine ausschließlichen oder besonderen Rechte eingeräumt.

Beihilfeinstrumente

Investitionszuschuss nach Art. 5 Abs. 3 S. 2 lit. d (2012/21/EU) für eine Baumaßnahme („Sanierung Funktionsbereich und Neubau Pflegebereich 3. Bauabschnitt“ mit Erweiterung des Herz- und Gefäßzentrums im Bonifatius Hospital Lingen).

Ausgleichsmechanismus

Jährliche festgesetzte Investitionsförderung zur Standortsicherung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jährlicher Nachweis über die Verwendung der Mittel durch die St. Bonifatius Hospital Lingen gGmbH im Rahmen des Jahresabschlusses. Darüber hinaus Anschluss an die Prüfungen des Landkreises Emsland, der dazu berechtigt ist, auch unterjährig Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen überprüfen zu lassen. Sollte die Prüfung eine Überkompensation der für das Prüfungsjahr gewährten Mittel ergeben, fordert die Stadt Lingen (Ems) auf der Grundlage des Prüfungsergebnisses des Landkreises Emsland die St. Bonifatius Hospital Lingen (Ems) gGmbH zur Rückzahlung des überhöhten Betrages auf.

Transparenzanforderungen

Sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, werden für zehn Jahre nach Beendigung der Betrauung aufbewahrt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 350.000,00 €

2017: 350.000,00 €

i) Landkreis Diepholz

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung im Landkreis Diepholz mit medizinischen Versorgungsleistungen einschließlich Notfallversorgung und hiermit verbundenen Nebenleistungen.

Formen der Betrauung

Anhand eines selbst erstellten Betrauungsaktes, der vom Kreistag beschlossen und als Bescheid gegenüber der Alexianer Kliniken Landkreis Diepholz GmbH erlassen worden ist.

Betrauungsdauer

Der Betrauungsakt gilt bis zum 31. Dezember 2026.

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Der Landkreis Diepholz kann zum Ausgleich der der Alexianer Landkreis Diepholz GmbH entstehenden Aufwendungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse Ausgleichszahlungen leisten. Die Ausgleichsleistungen dienen dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. Ausgleichszahlungen im Sinne der Betrauung sind alle von dem Landkreis Diepholz oder aus Mitteln des Landkreises Diepholz jedweder Art gewährten Vorteile.

Dieses umfasst Gewährung von Darlehen, Investitionszuschüsse, Beteiligungen an eventuellen negativen Jahresergebnissen (Defizitausgleich), die Förderung von Investitionen durch Bürgschaften zur Absicherung von Darlehen und Übernahme von Schuldendiensten für laufende Darlehen sowie unentgeltliche Überlassung von Liegenschaften durch die St. Ansgar Klinikverbund Grundstück GmbH & Co. KG, an der der Landkreis Diepholz als Kommanditist mit 100 % der Gesellschaftsanteile beteiligt ist.

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichszahlungen dürfen nicht darüber hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung einer Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapital abzudecken. Die Höhe der zulässigen Ausgleichsleistungen ergibt sich aus der Differenz von Kosten und Einnahmen. Auf die so ermittelten Kosten sind sämtliche Einnahmen der Alexianer Landkreis Diepholz GmbH aus der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen anzurechnen.

Übersteigen die erhaltenen Ausgleichsleistungen den zulässigen Betrag, hat die Alexianer Landkreis Diepholz GmbH den Betrag der Überkompensation zurückzuführen.

Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren, kann die Alexianer Landkreis Diepholz GmbH den Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung vortragen bzw. mindernd berücksichtigen.

Ist der Betrag der Überkompensation größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren und ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, wird der Landkreis Diepholz die Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen; dies gilt insbesondere für den Fall, dass die der Alexianer Landkreis Diepholz GmbH aufgrund der Ausgleichsleistungen entstandenen Vorteile die der Alexianer Landkreis Diepholz GmbH aufgrund der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstandenen Nachteile überwogen haben.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Um gemäß Art. 6 des BESCHLUSSES DER KOMMISSION vom 20.12.2011 (2012/21/EU) sicherzustellen, dass durch die Ausgleichszahlung keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsteht, ist die Alexianer Landkreis Diepholz GmbH verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichszahlung auf Basis des geprüften Jahresabschlusses und unter Beachtung der Anforderungen gemäß § 3 TranspRLG führen.

Transparenzanforderungen

Der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichszahlungen erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfenberichts. In dem Beihilfenbericht ist zu bestätigen, dass die Ausgleichsleistungen für die in Nr. 2 genannten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von dieser Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte. Die Vorlage von Belegen ist nicht erforderlich. Auf Verlangen des Landkreises Diepholz hat die Alexianer Landkreis Diepholz GmbH die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichszahlungen durch geeignetes Datenmaterial nachzuweisen.

Im Beihilfebericht sind die Kosten und Einnahmen der Tätigkeiten nach Nr. 2 Abs. 3 und Nr. 2 Abs. 5 gesondert darzustellen und mit den Planansätzen des Jahres-Wirtschaftsplans gegenüberzustellen (Trennungsrechnung). Die rechnungsmäßige Trennung hat die Anforderungen gemäß § 3 TranspRLG zu erfüllen. Die der Trennungsrechnung zugrundeliegenden Kostenrechnungsgrundsätze müssen denen bei der Aufstellung des Jahres-Wirtschaftsplans entsprechen.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: Defizitausgleich: 4.900.000,- €

Darlehn: 3.000.000,- €

gesamt: 7.900.000,- €

2017: Defizitausgleich: 4.200.000,- €

Darlehn: 1.800.000,- €

Investitionszuschüsse: 1.700.000,- €

gesamt: 7.700.000,- €

j) Landkreis Emsland

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Sechs Krankenhäuser im Landkreis Emsland wurden erstmals im Jahr 2015 insbesondere mit sämtlichen medizinischen Versorgungsleistungen des Krankenhauses (teil-/stationär inkl. Nachsorge) zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Krankenhausversorgung entsprechend dem Feststellungsbescheid zur Aufnahme des Krankenhauses in den Krankenhausbedarfsplan des Landes Niedersachsen betraut.

Formen der Betrauung

anliegend als Muster der Betrauungsakt für die Stiftung Krankenhaus Ludmillerstift Meppen

Betrauungsdauer

Die Betrauungsakte wurden auf zehn Jahre angelegt. Sechs Monate vor Ablauf wird seitens des Landkreises über eine erneute Betrauung entschieden.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Keine

Ausgleichsmechanismus

Keine

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Keine

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen (in den Jahren 2016 und 2017)

Bonifatius Lingen	KT-Beschluss vom 13.06.2016	1.750.000 €
	KT-Beschluss vom 26.09.2017	725.000 €
Ludmillenstift Meppen	KT-Beschluss vom 26.09.2017	1.000.000 €
Marien Hospital Papenburg	KT-Beschluss vom 26.09.2017	313.810 €
St.-Vinzenz Haselünne	KT-Beschluss vom 12.06.2017	800.000 €
Elisabeth-Krankenhaus Thuine		0 €
Hümmling Hospital Sögel	KT-Beschluss vom 26.09.2017	180.000 €

k) Stadt Braunschweig**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Bereitstellung einer öffentlichen Krankenhausinfrastruktur

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Insbesondere Verlustausgleiche, Bürgschaften etc. möglich

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht darüber hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch Erfüllung einer Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapitals abzudecken (Kostenallokationsmethode).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jährlicher Nachweis durch einen testierten Beihilfenbericht.

Transparenzanforderungen

Nicht anwendbar.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: Betrauung gilt erst seit dem 1. April 2017.

2017: Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor.

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

Keine

b) Kinderbetreuung

Keine

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Keine

d) Sozialer Wohnungsbau

Stadt Wolfenbüttel und Landkreis Wolfenbüttel

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betauung mit der Durchführung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen.

1. Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Mietwohnraum für benachteiligte Bürger oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen (Haushalte mit niedrigerem Einkommen, für Familien und andere Haushalte mit Kindern sowie für Alleinerzie-

hende, für Schwangere, ältere Menschen, für behinderte Menschen, Wohnungslose und sonstige hilfebedürftige Personen)

2. Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Mietwohnraum für Menschen mit mittlerem Einkommen
3. Unterstützung der kommunalen Siedlungspolitik
4. Maßnahmen in Rahmen der städtebaulichen Entwicklung, Städtebauförderung: Die Modernisierung und Erhaltung von Gebäuden, die Revitalisierung der Zentren und Nebenzentren, die Verbesserung des Wohnumfeldes, Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Standortes für die Bevölkerung

Formen der Betrauung

Die Betrauung wurde durch den Stadtrat der Stadt Wolfenbüttel in seiner Sitzung am 29.03.2017 beschlossen, sie wird in Form eines Verwaltungsaktes bekannt gegeben.

Betrauungsdauer

Die Betrauung erfolgt vom 01.09.2017 bis zum 31.12.2026.

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Die Ausgleichsleistungen können umfassen:

- Zuschüsse
- Kapitalerhöhungen
- Bürgschaften
- Forderungsverzicht
- Vergünstigende Darlehensaufnahmen
- Sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht darüber hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der mit den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Aufga-

ben eingesetzten Eigenkapital abzudecken. Im Beihilfebericht sind die Kosten und Erlöse der o. g. Tätigkeiten gesondert darzustellen und mit den Planansätzen des Jahres-Wirtschaftsplans gegenüberzustellen (Trennungsrechnung).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Übersteigen die erhaltenen Ausgleichsleistungen den zulässigen Betrag, muss die Überkompensation zurückgezahlt werden.

Wenn der Betrag nicht größer als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichszahlung in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren ist, wird der Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung vorgetragen bzw. mindernd berücksichtigt.

Wenn der Betrag größer als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichszahlung in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren ist und eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird diese nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, ist der Betrag der Überkompensation zurückzuführen.

Transparenzanforderungen

Die rechnungsmäßige Trennung hat die Anforderungen gem. § 3 TranspRLG zu erfüllen.

Höhe der gewährten Beihilfen

Die Beihilfe wird in Höhe der nicht gedeckten Kosten für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen gewährt, eine Auszahlung erfolgt erstmalig im Jahr 2018.

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Keine

2) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

Keine

4) **Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze**

Keine

5) **Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)**

i) **Postdienstleistungen**

Keine

ii) **Energie**

a) **Heidekreis (Förderung Heide-Dienstleistungs-GmbH)**

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Förderung des Klimaschutzes im lokalen und regionalen Bereich durch

- a. Fortführung der bestehenden und Initiierung neuer Klimaschutzkampagnen
- b. Betreuung von Netzwerken
- c. Vorhaltung und Bereitstellung regionaler Klimaschutzaktionselemente
- d. Organisation themenbezogener Veranstaltungen
- e. Funktion als zentraler Ansprechpartner für Wirtschaft und Kommunen sowie für alle am Klimaschutz interessierten Bürgerinnen und Bürger

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Kreistagsbeschluss vom 10.07.2015

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Ausgleichszahlungen

Ausgleichsmechanismus

Defizitausgleich aufgrund der Wirtschaftsplanung und Ergebnisrechnung

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Mittelverwendungsnachweis im Jahresabschluss, dabei Spartenrechnung (DAWI/nicht DAWI), Prüfungsrecht Landkreis, Rückzahlungspflicht bei mehr als 10 % Überkompensation, ansonsten Ausgleich/Verrechnung im Folgejahr

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 75.000 €

2017: 75.000 €

iii) Müllabfuhr

(1) Landkreis Aurich

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Müllabfuhr

Formen der Betrauung

Einzelbeschlüsse des Landkreises Aurich in Verbindung mit gesellschaftsrechtlichem Rahmen der Tochtergesellschaft „MKW GmbH & Co. KG“, bei dem der Landkreis Aurich alleiniger Gesellschafter ist.

Ab 2018 erfolgt die Betrauung über einen Dienstleistungsvertrag.

Betrauungsdauer

Die erste Betrauung ging auf das Jahr 1982 zurück. Der letzte Einzelbeschluss erfolgte 2017.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Der Landkreis Aurich hat der Tochtergesellschaft MKW GmbH & Co. KG verschiedene Aufgaben im Bereich der Verwertung und Entsorgung von Abfällen sowie weitere damit in Verbindung stehende Tätigkeiten zugewiesen. Für die im Rahmen der Aufgabenerledigung angefallenen Kosten war bis einschließlich 2017 kein kostendeckendes Entgelt vereinbart, so dass jährlich zwangsläufig aufgabenbedingt Verluste entstanden. Dieser Verlust wurde auf der Basis des Gesellschaftervertrages durch den Gesellschafter Landkreis Aurich in unbeschränkter Höhe ausgeglichen.

Grund dieser Regelung war, dass Verkaufserlöse werthaltiger Wertstoffe den Kosten für die Leistungserbringung gegenzurechnen waren und dadurch der Fehlbetrag gemindert wurde. Da nur dieser geminderte Fehlbetrag der Umsatzsteuerpflicht unterliegt, profitierten die Gebührenzahler im Landkreis Aurich aufgrund der Verlustausgleichsregelung von der teilweise eingesparten Umsatzsteuer.

Ausgleichsmechanismus

Jährlicher Verlustausgleich der Gesellschaft.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Bis 2017 keine. Ab 2018 vertragliche Regelung

Transparenzanforderungen

Jährliche Verlustausgleichszahlungen von mehr als 15 Mio. €/a wurden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Verlustausgleich

2016: 9.431.228,98 € inkl. Umsatzsteuer

2017: 12.064.317,07 € inkl. Umsatzsteuer

iv) Wasserversorgung

Keine

v) Kultur

(1) Landkreis Aurich

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Förderung der musikalischen Bildung als kultureller Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens im Landkreis Aurich.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Jährlicher Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Regelung im Betrauungsakt. Keine Überkompensation.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Vorlage der Jahresabschlüsse (100 %ige Tochter des Landkreises)

Transparenzanforderungen

Jährliche Verlustausgleichszahlungen von mehr als 15 Mio. €/a wurden nicht gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 678.742,00 €

2017: 765.243,00 €

(2) Stadt Lingen (Ems)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Erbringung von Gemeinwohlaufgaben in Form der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere: Betrieb von Veranstaltungsstätten für Konzerte, Shows, Messen, Ausstel-

lungen, Märkte, Auktionen, Sport, Betriebsfeiern im Rahmen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohls sowie dem Gemeinschaftswohl der Einwohner der Stadt Lingen (Ems) durch den Eigenbetrieb Emslandhallen.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt vom 29.01.2014

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

Beihilfeinstrumente

Ausgleichs- und Verrechnungsleistungen

Ausgleichsmechanismus

Jährliche Fehlbeträge, die sich trotz wirtschaftlicher Betriebsführung ergeben, werden durch liquiditätswirksame Ausgleichszahlungen und/oder durch Verrechnung der Fehlbeträge gegen die städtische Eigenkapitaleinlage ausgeglichen. Eine angemessene Rendite wird dabei nicht berücksichtigt. Die tatsächliche Höhe der Ausgleichszahlungen erfolgt nach dem tatsächlichen Geschäfts- / Jahresabschluss des Eigenbetriebs.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Der Umfang der Ausgleichsleistungen geht nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlpflichten verursachten Kosten und Aufwendungen unter Abzug der betrieblich erzielten Erträge abzudecken. Dazu führt der Eigenbetrieb nach Ablauf jedes Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel in Form des jeweiligen von einem Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschlusses. Sofern diese Prüfung eine Überkompensation von mehr als 10 % der für das Prüfungsjahr gewährten Mittel feststellt, fordert die Stadt Lingen (Ems) den Eigenbetrieb zur Rückzahlung des überhöhten Betrags auf. Bei einer Überkompensation von maximal 10 % darf der überhöhte Betrag auf den nächstfolgenden Zeitraum angerechnet werden.

Transparenzanforderungen

Die einzelnen Ausgleichszahlungen betragen weniger als 15 Mio. Euro, sodass keine Veröffentlichungspflicht gem. Art. 7 (2012/21/EU) besteht. Allerdings werden sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, für zehn Jahre nach Beendigung der Betrauung aufbewahrt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1.280 T€ (Verlustausgleichszahlung) + 679.054,42 € (Verrechnung des Defizits mit der Eigenkapitaleinlage) = 1.959.054,42 €

2017: Die Prüfung erfolgt Mitte Juni 2018. Der Jahresabschlussbericht wird Anfang September 2018 vorliegen. Dieser muss anschließend vom Betriebsausschuss beschlossen werden.

(3) Stadt Aurich

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die betraute DAWI umfasst den Betrieb eines Ausstellungsbereichs zum Thema Energie sowie eines dazugehörigen Experimentariums im Energie-, Bildungs- und Erlebniszentrum Aurich (EEZ) jeweils zu familien- und sozialfreundlichen Tarifen.

Gem. § 4 NKOMVG haben die Kommunen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit die für die Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen, sportlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen bereit zu stellen.

Die interaktive Ausstellung soll einen unmittelbaren Zugang zum Thema Energie ermöglichen. Wissenschaftlich fundierte Grundlagen aufbereitet in interaktiven Exponaten und Rauminszenierungen sollten den Besuchern authentische Eindrücke über Energiebedarf, -gewinnung und sparsame Energienutzung vermitteln. Im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung sollten die Besucher angeregt werden, sich aktiv mit dem Thema Energie auseinander zu setzen.

Zur Steigerung der Interaktivität wird im Zusammenhang mit der Ausstellung auch ein sog. „Experimentarium“ betrieben, welches annähernd den Ausstattungsstandard eines universitären Biologie-, Chemie- bzw. Physikleerraums hat. Hier sollen die Teilnehmer sich methodisch mit dem Thema Energie auseinander setzen.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte über einen Betrauungsakt entsprechend der Vorgaben des Freistellungsbeschlusses. Der Betrauungsakt ist vom Rat der Stadt Aurich beschlos-

sen worden (Sitzung am 11.12.2014; Betrauung im Ratsinformationssystem abrufbar) und anschließend durch eine Anweisung der Geschäftsführung des betrauten Unternehmens, die Inhalte des Betrauungsakts verbindlich zu beachten, gesellschaftsrechtlich umgesetzt worden.

Betrauungsdauer

Der Betrauungsakt ist zum 01.01.2015 in Kraft getreten und hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht erteilt.

Beihilfeinstrumente

Der tatsächliche Ausgleich der zur Ausführung der DAWI benötigten nicht gedeckten Kosten erfolgt durch Verlustausgleichszahlungen der Stadt Aurich.

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichszahlungen leistet die Stadt Aurich in erster Linie in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter (insbesondere Einlage in die Kapitalrücklage sowie Betriebskostenzuschüsse).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Der Betrauungsakt enthält eine Regelung zur Vermeidung einer Überkompensation. Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der DAWI verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem insoweit eingesetzten Eigenkapital im Sinne von Art. 5 des Freistellungsbeschlusses. Das Unternehmen hat die Erfüllung und Kosten der DAWI im Lagebericht zum Jahresabschluss nachzuweisen und ist verpflichtet, die Grundsätze des Transparenzrichtlinie-Gesetzes einzuhalten.

Transparenzanforderungen

Es werden keine Beihilfen von mehr als 15. Mio. Euro für Unternehmen die außerhalb des Anwendungsbereichs der DAWI noch andere Tätigkeiten ausüben, gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 893.350,97 Euro

2017: 848.411,56 EURO

vi) **Finanzdienstleistungen**

Keine

vii) **Sonstige Wirtschaftszweige**

(1) **Stadt Bramsche**

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Stadtmarketing Bramsche GmbH ist mit der

- a) Durchführung von allgemeinen Maßnahmen des Stadtmarketings und der Tourismusförderung einschließlich der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen,
- b) Durchführung von allgemeinen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung einschließlich der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen,
- c) Durchführung von allgemeinen Maßnahmen zur Erhaltung und Betrieb musealer und kultureller Einrichtungen in der Stadt Bramsche einschließlich der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen, betraut.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch den Rat der Stadt Bramsche vom 06.02.2014

Betrauungsdauer

01.01.2014 bis 31.12.2023

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nein, es werden keine besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es werden Ausgleichsleistungen von der Stadt Bramsche gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Es ist jährlich ein Wirtschaftsplan für das folgende Geschäftsjahr aufzustellen. Mit Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres ist ein Nachweis über die Verwendung auf Basis des geprüften Jahresabschlusses einzureichen,

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation bzw. Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche, ist ein Vortrag in Höhe von maximal 10% der erhaltenen Ausgleichsleistungen auf das Folgejahr möglich. Die ordnungsgemäße Mittelverwendung ist innerhalb des Folgejahres wieder herzustellen.

Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, wird die Stadt Bramsche im Falle einer Überkompensation von der Stadtmarketing Bramsche GmbH die Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen; dies gilt insbesondere für den Fall, dass die der Stadtmarketing Bramsche GmbH aufgrund der Ausgleichsleistungen entstandenen Vorteile die der Stadtmarketing Bramsche GmbH aufgrund der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen entstandenen Nachteile überwogen haben.

Transparenzanforderungen

Unter 15 Mio. €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 426.500 €

2017: 436.500 €

(2) Stadt Gifhorn

a) Südheide Gifhorn GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

1. Die Gesellschaft bezweckt die Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Südheide Gifhorn, die Unterstützung ansässiger Wirtschaftsunternehmen, die über regionale Vermarktung sowie die Steigerung der Attraktivität, die Förderung und Betreuung von Einrichtungen im Bereich des Tourismus und der damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte zur Steigerung der Lebensqualität aller Bürger im Landkreis Gifhorn. Es handelt sich dabei insbesondere um folgende gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen:

a) Wahrnehmung von allgemeinen Maßnahmen des Tourismusmarketings für die Südheide Gifhorn, zur Förderung, Unterstützung und Attraktivierung von Dienstleistungs- und Tourismusbereichen.

b) Wahrnehmung von allgemeinen Maßnahmen zur Förderung des Tourismus in der Südheide Gifhorn, insbesondere durch Verbesserung des kultur- und naturtouristischen Angebotes.

c) Unterstützung allgemeiner und infrastruktureller Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zur Ansiedlung und Entwicklung von für den Tourismus relevanten Wirtschaftsunternehmen sowie Unterstützung der Gebietskörperschaften bei den die Entwicklung und Wirtschaftsförderung im touristischen Umfeld betreffenden örtlichen und überörtlichen Planungen.

2. Gegenstand der Gesellschaft ist es weiter, den Standort Südheide Gifhorn insbesondere im Bereich Tourismuswirtschaft gegenüber den Zielgruppen Touristen, Geschäftsreisenden, Unternehmen, Einwohnern und anderen am Standort Interessierten in seinen Stärken und Vorzügen optimal darzustellen und zu vermarkten (Vermarktungsfunktion) sowie auf eine stetige Verbesserung der Standortqualität im Sinne des touristischen Angebots, der touristischen Infrastruktur und der Rahmenbedingungen hinzuwirken (Initiativfunktion).

3. Zu den besonderen Aufgaben zählen einzelne Maßnahmen, Aktionen und Projekte, die der Sicherung und Ausweitung der Attraktivität der Destination Südheide Gifhorn dienen.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt als Verwaltungsakt/Zuwendungsbescheid

Betrauungsdauer

Längstens 3 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte:

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Kapitaleinzahlungen als Festbetragseinlagen, die auf Grundlage einer Finanzmittelbedarfsanalyse und Berechnung festgelegt wurden.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Gesellschaft stellt durch getrennten Ausweis in der Buchführung sicher, dass die durch DAWI entstehenden Kosten von den Kosten für ggf. andere Tätigkeitsbereiche abgegrenzt werden. Im Betrauungsakt wurde die Gesellschaft verpflichtet, eventuelle Überkompensationen an die Gesellschafter zurückzuzahlen.

Transparenzanforderungen:

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 226.500 €

2017: 226.500 €

b) Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

(1) Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in Form der allgemeinen und besonderen Wirtschaftsförderung und des allgemeinen und besonderen Stadtmarketings und aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen, die der Wirtschaftsförderung und dem Stadtmarketing in der Stadt Gifhorn dienen.

(2) Zu den allgemeinen Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen

- a) die wirtschaftliche Beratung von Unternehmer/innen sowie die Beratung über die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Förder- und Finanzierungsmitteln;
- b) die Mitgestaltung und Moderation der Kommunikation zwischen Unternehmer/innen und städtischen Ämtern sowie städtischen Gesellschaften;
- c) Öffentlichkeitsarbeit für den Wirtschaftsstandort Gifhorn

(3) Zu den allgemeinen Aufgaben des Stadtmarketings zählen

- a) Die Steigerung der Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort;
- b) Aufbau, Korrektur und Pflege des Stadtimages;
- c) Ausrichtung der städtischen Leistungen auf die Bürger/innen

(4) Zu den besonderen Aufgaben der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings zählen einzelne Maßnahmen, Aktionen und Projekte, die der Sicherung und Ausweitung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Gifhorn dienen.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt als Verwaltungsakt/Zuwendungsbescheid

Betrauungsdauer

Längstens 3 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Kapitaleinzahlungen in Form von festen Zuschüssen, die auf Grundlage einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Berechnung festgelegt wurden.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Gesellschaft stellt durch getrennten Ausweis in der Buchführung sicher, dass die durch DAWI entstehenden Kosten von den Kosten für ggf. andere Tätigkeitsbereiche abgegrenzt werden.

Jährlich nach Abschluss des Geschäftsjahres erbringt die Gesellschaft einen Nachweis über die Verwendung der Mittel auf Grundlage des Jahresabschlusses.

Im Betrauungsakt wurde die Gesellschaft verpflichtet, eventuelle Überkompensationen an die Gesellschafter zurückzuzahlen.

Transparenzanforderungen: ./.**Höhe der gewährten Beihilfen**

2016: 220.000 €

2017: 220.000 €

(3) Landkreis Goslar

Gemeinsame Betrauung der Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co KG durch den Landkreis Goslar und den kreisangehörigen Gemeinden.

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Förderung und Beratung von Existenzgründern sowie vorhandenen Gewerbe- und Industriebetrieben, die Unterstützung von Gewerbe- und Industrieansiedlung, das Regionalmarketing sowie die Technologie-, Innovations- und Kooperationsförderung.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre, 21.03.2026

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nein.

Beihilfeinstrumente

Verlorener Zuschuss i.S.d. § 23 LHO

Ausgleichsmechanismus

Trennungsrechnung mit Verwendungsnachweis

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Rückzahlungsverpflichtung bei Überkompensation; übersteigt diese den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich um mehr als 10% so kann die Überzahlung auf das nächste Geschäftsjahr übertragen werden.

Transparenzanforderungen

Keine, da unter 15 Mio. €.

Höhe der gewährten Beihilfen

Kommune	2016 in €	2017 in €
Landkreis Goslar	218.826	225.700
SG Lutter	2.410	2.410
Stadt Langelsheim	6.980	6.980
Stadt Bad Harzburg	12.080	12.080
Gemeinde Liebenburg	5.100	5.100
Stadt Braunlage	3.760	3.760

Summe:	249.156	256.030
--------	---------	---------

(4) Stadt Hannover

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bündelung, Koordinierung und Förderung kommunaler und regionaler Wirtschaftsförderungs-, Marketing-, Tourismusaktivitäten und aller sonstigen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und unternehmerischen Rahmenbedingungen in Stadt und Region Hannover im Wettbewerb mit anderen Kommunen und Regionen. Hierzu zählen insbesondere Gründungs- und Ansiedlungsberatung, Durchführung von Ansiedlungs- und Gründungswettbewerben, Betrieb von Gründungszentren, Aktivitäten im Rahmen der Internationalisierung sowie Unterstützung bei der Anbahnung internationaler Geschäftsbeziehungen und Eintritt in ausländische Märkte, allgemeine Tourismusförderung, Vermarktung und Imageförderung von Landeshauptstadt und Region Hannover.

Formen der Betrauung

Die Betrauung der Unternehmen mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse („öffentliche Aufgaben“) erfolgt im Sinne des Art. 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („AEUV“) entsprechend der Maßgabe des Beschlusses der Kommission Nr. 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 AEUV auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. EU Nr. L 7 vom 11. Januar 2012, S. 3). Ein entsprechender Zuwendungsbescheid setzt die erforderlichen Vorgaben um und ist daher zugleich Betrauungsakt im Sinne des Beschlusses der Kommission Nr. 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 („Freistellungsbeschluss“).

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 10 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Die Unternehmen erhalten zur Deckung ihres Jahresfehlbetrags jährliche Zuwendungen im Wege der institutionellen Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse.

Ausgleichsmechanismus

Die Höhe der jährlichen Ausgleichsleistungen für das jeweilige Wirtschaftsjahr erfolgt unter Berücksichtigung der Aufgaben der Unternehmen und ihres Jahreswirtschaftsplans. Ein Anspruch auf die Gewährung der jährlichen Zuschüsse entsteht den Unternehmen aus der Betrauung nicht. Über die Gewährung von Ausgleichsleistungen entscheidet die Zuwendungsgeberin durch Bereitstellung der Mittel in ihrem Haushalt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im jeweiligen Wirtschaftsplan veranschlagten Gesamtaufwendungen für die geförderten öffentlichen Aufgaben oder erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die jährliche Zuwendung für das betreffende Jahr – u. a. zur Vermeidung einer Überkompensation gemäß Art. 4 lit. e), Art. 5 Abs. 1, Art. 6 des Beschlusses der Kommission Nr. 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 – um den vollen in Betracht kommenden Betrag. Es besteht ein Rückforderungsanspruch der Zuwendungsgeberin gemäß § 1 NVwVfG i.V.m. § 49a VwVfG. In diesem Zusammenhang sind die Zuwendungsempfänger verpflichtet, der Zuwendungsgeberin im Halbjahresbericht oder der aktualisierten Planungsrechnung anzuzeigen, wenn sie nach Vorlage des jeweiligen Wirtschaftsplans weitere Zuwendungen beantragen oder erhalten bzw. für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen, insbesondere sich bei den Zuwendungsempfängern höhere Erträge bzw. geringere Aufwendungen einstellen oder die Aufnahme weiterer Tätigkeiten erfolgen soll.

Des Weiteren gilt ein mehrjähriger Ansatz. Die Zuwendungsgeberin führt alle drei Jahre und am Ende des Betrauungszeitraumes eine Kontrolle durch, ob eine Überkompensation vorliegt. Übersteigt eine Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich innerhalb des Dreijahreszeitraums nicht um mehr als 10 %, so kann die Überkompensation auf den folgenden Dreijahreszeitraum übertragen und von dem in diesem Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden (Art. 6 Abs. 2 des Beschlusses der Kommission Nr. 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 i.V.m.

Tz. 141 der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zur Anwendung der Vorschriften der Europäischen Union über staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und den Binnenmarkt auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und insbesondere auf Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse vom 29. April 2013).

Transparenzanforderungen

Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Haushalts- oder Wirtschaftsjahres nachzuweisen. Der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Zuwendungen erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfenberichts. Der Beihilfenbericht besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. In dem Beihilfenbericht ist zu bestätigen, dass die Ausgleichsleistungen für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von der Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte. Erbringt ein Zuwendungsempfänger neben der Erfüllung öffentlicher Aufgaben auch reguläre wirtschaftliche Tätigkeiten oder nimmt er wirtschaftliche Tätigkeiten neu auf, die im Wettbewerb zu privaten Dritten stehen, ist er verpflichtet, eine Trennungsrechnung nach Art. 5 Abs. 3 lit. b, Abs. 9 des Beschlusses der Kommission Nr. 2012/21/EU vom 20. Dezember 2011 zwischen diesen Bereichen einzuführen. Er hat in diesem Fall dem Verwendungsnachweis eine Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beizufügen, die die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung bestätigt. Die der Trennungsrechnung zugrundeliegenden Kostenrechnungsgrundsätze müssen bereits bei der Aufstellung des jeweiligen Wirtschaftsplans eindeutig bestimmt sein und sind in der Regel erst für die Trennungsrechnung im Folgejahr änderbar. Über die Kostenrechnungsgrundsätze, insbesondere die Maßstäbe der Schlüsselung für einzelne Kosten und Einnahmen, die auf zwei oder mehrere Tätigkeiten entfallen, sind Aufzeichnungen zu führen.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 4.133.125 €

2017: 4.015.936 €

(5) Landkreis Holzminden

Betrauungsakt der Solling- Vogler- Region im Weserbergland e.V.

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereich der Tourismusförderung und verbundene Nebenleistungen

Formen der Betrauung

- Kreistagsbeschluss (Vorlage 23/2016) vom 14.03.2016
- Vereinssatzung
- Betrauungsakt anbei

Betrauungsdauer

10 Jahre (01.01.2016- 31.12.2025)

Ausschließliche oder besondere Rechte

Besondere Rechte Nr. 2 (2): Förderung, Konzentration und Repräsentation des Tourismus in der Solling-Vogler-Region

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Jahreswirtschaftsplan der Solling- Vogler- Region im Weserbergland e.V. (Trennungsrechnung)

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Kommt es zu einer Überkompensation sind 10% der erhaltenen Ausgleichszahlung einzubehalten und im Folgejahr die ordnungsgemäße Mittelverwendung wieder herzustellen.

Transparenzanforderungen

Vorstandsitzung und Mitgliederversammlung

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 131.787 €

2017: 127.941 €

Danach geplant: 158.748 €

(6) Landkreis Lüneburg

(a) Lüneburger Heide GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Lüneburger Heide GmbH (nachfolgend LHG genannt) hat gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 27. März 2014 den Zweck der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide. Ihr Geschäftsbetrieb soll unmittelbar und mittelbar dem Allgemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger der Region Lüneburger Heide dienen.

Die Tätigkeit der LHG in Ausführung ihres Gesellschaftszwecks umfasst Marketing- und weitere Dienstleistungen im Bereich des regionalen Tourismus, die sich in die Segmente Produktmanagement, Marketing, Verwaltung und Buchungsbüro einteilen lassen. Die LHG unterhält außerdem in Gebieten einiger ihrer Gesellschafter sowie mehrerer regionszugehöriger Gemeinden Außenstellen und Tourist-Informationen.

Der Landkreis Lüneburg ist Gesellschafter der LHG.

Formen der Betrauung

Betrauung der Lüneburger Heide GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide auf der Grundlage des Beschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011, K(2011) 9380

Betrauungsdauer

10 Jahre gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 06.06.2017

Ausschließliche oder besondere Rechte

Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung unmittelbar und mittelbar dienlich sind. Sie ist insbesondere berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient. Die Gesellschaft trägt zur Qualifizierung und Vernetzung der bestehenden lokalen Einrichtungen bei. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus: ./.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen: ./.

Transparenzanforderungen: ./.

Höhe der gewährten Beihilfen

Jährlicher Zuschuss in Höhe von 100.000 €

(b) Flusslandschaft Elbe GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Flusslandschaft Elbe GmbH (nachfolgend FEG genannt) hat gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 19.12.2008 den Zweck der Förderung des Tourismus in der Region Flusslandschaft Elbe. Ihr Geschäftsbetrieb soll unmittelbar und mittelbar dem Allgemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger der Region Flusslandschaft Elbe dienen.

Die Tätigkeit der FEG in Ausführung ihres Gesellschaftszwecks umfasst Marketing- und weitere Dienstleistungen im Bereich des regionalen Tourismus, die sich in die Segmente Produktmanagement, Marketing und Verwaltung einteilen lassen.

Der Landkreis Lüneburg ist Gesellschafter der FEG.

Formen der Betrauung

Betrauung der Flusslandschaft Elbe GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Flusslandschaft Elbe und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Flusslandschaft Elbe auf der Grundlage des Beschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011, K(2011) 9380

Betrauungsdauer

10 Jahre gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 20.11.2017

Ausschließliche oder besondere Rechte

Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung unmittelbar und mittelbar dienlich sind. Sie ist insbesondere berechtigt, Betriebe und Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus:

Keine

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen:

Keine

Transparenzanforderungen:

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

Jährlicher Zuschuss in Höhe von 60.000 €

(7) Stadt Neustadt am Rübenberge

(a) Steinhuder Meer Tourismus GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Förderung und Entwicklung des Tourismus im Bereich des Steinhuder Meeres

Formen der Betrauung

Öffentlicher Betrauungsakt

Betrauungsdauer

01.11.2015 bis 31.10.2026

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine besonderen Rechte

Beihilfeinstrumente

Jährlicher Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Fester jährlicher Zuschuss

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Vorlage von Verwendungsnachweisen und Rückzahlungsregelung im Betrauungsakt

Transparenzanforderungen: ./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 131.428,00 €

2017: 161.428,00 €

(b) Wirtschaftsförderung Neustadt am Rübenberge GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der Stadt Neustadt am Rübenberge

Formen der Betrauung

Öffentlicher Betrauungsakt

Betrauungsdauer

01.08.2015 bis 31.07.2020

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine besonderen Rechte

Beihilfeinstrumente

Jährlicher Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Fester jährlicher Zuschuss

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Vorlage von Verwendungsnachweisen und Rückzahlungsregelung im Betrauungsakt

Transparenzanforderungen: ./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 200.167,39 €

2017: 271.865,30 €

(8) Stadt Oldenburg

(a) Veranstaltungszentrum

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Veranstaltungszentrum (infrastrukturelle Bereitstellung und Betrieb von Veranstaltungsräumen und –hallen, Durchführung von Messen, Ausstellungen, Kongresse, Tagungen und Veranstaltungen mit gesellschaftlichen bzw. kulturpolitischen Aufgaben, insbesondere mit den Themen Bildung, Kultur, Unterhaltung und Sport, die Erfüllung von regionalen und oberzentralen Bürgerbedürfnissen, die Förderung der Urbanität und der Qualität weicher Standortfaktoren sowie die Verbesserung von Image und Bekanntheitsgrad der Stadt Oldenburg)

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte auf der Grundlage eines Rats- bzw. Verwaltungsausschussbeschlusses und Umsetzung durch Verwaltungsakt oder gesellschaftsrechtliche Weisung.

Betrauungsdauer

35 Jahre (verlängerter Zeitraum, aufgrund erheblicher Investitionen)

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse, Gesellschafterbeiträge/Gesellschaftereinlagen/Kapitalerhöhungen, Garantien/Bürgschaften/Patronatserklärungen, vergünstigte Darlehensgewährung, -übernahme oder -stundung, Kostenübernahme, Forderungs- und Abgabenverzicht, Überlassung von Immobilien, sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwerterem Vorteil; dabei wird in der Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt

Ausgleichsmechanismus

i.d.R. Verlustausgleich auf Basis des Wirtschaftsplans

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweis im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Fehlanzeige; alle Ausgleichsleistungen liegen unter 15 Mio. €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 4.234.943,85 €

2017: 4.591.156,31 €

(b) Schwimmbad

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Schwimmbad (allgemeine öffentliche Gesundheitsvorsorge, Förderung des Schwimmsportes im Hinblick auf Breiten- und Leistungssport, Förderung und Sicherstellung des Schulsportes)

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte auf der Grundlage eines Rats- bzw. Verwaltungsausschussbeschlusses und Umsetzung durch Verwaltungsakt oder gesellschaftsrechtliche Weisung.

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse, Gesellschafterbeiträge/Gesellschaftereinlagen/Kapitalerhöhungen, Garantien/Bürgschaften/Patronatserklärungen, vergünstigte Darlehensgewährung, -übernahme oder -stundung, Kostenübernahme, Forderungs- und Abgabenverzicht, Überlassung von Immobilien, sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwerterem Vorteil; dabei wird in der Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt

Ausgleichsmechanismus

i.d.R. Verlustausgleich auf Basis des Wirtschaftsplans

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweis im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Fehlanzeige; alle Ausgleichsleistungen liegen unter 15 Mio €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 2.306.194,12 €

2017: 2.514.163,00 €

(c) Technologie- und Gründungsförderung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Technologie- und Gründungsförderung (die Ausführung von Dienstleistungen jedwelter Art im Bereich der Existenzgründungsförderung, insbesondere an die Mieter und Nutzer des TGO Technologie- und Gründerzentrums Oldenburg GmbH & Co.KG)

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte auf der Grundlage eines Rats- bzw. Verwaltungsausschussesbeschlusses und Umsetzung durch Verwaltungsakt oder gesellschaftsrechtliche Weisung.

Betrauungsdauer

3 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse, Gesellschafterbeiträge/Gesellschaftereinlagen/Kapitalerhöhungen, Garantien/Bürgschaften/Patronatserklärungen, vergünstigte Darlehensgewährung, -übernahme oder -stundung, Kostenübernahme, Forderungs- und Abgabenverzicht, Überlassung von Immobilien, sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil; dabei wird in der Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt

Ausgleichsmechanismus

i.d.R. Verlustausgleich auf Basis des Wirtschaftsplans

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweis im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Fehlanzeige; alle Ausgleichsleistungen liegen unter 15 Mio €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 751.805,36 €

2017: 0,00 €

(d) Tourismusförderung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Tourismusförderung (Tourismus- und Stadtmarketing für den Wirtschaftsraum der Stadt Oldenburg, Information und Kommunikation über das Reiseziel Stadt Oldenburg, Konzeption, Realisierung und Führung der Markenphilosophie, Maßnahmen zur Förderung des Tourismus in den Themen Kultur, Handel, Gesundheit und Tradition, Maßnahmen zur Förderung von Tagungen und Kongressen, Konzeption, Durchführung und Koordinierung von Maßnahmen zur Sicherung der Qualität im Tourismus- und Stadtmarketing, Schaffung und Pflege von Netzwerken, Vertretung der Stadt Oldenburg in Interessenverbänden und Institutionen, Konzeption, Koordinierung und Durchführung von Marketingprojekten)

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte auf der Grundlage eines Rats- bzw. Verwaltungsausschussbeschlusses und Umsetzung durch Verwaltungsakt oder gesellschaftsrechtliche Weisung.

Betrauungsdauer

3 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse, Gesellschafterbeiträge/Gesellschaftereinlagen/Kapitalerhöhungen, Garantien/Bürgschaften/Patronatserklärungen, vergünstigte Darlehensgewährung, -

übernahme oder -stundung, Kostenübernahme, Forderungs- und Abgabenverzicht, Überlassung von Immobilien, sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil; dabei wird in der Regel eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt

Ausgleichsmechanismus

i.d.R. Verlustausgleich auf Basis des Wirtschaftsplans

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweis im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Fehlanzeige; alle Ausgleichsleistungen liegen unter 15 Mio. €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 0,00 €

2017: 151.531,91 €

(9) Stadt Seesen

a) Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co.KG

Gegenstand der Betrauung

Die Stadt Seesen betraut die Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co. KG (WiReGo) für die Zukunft nach Maßgabe der im beigefügten Betrauungsakt aufgeführten Vorgaben mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, insbesondere in Form der Wirtschaftsförderung, der Regionalmarketings und der Technologie-, Innovations- und Kooperationsförderung sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen, die der allgemeinen Wirtschafts- und Strukturförderung der Stadt Seesen dienen.

Betrauungsdauer

2016 – 2026 (10 Jahre)

Höhe der Ausgleichszahlung 2016 / 2017

2016: 11.550 €

2017: 11.550 €

b) Stadtmarketing Seesen eG

Gegenstand der Betrauung

Die Stadt Seesen betraut die Stadtmarketing Seesen eG mit der Erbringung von Dienstleistungen im allgemeinerwirtschaftlichem Interesse, insbesondere in Form der Tourismusförderung (Tourismusmarketing), des City- und Stadtmarketings sowie des Standortmarketings einschließlich hiermit verbundener Nebenleistungen.

Betrauungsdauer

2016 – 2018 (3 Jahre)

Höhe der Ausgleichszahlung 2016 / 2017

2016: 110.000,00 €

2017: 110.000 €

c) Harzer Tourismusverband e.V.

Gegenstand der Betrauung:

- Die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Tourismusförderung und des Tourismusmarketings im räumlichen Geltungsbereich der Satzung des HTV, also im Verbandsgebiet umfassen unter Berücksichtigung des § 2 der Satzung des HTV alle Dienstleistungen, die mit den zuvor genannten Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse in Beziehung stehen und / oder aus den damit in Verbindung stehenden Tätigkeiten abzuleiten sind oder diese fördern, insbesondere:
- die Schaffung und Umsetzung einer einheitlichen Marketingstrategie entsprechend den zuvor entwickelten Profiltiteln inkl. der Realisierung aller dafür notwendigen Kommunikationsmaßnahmen
- die Entwicklung und Vermarktung themenspezifischer Angebote die Entwicklung eines touristischen Zukunftskonzeptes für das Verbandsgebiet sowie die Koordination der Umsetzung und der Weiterentwicklung
- die Sicherung und Stärkung der Harzer Naturlandschaft, des regionalen Kulturgutes und der regionalen Identität als Basis der
- touristischen Angebotsstruktur durch gezielte Informations- und Kommunikationsmaßnahmen

- die Unterstützung der regionsweiten, touristischen Entwicklung durch Beratung der Mitglieder, potenzieller Leistungsträger und Investoren
- die Interessensvertretung für die Harzer Tourismuswirtschaft auf Regional-, Landes- und Bundesebene sowie die Koordination der länder- und landkreisübergreifenden Zusammenarbeit in tourismusrelevanten Themenbereichen
- die Koordination und die Mitarbeit an der regionalen und überörtlichen Planung der touristischen Infrastruktur im Verbandsgebiet sowie das Management des Tourismusnetzwerkes
- die Implementierung übergreifender Themen auf regionaler Ebene durch Koordination, Information und Umsetzungsbegleitung (u.a. Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Tourismus für alle etc.)
- die Koordination und Mitarbeit bei der Qualitätszertifizierung von Anbietern, u.a. durch die Landesmarketinggesellschaften, den Deutschen Wanderverband e.V. und den Deutschen Tourismusverband e.V.
- die Förderung der regionalen, nachhaltigen Produktion von Lebensmitteln und handwerklichen Erzeugnissen (u.a. durch die Qualitätsauszeichnung „Typisch Harz“ und damit verbundener Informations- und Kommunikationsmaßnahmen)
- die Durchführung von Informationsveranstaltungen mit touristischer Ausrichtung
- die Sicherung eines Informationsservice zur Auskunft rund um das Verbandsgebiet für die Allgemeinheit (Einheimische und Gäste)
- die Marktbeobachtung und Marktforschung hinsichtlich tourismusperspektivischer Aspekte.

Betrachtungsdauer:

2015 – 2025 (10 Jahre)

Höhe der Ausgleichszahlung 2016 / 2017:

2016: 2.819,99 €

2017: 2.724,42 €

(10) Stadt Soltau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

1. Erarbeitung und Fortschreibung von Tourismusprogrammen

2. Marketing und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Fremdenverkehrs in Abstimmung mit der Stadt Soltau

3. die Zusammenarbeit mit allen im Bereich des Fremdenverkehrs tätigen Organisationen und Unternehmen oder Personen

Formen der Betrauung

Betrauungsakt vom 17.03.2016 für die Soltau-Touristik GmbH

Betrauungsdauer

01.01.2016 bis 31.12.2025

Ausschließliche oder besondere Rechte: ./.

Beihilfeinstrumente

Im Rahmen der genehmigten Haushaltsplanung der Stadt Soltau und des Wirtschaftsplanes der Soltau-Touristik GmbH werden Ausgleichsleistungen in Höhe der geplanten Differenz aus Kosten und Einnahmen in Form von Zuschüssen (Defizitausgleich) an die Soltau-Touristik GmbH gezahlt

Ausgleichsmechanismus

Am Ende des Wirtschaftsjahres wird anhand einer Trennungsrechnung sowie eines Beihilfeberichtes die Verwendung der gezahlten Zuschüsse überprüft.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Etwaige Überkompensationen werden nach Feststellung von der Soltau-Touristik GmbH an die Stadt Soltau zurückgeführt. Wenn die Überkompensation einen Betrag von 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren übersteigt, kann die GmbH diesen übersteigenden Betrag im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung berücksichtigen.

Transparenzanforderungen:

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

Die Soltau-Touristik GmbH hat für die Jahre 2016 und 2017 insgesamt jeweils Zuschüsse in Höhe von 166.000 € je Haushaltsjahr erhalten.

(11) Heidekreis

(a) Erwachsenenbildung, Volkshochschule Heidekreis gGmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Gesetzlicher Auftrag zur Weiterbildung nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (NEBG).

konfessionell und politisch unabhängige, im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung den Zielen des Grundgesetzes und der Landesverfassung förderliche Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsarbeit

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Kreistagsbeschluss vom 14.12.2012

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschusszahlung

Ausgleichsmechanismus

Ausgleich aufgrund der Wirtschaftsplanung und Ergebnisrechnung der Volkshochschule, unterjährige Abschläge zur Liquiditätssicherung

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

verankert im Betrauungsakt:

Mittelverwendungsnachweis im Jahresabschluss, dabei Spartenrechnung (DAWI/nicht DAWI), Prüfungsrecht Landkreis, Rückzahlungspflicht bei mehr als 10 % Überkompensation, ansonsten Ausgleich/Verrechnung im Folgejahr

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 380.000 €

2017: 380.000 €

(b) Tourismus Nr. 1 Lüneburger Heide GmbH (LHG)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Lüneburger Heide durch u. a. Entwicklung touristischer Konzepte, Zusammenarbeit mit Tourismusbetrieben zur Weiterentwicklung des Tourismus in der Region, Teilnahme an Messen, Trendforschung, Analysen

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Kreistagsbeschluss vom 16.06.2017

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschusszahlung zum Ausgleich nicht gedeckter Kosten

Ausgleichsmechanismus

Ausgleich aufgrund der Wirtschaftsplanung und Ergebnisrechnung des Unternehmens

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

verankert im Betrauungsakt:

Mittelverwendungsnachweis im Jahresabschluss, dabei Spartenrechnung (DAWI/nicht DAWI), Prüfungsrecht Landkreis, Rückzahlungspflicht bei mehr als 10 % Überkompensation, ansonsten Ausgleich/Verrechnung im Folgejahr

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 150.000 €

2017: 150.000 €

(c) (Tourismus) Nr. 2: Erlebniswelt Lüneburger Heide GmbH (EWLH)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Entwicklung und Umsetzung einer Strategie für die Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit für das Gebiet des Heidekreises unter Einbeziehung des Naturparks „Lüneburger Heide“ in enger Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern, den Tourismusverbänden und anderen im Bereich des Tourismus tätigen Organisationen sowie privaten Unternehmen und Personen, Förderung der Zusammenarbeit und des Gedankenaustauschs zwischen den Gesellschaftern der EWLH, Entwicklung in den Heidekreis betreffenden touristischen Angelegenheiten, Abstimmung einzelner Aktivitäten im Bereich des Tourismus

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Kreistagsbeschluss vom 16.06.2017

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschusszahlung zum Ausgleich nicht gedeckter Kosten

Ausgleichsmechanismus

Ausgleich aufgrund der Wirtschaftsplanung und Ergebnisrechnung des Unternehmens

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

verankert im Betrauungsakt:

Mittelverwendungsnachweis im Jahresabschluss, dabei Spartenrechnung (DAWI/nicht DAWI), Prüfungsrecht Landkreis, Rückzahlungspflicht bei mehr als 10 % Überkompensation, ansonsten Ausgleich/Verrechnung im Folgejahr

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 0 €

2017: 25.000 €

(12) Stadt Lüneburg

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

a) Durchführung der kommunalen Abwasserbeseitigung gemäß Entsorgungsvertrag vom 31.12.1997

b) Durchführung der Gewässerunterhaltung und des Betriebshofes bei dem das Stadtgrün, die Straßenunterhaltung – und -reinigung sowie die Verwaltung des Fuhrparks mit der Werkstatt angesiedelt sind gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag vom 23.03.2007

Formen der Betrauung

Betrauung durch jährliche Ratsbeschlüsse.

Betrauungsdauer

Grundsatzbeschluss zur Betrauung vom 08.05.2014. Danach jährliche Beschlussfassung über die Finanzierung, die dann für die jährliche Betrauung steht. Jeder Finanzierungsbeschluss enthält nachfolgenden Text:

„Diese Beschlussvorlage ist Bestandteil des Betrauungsakts im Sinne des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Gewährung von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (2012/21/EU).“

Ausschließliche oder besondere Rechte

Sofern ausschließliche Rechte gewährt wurde, sind diese ebenfalls in den bestehenden Verträgen und Vereinbarungen dokumentiert.

Beihilfeinstrumente

Entgeltzahlungen an die Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH (AGL).

Ausgleichsmechanismus

Mit Genehmigung des Wirtschaftsplanes der AGL durch die Gesellschafterversammlung erfolgt die Genehmigung der Zielbeschlüsse, die von der Geschäftsführung umgesetzt werden müssen. In dem Wirtschaftsplan wird konkret und detailliert festgelegt, in welcher Höhe Mittel für welche Vorhaben im Folgejahr – unter dem Vorbehalt der Genehmigung des städtischen Haushaltsplanes durch den Rat der Hansestadt Lüneburg - ausgegeben werden dürfen. In den Entsorgungs- und Geschäftsbesor-

gungsverträgen Jahr ein festes Entgelt für das jeweils folgende Wirtschaftsjahr schriftlich festzusetzen ist.

Für die Genehmigung des Wirtschaftsplanes erfolgt ein Weisungsbeschluss für die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung durch städtische Gremien (Verwaltungsausschuss bzw. Rat). Eine Überschreitung des Kostenrahmens bzw. Änderungen sind grundsätzlich nur nach erneuter Genehmigung eines geänderten Wirtschaftsplanes möglich. Damit sind einerseits die Ausgleichsleistungen und andererseits die Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen gemäß Art. 4 des Freistellungsbeschlusses ausreichend beschrieben. Die Dauer der Betrauung wird durch die jährliche Entscheidung über die Ausgleichsleistungen durch Genehmigung des Wirtschaftsplanes bestimmt. Die Kontrolle der Berechnung sowie die Überwachung der Beteiligungsmanagement der Hansestadt Lüneburg sichergestellt.

Nach Ablauf eines Geschäftsjahres erfolgt der Nachweis über die tatsächlich angefallenen Betriebskosten in der Regel im Rahmen des Jahresabschlusses. Neben der Genehmigung des Wirtschaftsplanes bedürfen auch die Jahresabschlüsse jeweils eines Weisungsbeschlusses für die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung durch den städtischen Ausschuss für Wirtschaft und städtische Beteiligungen. Eine Überwachung der Zahlungen ist, wie im Betrauungsakt gefordert, somit sichergestellt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Über die Entsorgungs- und Geschäftsbesorgungsverträge hinaus ist eine weitere Regelung in Bezug auf die erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung einer Überkompensation vorgesehen. Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichszahlungen keine Überkompensation für die Ausführung der übertragenen Aufgaben entsteht, werden die Ausgleichszahlungen nicht in einer Einmalzahlung, sondern in mehreren Abschlagszahlungen geleistet. Vor den jeweiligen Mittelabrufen muss die Geschäftsführung unterjährig den konkreten Bedarf nachweisen. Dies erfolgt in der Regel im Rahmen der Quartalsberichte. Auf diese Weise werden Abweichungen der Entgeltzahlungen vom Wirtschaftsplan vermieden.

Transparenzanforderungen

Keine Beihilfe von mehr als 15 Mio. EUR.

Höhe der gewährten Beihilfen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem	2016 in Mio. EUR	2017 in Mio. EUR
--	-------------------------	-------------------------

wirtschaftlichem Interesse		
a) Durchführung der kommunalen Abwasserbeseitigung gemäß Entsorgungsvertrag vom 31.12.1997	7,263	7,348
b) Durchführung der Gewässerunterhaltung und des Betriebshofes bei dem das Stadtgrün, die Straßenunterhaltung – und -reinigung sowie die Verwaltung des Fuhrparks mit der Werkstatt angesiedelt sind gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag vom 23.03.2007	1,712	2,128

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrauung der Lüneburger Heide GmbH (LHG) mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide auf der Grundlage des Beschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011

Formen der Betrauung

Betrauung durch Vertrag und Ratsbeschluss vom 31.08.2017.

Betrauungsdauer

Die Betrauung erfolgt für die Dauer von 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Sofern ausschließliche Rechte gewährt wurden, sind diese ebenfalls in den bestehenden Verträgen und Vereinbarungen dokumentiert.

Beihilfeinstrumente

Die Ausgleichszahlungen dienen dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen.

Ausgleichsmechanismus

Die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen nach § 2 Abs. 2 verursachten Nettokosten der LHG kann die Hansestadt Lüneburg ausgleichen (Ausgleichsleistungen). Die Ausgleichszahlungen dienen damit dem Ausgleich nicht gedeckter Kosten der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die LHG hat sicherzustellen, dass die gewährten Ausgleichsleistungen die nach § 4 berechneten Nettokosten nicht übersteigen. Um eine Überkompensation zu vermeiden, erstellt die LHG im Rahmen des Jahresabschlusses einen Soll-/Ist-Vergleich der tatsächlichen Nettokosten und der erhaltenen Abschlagszahlungen. Übersteigen die

erhaltenen Abschlagszahlungen die Nettokosten (Überkompensation), hat die LHG den Betrag der Überkompensation zurückzuführen.

Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren, kann die LHG alternativ den Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung mindernd berücksichtigen.

Transparenzanforderungen

Keine Beihilfe von mehr als 15 Mio. EUR.

Höhe der gewährten Beihilfen

<i>Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse</i>	2016 in Mio. EUR	2017 in Mio. EUR
c) Betrauung der Lüneburger Heide GmbH mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Rahmen der Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide	0,00	0,00

(13) Stadt Bad Bevensen

(a) Allgemeine Tourismus- und Wirtschaftsförderung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die eine Betrauung erfolgte:

Förderung und Entwicklung des Tourismus-, Gewerbe- und Stadtmarketings im Gebiet der Stadt Bad Bevensen und der Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf sowie Sicherstellung des Kurangebotes in der Stadt Bad Bevensen.

Formen der Betrauung:

Die Betrauung erfolgte mittels Betrauungsakt gegenüber der Bad Bevensen Marketing GmbH auf Grundlage des Beschlusses des Rates der Stadt Bad Bevensen.

Betrauungsdauer:

Der genannte Betrauungsakt hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte:

Keine

Beihilfeinstrumente:

Es wird eine Ausgleichsleistung in Form eines Betriebskostenzuschusses geleistet.

Ausgleichsmechanismus:

Die Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen wird durch Beschluss des Rates der Stadt Bad Bevensen im Rahmen des Haushaltsplanes festgelegt. Zugrundegelegt wird die Kostenallokationsmethode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensation

Die Bad Bevensen Marketing GmbH ist verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses zu führen. Dies erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfeberichts, worin zu bestätigen ist, dass die Ausgleichsleistungen für die von der Betrauung erfassten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von dieser Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte.

Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation bzw. Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche, ist ein Vortrag in Höhe von maximal 10% der erhaltenen Ausgleichsleistungen auf das Folgejahr möglich und die ordnungsgemäße Mittelverwendung innerhalb eines Folgejahres wieder herzustellen.

Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb eines Folgejahres sichergestellt, wird die Stadt Bad Bevensen im Falle einer Überkompensation die Rückzahlung überhöhter Ausgleichszahlungen verlangen.

Höhe der gewährten Beihilfen:

Seitens der Stadt Bad Bevensen:

2016: 1.090.000 Euro

2017: 1.090.000 Euro

(b) Gesundheitsförderung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die eine Betrauung erfolgte:

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Bereich der Gesundheitsförderung und hiermit verbundener Nebenleistungen

Formen der Betrauung:

Die Betrauung erfolgte mittels Betrauungsakt gegenüber der Kurgesellschaft Bevensen GmbH auf Grundlage des Beschlusses des Rates der Stadt Bad Bevensen.

Betrauungsdauer:

Der genannte Betrauungsakt hat eine Laufzeit von max.10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte:

Keine

Beihilfeinstrumente:

Es wird eine Ausgleichsleistung in Form von Einzahlungen in die Kapitalrücklage zum Ausgleich nicht gedeckter Kosten gewährt

Ausgleichsmechanismus:

Die Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen wird durch Beschluss des Rates der Stadt Bad Bevensen im Rahmen des Haushaltsplanes festgelegt. Zugrundegelegt wird die Kostenallokationsmethode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensation

Die Kurgesellschaft Bevensen GmbH ist verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses zu führen. Dies erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfeberichts, worin zu bestätigen ist, dass die Ausgleichsleistungen für die von der Betrauung erfassten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von dieser Betrauung erfasste Bereiche nicht erfolgte.

Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation, die nicht größer als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren ist, kann der Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung vorgetragen bzw. mindernd berücksichtigt werden.

Ist der Betrag der Überkompensation größer als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren und eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb eines Folgejahres sichergestellt, werden die Gesellschafter (jur. Personen des öffentlichen Rechts) anteilmäßig die Rückzahlungen der überhöhten Ausgleichszahlungen verlangen.

Höhe der gewährten Beihilfen:

Seitens der Stadt Bad Bevensen:

2016: 659.400 Euro

2017: 659.400 Euro

(c) Förderung des Tourismus in der Region Lüneburger Heide und Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Destination Lüneburger Heide.

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die eine Betrauung erfolgte:

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Bereich Marketing und weiterer Dienstleistungen im Bereich des regionalen Tourismus.

Formen der Betrauung:

Die Betrauung erfolgte mittels Betrauungsakt gegenüber der Lüneburger Heide GmbH auf Grundlage des Beschlusses des Rates der Stadt Bad Bevensen.

Betrauungsdauer:

Der genannte Betrauungsakt hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte:

Keine

Beihilfeinstrumente:

Es können Ausgleichsleistungen bis zu einer im Gesellschaftsvertrag definierten max. Höhe durch die Gesellschafter gewährt werden, um die nicht gedeckten Kosten für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen auszugleichen.

Ausgleichsmechanismus:

Die Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen wird durch Beschluss des Rates der Stadt Bad Bevensen im Rahmen des Haushaltsplanes festgelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensation

Um eine Überkompensation zu vermeiden, wird im Rahmen des Jahresabschlusses ein Soll-/Ist-Vergleich der tatsächlichen Nettokosten und der erhaltenden Abschlagszahlungen durch die Gesellschaft erstellt. Übersteigen die Abschlagszahlungen die Nettokosten, hat die LHG den Betrag der Überkompensation zurückzuführen. Ist der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10% der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren, kann die LHG alternativ den Betrag der Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Ausgleichsleistung mindernd berücksichtigen.

Höhe der gewährten Beihilfen:

Seitens der Stadt Bad Bevensen:

2016: 50.000 Euro

2017: 50.000 Euro

(14) Landkreis Osnabrück

(a) Erholungsgebiet Hasetal

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Durchführung von struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben.
Die betrauten Unternehmen sind im Rahmen der allgemeinen Tourismus- und Wirtschaftsförderung und damit verbundene Nebenleistungen tätig.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Beschlussfassung des Rates der Samtgemeinde Artland mit Datum vom 15.03.2016

Betrauungsdauer

01.04.2016 bis 31.03.2026

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

keine

Ausgleichsmechanismus

Siehe § 5 des Betrauungsaktes

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Siehe § 10 des Betrauungsaktes

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 22.320,83 €

2017: 21.022,46 €

(b) Tourismusverband Osnabrücker Land e.V.

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Zweck des betrauten Unternehmens (**Tourismusverband Osnabrücker Land e.V.**) ist es, auf Basis des bestehenden Angebots und der touristischen Infrastruktur der Tourismusregion Osnabrücker Land in den Gebieten der kommunalen Verbandsmitglieder sowie angrenzenden und benachbarten Tourismusregionen im Zusammen-

wirken mit den Städten, Samt- und Einheitsgemeinden, ein touristisches Profil für die gesamte Tourismusregion Osnabrücker Land zu definieren und auszubauen. Durch die Vermarktung des touristischen Angebots und der touristischen Infrastruktur der Tourismusregion Osnabrücker Land soll die Attraktivität der Tourismusregion als Tourismusziel erhöht und die Tourismuswirtschaft in der Region insgesamt gestärkt werden. Die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der Tourismusförderung und des Tourismusmarketings umfassen alle Dienstleistungen, die mit den oben genannten Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse in Beziehung stehen und / oder aus den damit in Verbindung stehenden Tätigkeiten abzuleiten sind oder diese fördern, insbesondere:

- a. Tourismusmarketing für den Wirtschaftsraum im Verbandsgebiet im Inland und Ausland,
- b. die Konzeption, Durchführung und Koordinierung von Maßnahmen zur Sicherung der Qualität im Tourismus, inklusive der Mitarbeit und Implementierung von Qualitätszertifizierungen durch die verschiedenen touristischen Fachverbände,
- c. die Schaffung und Umsetzung einer einheitlichen Marketingstrategie entsprechend zuvor entwickelter Profiltiteln inkl. der Realisierung aller dafür notwendigen Kommunikationsmaßnahmen,
- d. die Schaffung und Pflege von touristischen und tourismuspolitischen Netzwerken sowie die Interessensvertretung der Tourismus-Wirtschaft im Osnabrücker Land auf Kreis- und Landesebene sowie auf lokaler, regionaler, überregionaler und nationaler Ebene,
- e. die Konzeption, Realisierung und Kommunikation der Dachmarke und der Markenphilosophie, auch durch Maßnahmen in weiteren Handlungsfeldern,
- f. die Implementierung übergreifender Themen auf regionaler Ebene durch Koordination, Information und Umsetzungsbegleitung (u.a. Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, barrierefreier Tourismus etc.)
- g. die Einbindung der privaten Tourismuswirtschaft in der Tourismusregion Osnabrücker Land in gemeinschaftlich getragenen Aktivitäten und Initiativen, z.B. einer einheitlichen Werbung,
- h. die Sicherung und Stärkung der lokalen und regionalen Identität als Basis der touristischen Angebotsstruktur durch gezielte Informations- und Kommunikationsmaßnahmen sowie die Sicherung eines unentgeltlichen Infor-

mationsservices zur Auskunft über den touristischen Wirtschaftsraum Tourismusregion Osnabrücker Land für die Allgemeinheit,

- i. die Marktbeobachtung und Marktforschung hinsichtlich tourismusperspektivischer Aspekte.

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

Die Betrauung des Tourismusverbandes Osnabrücker Land e.V. mit Aufgaben der Regional- und Tourismusförderung, des Tourismusmarketings und der sonstigen allgemeinen und besonderen Leistungen und Tätigkeiten erfolgt zunächst bis längstens 30.06.2019.

Die Betrauung verlängert sich automatisch um 30 Monate bis längstens 31.12.2021, wenn die Behörden – stellvertretend für alle Mitgliedskommunen der Landkreis Osnabrück in Abstimmung mit der Stadt Osnabrück – bis zum Ablauf des Erstübertragungszeitraumes geprüft haben, ob die Voraussetzungen für die Betrauung weiterhin gegeben sind. Die Höchstfrist von zehn Jahren wird nicht überschritten.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Die Behörden gewähren dem Tourismusverband Osnabrücker Land e.V. die zur Deckung seines Finanzbedarfs erforderlichen finanziellen Mittel („Ausgleichsleistungen“), soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, die ihm übertragenen Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu übernehmen. Die Berechnung der Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen erfolgt jährlich im Vorhinein anhand des jeweiligen nach Sparten gegliederten Jahres-Wirtschaftsplans. Bei der Berechnung der Ausgleichsleistungen sind zusätzlich alle gewährten Mittel zu berücksichtigen, die den Tatbestand der staatlichen Beihilfe erfüllen.

Ausgleichsmechanismus

keine

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Ausgleichszahlungen gehen nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapital abzudecken. Übersteigt die Überkompensation bzw. die Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, so können sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden. Die ordnungsgemäße Mittelverwendung ist innerhalb des Folgejahres wieder herzustellen.

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

Die Höhe der für das Geschäftsjahr 2017 gewährten Beihilfen aller Gesellschafter betrug 902.740,31 €. Davon entfielen 372.906,62 € auf den Landkreis Osnabrück.

(c) Osnabrücker Land Entwicklungsgesellschaft

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Gemeinwohlverpflichtung der **oleg Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH** bezieht sich auf die Entwicklung von Gewerbeflächen auf dem Gebiet des Landkreises Osnabrück sowie die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Landkreises Osnabrück durch Förderung der Wirtschaft.

Zu diesem Zweck wird die oleg die in dem Gesellschaftsvertrag aufgeführten Tätigkeiten verfolgen. Die Aufgabenstruktur ist in zwei Geschäftsbereiche unterteilt. Der Geschäftsbereich „oleg-Projekte“ umfasst die Aufgaben Grundstücke zur Ansiedlung, Erhaltung oder Erweiterung von Unternehmen zu beschaffen und an diese zu veräußern sowie die Geschäfts- und Gewerberäume an Existenzgründer für einen beschränkten Zeitraum von bis zu fünf Jahren zu vermieten oder zu verpachten, einschließlich zugehöriger Nebenleistungen. Die oleg wird weiterhin ansiedlungswillige Unternehmen beraten und für die Entwicklung der Gewerbegebiete erforderliche Die Dauer der Gemeinwohlverpflichtung und die Laufzeit dieser Betrauung betragen 15 Jahre, gerechnet vom 01.01.2015 an. Die Dauer der Betrauung wurde angesichts der getätigten Investitionen festgesetzt. Gewerbeflächenentwicklungsprojekte können von der Idee bis zu Sicherung der Flächen, der Beplanung der Flächen und der

Vermarktung einen entsprechend langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Zusätzlich wird mit dem Flächenmanagement versucht, ausreichend Tauschflächen für potenzielle Projektregionen zukunftsorientiert zu erwerben. Daher können Investitionen in Grundstücke relativ langfristig sein. Mit einer 15jährigen Betrauung erhalten die Investitionen und Flächenplanungen die erforderlichen Rahmenbedingungen in zeitlicher Hinsicht.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zur Erbringung ihrer gemeinwirtschaftlichen Leistungen wird der oleg von Seiten der Gesellschafter eine Förderung im Sinne einer Verlustabdeckung bzw. eines Zuschusses gewährt. Die Leistungen berechnen sich dabei entsprechend des Gesellschaftsvertrages aus dem Jahresfehlbetrag der Gesellschaft und werden von jedem Gesellschafter entsprechend seines Beteiligungsverhältnisses anteilig getragen. Voraussetzung für die Übernahme der Verluste ist eine Wirtschaftsführung der Gesellschaft auf Basis eines durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschaftsplanes sowie einer mittelfristigen Finanzplanung.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Dauer der Gemeinwohlverpflichtung und die Laufzeit dieser Betrauung betragen 15 Jahre, gerechnet vom 01.01.2015 an. Die Dauer der Betrauung wurde angesichts der getätigten Investitionen festgesetzt. Gewerbeflächenentwicklungsprojekte können von der Idee bis zu Sicherung der Flächen, der Beplanung der Flächen und der Vermarktung einen entsprechend langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Zusätzlich wird mit dem Flächenmanagement versucht, ausreichend Tauschflächen für potenzielle Projektregionen zukunftsorientiert zu erwerben. Daher können Investitionen in Grundstücke relativ langfristig sein. Mit einer 15jährigen Betrauung erhalten die Investitionen und Flächenplanungen die erforderlichen Rahmenbedingungen in zeitlicher Hinsicht.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zur Erbringung ihrer gemeinwirtschaftlichen Leistungen wird der oleg von Seiten der Gesellschafter eine Förderung im Sinne einer Verlustabdeckung bzw. eines Zuschusses gewährt. Die Leistungen berechnen sich dabei entsprechend des Gesellschaftsvertrages aus dem Jahresfehlbetrag der Gesellschaft und werden von jedem Gesellschafter entsprechend seines Beteiligungsverhältnisses anteilig getragen. Voraussetzung für die Übernahme der Verluste ist eine Wirtschaftsführung der Gesellschaft auf Basis eines durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschaftsplanes sowie einer mittelfristigen Finanzplanung.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Der Landkreis Osnabrück und die der Gesellschaftergruppe der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden zugeordneten Gebietskörperschaften werden jährlich überprüfen (insbesondere anhand des Jahresabschlusses der oleg), ob die der oleg gewährte Förderung über das hinausgeht, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der ihr auferlegten Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken. Soweit dies der Fall ist, werden sie die überschießenden Fördermittel zurückfordern oder auf das folgende Geschäftsjahr anrechnen, wenn die Überzahlung nicht mehr als 10 % der geleisteten Ausgleichszahlung in dem jeweiligen Jahr beträgt.

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

Die Höhe der für das Geschäftsjahr 2016 gewährten Beihilfen aller Gesellschafter betrug 140.908,61 €.

Die Höhe der für das Geschäftsjahr 2017 gewährten Beihilfen aller Gesellschafter betrug 326.116,70 € (vorläufiges Ergebnis am 23.3.2018, Prüfung durch Wirtschaftsprüfer ist noch nicht abgeschlossen).

(15) Gemeinden Essen, Lastrup und Lindern sowie Stadt Lönigen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Den betrauten Unternehmen obliegen gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen der Tourismusförderung und des Tourismusmarketings und umfassen alle Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse und / oder den damit in Verbindung stehenden Tätigkeiten, insbesondere:

- a. Tourismus im und für den Wirtschaftsraum des Verbandsgebietes im Inland und Ausland in den Themen Kultur, Gesundheit und Tradition,
- b. die Konzeption, Durchführung und Koordinierung von Maßnahmen zur Sicherung der Qualität im Tourismus, inklusive der Mitarbeit und Implementierung von Qualitätszertifizierungen durch die verschiedenen touristischen Fachverbände,
- c. die Schaffung und Umsetzung einer einheitlichen Marketingstrategie entsprechend den zuvor entwickelten Profiltiteln inkl. der Realisierung aller dafür notwendigen Kommunikationsmaßnahmen,
- d. die Schaffung und Pflege von Netzwerken auf lokaler, regionaler, überregionaler und nationaler Ebene,
- e. die Konzeption, Realisierung und Kommunikation der Marke („Hasetaler“ in der Tourismusregion Hasetal); allgemein der Markenphilosophie, auch durch Maßnahmen in den Handlungsfeldern Aktiv- und Naturtourismus, Gesundheitstourismus, Kulinarik,
- f. die Implementierung übergreifender Themen auf regionaler Ebene durch Koordination, Information und Umsetzungsbegleitung (u.a. Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Tourismus für alle, Demografischer Wandel etc.)
- g. die Einbindung der privaten Tourismuswirtschaft in der Tourismusregion Hasetal in gemeinschaftlich getragenen Aktivitäten und Initiativen, z.B. einer einheitlichen Werbung,
- h. die Sicherung und Stärkung der Naturlandschaft der Tourismusregion Hasetal, des lokalen und regionalen Kulturgutes und der lokalen und regionalen Identität als Basis der touristischen Angebotsstruktur durch gezielte Informations- und Kommunikationsmaßnahmen,
- i. die Unterstützung der verbandsweiten touristischen Entwicklung durch Ansprache, Beratung und Koordinierung potenzieller Leistungsträger und Investoren,
- j. die Interessensvertretung für die Tourismus-Wirtschaft in der Tourismusregion Hasetal auf Verbandsebene und verbandsübergreifender Ebene, sowie die

Mitarbeit bei länder- und verbandsgebietsübergreifender tourismusrelevanter Themenbereiche,

- k. die Vertretung der Mitglieder des Zweckverbandes „Erholungsgebiet Hasetal“ in Interessensverbänden und Institutionen im Rahmen des Verbandszwecks,
- l. die Sicherung eines unentgeltlichen Informationsservices zur Auskunft im und über den touristischen Wirtschaftsraum Tourismusregion Hasetal für die Allgemeinheit (Einheimische und Gäste),
- m. die Marktbeobachtung und Marktforschung hinsichtlich tourismusperspektivischer Aspekte.

Formen der Betrauung

Öffentliche Aufträge (gleichlautende Betrauungsakte) der Stadt Löningen und der Gemeinden Essen, Lastrup und Lindern als kommunale Zweckverbandsmitglieder als Teil einer Gesamtbetrauung für den Zweckverband „Erholungsgebiet Hasetal“ und die Hasetal Touristik GmbH aufgrund entsprechender Ratsbeschlüsse.

Betrauungsdauer

01.04.2016 bis 31.03.2026 (10 Jahre)

Ausschließliche oder besondere Rechte

Den betrauten Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse (Verbandsumlage) der Zweckverbandsmitglieder

Ausgleichsmechanismus

Die Zweckverbandsmitglieder gewähren den betrauten Unternehmen die zur Deckung ihres Finanzbedarfes erforderlichen Leistungen, soweit die sonstigen Einnahmen der betrauten Unternehmen nicht ausreichen, die ihnen übertragenen Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichen Interesses zu übernehmen.

Dazu ermitteln die betrauten Unternehmen im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes den für das Folgejahr voraussichtlich gegebenen Bedarf an Ausgleichsleistungen. Diese errechnen sich aus der Differenz zwischen den kalkulierten Aufwendungen für die DAWI und den Erträgen unter Berücksichtigung aller gewährten Mittel, die den Tatbestand der staatlichen Beihilfe erfüllen.

Die Ausgleichsleistungen dürfen ausschließlich und vollständig nur für die beschriebenen Aufgaben verwendet werden.

Soweit die betrauten Unternehmen sonstige Tätigkeiten ausüben, bei denen es sich nicht um vom Betrauungsakt erfasste DAWI handelt, müssen die betrauten Unternehmen jeweils die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit der Erbringung der betreffenden DAWI von allen anderen Tätigkeiten getrennt ausweisen (Trennungsrechnung).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

1. Beihilfebericht

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation entsteht, sind die betrauten Unternehmen verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses in Form eines Beihilfeberichtes zu führen. Dieser besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. In dem Beihilfebericht ist zu bestätigen, dass die Ausgleichsleistungen für die von der Betrauung erfassten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden.

2. Ausgleichsbilanz

Weiter erstellen die betrauten Unternehmen für das zurückliegende Wirtschaftsjahr eine Abrechnung der empfangenen Ausgleichsleistungen als Ausgleichsbilanz wie folgt:

Schritt 1: Berechnung des maximalen Soll-Ausgleichs (Differenz im Planjahr zwischen den kalkulierten Aufwendungen für die DAWI und den tatsächlichen öffentlichen Beihilfen)

Schritt 2: Berechnung der Nettokosten

Auszugehen ist von den tatsächlichen Nettokosten. Diese bestehen in der Differenz zwischen den nach Schritt 1 anzusetzenden Kosten für die Erbringung von DAWI und den daraus entstehenden Einnahmen. Anschließend ist ein angemessener Wagniszuschlag hinzurechnen (Art.

5 Abs. 7 Beschluss 2012/21/EU).

Schritt 3: Aufstellung aller empfangenen Ausgleichsleistungen

Sämtliche Ausgleichsleistungen sind zu berücksichtigen. Der Differenzbetrag ist als Ausgleichsleistung in Ansatz zu bringen.

Schritt 4: Abgleich / Übertrag

Die Summe der Ausgleichsleistungen darf weder den unter Schritt 1 ermittelten Soll-Ausgleich noch die unter Schritt 2 ermittelten Nettokosten (einschließlich eines angemessenen

Gewinns) übersteigen. Maßgeblich ist der jeweils niedrigere der beiden Beträge. Die maximal zulässige Höhe der Ausgleichsleistungen und die empfangenen Ausgleichsleistungen sind gegenüberzustellen.

3. Übertragung/ Rückzahlungsverpflichtung

Übersteigt die Überkompensation bzw. die Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, so können sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden. Die ordnungsgemäße Mittelverwendung ist innerhalb des Folgejahres wieder herzustellen.

Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird diese nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, werden die Behörden von den betrauten Unternehmen die anteilige Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da Ausgleichsleistungen geringer als 15 Mio € pro Jahr

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 48.405,29 €

2017: 47.578,26 €

(16) Stadt Wilhemshaven

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Den Betrieb der einzelnen Einrichtungen des Erlebnisbades „Nautimo“ und des Freibades „Nord“ einschließlich der dazugehörigen Infrastruktureinrichtungen, Sportanlagen und ggf. stattfindender Fitness- und Unterhaltungsangebot jeweils zu familien- und sozialfreundlichen Tarifen.

Formen der Betrauung

Betrauung der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH durch einen Öffentlichen Betrauungsakt.

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nein

Beihilfeinstrumente

Ausgleichsleistungen in erster Linie durch konzerninterne Mitteltransfers.

Ausgleichsmechanismus

Zur Deckung der bei Erfüllung der DAWI anfallenden, anhand der geltenden Rechnungslegungsvorschriften zu ermittelnden Jahresfehlbeträge sowie zur Reduzierung des durch die Erfüllung der DAWI entstehenden Aufwands kann die Stadt Wilhelmshaven Ausgleichsleistungen an die SWW erbringen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Eventuelle Fehlbeträge der SWW aus Dienstleistungen, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, dürfen nicht ausgeglichen werden. Die SWW sorgt dafür, dass die Grundsätze des Transparenzrichtlinie-Gesetzes beachtet werden.

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 2.471.283,75 € (Stadt Wilhelmshaven)

2017: Daten liegen noch nicht vor

(17) Stadt Clausthal-Zellerfeld

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur im Landkreis Goslar durch Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co. KG)

Formen der Betrauung

Gesellschaftervertrag

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Ausschließliche

Beihilfeinstrumente

keine

Ausgleichsmechanismus

keine

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

keine

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

9.670,00 € per annum

(18) Landkreis Wunstorf

1. Bäderbetriebe Wunstorf GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereitstellung von Schwimm- und Badeeinrichtungen

- a) Betrieb von Freibädern
- b) Betrieb von Hallenbädern
- c) Betrieb sonstiger Badeeinrichtungen wie Sauna, Massagen, ferner Imbiss- und Erfrischungsstuben im Zusammenhang mit Badeeinrichtungen
- d) Wahrnehmung sonstiger Maßnahmen, die der Förderung der in den Buchstaben a) bis c) genannten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dienen

Formen der Betrauung

öffentlicher Betrauungsakt in Form eines Bescheides

Betrauungsdauer

10 Jahre ab 01.10.2016

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Gesellschaftereinlagen

Ausgleichsmechanismus

Ausgleichsleistungen ergeben sich aus jeweiligem Jahres-Wirtschaftsplan der Bäderbetriebe Wunstorf GmbH und werden im Haushaltsplan der Stadt Wunstorf aufgenommen

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Trennungsrechnung bei der Bäderbetriebe Wunstorf GmbH

Nachweis über Mittelverwendung durch geprüften Jahresabschluss, der der Stadt Wunstorf unaufgefordert zur Verfügung gestellt wird

Transparenzanforderungen

Unterlagen werden 10 Jahre aufbewahrt

Höhe der gewährten Beihilfen

500.000,00 € per annum

2. Steinhuder Meer Tourismus GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Tourismusförderung (durch Schaffung und Verbesserung der Tourismusbedingungen die Attraktivität der Gesamtregion Steinhuder Meer steigern)

Formen der Betrauung

öffentlicher Betrauungsakt in Form eines Bescheides

Betrauungsdauer

10 Jahre ab 01.10.2016

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Betriebskostenzuschüsse, Schuldendiensthilfe

Ausgleichsmechanismus

Ausgleichsleistungen ergeben sich aus jeweiligem Jahres-Wirtschaftsplan der Steinhuder Meer Tourismus GmbH und werden im Haushaltsplan der Stadt

Wunstorf aufgenommen

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Trennungsrechnung bei der Steinhuder Meer Tourismus GmbH Nachweis über Mittelverwendung durch geprüften Jahresabschluss, der der Stadt Wunstorf unaufgefordert zur Verfügung gestellt wird

Transparenzanforderungen

Unterlagen werden 10 Jahre aufbewahrt

Höhe der gewährten Beihilfen

300.000,00 € per annum

(19) Stadt Wolfsburg

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Im Bereich Wirtschaftsförderung zur Fortentwicklung des Wirtschaftsstandortes Wolfsburg:

- planungsorientierte Gewerbeflächen- und Immobilienvermittlung
- Networking
- Beratung

Im Bereich Stadtmarketing:

- Informationsbündelung und Verteilung
- Werbemaßnahmen
- Veranstaltungen

Zur Fortentwicklung des Tourismusstandortes Wolfsburg:

- standortbezogene Tourismusförderung
- standortbezogener Tourismusvertrieb
- Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Imageprodukten zugunsten des Tourismusstandortes Wolfsburg

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Betriebs- und Investitionskostenzuschuss

Ausgleichsmechanismus

Auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr und seiner Anlagen werden die Ausgleichszahlungen im Voraus gewährt. Dies erfolgt auf Antrag jeweils aufgrund von Zuwendungsbescheiden zur getrennten Bewilligung von Betriebs- und Investitionskostenzuschüssen. Die Auszahlung des Betriebskostenzuschusses erfolgt jeweils abschlagsweise auf Anforderung unter Vorlage eines Liquiditätsnachweises. Die Zahlung des Investitionskostenzuschusses erfolgt, nur sofern dieser für die Erbringung der DAWI-Leistungen erforderlich ist und im Finanzplan aufgeführt ist, auf Anforderung unter Vorlage der entsprechenden Rechnungen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der DAWI verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einem – nach den geltenden EU-beihilfenrechtlichen Regeln kalkulierten – angemessenen Gewinn für das eingesetzte Kapital (Kapitalkosten) abzudecken (Nettokostenprinzip).

Die Einhaltung dieser Voraussetzungen wird jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres durch den Lagebericht zum Jahresabschluss nachgewiesen. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung prüft und bestätigt der Abschlussprüfer gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses, dass die Ausgleichszahlungen für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von der Beauftragung erfasste Bereiche nicht erfolgte und dass die Ausgleichszahlungen die in dem Freistellungsbeschluss 2012/21/EU festgelegten Voraussetzungen erfüllt haben und EU-beihilfenrechtskonform verwendet worden sind. Hierbei hat der Wirtschaftsprüfer dem Prüfungsstandard 700 („PS 700“) des Institutes der Wirtschaftsprüfer e.V. (IDW), insbesondere hinsichtlich der Vorgaben für die Prüfung von Beihilfen zugunsten öffentlicher Unternehmen, zu entsprechen. 3.

Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überschreitung des – nach den geltenden EU-beihilfenrechtlichen Regeln kalkulierten – maximal zulässigen Ausgleichsbetra-

ges und beträgt die Überkompensierung maximal 10 % der zulässigen Ausgleichssumme, wird dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen und ist dort von dem maximal zulässigen Ausgleichsbetrag abzuziehen. Bei einer Überschreitung von mehr als 10 % ist der Betrag der zusätzlichen Überkompensation unverzüglich zurückzuzahlen.

Transparenzanforderungen

keine Beihilfe über 15 Millionen

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 4.579.000 € Betriebskostenzuschuss

2017 4.320.100 € Betriebskostenzuschuss

(20) Gemeinde Dornum

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrauung der Tourismus GmbH Gemeinde Dornum mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zum Betrieb der Fremdenverkehrs- und Kureinrichtungen im Bereich der Gemeinde Dornum und mit allen damit im Zusammenhang stehenden Leistungen.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt durch Vertrag.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 3 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Dem Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Sofern notwendig werden Betriebs- und Investitionszuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Verlustausgleiche, Kostenübernahmen und Kapitalanlagen gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Einen typischen Ausgleichsmechanismus gibt es nicht. Evtl. Ausgleiche werden auf der Grundlage einer Trennungsrechnung vorgenommen

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über einen Nachweis der Verwendung auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da Artikel 7 des DAWI-Beschlusses nur gilt, wenn der Ausgleich für ein und dieselbe DAWI über 15 Mio. Euro hinausgeht, was bei sonstigen Ausgleichsleistungen nicht in Betracht kommt.

Höhe der gewährten Beihilfen

In 2016 und 2017 wurden keine Beihilfen gewährt.

(21) Gemeinde Krummhörn

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Vermarktung und Durchführung von touristischen Serviceangeboten, insbesondere der Betrieb, die Unterhaltung und Vermarktung von

- Gesundheitsoase Greetsiel mit Schwimmbad und Sauna sowie Wellnessbereich
- Tourist-Information Greetsiel und Pewsum
- Haus der Begegnung, Greetsiel
- Kinderhaus in Greetsiel
- Öffentliche Toilettenanlagen in Greetsiel
- Trockenstrand mit Spielplatz in Upleward
- Außenanlagen beim Haus der Begegnung (Minigolfanlage, Nordic-Walking-Pacours, Outdoor-Fitness-Pacours, Kinderspielplatz)
- Campener Leuchtturm in Campen
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Allgem. Marketing für die Ferienregion Krummhörn-Greetsiel

Formen der Betrauung

Dienstleistungsvertrag

Betrauungsdauer

10 Jahre (ab dem 01.01.2016)

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Ausgleichszahlungen

Ausgleichsmechanismus

Erstattung der Überkompensation nach erfolgter Jahresabschlussrechnung unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die durch Dienstleistungsvertrag zugesicherte Zahlung von Ausgleichsleistungen durch die Gemeinde Krummhörn wird durch den aufzustellenden Wirtschaftsplan der Touristik GmbH Krummhörn-Greetsiel jährlich neu berechnet, um Überkompensationen zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten.

Transparenzanforderungen

Keine, da Beihilfe geringer als 15 Mio. EUR

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1.373.800,00 €

2017: 1.476.000,00 €

(22) Landkreis Ammerland

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:

Die Musikschule bietet ein vielfältiges Kurs- und Unterrichtsangebot in allen Bereichen der musikalischen Bildung an. Die Aufgabenstellung der Kreismusikschule beginnt mit Frühförderkursen für die Kleinsten ab ca. eineinhalb Jahren in Begleitung ihrer Eltern, die sich im Musikspielplatz treffen und führt über den Gesangsunterricht, sowie dem Instrumentalunterricht hin zu Orchestern, Ensembles und der Bigband. Es gibt für jedes Alter und für jeden musikalischen Geschmack ein breites Angebot, auch für erwachsene Wiedereinsteiger oder Anfänger. Des Weiteren ergänzt die Kreismusikschule die musikalische Bildung in Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildenden Schulen sowie Musikvereinen.

Als gemeinnützige, kommunal verantwortete Einrichtung hat die Kreismusikschule Ammerland e.V. auch soziale Aufgaben zu übernehmen und dafür Sorge zu tragen,

dass niemand aus finanziellen Gründen von der Teilnahme an ihren Veranstaltungen ausgeschlossen und somit für alle sozialen Schichten erreichbar ist. Diesbezüglich vermietet die Kreismusikschule Ammerland zusätzlich hauseigene Instrumente.

Formen der Betrauung

Beschluss des Kreistags vom 15.06.2016

Betrauungsdauer

Die Betrauung erfolgt für zehn Jahre. Vor Ablauf dieser zehn Jahre wird der Landkreis Ammerland über eine erneute Betrauung der Kreismusikschule Ammerland e.V. mit der Erbringung von Leistungen nach § 2 dieses Betrauungsaktes entscheiden.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Der Kreismusikschule Ammerland e.V. werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zum Ausgleich der im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen (s. Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse) entstehenden Kosten und zur Sicherung der Tätigkeit der Kreismusikschule nach dem in der Vereinssatzung festgelegten Zweck kann der Landkreis Ammerland Ausgleichszahlungen zuwenden.

Die Mitglieder der Kreismusikschule leisten eine Umlage. Die Höhe der zu leistenden Umlage ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres. Der Anteil des Landkreises an der Umlage beträgt 60%.

Ausgleichsmechanismus

Es wird eine Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Abrechnung erfolgt im Rahmen eines geprüften Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Ausgleichsleistungen sind geringer als 15 Mio. € jährlich.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 299.822,27 €

2017: 339.399,55 €

(23) Landkreis Wittmund

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereich der Volkshochschule: Angebote zur persönlichen Entwicklung und Förderung individueller Fähigkeiten und Fertigkeiten in ländlich strukturiertem Gebiet:

- Grundbildung/Schulabschlüsse
- Gesellschaft/Pädagogik/Psychologie
- Kultur/Gestalten
- Berufliche Bildung
- Gesundheit
- Sprachen
- Junge VHS
- Studienfahrten

Bereich der Musikschule: Vorhalten eines flächendeckenden Kurs- und Unterrichtsangebot in allen Bereichen der musikalischen Bildung

Bereich der Sozialprojekte: Vorbereitung benachteiligter Jugendlicher und langzeitarbeitsloser Erwachsener auf Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie Vermittlung in Arbeit und Ausbildung

Formen der Betrauung

Gesellschaftsvertrag i.V.m. Freistellungsbeschluss des Kreistages im Rahmen eines separaten Betrauungsaktes nach Inkrafttreten des Almunia-Paktes (19.12.2013)

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine Gewährung ausschließlicher und besonderer Rechte

Beihilfeinstrumente

Ausgleichszahlungen

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Nach Ablauf eines Geschäftsjahres wird ein Nachweis über die Verwendung der Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses erstellt. Über Jahresabschluss und Verwen-

derung des Jahresergebnisses beschließt die Gesellschafterversammlung. Die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI werden getrennt zu den „sonstigen Dienstleistungen“ geführt.

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 683.949,44 €

2017: 709.934,63 €

(24) Stadt Achim

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

a) Mittelweser-Touristik GmbH, Lange Straße 18, 31582 Nienburg

- die Förderung und Entwicklung des Tourismus im Bereich des Landkreises Nienburg/Weser und der Mittelweser-Region,
- die Durchführung wirkungsvoller Werbung für das Gebiet der Mittelweser in enger Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern,
- die Öffentlichkeitsarbeit für das Gebiet in Presse, Rundfunk und Fernsehen,
- die Zusammenarbeit mit den Tourismusverbänden und anderen im Bereich des Tourismus tätigen Organisationen und privaten Unternehmen bzw. Personen,
- die Beratung und Unterstützung der Gesellschafter bei allen Angelegenheiten des Tourismus,
- die wirksame Koordination der Aktivitäten der Gesellschafter im Bereich des Tourismus.
- der Betrieb von Touristikinformationen für die Gesellschafter

b) Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH, Obernstraße 38, 28832 Achim

- (1) Die Stadt Achim betraut die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Dies beinhaltet konkret die im Folgenden aufgeführten Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung in der Stadt Achim. Die Aufgabe der Wirtschaftsförderung sowie Standortentwicklung dient dem Zweck der Vermarktung, Entwicklung und Stärkung der Stadt Achim als Wirtschaftsregion.

Im Rahmen der Erfüllung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ist die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH verpflichtet, sämtliche Aufgabenbereiche diskriminierungsfrei gegenüber dem gesamten Nutzerkreis zu erfüllen. Von maßgeblicher Bedeutung sind hierbei nicht Einzelinteressen, sondern das öffentliche Interesse an der Wirtschaftsförderung sowie Standortentwicklung.

(2) Zu den Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung zählen insbesondere:

- a) Bestandsentwicklung und Haltung ortsansässiger Unternehmen in bereits bestehenden Gewerbegebieten, insbesondere durch Maßnahmen der verkehrlichen Entlastung und ortsnahen Anbindung an die BAB;
- b) Unterstützung bei der Gründung von Unternehmen;
- c) Beratung in allen Fragen der Unternehmens- und Standortentwicklung;
- d) Bereitstellung wirtschaftsnaher Infrastruktur, etwa geeigneter neuer Gewerbeflächen und neuer bedarfsorientierter Verkehrsinfrastruktur;
- e) Standortmarketing zur Akquisition ansiedlungsgeneigter Unternehmen.

Formen der Betrauung

a) und b) jeweils Betrauungsakt

Betrauungsdauer

a) und b) jeweils 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

a) Mittelweser-Touristik GmbH, Lange Straße 18, 31582 Nienburg

(1) Die kommunalen Gesellschafter können zum Ausgleich der der Mittelweser Touristik GmbH für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstehende Aufwendungen Ausgleichleistungen gewähren. Ausgleichleistungen im Sinne dieser Betrauung sind alle unmittelbar oder mittelbar gewährte Vorteile jedweder Art. Dieses umfasst insbesondere

- Zuschüsse
- Gesellschafterbeiträge/Gesellschaftereinlagen/Kapitalerhöhungen
- Garantien/Bürgschaften/Patronatserklärungen
- Vergünstigte Darlehensgewährung, -übernahme oder -stundung
- Kostenübernahme
- Forderungs- und Abgabenverzicht
- Sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwertem Vorteil

(2) Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht darüber hinaus gehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der mit den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Aufgaben eingesetzten Eigenkapital abzudecken.

(3) Ein Anspruch auf die Gewährung von Ausgleichsleistungen hat die Mittelweiser Touristik GmbH aus der Betrauung nicht. Über die Gewährung von Ausgleichsleistungen entscheiden die kommunalen Gesellschafter. Bereits durch die kommunalen Gesellschafter gewährte Ausgleichsleistungen werden von dieser Betrauung umfasst.

b) Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH, Oberstraße 38, 28832 Achim

(1) Die Stadt Achim gewährt der Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH Ausgleichszahlungen, die als Ausgleich zur Erfüllung der gemäß § 1 übertragenen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erforderlich sind. Die von der Stadt Achim gewährten Ausgleichsleistungen gleichen die Kosten der Erbringung der in diesem Betrauungsakt aufgeführten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nur anteilig aus.

Die Höhe der Ausgleichsleistungen ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan der Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH des jeweiligen Jahres sowie vor-

behaltlich eines entsprechenden Ratsbeschlusses. Der Wirtschaftsplan muss die grundsätzliche Erforderlichkeit der Kosten sowie deren Höhe im Vorhinein festlegen.

- (2) Führen unvorhersehbare Ereignisse bei der Erbringung der in diesem Betrauungsakt aufgeführten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu höheren, nicht gedeckten Kosten, können auch diese ausgeglichen werden. Die Höhe der Ausgleichsleistungen darf nach Art. 2 Abs. 1a des Freistellungsbeschlusses während des Betrauungszeitraums nicht mehr als € 15 Mio. pro Jahr betragen.
- (3) Die Ausgleichsleistungen dürfen in ihrer Summe unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlaufgaben verursachten Nettokosten (Differenz zwischen den in Verbindung mit der Erbringung der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse angefallenen Kosten und den mit der DAWI erzielten Einnahmen, Art. 5 Abs. 2 S. 1 des Freistellungsbeschlusses) abzudecken. Die Kapitalrendite, die ein durchschnittliches Unternehmen der Entscheidung zugrunde legt, ob es die betreffende Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die gesamte Dauer der Betrauung erbringt, gilt als „angemessener Gewinn“.

Sofern die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH weitere Tätigkeiten erbringt, bei denen es sich nicht um von diesem Betrauungsakt umfasste Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse handelt, so muss sie dies in ihrer Buchführung kenntlich machen. Kosten und Einnahmen in Verbindung mit der Erbringung der unter

§ 1 genannten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind von allen sonstigen Tätigkeiten getrennt auszuweisen. Die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH erstellt hierfür eine Trennungsrechnung. In dieser Trennungsrechnung sind die den einzelnen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zuzurechnenden Kosten und Einnahmen nach Abgrenzung von Rand- und Nebengeschäften, aperiodischen Posten, neutralen Aufwendungen, Saldierungen usw. jeweils gesondert auszuweisen. Darüber hinaus hat die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH anzugeben, nach

welchen Parametern in diesem Falle die Zuordnung der Kosten und Einnahmen erfolgt.

Die Trennungsrechnung hat den Anforderungen des Art. 5 Abs. 9 des Freistellungsbeschlusses sowie den Grundsätzen der EU-Transparenzrichtlinie zu genügen.

Ausgleichsmechanismus

a) Mittelweser-Touristik GmbH, Lange Straße 18, 31582 Nienburg

- (1) Die Höhe der im laufenden Geschäftsjahr gewährten Ausgleichsleistungen erfolgt auf der Basis des jeweiligen Jahres-Wirtschaftsplans der kommunalen Gesellschafter.
- (2) Führen unterjährige Ereignisse zu einem höheren oder weiteren Ausgleichsbedarf, so kann auch dieser ausgeglichen werden.
- (3) Die Art und Höhe der Ausgleichsleistungen sowie der Zweck sind durch die kommunalen Gesellschafter zu dokumentieren.

b) siehe Punkt „Beihilfeinstrumente“

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

a) Mittelweser-Touristik GmbH, Lange Straße 18, 31582 Nienburg

- (1) Kommt es innerhalb eines Jahres zu einer Überkompensation bzw. Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche, ist ein Vortrag in Höhe von maximal 10 % der erhaltenen Ausgleichsleistungen auf das Folgejahr möglich und die ordnungsgemäße Mittelverwendung innerhalb des Folgejahres wieder herzustellen.
- (2) Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, werden die kommunalen Gesellschafter im Falle einer Überkompensation die Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen verlangen; dies gilt insbesondere für den Fall, dass die der Mittelweser Touristik GmbH aufgrund der Ausgleichsleistungen entstandenen Vorteile die der Mittelweser Touristik GmbH aufgrund

der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstandenen Nachteile überwogen haben.

b) Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH, Obernstraße 38, 28832 Achim

- (1) Um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses für die Gewährung von Ausgleichsleistungen während des gesamten Zeitraums der Betrauung von der Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH erfüllt werden und insbesondere durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und keine Quersubventionierung anderer Tätigkeiten entstehen, weist die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH der Stadt Achim jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres auf der Grundlage seines Geschäftsabschlusses die Verwendung der Ausgleichszahlungen nach. Die Stadt Achim ist darüber hinaus berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen, die die Ausgleichszahlungen betreffen, nach angemessener Vorankündigung einzusehen und prüfen zu lassen.
- (2) Hat die Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH einen höheren Ausgleich erhalten, als ihr nach diesem Betrauungsakt zusteht, so fordert die Stadt Achim die Gesellschaft unverzüglich zur Rückzahlung der Überkompensation auf. Von einer Rückforderung kann abgesehen werden, wenn die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich um nicht mehr als 10 % übersteigt. In diesem Fall wird die Überkompensation auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem zu diesem Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen.

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

a) Mittelweser-Touristik GMBH

2016: 101.656,- €

2017: 105.554,- €

b) Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH

2016: 0,- €

2017: 500.000,- €

(25) Stadt Lingen (Ems)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Kommunale Daseinsvorsorge durch die Lingen Wirtschaft & Tourismus GmbH in Form der Verbesserung der Standortbedingungen für Wirtschaft und Tourismus im Gebiet der Stadt mit Hilfe aller zur Verfügung stehenden Marketinginstrumente, insbesondere in den Bereichen Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung und Citymanagement, zu verbessern. Dies umfasst alle erforderlichen Maßnahmen, Geschäfte und Dienstleistungen der LWT GmbH, die für den Betrieb des Unternehmens im Sinne des Gemeinwohls bzw. nach dem satzungsrechtlichen Unternehmensgegenstand erforderlich sind.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt vom 24.11.2016

Betrauungsdauer

10 Jahre (2016-2026)

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Ausgleichs- und Verrechnungsleistungen

Ausgleichsmechanismus

Die Höhe der Ausgleichs- und Verrechnungsleistungen ergeben sich aus dem jährlichen Wirtschaftsplan der LWT GmbH. Deren tatsächliche Höhe erfolgt nach dem tatsächlichen Geschäfts- / Jahresabschluss der LWT GmbH maximal in Höhe des Defizitausgleichs. Negative Veränderungen gegenüber dem Wirtschaftsplan, die sich aus dem satzungsmäßigen Geschäftsbetrieb ergeben, werden anerkannt und ausgeglichen, soweit sie zur Deckung der Gemeinwohlpflichten erforderlich sind.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Erstellung eines durch einen Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschlusses nach Ablauf des Geschäftsjahres. Sollte eine Überkompensation vorliegen wird der Betrag

zurückgefordert bzw. mit den Abschlagszahlungen für den nächstfolgenden Zeitraum verrechnet.

Transparenzanforderungen

Die einzelnen Ausgleichszahlungen betragen weniger als 15 Mio. Euro, sodass keine Veröffentlichungspflicht gem. Art. 7 (2012/21/EU) besteht. Allerdings werden sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die gewährten Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, für zehn Jahre nach Beendigung der Betrauung aufbewahrt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 438.591,97 € als Verlustausgleichszahlung

2017: 495.161,76 € als Verlustausgleichszahlung

(26) Grafschaft Bad Bentheim

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Hallenbad, Naturfreibad, Saunaanlage

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre, bis 31.12.2025

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Ausstattung (finanziell) einer Badepark Bad Bentheim GmbH & Co. KG

Ausgleichsmechanismus

Monatliche Zahlungen

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Berechnung (Fehlbedarf zwischen Erlösen und Aufwendungen der DAWI)

Transparenzanforderungen

Veröffentlichung des Jahresabschlusses

Höhe der gewährten Beihilfen

1.000.000,00 €

(27) Samtgemeinde Bersenbrück***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Durchführung von struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben. Die betrauten Unternehmen (Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal und Hasetal Touristik GmbH) sind im Rahmen der allgemeinen Tourismus- und Wirtschaftsförderung und damit verbundenen Nebenleistungen tätig.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt gemäß Beschlussfassung des Rates der Samtgemeinde Bersenbrück in der öffentlichen Ratssitzung am 16.03.2016

Betrauungsdauer

01.04.2016 bis 31.03.2026

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Keine

Ausgleichsmechanismus

Siehe § 5 des Betrauungsaktes

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Siehe § 10 des Betrauungsaktes

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 28.493,17 €

2017: 28.518,50 €

(28) Gemeinde Schaden- Werla***Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse***

Tourismusförderung und Tourismusmarketing auf regionaler Ebene (Harz)

Der Harzer Tourismusverband (HTV) wurde von seinen Mitgliedern – so auch der Gemeinde Schladen Werla – mit der Sicherung und Förderung des Tourismus im Vereinsgebiet, insbesondere in Form der allgemeinen und besonderen Wirtschaftsförderung betraut. Der Verein übernimmt damit in Verbindung stehende Leistungen, die der Sicherung und Entwicklung der regionalen Wirtschaftsräume im Vereinsgebiet in den Bereichen Tourismus, Freizeit, Naherholung und Kultur dienen. Er bezweckt die Bekanntheit, Anziehungskraft und positive Wahrnehmung der Region zu steigern. Er unterstützt und koordiniert wirtschaftliche und kulturelle Bestrebungen und Initiativen im Vereinsgebiet, die dem Zwecke der ganzheitlichen touristischen Entwicklung des Harzes dienen. Gegenstand der Vereinsarbeit in diesem Sinne ist: die Schaffung und Umsetzung einer einheitlichen Marketingstrategie entsprechend den zuvor entwickelten Profiltiteln inkl. der Realisierung aller dafür notwendigen Kommunikationsmaßnahmen die Entwicklung eines touristischen Zukunftskonzeptes für das Verbandsgebiet sowie die Koordination der Umsetzung und der Weiterentwicklung die Sicherung und Stärkung der Harzer Naturlandschaft, des regionalen Kulturgutes und der regionalen Identität als Basis der touristischen Angebotsstruktur durch gezielte Informations- und Kommunikationsmaßnahmen die Interessensvertretung für die Harzer Tourismuswirtschaft auf Regional-, Landes- und Bundesebene sowie die Koordination der länder- und landkreisübergreifenden Zusammenarbeit in tourismusrelevanten Themenbereichen.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt vom 30. Dezember 2015

Betrauungsdauer

10 Jahre – bis 31. Dezember 2025

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Ausgleichszahlungen (Mitgliedsbeiträge und soweit nach den Statuten des HTV statthaft Umlagen, Kostenübernahmen, Freiwillige Investitionszuschüsse, sonstige Zuwendungen und Unterstützungsleistungen mit geldwerterem Vorteil) – in 2016 und 2017 ausschließlich Mitgliedsbeiträge

Ausgleichsmechanismus

Kostenkalkulationsmethode auf der Grundlage des jährlich zu erstellenden und durch die Mitgliederversammlung zu beschließenden Wirtschaftsplans

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Der entsprechende Umgang mit möglichen Überkompensationen ist im Betrauungsakt § 8 wie folgt geregelt.

1. Die Ausgleichszahlungen (Begünstigungen) gehen entsprechend Art. 5 des Freistel-lungsbeschlusses nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Er-fül-lung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Er-fül-lung dieser Verpflichtungen eingesetzten Eigenkapital abzudecken.
2. Übersteigt die Überkompensation bzw. die Verwendung der Mittel für nicht durch die Betrauung erfasste Bereiche den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 %, so können sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden. Die ordnungsge-mäße Mittelverwendung ist innerhalb des Folgejahres wieder herzustellen (z. B. durch Ab-zug des für dieses Folgejahr von den Verbandsmitgliedern zu zahlenden Ausgleichs).
3. Ist eine ordnungsgemäße Mittelverwendung ausgeschlossen oder wird dieses nicht innerhalb des Folgejahres sichergestellt, werden die Verbandsmitglieder im Fal-le ei-ner Überkompensation von dem HTV die anteilige Rückzahlung überhöhter Aus-gleichsleistungen verlangen; dies gilt insbesondere für den Fall, dass die dem HTV aufgrund der Ausgleichsleistungen entstandenen Vorteile die dem HTV aufgrund der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen entstandenen Nachteile überwogen haben.

Transparenzanforderungen

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entsteht, ist der HTV verpflichtet, jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahres-abschlusses und soweit geboten unter Beachtung der Anforder-ungen der Transparenz-richtlinie zu führen. Der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Ausgleichsleistungen erfolgt im Rahmen eines jährlich zu erstellenden Beihilfenberichts. Der Beihilfenbericht besteht aus einem Sachbericht und einem zah-lenmäßigen Nachweis. In dem Beihilfenbericht ist zu bestätigen, dass die Ausgleichs-leistungen für die von dieser Betrauung erfassten gemein-wirtschaftlichen Verpflichtungen verwendet wurden und eine Verwendung für nicht von dieser Betrauung erfasste Berei-

che nicht erfolgte. Die Grundlage für diesen Nachweis bildet die im HTV realisierte Trennungsrechnung.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 500 Euro netto (523,75 € brutto)

2017: 500 Euro netto (523,75 € brutto)

(29) Landkreis Uelzen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

a. Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, insbesondere Einrichtung, Unterhaltung und Betrieb eines Bewegungsbades, Kurmittelanlagen und zum Kurbetrieb gewidmete Quellen, Parkanlagen im Gebiet der Stadt Bad Bevensen , Verabreichung von Kurmitteln, Durchführung von Maßnahmen der vorbeugenden Gesundheitshilfe

b. Förderung und Entwicklung des Tourismus im Bereich des Landkreises Uelzen, Durchführung wirkungsvoller Werbung in enger Zusammenarbeit mit den Vereinsmitgliedern, Öffentlichkeitsarbeit für das Gebiet, Zusammenarbeit mit den Tourismusverbänden und anderen im Bereich des Tourismus tätigen Organisationen, privaten Unternehmen und Personen, wirksame Koordination der Aktivitäten der Mitglieder im Bereich des Tourismus, Betrieb von Touristeninformationen für die Vereinsmitglieder

Formen der Betrauung

a. Beschluss der Vertretungen der in der Betrauung in §1 I genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts

b. Dto.

Betrauungsdauer

a. 9,25 Jahre

b. 9,5 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

a. Nein

b. Nein

Beihilfeinstrumente

a. Einmalzahlungen in die Kapitalrücklage

b. Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

a. Net-avoided-cost - Methode (Trennungsrechnung)

b. Net-avoided-cost - Methode (Trennungsrechnung)

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

a. bei Überkompensation (bis 10% im Durchschnitt v. drei aufeinander folgenden Jahren) Vortrag der Ausgleichsleistung bzw. mindernde Rückführungsverpflichtung Berücksichtigung im nächsterreichbaren Haushaltsplan)

b. dto

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1,0206 Mio.

2017: 1,0206 Mio.

(30) Stadt Aurich

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die betraute DAWI umfasst den Betrieb der einzelnen Einrichtungen des Familien- und Wohlfühlbades in Aurich, insbesondere den Betrieb des Schwimmbades, jeweils zu familien- und sozialfreundlichen Tarifen. Die DAWI basiert auf Art. 6 der Niedersächsischen Verfassung. Danach haben das Land, die Gemeinden und die Landkreise die Kunst, die Kultur und den Sport zu schützen und zu fördern.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte über einen Betrauungsakt entsprechend der Vorgaben des Freistellungsbeschlusses. Der Betrauungsakt ist vom Rat der Stadt Aurich beschlossen worden (Sitzung am 12.12.2013; Betrauung im Ratsinformationssystem abrufbar) und anschließend durch eine Dienstanweisung des Bürgermeisters an die Betriebsleitung des die DAWI erbringenden Regiebetriebs, die Inhalte des Betrauungsakts verbindlich zu beachten, umgesetzt worden.

Betrauungsdauer

Der Betrauungsakt ist zum 01.01.2014 in Kraft getreten und hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nicht erteilt.

Beihilfeinstrumente

Der tatsächliche Ausgleich der zur Ausführung der DAWI benötigten nicht gedeckten Kosten erfolgt durch Verlustausgleichszahlungen der Stadt Aurich.

Ausgleichsmechanismus

Der tatsächliche Ausgleich der zur Ausführung der DAWI benötigten nicht gedeckten Kosten erfolgt über einen automatischen Defizitausgleich aus dem Haushalt der Stadt Aurich, da die DAWI von einem Regiebetrieb der Stadt Aurich erbracht wird.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Der Betrauungsakt enthält eine Regelung zur Vermeidung einer Überkompensation. Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der DAWI verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem insoweit eingesetzten Eigenkapital im Sinne von Art. 5 des Freistellungsbeschlusses. Der Regiebetrieb hat die Grundsätze des Transparenzrichtlinie-Gesetzes zu beachten. Der Nachweis der Vermeidung von Überkompensationen erfolgt durch eine vom Regiebetrieb aufzustellende separate Ergebnisrechnung. Diese ist der Stadt Aurich zur Verfügung zu stellen.

Transparenzanforderungen

Es werden keine Beihilfen von mehr als 15. Mio. Euro für Unternehmen die außerhalb des Anwendungsbereichs der DAWI noch andere Tätigkeiten ausüben, gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1.888.914,91 Euro

2017: 1.981.335,83 Euro

(30) Landkreis Emsland

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Kommunale Wirtschaftsförderung in Form der Tourismusförderung im öffentlichen Interesse des Landkreises Emsland.

Gegenstand der betrauten Dienstleistungen → siehe § 3 Abs. 4 des Betrauungsaktes

Formen der Betrauung

Kein Muster-Betauungsakt, sondern individueller Betrauungsakt (öffentlicher Auftrag) des Landkreises Emsland für die Emsland Touristik GmbH (ELT), Ordenniederung 2, 49716 Meppen.

Betauungsdauer

Die Betrauung der ELT mit Aufgaben des Tourismusmarketings und der sonstigen die Wirtschaftsräume und Wirtschaftsstandorte im Landkreis Emsland fördernden allgemeinen und besonderen Leistungen und Tätigkeiten erfolgt zunächst für längstens 2 Jahre (bis 31.12.2017). Die Betrauung verlängert sich automatisch um bis zu 8 Jahre bis längstens 31.12.2025, wenn der Landkreis Emsland bis zum Ablauf dieses zweijährigen Übertragungszeitraumes geprüft hat ob die Voraussetzungen für die Betrauung mit dieser Aufgabe, die Parameter zur Berechnung der Ausgleichszahlungen sowie zur Vermeidung der Überkompensation noch den Anforderungen gemäß Beschluss der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 AUEV auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichszahlungen zu Gunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, entsprechen. Die in Art. 2 des Freistellungsbeschlusses manifestierte Höchstfrist von zehn Jahren wird damit nicht überschritten.

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente und Ausgleichsmechanismus

Ausgleichsleistung für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in Form von haushaltswirksamen Zuschüssen → siehe § 4.

Ermittlung mittels Verteilungsschlüssel → siehe § 6.

Ergänzend wird auf § 6 Abs. 5 hingewiesen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Regelungen zur Vermeidung von Überkompensation → siehe § 8.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 500.575 €

2017: 500.000 €

(31) Stadt Braunschweig

(a) SBBG

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereitstellung und Betrieb von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen und hiermit verbundene Nebenleistungen, insbesondere:

- Strategische Steuerung der Beteiligungsunternehmen unter Beachtung der öffentlichen Zweck- und Zielsetzungen im Unternehmensgegenstand dieser Unternehmen (durch Obergesellschaft)
- Bereitstellung dem Wohl der Einwohner dienender Infrastruktureinrichtungen, im Einzelnen öffentliche Schwimmbäder sowie öffentliche Veranstaltungsorte, die Kultur, Sport und Fortbildung dienen (durch zwei Tochterunternehmen)
- Betätigung im sozialen und öffentlichen Zwecken dienenden Wohnungsbau (durch ein Beteiligungsunternehmen)

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Verlustausgleiche und Bürgschaften

Ausgleichsmechanismus

Ausgleichszahlungen dürfen die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung der Verpflichtung eingesetzten Eigenkapital nicht übersteigen (Kostenallokationsmethode)

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jährlicher Nachweis durch geprüfte Jahresabschlüsse sowie durch Beihilfenberichte

Transparenzanforderungen

Nicht anwendbar

Höhe der gewährten Beihilfen

2016:

1. Verlustausgleiche:

Es wurde bei der SBBG durch die alleinige Gesellschafterin Stadt Braunschweig ein Jahresfehlbetrag von insgesamt 27.771 T€ ausgeglichen, allerdings mit der Besonderheit, dass dieser Betrag auch den Ausgleich an die Braunschweiger Verkehrs-GmbH beinhaltet (s. nachstehende Erläuterungen) Der Fehlbetrag wurde ausschließlich für die Übernahme von Verlusten in den Beteiligungsgesellschaften verwandt.

Die Verlustübernahme durch die SBBG betrug 7.876 T€ bei der Stadtbad GmbH sowie 3.965 T€ bei der Stadthallen GmbH. Die direkten Verlustausgleiche an die Stadt durch beide Gesellschaften betrugen 423 T€ bzw. 212 T€.

Es besteht die Besonderheit, dass auch die Anteile an der Braunschweiger Verkehrs-GmbH von der SBBG gehalten werden, auf die eine Verlustübernahme von 18.647 T€ entfällt. Diese Verlustübernahme fällt nicht unter diese Meldung, da der BSVG nach Maßgabe der Verordnung (EG) 1370 / 2007 ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag durch eine Gruppe von Behörden (Stadt Braunschweig und Regionalverband Großraum Braunschweig) erteilt wurde.

2. Bürgschaften

Durch die Stadt wurden in 2016 folgende Bürgschaften übernommen:

Für die SBBG: 19.000 T€

Für die Stadthallen GmbH: 835 T€

Für die Nibelungen-Wohnbau-GmbH: 1.365 T€

2017: Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor

(b) Binnenhafen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereitstellung und Betrieb einer öffentlichen Infrastruktureinrichtung

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Bürgschaften

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichsleistungen dürfen nicht darüber hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung einer Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Aufgaben eingesetzten Eigenkapital abzudecken (Kostenallokationsmethode).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensation

Jährlicher Nachweis durch geprüften Jahresabschluss sowie durch Beihilfenbericht.

Transparenzanforderungen

Nicht anwendbar.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: Bürgschaftsübernahme durch die Stadt Braunschweig (Ausfallbürgschaft für Fördermittel des Bundes): 610.000,00 €

2017: Bürgschaftsübernahme durch die Stadt Braunschweig (Ausfallbürgschaft für Fördermittel des Bundes): 142.000,00 €

Anmerkung:

Die Hafenbetriebsgesellschaft hat im Jahr 20176 ein Monitoring-Verfahren der EU-Kommission durchlaufen mit dem Ergebnis, dass die Betrauung aufgehoben und die Finanzierung auf Grundlage der AGVO gestellt werden soll. Hierzu wurden seitens der Stadt Braunschweig die ersten Schritte eingeleitet.

(c) Erwachsenenbildung und Weiterbildung**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Kommunale Beschäftigungsförderung

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Verlustausgleich

Ausgleichsmechanismus

Vorlage des Wirtschaftsplans und Nachweis der Einhaltung durch Plan-Ist-Vergleich (Kostenallokationsmethode)

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jährlicher Nachweis durch geprüften Jahresabschluss sowie zusätzlicher Nachweis (Beihilfenbericht)

Transparenzanforderungen

Nicht anwendbar.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: Jahresfehlbetrag aus DAWI (durch Kommune ausgeglichen): 2.049.000,00 €

2017: Nachweis (Beihilfenbericht) liegt noch nicht vor.

(32) Land Niedersachsen – Tourismusmarketing Gesellschaft Niedersachsen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die TMN ist gemäß Betrauung mit der Information und Kommunikation über das Reiseland Niedersachsen beauftragt. Die Umsetzung im Bereich Onlinemarketing beinhaltet den Betrieb und die laufende redaktionelle Aktualisierung des Reiseland-Portals. Darüber hinaus wird die Webpräsenz mittels Online-Media-Maßnahmen beworben.

Die Betrauung umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- Marketing für niedersächsischen Tourismus im Ausland
- Information und Kommunikation über das Reiseland Niedersachsen
- Image, Markenphilosophie

- Marketing für das Reiseland Niedersachsen über die Entwicklung folgender Themen: Aktiv- und Naturtourismus, Gesundheitstourismus, Kultur- und Städtetourismus, Kulinarik, regionale Esskultur, Qualität im niedersächsischen Tourismus, Tourismus für Alle, Ländlicher Raum
- Entwicklung und Realisierung einer touristischen Nachhaltigkeitsstrategie
- Pressearbeit

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre, 01.01.2014- 31.12.2023

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Ausgleichszahlungen

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jährlicher Nachweis über die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften Jahresabschlusses in Form eines Beihilfenberichts.

Ausgleichsmechanismus

Überschussvortrag nur in Höhe von 10 % von nicht verwendeten Mitteln aus dem Vorjahr möglich. Bei einem höheren Überschussvortrag aus dem vorangegangenen Jahr kann das Land Niedersachsen die Rückzahlung verlangen.

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 Ausgleichsleistungen:	2.988.551,42 €
Dienstleistungsaufträge:	11.448,58 €
Gesamt:	2.988.562,86 €
2017 Ausgleichsleistungen:	2.988.551,42 €
Dienstleistungsaufträge	11.481,63 €
Gesamt:	2.988.562,90 €

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

Bei der EU-Kommission ist eine Beschwerde gegen den Landkreis Aurich wegen angeblicher unzulässiger Beihilfen anhängig. Der Beschwerdeführer behauptet, dass der Verlustausgleich zugunsten der MKW GmbH & Co. KG (MKW) eine nicht zulässige Beihilfe darstellt und die MKW dadurch in Wettbewerbsverfahren in die Lage versetzt, Angebote zu nicht marktüblichen Preisen abzugeben.

Die Beschwerde datiert aus dem Jahr 2010, zu der der Landkreis bereits mehrfach Stellung genommen hat.

Bisher wurde von der EU-Kommission kein Prüfverfahren eingeleitet.

Im November 2017 fand eine Besprechung bei der EU-Kommission – Generaldirektion Wettbewerb – mit drei Mitarbeitern, die bei der Kommission mit dem Fall befasst sind, statt. Hierin wurden die Vorwürfe sowie die Stellungnahmen hierzu erörtert. Die Vertreter der Kommission ließen deutlich erkennen, dass sie die Beschwerde zurückweisen werden, obwohl Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Ausgleichszahlung des Landkreises zugunsten der MKW in der Vergangenheit, bei deren Vorliegen die Kommission grundsätzlich zur Eröffnung eines förmlichen Hauptprüfverfahrens verpflichtet sei, bestehen.

Weitere Beschwerden sind nicht anhängig. Auch sind keine Verfahren vor nationalen Gerichten, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen, anhängig.

5. Sonstige Fragen

Keine

Freistaat Sachsen

1. Übersicht über die Ausgaben

2016 126.794.331,21 EUR

2017 124.739.734,12 EUR

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Im Rahmen des öffentlichen Versorgungsauftrages Feststellung, Heilung oder Linderung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung, Geburtshilfe, Unterbringung und Verpflegung zu versorgender Personen, Errichtung und Betreibung der dafür benötigten Gebäude und Anlagen.

Formen der Betrauung

Bewirtschaftungsbefugnisse, da die betroffenen städtischen Krankenhäuser als Eigenbetrieb gemäß § 95a SächsGemO ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt werden.

Betrauungsdauer

1 bis 2 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

entfällt

Beihilfeinstrumente

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Verzicht auf angemessene Rendite für Kapitaleinlagen zur Finanzierung von investiven Maßnahmen und für Sacheinlagen (Immobilien)

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung (Trennungsrechnung)).

Wird eine Überkompensation der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen oder mit der Bewirtschaftungsbefugnis des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes zu verrechnen.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017 (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
Gesamtbetrag gewährte Beihilfen	
45 TEUR	48 TEUR
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss; Bürgschaft u. s. w.)	
Verzicht auf angemessene Rendite für Kapital- und Sacheinlage 45 TEUR	Verzicht auf angemessene Rendite für Kapital- und Sacheinlage 48 TEUR
Zusätzliche - ggf. geschätzte – quantitative Informationen (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrags Größe der Unternehmen)	
<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 2 Krankenhäuser (Eigenbetriebe) <u>Größe der Unternehmen:</u> Unternehmen 1 Umsatz: 95.801 TEUR	<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Krankenhaus (Eigenbetrieb) <u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 278.403 TEUR Beschäftigte: 3.046

Beschäftigte: 1.142	
Unternehmen 2	
Umsatz: 187.838 T EUR	
Beschäftigte: 1.870	

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

Rettungsdienste

1) *Zweckverband*

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Gegenstand der im II. Halbjahr 2015 abgeschlossenen Leistungsverträge ist die Betrauung der Leistungserbringer mit der Erbringung von Leistungen im Bereich Rettungsdienst/ Bevölkerungsschutz.

Formen der Betrauung

Öffentlich- rechtlicher Vertrag zur Übertragung von Aufgaben des Rettungsdienstes gemäß § 31 Abs. 1 SächsBRKG

Betrauungsdauer

Sieben Jahre gemäß § 9 Abs. 2 des Vertrages

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nein

Beihilfeinstrumente

Der Rettungszweckverband ist Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes gemäß § 3 Nr. 1 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG). Gemäß § 31 Abs. 1 SächsBRKG hat der RettZV die Notfallrettung und den Krankentransport nach einem Vergabeverfahren, das nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen durchgeführt wurde, durch öffentlich-rechtlichen Vertrag auf private Hilfsorganisationen oder andere Unternehmer (Leistungserbringer) übertragen. Grundlage der Be-

auftragung ist insbesondere das Rettungsdienstrecht des Freistaates Sachsen, insbesondere das SächsBRKG und SächsLRettDPVO. Nach Maßgabe von § 31 Abs. 5 SächsBRKG erging der Zuschlag im Rahmen des zuvor durchgeführten wettbewerblichen Ausschreibungsverfahrens auf das wirtschaftlichste unter den eingegangenen Angeboten. Um den Altmark Trans-Kriterien des EuGH's gerecht zu werden, hat der RettZV beihilferechtliche Regelungen in den Vertrag aufgenommen. Diese sollen zugleich sicherstellen, dass die Anforderungen des Beschlusses 2012/21/EU der Europäischen Kommission vom 20. Dezember 2011 (sog. DAWI-Freistellungsbeschluss) erfüllt werden.

Ausgleichsmechanismus

Der Leistungserbringer erhält für die Erbringung der Rettungsdienstleistungen vom RettZV eine Vergütung in Form einer regelmäßigen Vergütungszahlung. Die Vergütung setzt sich zusammen aus einer Vergütung für die Gestellung, d.h. Vorhaltung und Erbringung der Rettungsdienstleistung des Grundbedarfs. Die Parameter für die Berechnung der Vergütung bzw. der einzelnen Verrechnungssätze ergeben sich im Einzelnen aus dem vom Leistungserbringer bei Angebotsabgabe vorgelegten Kalkulationsblatt „Einzelpreise“. Diese Ausgleichsleistung soll nur dasjenige abdecken, was unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns erforderlich ist, um die bei dem Leistungserbringer durch die Erbringung der Rettungsdienstleistungen verursachten Nettokosten auszugleichen. Die Einhaltung dieser Vorgabe wird im Rahmen einer Überkompensationskontrolle nach Maßgabe des Vertrages sichergestellt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Um sicher zu stellen, dass der Leistungserbringer keine höhere Ausgleichsleistung erhält, als im Vertrag vorgesehen, erfolgt- soweit der Anwendungsbereich des DAWI-Freistellungsbeschlusses eröffnet ist- mindestens zum Ende eines jeden Dreijahreszeitraums, beginnend mit der vollständigen Vertragsunterzeichnung, sowie zum Ende der Vertragslaufzeit eine Überkompensationskontrolle durch den RettZV.

Der Leistungserbringer ist nach Maßgabe des Vertrages verpflichtet, in seiner Buchführung die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit den nach diesem Vertrag zu erbringenden Rettungsdienstleistungen getrennt von allen anderen Tätigkeiten auszuweisen (getrennte Buchungskreisläufe). Zugleich ist er gehalten, sowohl während der Vertragslaufzeit als auch für einen Zeitraum von 10 Jahren nach Beendigung des Vertrages alle Unterlagen vorzuhalten, die notwendig sind, um eine Überprüfung des

Vertrages unter beihilferechtlichen Gesichtspunkten zu ermöglichen. Insbesondere sind sämtliche Unterlagen im Zusammenhang mit der Vergütungsberechnung und Überkompensationskontrolle aufzubewahren und dem RettZV SWS auf Anfrage unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

(für 7 Jahre)

➤ RWB (Rettungswachbereich) (1)	23.084.000,- EUR
➤ RWB (2)	22.872.000,- EUR
➤ RWB (3)	14.971.000,- EUR
➤ RWB (4)	23.232.000,- EUR
➤ RWB (5)	17.632.000,- EUR
➤ RWB (6)	20.404.000,- EUR
➤ RWB (7)	25.065.000,- EUR
➤ RWB (8)	17.798.000,- EUR
➤ RWB (9)	17.797.902,- EUR

2) Landkreis

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Gegenstand der am 01.08.2017 abgeschlossenen Leistungsverträge ist die Betrauung der Leistungserbringer mit der Erbringung von Leistungen im Bereich Rettungsdienst/ Bevölkerungsschutz.

Formen der Betrauung

Öffentlich- rechtlicher Vertrag zur Übertragung von Aufgaben des Rettungsdienstes gemäß § 31 Abs. 1 SächsBRKG

Betrauungsdauer

Sieben Jahre gemäß § 15 Abs. 2 des Vertrages

Ausschließliche oder besondere Rechte

Nein.

Beihilfeinstrumente

Der Landkreis ist Aufgabenträger des bodengebundenen Rettungsdienstes gemäß § 3 Nr. 1 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG). Gemäß § 31 Abs. 1 SächsBRKG hat der Landkreis die Notfallrettung und den Krankentransport nach einem Vergabeverfahren, das nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen durchgeführt wurde, durch öffentlich-rechtlichen Vertrag auf private Hilfsorganisationen oder andere Unternehmer (Leistungserbringer) übertragen. Grundlage der Beauftragung ist insbesondere das Rettungsdienstrecht des Freistaates Sachsen, insbesondere das SächsBRKG und SächsLRettDPVO. Nach Maßgabe von § 31 Abs. 5 SächsBRKG erging der Zuschlag im Rahmen des zuvor durchgeführten wettbewerblichen Ausschreibungsverfahrens auf das wirtschaftlichste unter den eingegangenen Angeboten. Um den Altmark Trans-Kriterien des EuGH's gerecht zu werden, hat der Landkreis beihilferechtliche Regelungen in den Vertrag aufgenommen.

Ausgleichsmechanismus

Der Leistungserbringer erhält für die Erbringung der Rettungsdienstleistungen vom Landkreis eine Ausgleichsleistung in Form einer regelmäßigen Vergütungszahlung. Diese Ausgleichsleistung deckt gemäß Art. 5 Abs. 1 DAWI-Freistellungsbeschluss nur dasjenige ab, was unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns erforderlich ist, um die bei dem Leistungserbringer durch die Erbringung der Rettungsdienstleistungen verursachten Nettokosten auszugleichen. Die Einhaltung dieser Vorgabe wird im Rahmen einer Überkompensationskontrolle nach Maßgabe des Vertrages sichergestellt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Um sicher zu stellen, dass der Leistungserbringer keine höhere Ausgleichsleistung erhält, als im Vertrag vorgesehen, erfolgt- soweit der Anwendungsbereich des DAWI-

Freistellungsbeschlusses eröffnet ist- zum Ende eines jeden dritten Vertragsjahres, beginnend mit der vollständigen Vertragsunterzeichnung, sowie zum Ende der Vertragslaufzeit eine Überkompensationskontrolle durch den Landkreis.

Der Leistungserbringer ist nach Maßgabe des Vertrages verpflichtet, in seiner Buchführung die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit den nach diesem Vertrag zu erbringenden Rettungsdienstleistungen getrennt von allen anderen Tätigkeiten auszuweisen (getrennte Buchungskreisläufe).

Der Leistungserbringer ist verpflichtet, sowohl während der Vertragslaufzeit als auch für einen Zeitraum von 10 Jahren nach Beendigung des Vertrags alle Unterlagen vorzuhalten, die notwendig sind, um eine Überprüfung des Vertrags unter beihilferechtlichen Gesichtspunkten zu ermöglichen. Insbesondere sind sämtliche Unterlagen im Zusammenhang mit der Vergütungsberechnung aufzubewahren und dem Landkreis auf Anfrage unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

(für 7 Jahre)

RWB (Rettungswachbereich) (1):	32.903.000,- EUR
RWB (2):	44.989. 000,- EUR
RWB (3)	43.235. 000,- EUR
RWB (4)	19.096. 000,- EUR
RWB (5)	13.674. 000,- EUR
RWB (6)	18.669. 000,- EUR

b) Kinderbetreuung

keine

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

keine

d) Sozialer Wohnungsbau

keine

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Stadt ist auf Grund § 53 AsylG i. V. m. § 3 Sächs. Flüchtlingsaufnahmegesetz sowie der Richtlinie „Flüchtlingswohnungen“ vom 30.03.2015 zur Unterbringung von Flüchtlingen nach Stellung eines Asylantrages verpflichtet.

Das Unternehmen wurde in Umsetzung von § 3 Sächs. Flüchtlingsaufnahmegesetz mit der Bereitstellung von Wohnraum für Asylbewerber als eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut. Das Unternehmen musste dazu seine Bestandsimmobilie sanieren.

Formen der Betrauung

Gesonderter förmlicher Betrauungsakt vom 12.10.2016 auf der Grundlage des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 i. V. m. der Mitteilung der Kommission vom 11.01.2012

Betrauungsdauer

zunächst 5 Jahre, bei Bedarf verlängerbar um weitere fünf Jahre, mithin max. 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zahlung eines über der örtlichen Vergleichsmiete liegenden Mietzinses zur Refinanzierung von Sanierungskosten.

Ausgleichsmechanismus

Mietzinszahlung auf der Grundlage der Höhe des von dem Unternehmen zur Refinanzierung für die Sanierung als Darlehen aufgenommenen Betrags geteilt durch die Anzahl der Monate der Betrauung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Zweckbindung, Prüfung jährlich zu erstellender Verwendungsnachweise und Rückzahlungsverpflichtung bei etwaiger Überkompensation.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016:	5.300.000,00 €
2017:	keine Zahlungen

- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

keine

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

keine

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

- i) Postdienstleistungen

keine

- ii) Energie

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Erfüllung insbesondere folgender Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Rahmen des Gesellschaftszwecks:

- Durchführung unabhängiger Initialberatungen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien
- Entwicklung von Beiträgen zu Strategien im Bereich des Klimaschutzes und einer zukunftsfähigen Energieversorgung und Information durch Erstellung regelmäßiger Berichte, Statistiken und Übersichten zum Stand der Energieeffizienz und des Einsatzes erneuerbarer Energien
- Unterstützung von Antragstellern im Vorfeld der Vergabe von Fördermitteln im Bereich der Energieeffizienz, des Klimaschutzes und des Einsatzes erneuerbarer Energien

- Initiierung, Beförderung und Begleitung des Aufbaus von Netzwerken, durch die die Information und der Erfahrungsaustausch in den Zielgruppen intensiviert und damit ein Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen geleistet werden
- Aufbau geeigneter Weiterbildungsprogramme, sogenannter Impulsprogramme, und Durchführung zielgruppenspezifischer Kampagnen, durch die die rationelle Energieverwendung und der Einsatz erneuerbarer Energien insbesondere in Unternehmen, im Bausektor, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich verstärkt werden sollen

Formen der Betrauung

Gesellschafterbeschluss

Betrauungsdauer

10 Jahre ab dem 03.10.2017

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

jährliche Vorlage der Abrechnung des Wirtschaftsplans und deren Prüfung durch den Jahresabschlussprüfer nach Vorliegen der Schlussrechnung, Prüfung der sachgerechten Verwendung der Ausgleichszahlung und gegebenenfalls Rückforderung einer Überkompensation

Transparenzanforderungen

trifft nicht zu

Höhe der gewährten Beihilfen

2017: 2.000.000,00 €

iii) Müllabfuhr

keine

iv) Wasserversorgung

keine

v) Kultur

Theater

1) *Landkreis*

Hinweis: Die Betrauung wird nach Inkrafttreten der Mitteilung zum Beihilfiebegriff nicht mehr weitergeführt. s. u.

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betreibung und Unterhaltung eines Theaters und eines Orchesters, das der Theater- und Musikpflege innerhalb des Landkreises und darüber hinaus dient. Erfüllung des im Gesellschaftsvertrag festgelegten Gesellschaftszweckes, insbesondere Förderung und Pflege von Sprech-, Tanz- und Musiktheater, Konzerten, musikalische Bildung und Nachwuchsförderung, Kirchenmusik, Zusammenarbeit mit ansässigen Chören, Vereinen und Kulturgruppen.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheides

Zuwendungsbescheid – institutionelle Förderung als anteilige Fehlbetragsfinanzierung

Zuwendungsbescheid – investive Förderung (Projektförderung)

Nutzungsvertrag, Übertragung „quoad sortem“ ohne Nutzungsentgelt

Betrauungsdauer

1 Jahr

Nutzungsdauer 55 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschuss allgemeiner Geschäftsbetrieb

Ausgleichsmechanismus

Anwendung Kostenallokationsmethode;

durch Zahlung eines Zuschusses (Ratenzahlung) Deckung der Kosten (Aufwendungen die dem Zuwendungszweck dienen), die bei der Erbringung der Dienstleistung im allgemeinem wirtschaftlichen Interesse unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen entstehen

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Festlegungen im Zuwendungsbescheid: zweckgebunden, Rückforderungsanspruch bei nachträglicher Ermäßigung oder Änderung der Finanzierung; Mitteilungspflicht bei Änderung der Umstände, höhere Erträge, niedrigere Aufwendungen, Aufnahme weiterer Tätigkeiten; quartalsweise Berichterstattung über Stand der Finanzierung und der Aufgabenerledigung an Zuwendungsgeber; Abgabe Verwendungsnachweis; im Verwendungsnachweis Bestätigung der Erfüllung des Verwendungszweckes und der Ordnungsmäßigkeit der nachgewiesenen Aufwendungen durch einen Wirtschaftsprüfer.

Festgestellte Überkompensationen sind grundsätzlich anteilig zurückzuzahlen. Verzinsung Erstattungsanspruch nach § 1 SächsVwVfZG i. V. m. § 49a VwVfG.

Transparenzanforderungen

keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016

1.040.062,52 EUR

institut. Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung

149.962,84 EUR

invest. Förderung, echter nicht rückzahlbarer Zuschuss

2017

Aufgrund der Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe i.S. des Artikels 107 Abs. 1 AEUV ist in 2017 keine Betrauung mehr erfolgt.

2) Stadt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Unternehmen 1)

Betreibung und Unterhaltung eines Theaters insbesondere zur Wiedergabe von Bühnenwerken aller Kunstgattungen im Bereich des Musik-, Sprech- und Tanztheaters sowie zur Darbietung von einzelnen Musik-, Theater- und Tanzstücken sowie Lesungen und sonstigen Veranstaltungen im kulturellen Bereich jeweils zur Förderung der kommunalen kulturellen Aufgaben.

Unternehmen 2)

Erwerb, Sanierung, Modernisierung und Instandsetzung sowie Verpachtung und Bewirtschaftung von Immobilien, insbesondere des Kulturpalastes und der Spielstätten für die Staatsoperette und des tjg.theater junge generation (ehemaliges Kraftwerk Mitte), dadurch die Bereitstellung kultureller Angebote im Bereich der ernsten und unterhaltenden Musik (E- und U-Musik) sowie der Operettenmusik, kommunaler Bibliotheksdienstleistungen, sonstiger kultureller Theater- und Kabarettangebote sowie touristischer Informationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit zu gewährleisten und den Nutzern/Besuchern damit ein breites kulturelles Angebot im Rahmen der Daseinsvorsorge zu bieten.

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid)

Betrauungsdauer

1 bis 2 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

entfällt

Beihilfeinstrumente

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Kapitaleinlagen zum Ausgleich von Jahresverlusten, als Verzicht auf eine kostendeckende Miete, Verzicht auf angemessene Rendite für Kapitaleinlagen zur Finanzierung von investiven Maßnahmen und für Sacheinlagen (Immobilien) sowie auf Bürgschaftsentgelt.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung (Trennungsrechnung)).

Wird eine Überkompensation von mehr als 10 % der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen. Eine Überkompensation von max. 10 % wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017 (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
Gesamtbetrag gewährte Beihilfen	
4.624 TEUR	6.797 TEUR
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss; Bürgschaft u.s.w.)	
Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich	Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich

820 TEUR	811 TEUR
Verzicht auf kostendeckende Miete 78 TEUR	Verzicht auf kostendeckende Miete 78 TEUR
Verzicht auf angemessene Rendite für Kapital- und Sacheinlagen 3.329 TEUR	Verzicht auf angemessene Rendite für Ka- pital- und Sacheinlagen 5.511 TEUR
Verzicht auf Bürgschaftsentgelt 397 TEUR	Verzicht auf Bürgschaftsentgelt 397 TEUR
Zusätzliche - ggf. geschätzte – quantitative Informationen (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrug Größe der Unternehmen)	
<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 2 Unternehmen (Eigengesellschaften)	<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 2 Unternehmen (Eigengesellschaften)
<u>Größe der Unternehmen:</u> Unternehmen 1 Umsatz: 248 TEUR Beschäftigte: 10 Unternehmen 2 Umsatz: 2.039 TEUR Beschäftigte: 22	<u>Größe der Unternehmen:</u> Unternehmen 1 Umsatz: 184 TEUR Beschäftigte: 10 Unternehmen 2 Umsatz: 8.754 TEUR Beschäftigte: 27

Museum

Hinweis: Die Betrauung wird nach Inkrafttreten der Mitteilung zum Beihilfiebegriff nicht mehr weitergeführt. s. u.

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Errichtung, Unterhaltung und Betreibung eines Museums zur Industriegeschichte inklusive dazugehöriger Anlagen Ausstattung und Einrichtung

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt (Bescheid)

Betrauungsdauer

Kalenderjahr

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Verlustrückzahlung

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verpflichtung zur Abgabe von Quartalsberichten (Plan-Ist-Erfüllung; erfolgs- und liquiditätsbezogen) und zur Vorlage eines geprüften Jahresabschlusses, Verpflichtung zum Ausweis einer Überkompensation

Transparenzanforderungen

nicht zutreffend

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 528.660 EUR

2017: *Die Betrauung wird nach Inkrafttreten der Mitteilung zum Beihilfebegriff nicht mehr weitergeführt.*

vi) Finanzdienstleistungen

keine

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Veranstaltungshallen/Veranstaltungen

1) Stadt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betreibung der Stadthalle, des Konzert- und Ballhauses Neue Welt und einer Freilichtbühne, Organisation von Veranstaltungen und Messen

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt (Bescheid)

Betrauungsdauer

Kalenderjahr

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Verlustrückstellungen

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verpflichtung zur Abgabe von Quartalsberichten (Plan-Ist-Erfüllung; erfolgs- und liquiditätsbezogen) und zur Vorlage eines geprüften Jahresabschlusses, Verpflichtung zum Ausweis einer Überkompensation

Transparenzanforderungen

nicht zutreffend

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1.006.890 EUR

2017: 806.769 EUR

2) Messe GmbH (Stadt)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Durchführung von Ausstellungen, Tagungen, Messen, Sport-, Kultur- und gleichartige Veranstaltungen im Stadtgebiet, Errichtung und Betreibung der dafür geeigneten Gebäude und Freiflächen einschließlich aller Nebenanlagen, Verbraucherinformation und Wirtschaftsförderung

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid)

Betrauungsdauer

1 bis 2 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

entfällt

Beihilfeinstrumente

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Kapitaleinlagen zum Ausgleich von Jahresverlusten.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung (Trennungsrechnung)).

Wird eine Überkompensation von mehr als 10 % der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge an die Stadt zurückzuzahlen. Eine Überkompensation von max. 10 % wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017 (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
Gesamtbetrag gewährte Beihilfen	
971 TEUR	971 TEUR
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss; Bürgschaft u.s.w.)	
Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 971 TEUR	Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 971 TEUR
Zusätzliche - ggf. geschätzte – quantitative Informationen (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrags Größe der Unternehmen)	
<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Unternehmen (Eigengesellschaft der Stadt)	<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Unternehmen (Eigengesellschaft der Stadt)
<u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 6.082 TEUR Beschäftigte: 38	<u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 6.899 TEUR Beschäftigte: 38

Wirtschaftsförderung

1) Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Stadt)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Durch die Zuwendung wird die Zuwendungsempfängerin im öffentlichen Interesse, insbesondere im Interesse der Wirtschaftsförderung sowie der Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt und der Attraktivität der Stadt als Wohnort, allgemein in die Lage versetzt, gemäß ihrem Satzungszweck die Förderung der Wirtschaft und die damit zusammenhängende Entwicklung in der Stadt vornehmlich durch Gewerbe- und Industrieansiedlung, Standortmarketing im In- und Ausland, Beratung und Betreuung der ansässigen Wirtschaft sowie Planungen und Maßnahmen zur Verbes-

serung des Wirtschaftsstandortes Stadt durchzuführen. Dies betrifft zudem die Förderung des Tourismus in der Stadt, insbesondere die Planung und Durchführung von Veranstaltungen, Tagungen, Kongressen und Events jeder Art und anderen diesen Zwecken dienender Veranstaltungen sowie die Vermittlung touristischer Leistungen zur Förderung des Tourismus in der Stadt. Des Weiteren kann die Gesellschaft alle gemeinwohlorientierten Tätigkeiten, die zur Verwirklichung dieser satzungsmäßigen Aufgaben erforderlich sind, realisieren.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheides

Betrauungsdauer

jeweils für ein Jahr

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

- institutionellen Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung in Form eines echten, nicht rückzahlbaren Zuschusses
- Alle eigenen Mittel und alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Beiträge und Spenden) der Zuwendungsempfängerin sind als Deckungsmittel für alle Aufwendungen einzusetzen. Der Wirtschaftsplan ist verbindlich.
- Die Zuwendungsempfängerin ist verpflichtet, verfügbare öffentliche Zuweisungen, gesetzliche Auszahlungen und Fördermittel rechtzeitig und in größtmöglichem Umfang für sich selbst zu beantragen.
- Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Wirtschaftsplan veranschlagten Gesamtaufwendungen für die geförderten öffentlichen Aufgaben oder erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Auszahlung der Zuwendung in Teilbeträgen auf Anforderung der Zuwendungsempfängerin mit Nachweis des Liquiditätsbedarfes
- quartalsweise Berichterstattung in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung über den Stand der Finanzierung der Aufgabenerledigung (Plan-Ist-Vergleich).
- Zuwendung unter Vorbehalt, dass keine Überkompensierung für die Erledigung der Gemeinwohlverpflichtung erfolgt
- Vorlage eines Verwendungsnachweises im Rahmen des Jahresabschlusses der Zuwendungsempfängerin sowie ggf. mit gesonderter Anlage (bei Durchführung von nicht zuwendungsfähigen DAWI-Nebengeschäften, zahlenmäßiger Nachweis erfolgt auf Grundlage des testierten Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht) und Trennungsrechnung
- Wird eine Überkompensierung festgestellt, so ist diese grundsätzlich an die Stadt zurückzuzahlen. Die Beträge sind als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt darzustellen. Für den Fall, dass die Überkompensation den durchschnittlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt, kann sie auf den nächstfolgenden Bewilligungszeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.

Transparenzanforderungen

Trifft nicht zu, da Beihilfen unter 15 Mio. €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1.505.000,00 € (als institutionelle Förderung)

2017: 1.690.000,00 € (als institutionelle Förderung)

2) Wirtschaftsförderung GmbH - Unternehmen (Freistaat Sachsen)

a) Gesellschafter

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Erfüllung insbesondere folgender Aufgaben von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Rahmen des Gesellschaftszwecks:

- Durchführung von Absatzförderungsmaßnahmen im In- und Ausland, Vermittlung von Informationen und Kontakten im Zusammenhang mit der Erschließung von In- und Auslandsmärkten,
- Akquisition, Beratung, Betreuung und Vermittlung von Unternehmen, die sich in Sachsen ansiedeln wollen,
- Durchführung von Standortwerbung für den Freistaat Sachsen im In- und Ausland,
- Betreuung von ausländischen Wirtschaftsdelegationen,
- Zusammenarbeit mit anderen ausländischen Gesellschaften und Institutionen ähnlicher Aufgabenstellung

Formen der Betreuung

Vertrag

Betreuungsdauer

10 Jahre ab dem 01.01.2016

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

jährliche Vorlage der Abrechnung des Wirtschaftsplans und deren Prüfung durch den Jahresabschlussprüfer nach Vorliegen der Schlussrechnung, Prüfung der sachgerechten Verwendung der Ausgleichszahlung und gegebenenfalls Rückforderung einer Überkompensation

Transparenzanforderungen

trifft nicht zu

Höhe der gewährten Beihilfen

2016:	6.191.085,76 €
2017:	6.282.967,49 €

b) Einzelprojekte

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Wirtschaftsförderung (u.a. Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen, internationale Bekanntmachung der Standortvorteile des Freistaates Sachsen)

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt durch Vertrag.

Betrauungsdauer

1.10. 2015 bis 31.12.2018 bzw. 5.10.2016 bis 31.12.2018

Ausschließliche oder besondere Rechte

Dem Unternehmen werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise. Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Ausgleichszahlungen im Rahmen der Jahresabschlussprüfung.

Wird eine Überkompensation der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 293.773 €

2017: 499.439 €

c) Einzelprojekte

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Unterstützung von Unternehmen, Clusterorganisationen, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Bereich Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft insbesondere durch

- a) Absatzförderungsmaßnahmen im In- und Ausland, insbesondere auch die Organisation und Durchführung von bzw. Teilnahme an überregionalen und branchenspezifischen Messen, Ausstellungen und Konferenzen,
- b) Vermittlung von Kontakten und Bereitstellung von Informationen im Zusammenhang mit der Erschließung von In- und Auslandsmärkten,
- c) branchenbezogene Standortwerbung im In- und Ausland,
- d) Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, die auf eine verstärkte Kooperation, den Technologietransfer, die Fachkräftegewinnung und Weiterbildung sowie die Information der Öffentlichkeit zielen,
- e) Vermittlung von Kontakten zur Vorbereitung gemeinsamer FuE- oder Technologietransfermaßnahmen,
- f) Initiierung und Begleitung von überregionalen Projekten im Rahmen von Programmen und Wettbewerben des Bundes sowie zur internationalen Zusammenarbeit im Rahmen von Initiativen der Europäischen Union, z. B. INTER-REG.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt in Form eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Wirtschaftsförderung GmbH

Betrauungsdauer

15.06.2016 bis 31.12.2018; ggf. Verlängerung um zwei Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Ausgleichszahlung

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

getrennte Buchführung, detaillierte Rechnungslegung, Rückzahlung im Falle von Überkompensation

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 28.000 Euro

2017: 116.000 Euro

3) Wirtschaftsförderung Unternehmen (Landkreis)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Region durch die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Förderung der einheimischen Wirtschaft und zur Ansiedlung neuer Unternehmen sowie der Entwicklung der Infrastruktur.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheides

Zuschuss – maximal in Höhe des Fehlbetrages bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgabe im jeweiligen Wirtschaftsjahr

Zuwendungsbescheid – institutionelle Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung

Bürgschaft; Liquidationsdarlehen

Betrauungsdauer

1 Jahr

Bürgschaft ab 2000

Bürgschaft für Aufnahme eines zinsgünstigen Kontokorrentkredites im Bedarfsfall sowie Liquiditätsdarlehen um Liquidität des Unternehmens aufgrund der Vorfinanzierung von überwiegend durch EU-Mittel geförderte regionale Wirtschaftsprojekte zu sichern

Liquiditätsdarlehen 4 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse , Liquiditätsdarlehen; Bürgschaft

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode;

durch Zahlung eines Zuschusses (Ratenzahlung) Deckung der Kosten (Aufwendungen, die dem Zuwendungszweck dienen), die bei der Erbringung der Dienstleistung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen stehen

Inanspruchnahme der Bürgschaft für die Aufnahme eines Kontokorrentkredites bei einem vorübergehenden Liquiditätsbedarf

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Festlegungen im Zuwendungsbescheid: zweckgebunden, Rückforderungsanspruch bei nachträglicher Ermäßigung oder Änderung der Finanzierung; Mitteilungspflicht bei Änderung der Umstände, höhere Erträge, niedrigere Aufwendungen, Aufnahme weiterer Tätigkeiten; quartalsweise Berichterstattung über Stand der Finanzierung der Aufgabenerledigung an Zuwendungsgeber; Abgabe Verwendungsnachweis; im Verwendungsnachweis Bestätigung der Erfüllung des Verwendungszweckes und der Ordnungsmäßigkeit der nachgewiesenen Aufwendungen durch einen Wirtschaftsprüfer.

Festgestellte Überkompensationen sind grundsätzlich anteilig an den Erzgebirgskreis zurückzuzahlen. Verzinsung Erstattungsanspruch nach § 1 SächsVwVfZG i. V. m. § 49a VwVfG.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016

300.000,00 EUR	institut. Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung
2.162.240,00 EUR	investiver Zuschuss
900.000,00 EUR	Liquiditätsdarlehen
153.387,56 EUR	Bürgschaft

2017

300.000,00 EUR	institut. Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung
900.000,00 EUR	Liquiditätsdarlehen
153.387,56 EUR	Bürgschaft

4) Wirtschaftsförderung Unternehmen (Kommune)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Wirtschaftsförderung und Ansiedlungsaquise in der Gemeinde

Formen der Betrauung

Beschluss durch Gemeinderat und Abschluss der Betrauungsvereinbarung durch BM

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

grds. durch Übernahme des durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung entstehenden Defizits des Unternehmens

darüber hinaus unter anderem möglich:

EK-Zuführungen

Darlehenshingaben

Bürgschaften

Kostenübernahmen

Ausgleichsmechanismus

Die ausgleichsfähigen Aufwendungen bemessen sich anhand der geltenden Rechnungslegungsvorschriften. Auf die ausgleichsfähigen Aufwendungen sind bezogen auf das Unternehmen alle Einnahmen anzurechnen, die im Zusammenhang mit der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung erzielt werden. Das Unternehmen wird den voraussichtlichen Ausgleichsbedarf im Rahmen der Wirtschaftsplanung prognostizieren und mit der Gemeinde abstimmen. Auf der Basis der Wirtschaftsplanung des Unternehmens wird dem Unternehmen eine Ausgleichsleistung mittels Gemeinderatsbeschluss der Gemeinde zugewendet. Die Regelungen hinsichtlich der Nachweisführung über die Verwendung der zugewendeten Mittel sind durch das Unternehmen zu beachten.

Fehlbeträge aus Dienstleistungen des Unternehmens, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, dürfen nicht ausgeglichen werden. Gewinne aus solchen Bereichen sind auf die ausgleichsfähigen Aufwendungen anzurechnen. Das Unternehmen wird die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Lagebericht zum Jahresabschluss für das ablaufende Geschäftsjahr nachweisen. Soweit das Unternehmen Dienstleistungen erbringt, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, hat die Gesellschaft im Rahmen einer Trennungsrechnung den Nachweis zu erbringen, dass der gewährte Ausgleich nicht zur Finanzierung „fremder“ Dienstleistungen verwendet wird.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus

dem für die Erfüllung dieser Verpflichtung eingesetzten Eigenkapital abzudecken. Die Einhaltung dieser Voraussetzung wird von der Gesellschaft jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres nachgewiesen. Die Instrumente zur Vorkehrung von Überkompensationen werden durch den Jahresabschluss abgebildet. Der geprüfte Jahresabschluss ist der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.

Kommt es dennoch zu einer Überschreitung des maximalen Ausgleichsbetrages und beträgt die Überkompensation max. 10 % der Ausgleichssumme, darf dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen werden und ist dort von dem maximalen Ausgleichsbetrag abzuziehen. Kommt es auch dann noch zu einer Überschreitung des maximalen Ausgleichsbetrages, wird die Gemeinde die Rückzahlung überhöhter Ausgleichszahlungen verlangen.

Die Gemeinde ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen zur Prüfung anzufordern sowie die Verwendung der Ausgleichszahlungen durch örtliche Erhebung zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Die erforderlichen Unterlagen sind bereitzuhalten und notwendige Auskünfte zu erteilen. Sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, sind mindestens für den Zeitraum von 10 Jahren aufzubewahren.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016:	39.750 €
2017:	keine Zahlung

5) Invest Region GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereitstellung einer gebündelten Wirtschaftsförderung für die Region zur Sicherung und Steigerung des wirtschaftlichen und sozialen Wohls der Einwohner der Region durch Durchführung von Standortmarketing und Investorenwerbung, Anwerbung von Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen sowie Unterstützung und Be-

treuung regionaler und überregionaler Vernetzung mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern

Formen der Betrauung

Dienstleistungsvertrag zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft

Betrauungsdauer

- 01.01.2016 bis 31.12.2018
- Option der Verlängerung

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

- Vergütung oder Eigenkapitalzuführungen, Darlehensgewährung, Gewährung von Sicherheiten sowie weiteren Maßnahmen, die den Charakter einer Ausgleichsleistung haben

Ausgleichsmechanismus

Die Zahlung wird auf Grundlage des Finanzierungsplanes geleistet, der gemäß Dienstleistungsvertrag jährlich im Voraus aufgestellt wird (Nettokostenausgleich).

- Gesellschaft erhält grds. Vergütung auf Grundlage jährlich festgelegter Ziele im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzplanung und auf dieser aufbauenden Marketingplanung
- Begrenzung der Höhe des jährlichen Vergütungsbetrages, wobei die Höhe im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung festgelegt wird und sich auf Basis der geschätzten Kosten aus dem laufenden Geschäftsbetrieb ergibt
- ausgeglichen werden insbesondere Sockelbeträge für fixe Sachkosten, wie Personalkosten, und für Kosten allgemeiner Maßnahmen zur Erfüllung des Vertragsgegenstandes (Marketingkosten) sowie ein Betrag für Kosten maßnahmekonkreter Projektleistungen zur Erfüllung des Vertragsgegenstandes (Einzelprojekte)
- Ausgleich kann auch durch Eigenkapitalzuführungen, Darlehensgewährung, Gewährung von Sicherheiten sowie weiteren Maßnahmen, die den Charakter einer Ausgleichsleistung haben, erfolgen, wenn dies in der jährlichen Wirt-

schaftsplanung festgelegt ist und ein Ausgleichbetrag von max. 15 Mio. Euro im Jahr nicht überschritten wird

- Vergütungsbetrag wird entsprechend der jeweiligen Gesellschafteranteile aufgeteilt und quartalsweise auf der Grundlage entsprechender Rechnungslegung durch die Gesellschafter gezahlt

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

1 - 2)

- Erstellung einer Trennungsrechnung aus der Erfolgsplanung des Planjahres und der testierten Gewinn- und Verlustrechnung, d.h. Kosten und Einnahmen in Zusammenhang mit der Erbringung der DAWI sind getrennt von allen anderen Aufgaben und Dienstleistungen auszuweisen
- Nachweis der Mittelverwendung durch die Geschäftsführung nach Ende der Vertragslaufzeit im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2018, wobei die Testierung durch die Wirtschaftsprüfer notwendig ist
- bei Nichtaufbrauch der gewährten Mittel der Gesellschafter über die Gesamtvertragslaufzeit besteht eine Rückzahlungsverpflichtung der Gesellschaft ggü. den Gesellschaftern
- Vortragsrecht bei Überschreitung des Gesamtvergütungsbetrages einschließlich eines angemessenen Gewinns in Höhe von maximal 10% des zulässigen Gesamtvergütungsbetrages während der gesamten Vertragslaufzeit unter Anrechnung auf das Folgejahr bei Fortsetzung des Vertrages
- quartalsweise Berichterstattung über Liquiditätsstatus unter Erstellung einer Liquiditätsprognose und Erfüllung der DAWI-Leistungen
- Unterlagen und Mittelverwendungsnachweise sind durch Gesellschaft 10 Jahre aufzubewahren

3)

- Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt zu den im Vertrag festgelegten Terminen quartalsweise nach ordnungsgemäßer Rechnungslegung. Die Vergütung wird auf einen jährlichen Betrag begrenzt. Von der Zahlung ist ein Abschlag von 10% einzubehalten und erst nach Abrechnung der Projektleistungen zu zahlen. Die Verwendung der Mittel ist mit dem Ablauf der Vertragslaufzeit (hier

mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2018) nachzuweisen und durch einen Wirtschaftsprüfer zu testieren. Sollten die Mittel nicht aufgebraucht werden, sind diese an die Gesellschafter zurückzuzahlen. Zudem ist quartalsweise Bericht zu erstatten.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

1-2)

2016: 501.176,80 EUR (249.028,67 + 252.148,13)

2017: 508.442,69 EUR (255.000,00 + 253.442,69)

3)

2016: 857.303,61 EUR

2017: 861.705,15 EUR

6) Technologietransfergesellschaft mbH (Stadt)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die Technologietransfergesellschaft mbH wurde mit dem Ziel der Unterstützung der Wirtschaftsförderung im Cluster Gesundheitswirtschaft & Biotechnologie und benachbarten Technologiefeldern gegründet. Diese klassischerweise zur Daseinsvorsorge zählende freiwillige Aufgabe zielt darauf ab, durch Schaffung und Verbesserung der Standortbedingungen der Wirtschaft das wirtschaftliche und soziale Wohl der Einwohner der Region zu sichern und zu steigern. Die Technologietransfergesellschaft mbH unterstützt in dieser Aufgabe die Stadt. Gegenstand der hiermit übertragenen Verpflichtung auf die Technologietransfergesellschaft mbH ist die Bereitstellung einer gebündelten Clusterentwicklung für die Region. Dazu soll die Gesellschaft Standortmarketing und Investorenwerbung durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und betreuen sowie die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel des Aufbaus und der Festigung des Clusters Gesundheitswirtschaft

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt über einen Zuwendungsbescheid auf Grundlage des Wirtschafts- und Finanzplans. Darin wird festgehalten, in welchem Umfang und mit welchen Parametern die Gesellschaft die im Gesellschaftsvertrag festgelegten Ziele umsetzen wird. Eine weitere Untersetzung der zu erbringenden DAWI-Leistungen mit konkreten Tätigkeiten erfolgt im Rahmen des durch die Technologietransfergesellschaft mbH jährlich zu erstellenden Aktionsplanes. Dieser baut auf dem Wirtschaftsplan auf.

Betrauungsdauer

01.03.2016 bis 31.12.2016

Ausschließliche oder besondere Rechte

Dem Unternehmen werden keine besonderen Rechte eingeräumt.

Beihilfeinstrumente

Die Technologietransfergesellschaft mbH erhält auf Basis eines Zuwendungsbescheides durch den Zuwendungsgeber eine institutionelle Förderung für die erbrachten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Es handelt sich dabei um einen Festbetrag, dessen Höhe durch den Zuwendungsbescheid festgelegt wird.

Ausgleichsmechanismus

Die Zuwendung wird auf Grundlage der Rahmenrichtlinie zur Vergabe von Zuwendungen der Stadt an außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen (Beschluss Nr. III-1173/02) und der dazugehörigen ANBest für jeweils 1 Jahr gewährt. Gemäß v. g. Richtlinie ist die Technologietransfergesellschaft mbH verpflichtet, spätestens bis 3 Monate nach Ende des Bewilligungszeitraums die Verwendung der Zuwendung nachzuweisen. Sollten die Mittel nicht aufgebraucht worden sein, sind diese dem Zuwendungsgeber zurückzuzahlen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt zu den im Zuwendungsbescheid festgelegten Terminen (2 Termine pro Jahr) im Voraus. Vor Auszahlung der letzten Rate ist von der Technologietransfergesellschaft mbH eine aktuelle BWA einzureichen. Zusam-

men mit den noch geplanten Tätigkeiten lässt sich damit abschätzen, ob mit der Zahlung evtl. eine Überkompensation eintreten könnte.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016:	100.000 EUR
2017:	---- EUR

7) Kooperationsprogramm Freistaat Sachsen – Tschechische Republik

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Im Rahmen des Kooperationsprogramms wird die Entwicklung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in folgenden Bereichen (Prioritätsachsen) unterstützt:

- Förderung der Anpassung an den Klimawandel, Risikoprävention und Risikomanagement
- Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Förderung der Ressourceneffizienz
- Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen
- Verbesserung der institutionellen Kapazitäten von öffentlichen Behörden und Interessenträgern und der effizienten öffentlichen Verwaltung

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt mittels öffentlich-rechtlichen Vertrag.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer ist bei den drei geförderten Vorhaben auf den Projektdurchführungszeitraum beschränkt.

Projekt 1: 09.11.2015 – 31.10.2019

Projekt 2: 11.02.2016 – 30.09.2019

Projekt 3: 01.09.2015 – 30.06.2019

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 4.426.000 EUR

davon:

Projekt 1: 2.074.000 EUR

Projekt 2: 565.000 EUR

Projekt 3: 1.787.000 EUR

2017: keine

8) Enterprise Europe Network (EEN) SACHSEN

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Stimulierung des branchenübergreifenden Wissenstransfers;
- Setzung von Impulsen zur Entwicklung hin zu internationalen, wissensbasierten Märkten;
- Förderung von Innovationen;
- Aktivierung von Beschäftigungs- und Wertschöpfungspotenzialen.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

Betrauungsdauer

01.01.2017 – 31.12.2018

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise.

Wird eine Überkompensation von mehr als 10% der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: keine

2017: 443.000 EUR

9) Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Gefördert werden folgende Maßnahmen:

- (1) Beratung, Unterstützung und Information für Kultur- und Kreativschaffende,
- (2) grenzüberschreitende Partnering-Aktivitäten für Business-Kooperationen, Forschung, Technologietransfer und Innovation,
- (3) die Übermittlung von Feedbacks von KMU an die Europäische Kommission sowie

(4) Maßnahmen zur Erhöhung der Bekanntheit und zum Ausbau des Netzwerks.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

Betrauungsdauer

01.03.2017 – 28.02.2022

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise.

Wird eine Überkompensation von mehr als 10% der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen. Eine Überkompensation von maximal 10% wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: keine

2017: 2.500.000 EUR

Tourismus

1) Stadt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Tourismusförderung - Leistungen des Tourismusvereins wie bspw. Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätsentwicklung

Formen der Betrauung

Betrauungsvertrag

Betrauungsdauer

01.01.2015 bis 31.12.2018

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

jährlicher detaillierter Verwendungsnachweis, Zahlenmäßiger Kostennachweis

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 50.000 €

2017: 50.000 €

2) Stadt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrieb einer Tourist-Information; Angebot und Vermittlung touristischer Leistungen

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt (Bescheid)

Betrauungsdauer

Kalenderjahr

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Verlustausgleichszahlung

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verpflichtung zur Abgabe von Quartalsberichten (Plan-Ist-Erfüllung; erfolgs- und liquiditätsbezogen) und zur Vorlage eines geprüften Jahresabschlusses, Verpflichtung zum Ausweis einer Überkompensation

Transparenzanforderungen

nicht zutreffend

Höhe der gewährten Beihilfen

2016:	396.260 EUR
2017:	427.380 EUR

3) Stadt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betreibung der städtischen Tourist-Information mit Nebenleistungen

Formen der Betrauung

Zuwendungsbescheid

Betrauungsdauer

01.01.2017 . 31.12.2026

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

nicht rückzahlbarer Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

jährliche Zuschusszahlung auf Grundlage eines Bescheides

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jährliche Kontrolle und Rückforderung des gegebenenfalls überzahlten Betrages

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

bis zu 2.000.000 € in 10 Jahren

2016: 0 €

2017: 180.000 €

4) Stadt**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Bereitstellung touristischer Einrichtungen

Formen der Betrauung

Betrauungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Ausgleichszahlungen; Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

jährliche Kontrollen durch Jahresabschluss und Spartenrechnung

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 162.000 EUR

2017: 180.000 EUR

5) Marketing GmbH (Stadt)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Erhöhung der touristischen Anziehungskraft und Profilierung der Stadt als Kunst- und Kulturstadt, Kongress- und Tagungsdestination, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie Metropole im Grünen mit reizvollem Umland bei gleichzeitiger Förderung eines sozial- und umweltverträglichen Tourismus und damit Verbesserung des Images der Stadt sowie deren Positionierung im Tourismussektor als kommunale Wirtschaftsförderung im öffentlichen Interesse.

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid)

Betrauungsdauer

1 bis 2 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

entfällt

Beihilfeinstrumente

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Kapitaleinlagen zum Ausgleich von Jahresverlusten.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung (Trennungsrechnung)).

Wird eine Überkompensation von mehr als 10 % der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge an die Stadt zurückzuzahlen. Eine Überkompensation von max. 10 % wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017 (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
Gesamtbetrag gewährte Beihilfen	
2.826 TEUR	2.840 TEUR
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss; Bürgschaft u. s. w.)	
Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 2.826 TEUR	Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 2.840 TEUR
Zusätzliche - ggf. geschätzte – quantitative Informationen (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebeträge Größe der Unternehmen)	

<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Unternehmen (Eigengesellschaft der Stadt)	<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Unternehmen (Eigengesellschaft der Stadt)
<u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 358 TEUR Beschäftigte: 20	<u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 219 TEUR Beschäftigte: 20

6) Land

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Touristische Vermarktung des Freistaates Sachsen

Formen der Betrauung

Rahmenvertrag zwischen Freistaat Sachsen und der Gesellschaft mbH

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Auftragnehmerin: Trennungsrechnung, Nachweis über Verwendung der Vergütung

Auftraggeberin: Prüfung der sachgerechten Verwendung der an die Auftragnehmerin gezahlten Vergütung, in Abhängigkeit des Prüfungsergebnisses ggfs. Rückforderung einer etwaigen Überkompensation

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 5.343.000,00 €

2017: 5.468.266,00 €

7) Kurbetriebsgesellschaft GmbH - Region

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Förderung der Region als Kur- und Erholungsgebiet und aller damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten
- die von der Gesellschaft wahrzunehmenden Aufgaben umfassen dabei

Betrieb einer Therapie- und Kurmittelabteilung der Stadt

Betrieb und Erhaltung des Spa inklusive:

- Badelandschaft
- Saunalandschaft
- Vital Center
- Seminar und Veranstaltungsbereich

Betrieb und Erhaltung eines Seminar und Veranstaltungsbereiches inklusive Kursaal

Betrieb und Erhaltung der Garten- und Parklandschaft

Formen der Betrauungen

einseitiger Akt der Gesellschafter

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuwendung, Gesellschafterbeiträge oder andere Begünstigungen, wie Kommunalbürgschaften

Ausgleichsmechanismus

- Zum Ausgleich der im Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI entstehenden Kosten und zur Sicherung der Tätigkeit der Gesellschaft können die Gesellschafter Zuwendungen beziehungsweise Gesellschafterbeiträge leisten; die Höhe der jeweiligen Beiträge der Gesellschafter richtet sich dabei nach der Höhe der Beteiligung an der Gesellschaft; abweichend dazu kann sich die Höhe des anteiligen Beitrages auch aus dem im Gesellschafterkreis vereinbarten Verteilerschlüssel ergeben; die Aufteilung nach abweichendem Verteilerschlüssel bedarf eines Gesellschafterbeschlusses; andere Begünstigungen (z.B. Gewährung einer Kommunalbürgschaft) die diesem Ausgleich dienen sollen, sind im jeweiligen Jahres-Wirtschaftsplan oder anderweitig gesondert nachzuweisen.
- Höhe der Ausgleichsleistung ergibt sich aus einem entsprechenden Gesellschafterbeschluss auf Basis des Wirtschaftsplans des jeweiligen Jahres;
- kein Rechtsanspruch der Gesellschaft auf die Ausgleichsleistung
- Änderungen der Art und Höhe der Ausgleichsleistung bleiben den Gesellschaftern vorbehalten.
- unvorhersehbare Ereignisse aufgrund der Erbringung von DAWI, die zu höheren nicht gedeckten Kosten führen, werden nur in begründeten Ausnahmesituationen auf Antrag der Gesellschaft ausgeglichen; hierfür ist der Nachweis der Gesellschaft notwendig, dass solche höheren Kosten tatsächlich für die Erbringung von DAWI entstanden sind

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Ausgleichsleistungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der DAWI verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken („**Nettokosten**“)
- Nettokosten werden auf Basis aller Ist-Daten gemäß Wirtschaftsplan und Jahresabschluss der Gesellschaft ermittelt; hierfür werden die insgesamt anfallenden handelsrechtlichen Aufwendungen und Erträge erfasst und dann um die Aufwendungen und Erträge für die sonstigen Bereiche, die nicht zu den DAWI zählen, bereinigt

- jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres hat die Gesellschaft den Nachweis über die Verwendung der Mittel im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses zu führen
- Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI werden getrennt zu den sonstigen Bereichen, die nicht zu den DAWI zählen, geführt, wobei die Schlüsselung für die Zuordnung der anteiligen Gemeinkosten in dieser Trennungsrechnung durch die Gesellschaft zu erläutern ist
- jährlich erfolgt eine sog. beihilferechtliche Abrechnung, bei welcher die Nettokosten zuzüglich der anteiligen Gemeinkosten und einer angemessenen Rendite (auszugleichender Betrag) der auf das Prüfungsjahr entfallenden Ausgleichsleistungen gegenüber gestellt werden
- ergibt diese beihilferechtliche Abrechnung eine Überkompensierung von mehr als 10% des im Prüfungsjahr anzusetzenden auszugleichenden Betrages, so ist der Betrag, der 10% des auszugleichenden Betrages überschreitet, an die Gesellschafter (entsprechend der anteilmäßigen Verteilung ihrer Zuwendungen) zurückzuerstatten
 - Überprüfung erfolgt durch Gesellschafter im Rahmen der jährlichen Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschlusses, da die beihilferechtliche Abrechnung mit dem jeweiligen Jahresabschluss aufzustellen und den Gesellschaftern vorzulegen ist; zudem sind die Gesellschafter berechtigt sämtliche Unterlagen, Belege, etc. überprüfen zu lassen

Transparenzanforderungen

- entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016:	108.900 EUR
2017:	264.305,60 EUR (95.800 € + 168.505,60€)

8) Bewilligungen Förderbank (15 Vorgänge)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Gefördert werden folgende Maßnahmen:

Tourismusmarketing:

- touristische Marketingmaßnahmen aus den Destinationen, die geeignet sind, vorrangig neue Gäste von außerhalb Sachsens zu gewinnen und das Image der Destinationen im In- und Ausland zu stärken;
- innovative Marketingmaßnahmen mit Wirkung außerhalb Sachsens, die der Umsetzung der touristischen Dachmarke Sachsens dienen;
- Maßnahmen der Marktforschung für die Destinationen.

Destinationsentwicklung:

- Maßnahmen, die geeignet sind, eine wettbewerbsfähige Destination entsprechend der jeweils aktuellen Tourismusstrategie zu entwickeln;
- Maßnahmen, die auf eine stärkere Nutzung von für den Tourismus zweckgebundener Finanzierungsinstrumente zielen;
- Maßnahmen zur Entwicklung grenzübergreifender Destinationen

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt jeweils mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid).

Betrauungsdauer

Die typische Betrauungsdauer beträgt 1 Jahr (max. 14 Monate).

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschüsse.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt über Verwendungsnachweise.

Wird eine Überkompensation von mehr als 10% der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge zurückzuzahlen. Eine

Überkompensation von maximal 10% wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen (für 15 Vorgänge)

2016: 1.759.000 EUR (gesamt)

2017: 2.610.000 EUR (gesamt)

Sport

1) Stadt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Errichtung eines Fußballstadions, Betreibung und Unterhaltung von zwei Hallenbädern, einem Freibad sowie einem Fußballstadion jeweils einschließlich dazugehöriger Anlagen, Ausstattungen und Einrichtungen

Formen der Betrauung

(1) Verwaltungsakt (Bescheid), (2) Betrauungsvertrag

Betrauungsdauer

Kalenderjahr (1); 10 Jahre (2)

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Verlustausgleichszahlung

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verpflichtung zur Abgabe von Quartalsberichten (Plan-Ist-Erfüllung; erfolgs- und liquiditätsbezogen) und zur Vorlage eines geprüften Jahresabschlusses, Verpflichtung zum Ausweis einer Überkompensation

Transparenzanforderungen

nicht zutreffend

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 6.225.357 EUR

2017: 2.858.877 EUR

2) Stadt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Gesundheitsvorsorge durch die Zurverfügungstellung öffentlicher Bäder und Naherholungsgebiete

Formen der Betrauung

Betrauungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Ausgleichszahlungen

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

jährliche Kontrolle durch Jahresabschluss und Spartenrechnungen

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 696.000 EUR

2017: 709.000 EUR

3) Bäder GmbH (Stadt)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Planung, Bau, Betreibung und Unterhaltung der Hallenbäder und Freibäder sowie Durchführung aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte. Dazu gehören insbesondere die Gewährleistung eines sicheren Badbetriebs aller Nutzergruppen – Öffentlichkeit, Schulen, Vereine – sowie die termingerechte Bereitstellung eines möglichst bedarfsgerechten Angebots für den Schul-Gesundheits-, Vereins-, Breiten und Leistungssport in allen Schwimmsportarten im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid)

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

entfällt

Beihilfeinstrumente

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Kapitaleinlagen zum Ausgleich von Jahresverlusten, zur Finanzierung von Investitionen.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung), Führung einer Trennungsrechnung. Anhand der jeweiligen Jahresabschlüsse wird jeweils nach einem Dreijahreszeitraum festgestellt, ob eine Überkompensation erfolgte. In diesem Fall kann eine Überkompensation, die den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt, auf das darauffolgende Kalenderjahr übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden. eine darüber hinaus verbleibende Überkompensation ist unverzüglich zurückzuzahlen.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017 (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
Gesamtbetrag gewährte Beihilfen	
12.600 TEUR	13.500 TEUR
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss; Bürgschaft u. s. w.)	
Kapitaleinlagen für investive Zwecke 6.500 TEUR	Kapitaleinlagen für investive Zwecke 8.260 TEUR
Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 6.100 TEUR	Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 5.240 TEUR
Zusätzliche - ggf. geschätzte – quantitative Informationen (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrags Größe der Unternehmen)	
<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Unternehmen (Minderheitsgesellschaft der Stadt)	<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Unternehmen (Minderheitsgesellschaft der Stadt)
<u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 5.964 TEUR	<u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 5.794 TEUR

4) Eissport und Freizeit GmbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Durch die Zuwendung wird die Zuwendungsempfängerin im öffentlichen Interesse, insbesondere im Interesse der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur allgemein in die Lage versetzt, gemäß ihrem Satzungszweck die Sicherung und Entwicklung des Freizeitsportangebotes für die Bürgerinnen und Bürger im Sport- und Kulturbereich sowie die Sportförderung auf den Gebieten des Breitensports, des Leistungssports und der Nachwuchsförderung im Stadtgebiet durchzuführen. Das Unternehmen betreibt die im Eigentum der Stadt befindlichen Grundstücke und aufstehenden Gebäude, einschließlich aller Nebenanlagen. Diese werden im Rahmen von kostenlosen Nutzungsverträgen zur Verfügung gestellt. Des Weiteren kann die Gesellschaft alle gemeinwohlorientierten Tätigkeiten, die zur Verwirklichung dieser satzungsmäßigen Aufgaben erforderlich sind, realisieren.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheides

Betrauungsdauer

Jeweils für ein Jahr, keine Betrauung über 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

- Zuschüsse
- Unentgeltliche Leihe von Immobilien (Immobilien sind zur Erbringung der öffentlichen Aufgaben notwendig)

Ausgleichsmechanismus

- institutionelle Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung in Form eines echten, nicht rückzahlbaren Zuschusses
- Alle eigenen Mittel und alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Beiträge und

Spenden) der Zuwendungsempfängerin sind als Deckungsmittel für alle Aufwendungen einzusetzen. Der Wirtschaftsplan ist verbindlich.

- Die Zuwendungsempfängerin ist verpflichtet, verfügbare öffentliche Zuweisungen, gesetzliche Auszahlungen und Fördermittel rechtzeitig und in größtmöglichem Umfang für sich selbst zu beantragen.
- Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Wirtschaftsplan veranschlagten Gesamtaufwendungen für die geförderten öffentlichen Aufgaben oder erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Auszahlung der Zuwendung in Teilbeträgen auf Anforderung der Zuwendungsempfängerin mit Nachweis des Liquiditätsbedarfes
- quartalsweise Berichterstattung in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung über den Stand der Finanzierung der Aufgabenerledigung (Plan-Ist-Vergleich).
- Zuwendung unter Vorbehalt, dass keine Überkompensierung für die Erledigung der Gemeinwohlverpflichtung erfolgt
- Vorlage eines Verwendungsnachweises im Rahmen des Jahresabschlusses der Zuwendungsempfängerin sowie ggf. mit gesonderter Anlage (bei Durchführung von nicht zuwendungsfähige DAWI-Nebengeschäften), zahlenmäßiger Nachweis erfolgt auf Grundlage des testierten Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht) und Trennungsrechnung
- Wird eine Überkompensierung festgestellt, so ist diese grundsätzlich an die Stadt zurückzuzahlen. Die Beträge sind als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt darzustellen. Für den Fall, dass die Überkompensation den durchschnittlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt, kann sie auf den nächstfolgenden Bewilligungszeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.

Transparenzanforderungen

Trifft nicht zu, da Beihilfen unter 15 Mio. €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
1.170.000,00 € als institutionelle Förderung34.912,00 € BSÄ für unentgeltliche Überlassung von Immobilien 40.000,00 € als Projektförderung	1.175.000,00 € als institutionelle Förderung40.500,00 € BSÄ für unentgeltliche Überlassung von Immobilien 420.000,00 € als Projektförderung
Gesamt: 1.244.912,00 €	Gesamt: 1.635.500,00 €

Naturschutz und Landschaftspflege

Landkreis

Hinweis: Die Betrauung wird nach Inkrafttreten der Mitteilung zum Beihilfebegriff nicht mehr weitergeführt. s. u.

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder; das Unternehmen wird in die Lage versetzt, gemäß Gesellschaftszweck alle Aufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege, die dazu beitragen, die natürlichen Lebensbedingungen für die frei lebende Tier- und Pflanzenwelt als Grundlage für die eigene menschenwürdige Existenz zu schützen, zu erhalten, zu pflegen und gegebenenfalls wiederherzustellen sowie die Bürger über die Wirkungsweise und Bedeutung von Natur und Landwirtschaft zu informieren und das Verständnis für die Verantwortung des Menschen für seine Umwelt zu fördern.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheides

Zuwendungsbescheid - institutionelle Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung

Zuwendungsbescheid – investive Förderung (Projektförderung)

Liquiditätsdarlehen zur Sicherung der Liquidität aufgrund notwendiger Vorfinanzierung von Fördermaßnahmen

Betrauungsdauer

1 Jahr für Zuschuss allg. Geschäftsbetrieb

2 Jahre für inv. Zuschuss

Liquiditätsdarlehen 4 Jahre

keine Betrauung über 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse; Liquiditätsdarlehen

Ausgleichsmechanismus

Anwendung der Kostenallokationsmethode;

durch Zahlung eines Zuschusses (Ratenzahlung) Deckung der Kosten (Aufwendungen, die dem Zuwendungszweck dienen), die bei der Erbringung der Dienstleistung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen stehen

Kostenstellenrechnung, klare Trennung vom wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Festlegungen im Zuwendungsbescheid: zweckgebunden, Rückforderungsanspruch bei nachträglicher Ermäßigung oder Änderung der Finanzierung; Mittelbindungspflicht bei Änderung der Umstände, höhere Erträge, niedrigere Aufwendungen, Aufnahme weiterer Tätigkeiten; quartalsweise Berichterstattung über Stand der Finanzierung der Aufgabenerledigung an Zuwendungsgeber; Abgabe Verwendungsnachweis; im Verwendungsnachweis Bestätigung der Erfüllung des Verwendungszweckes und der Ordnungsmäßigkeit der nachgewiesenen Aufwendungen durch einen Wirtschaftsprüfer. Festgestellte Überkompensationen sind grundsätzlich anteilig an den Landkreis zurückzuzahlen. Verzinsung Erstattungsanspruch nach § 1 Sächs-VwVfZG i. V. m. § 49a VwVfG.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016

499.210,32 EUR Zuschuss allgemeiner Geschäftsbetrieb

120.000,00 EUR investiver Zuschuss

400.000,00 EUR Liquiditätsdarlehen

2017

Aufgrund der Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe i.S. des Artikels 107 Abs. 1 AEUV ist in 2017 keine Betrauung mehr erfolgt.

Zoo

Zoo GmbH (Stadt)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betreibung des zoologischen Gartens der Stadt, Tierhaltung und Tiervermehrung, Betreuung und Förderung wissenschaftlicher Forschung auf den Gebieten der Zoologie, der Tiermedizin und der Tiergartenbiologie, Förderung des Artenschutzes

Formen der Betrauung

Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid)

Betrauungsdauer

1 bis 2 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

entfällt

Beihilfeinstrumente

Gewährung der Ausgleichsleistungen in Form von Kapitaleinlagen zum Ausgleich von Jahresverlusten, zur Finanzierung von Investitionen sowie als Verzicht auf eine angemessene Höhe der Erbbaupacht.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Kontrolle über Verwendungsnachweis (jährlicher Sachbericht, handelsrechtlicher Jahresabschluss einschl. Bericht über die Abschlussprüfung, Bescheinigung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Ordnungsmäßigkeit der getrennten Kontenführung (Trennungsrechnung)).

Wird eine Überkompensation von mehr als 10 % der für den Bewilligungszeitraum gewährten Mittel festgestellt, sind die übersteigenden Beträge an die Stadt zurückzuzahlen. Eine Überkompensation von max. 10 % wird mit dem Zuwendungsbescheid des nächstfolgenden Bewilligungszeitraumes verrechnet, andernfalls zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017 (vorläufige Werte, Verwendungsnachweis steht noch aus)
Gesamtbetrag gewährte Beihilfen	
3.982 TEUR	6.374 TEUR
Anteil der Aufwendungen pro Beihilfeinstrument (Zuschuss; Bürgschaft u.s.w.)	
Kapitaleinlagen für investive Zwecke 1.550 TEUR	Kapitaleinlagen für investive Zwecke 3.942 TEUR
Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 2.295 TEUR	Kapitaleinlagen zum Verlustausgleich 2.295 TEUR
Verzicht auf angemessene Erbbaupacht 137 TEUR	Verzicht auf angemessene Erbbaupacht 137 TEUR
Zusätzliche - ggf. geschätzte – quantitative Informationen (z.B. Anzahl der Begüns-	

tigten, durchschnittlicher Beihilfebetrags Größe der Unternehmen)	
<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Unternehmen (Eigengesellschaft der Stadt)	<u>Anzahl der Begünstigten:</u> 1 Unternehmen (Eigengesellschaft der Stadt)
<u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 3.529 TEUR Beschäftigte: 73	<u>Größe des Unternehmens:</u> Umsatz: 3.292 TEUR Beschäftigte: 74

Bildungseinrichtungen

1) *Musikschule*

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrieb einer Musikschule, Erteilung von Instrumental- und Vokalunterricht, musikalischer Frühunterricht, überregionale Begabtenförderung

Formen der Betrauung

Weisung an Eigenbetriebsleitung

Betrauungsdauer

Kalenderjahr

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Verlustrückzahlungen

Ausgleichsmechanismus

Kostanallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verpflichtung zur Abgabe von Quartalsberichten (Plan-Ist-Erfüllung; erfolgs- und liquiditätsbezogen) und zur Vorlage eines geprüften Jahresabschlusses, Verpflichtung zum Ausweis einer Überkompensation

Transparenzanforderungen

nicht zutreffend

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1.322.037 EUR

2017: 1.393.000 EUR

2) Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Das FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) hat im Rahmen seines Gesellschaftszwecks die Aufgabe, audiovisuelle Bildungsmedien herzustellen und deren Verwendung als Lehr- und Lernmittel in Bildung, Erziehung und Wissenschaft zu fördern und damit der Allgemeinheit zu dienen. Dazu gehören auch die Distribution von Bildungsmedien und die Beratung bei der Entwicklung und Beschaffung geeigneter Geräte.

Formen der Betrauung

Übertragung einer Aufgabe der Länder mit spezifischem Gemeinwohlbezug (hier: Versorgung des Bildungsbereichs, insbesondere öffentlicher Schulen, mit geeigneten audiovisuellen Medien) als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) an das FWU.

Betrauungsdauer

10 Jahre (ab dem 22.09.2016)

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

finanzielle Ausgleichsleistungen

Ausgleichsmechanismus

Zum Ausgleich für die mit der Erbringung der DAWI durch das FWU verbundenen Gemeinwohlverpflichtungen gewährt das Land im Zusammenwirken mit den anderen Ländern Ausgleichsleistungen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von DAWI entsteht, führt das FWU jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsrechnung.

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichsleistungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, mindestens für einen Zeitraum von 10 Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen (Freistaat Sachsen)

2016: 19.473,00 Euro

2017: 24.713,00 Euro

Parkraumbewirtschaftung

Stadt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Parkraumbewirtschaftung

Formen der Betrauung

Betrauungsakt

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Ausgleichszahlungen

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

jährliche Kontrolle durch Jahresabschluss und Spartenrechnung

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 419.000 EUR

2017: 406.000 EUR

Jugendherbergen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Neuerrichtung einer Jugendherberge zur Beherbergung von Personen bis 27 Jahren einschließlich ihrer Personensorge-bzw. Erziehungsberechtigten sowie aufsichtspflichtiger Betreuungspersonen

Die Investitionsförderung dient der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse an der Jugendherberge, hier:

Übernachtung, Verpflegung, lehrplanbezogene Projekte der Schulklassen, Fortbildung, internationale Jugendbegegnung, sportliche Betätigung, Erholung junger Familien von Personen bis 27 Jahren einschließlich ihrer Personensorge- bzw. Erziehungsberechtigten sowie aufsichtspflichtiger Betreuungspersonen

Formen der Betrauung

Zuwendungsbescheid gemäß §§ 23 und 44 Sächsische Haushaltsordnung i. V. m. der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Förderung von Investitionen für Jugendhilfeeinrichtungen (FRL Investitionen) vom 30. Juli 2008

Betrauungsdauer

25 Jahre

Aufgrund des engen Sachzusammenhangs zwischen der Gewährung der Zuwendung und der Erfüllung von Gemeinwohlverpflichtungen sowie aufgrund des erheblichen Umfangs der zu tätigenen Investition wird die Zuwendung als Ausgleichszahlung im Sinne des DAWI-Beschlusses für den Zeitraum der Zweckbindung dieser Zuwendung gewährt.

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuwendung auf der Grundlage der §§ 23 und 44 Sächsische Haushaltsordnung

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Vermeidung:

Gemäß der dem Zuwendungsbescheid zugrunde liegenden Prognosekalkulation ist eine Ausgleichsleistung i. H. v. 5.742.783 Euro zulässig. Davon abweichend wurde die Zuwendung nur i. H. v. 5.705.300 Euro gewährt. Dieser Puffer erbringt einen zusätzlichen Effekt zur Vermeidung von Überkompensation.

Rückzahlung:

Im Zuwendungsbescheid (Nr. 4.6 und 4.7) wurde festgelegt, dass der Zuwendungsempfänger für jedes Jahr zu belegen hat, dass der anteilige Zuwendungsbetrag durch Nettokosten gedeckt ist. Der Zuwendungsgeber prüft dies alle drei Jahre. Soweit dabei festgestellt wird, dass die (Netto-)Kostendeckung um maximal 10 Prozent unterschritten wird, ist diese Unterdeckung innerhalb des Betrachtungszeitraums ausgleichsfähig. Gelingt dieser Ausgleich nicht, so wird die Zuwendung in Höhe der Überkompensation zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da es sich hier um keine Beihilfe von mehr als 15 Mio. Euro handelt.

Höhe der gewährten Beihilfen

- Zuwendung gesamt: 5.705.300 Euro (Landesmittel) für den Zeitraum 2015-2018
(keine Mittel von regionalen und lokalen Behörden)

- zuwendungsfähige Gesamtausgaben: 7.011.675 Euro
- Zuwendungshöhe **2016** lt. Bescheid: 770.000 Euro (Auszahlung 770.000 Euro)
- Zuwendungshöhe **2017** lt. Bescheid: 2.553.423 Euro (Auszahlung 500.000 Euro)

Verbraucherzentrale

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Der Freistaat Sachsen betraute die Verbraucherzentrale e. V. befristet für die Jahre 2015 – 2019 mit der Erbringung nachstehender Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, die die Verbraucherzentrale e. V. jeweils im Einklang mit ihrem Vereinszweck und ihrer Satzung diskriminierungsfrei allen Bürgern für das gesamte Gebiet des Freistaates Sachsen dauerhaft anzubieten hat und die in Bezug auf Qualität, Zugang, Umfang, Bezahlbarkeit, Verfügbarkeit und/oder Dauerhaftigkeit aufgrund ihrer strukturellen Unwirtschaftlichkeit durch andere private Marktteilnehmer nicht oder nicht in der gewünschten Form zur Verfügung gestellt werden (können):

Persönliche, telefonische Beratung und/oder Beratung in Textform von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Erwerb und Konsum von Waren und Dienstleistungen kostenfrei oder zu jeweils sozialverträglichen Beratungsentgelten durch die Verbraucherzentrale e. V.

Themenfelder der Beratung sind:

Bauberatung (Rechts,-Finanzierungs- und Energieberatung)

Wohnen (Recht, Energie, Heizkosten)

Finanzen und Versicherungen

Markt und Recht, Haushalt und Umwelt, Lebensmittel und Ernährung,

Telekommunikation, Telemedien und Medien allgemein

Reise, Freizeit, Mobilität

Pflege (Pflege von Familienangehörigen, Pflegeverträge)

Verbraucheraufklärung (Vermittlung von marktwirtschaftlichen Daten und Zusammenhängen, die Verbrauchern ein selbstbestimmtes Verhalten am Markt ermöglichen.)

Verbraucherbildung (Vermittlung von Alltagskompetenzen, insbesondere Finanzkompetenz)

Formen der Betrauung

Betrauungsakt gemäß Art. 4 des DAWI-Freistellungsbeschlusses

Betrauungsdauer

2015 - 2019

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Projektförderung mittels Zuwendungsbescheid

Ausgleichsmechanismus

Zur Bemessung der Ausgleichsleistungen dient der eingereichte Finanzierungsplan. Die Zuweisung wird entsprechend dem Finanzierungsplan eingesetzt. Der Finanzierungsplan ist verbindlich und Bestandteil des Bescheides.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Nachweis der Verwendung der Mittel gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses durch Erstellung eines Verwendungsnachweises je Haushaltsjahr über die Zuwendung sowie über alle sonstigen Einnahmen und Ausgaben in Form eines zahlenmäßigen Nachweises und eines Sachberichtes bis zum 30. Juni des darauffolgenden Haushaltsjahres. Ergibt sich im Zuge der Prüfung des Verwendungsnachweises eine Überkompensierung, so ist die Zuwendung um den vollen in Betracht kommenden Betrag zu erstatten.

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

Zuweisung des Freistaates Sachsen an die Verbraucherzentrale Sachsen e. V. in Höhe von 2,0 Mio. Euro pro Jahr

2016: 2.000.000 €

2017: 2.000.000 €

sonstige

1) FVG – Förder- und Verwaltungsgesellschaft für Wirtschaft, Kultur und Sport mbH

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgte eine Betrauung der FVG Förder- und Verwaltungsgesellschaft für Wirtschaft, Kultur und Sport mbH. Die Stadt ist als alleinige Gesellschafterin am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt. Der Gegenstand des Unternehmens ist im Gesellschaftsvertrag geregelt. Die FVG geht überwiegend folgenden Betätigungen nach: Bewirtschaftung, Verwaltung und Vermietung in den Unternehmensbereichen Stadtbibliothek, Stadtmuseum, Stadtgalerie, Heimattiergarten, Kloster, Märkte/Catering, SACHSENarena und WM-Halle. Die Stadt betraut die FVG mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zwecks Bereitstellung und Betrieb von kulturellen und der sportlichen Betätigung dienenden öffentlichen Einrichtungen im Gebiet der Stadt und mit der Durchführung kultureller, gesellschaftlicher und Sportveranstaltungen sowie hiermit im Zusammenhang stehender Nebenleistungen.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt in Form eines Beschlusses des kommunalen Gremiums in Verbindung mit Zuwendungsbescheid und Gesellschaftervertrag.

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Ausgleichsleistung als Kapitaleinlage durch Übernahme des durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung entstehenden Defizits des Unternehmens.

Ausgleichsmechanismus

Die Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite aus dem für die Erfüllung dieser Verpflichtung eingesetzten Eigenkapital abzudecken.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Nachweis jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres durch den der Stadt zur Verfügung gestellten Jahresabschluss

Transparenzanforderungen

entfällt

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
1.181.200,00 EUR	1.131.200 EUR
(davon:	(davon:
Stadtmuseum 262.200,00 EUR	Stadtmuseum 262.200,00 EUR
Stadtbibliothek: 314.300,00 EUR	Stadtbibliothek: 314.300,00 EUR
Tierpark: 192.300,00 EUR	Tierpark: 192.300,00 EUR
WM-Halle: 159.600,00 EUR	WM-Halle: 159.600,00 EUR
Städt. Veranstaltungen: 252.800,00 EUR	Städt. Veranstaltungen: 202.800,00 EUR

2) Veranstaltungszentren GmbH (Stadt)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Durch die Zuwendung wird die Zuwendungsempfängerin im öffentlichen Interesse, insbesondere im Interesse der Wirtschaftsförderung sowie der Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt und der Attraktivität der Stadt als Wohnort, allgemein in die Lage versetzt, gemäß ihrem Gesellschaftszweck Veranstaltungen der Unterhaltungs- und der ernsten Kunst einschließlich Theateraufführungen, Festen, Feierstunden, Sport- und sonstigen Veranstaltungen aller Art, Kongresse, Tagungen, Semina-

re, Präsentationen sowie Messen und Ausstellungen und alle dazugehörigen Dienstleistungen im Stadtgebiet durchzuführen, die dafür geeigneten Gebäude und Freiflächen einschließlich aller Nebenanlagen zu errichten und zu betreiben sowie alle gemeinwohlorientierten Tätigkeiten, die zur Verwirklichung dieser satzungsmäßigen Aufgaben erforderlich sind, zu realisieren (*Zuwendungszweck*).

Außerdem wurde über die RL Klima/2014 ein Einzelprojekt (Einbau von Deckenstrahlheizungen in Messehallen) gefördert.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt in Form eines Zuwendungsbescheids

Betrauungsdauer

jeweils für ein Jahr, keine Betrauungen über 10 Jahre

Einzelprojekt: 01.01.2015 – 30.06.2017

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

- Zuschüsse;
- Bürgschaften zur Besicherung zweckgebundener Darlehen (Darlehen sind zur Erbringung der öffentlichen Aufgaben notwendig, mit denen das Unternehmen betraut ist),
- unentgeltliche Leihe von Immobilien (Immobilie ist zur Erbringung der öffentlichen Aufgaben notwendig, mit denen das Unternehmen betraut ist),

Ausgleichsmechanismus

- Kostenallokationsmethode
- institutionelle Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung in Form eines echten, nicht rückzahlbaren Zuschusses
- Alle eigenen Mittel und alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter, Beiträge und Spenden) der Zuwendungsempfängerin sind als Deckungsmittel für alle Aufwendungen einzusetzen. Der Wirtschaftsplan ist verbindlich.

- Der Zuwendungsempfängerin ist verpflichtet, verfügbare öffentliche Zuweisungen, gesetzliche Auszahlungen und Fördermittel rechtzeitig und in größtmöglichem Umfang für sich selbst zu beantragen.
- Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Wirtschaftsplan veranschlagten Gesamtaufwendungen für die geförderten öffentlichen Aufgaben oder erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Auszahlung der Zuwendung in Teilbeträgen auf Anforderung der Zuwendungsempfängerin mit Nachweis des Liquiditätsbedarfes
- quartalsweise Berichterstattung in Form einer Gewinn- und Verlustrechnung über den Stand der Finanzierung der Aufgabenerledigung (Plan-Ist-Vergleich).
- Zuwendung unter Vorbehalt, dass keine Überkompensierung für die Erledigung der Gemeinwohlverpflichtung erfolgt
- Vorlage eines Verwendungsnachweises im Rahmen des Jahresabschlusses der Zuwendungsempfängerin sowie ggf. mit gesonderter Anlage (bei Durchführung von nicht zuwendungsfähige DAWI-Nebengeschäften), zahlenmäßiger Nachweis erfolgt auf Grundlage des testierten Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht) und Trennungsrechnung
- Wird eine Überkompensierung festgestellt, so ist diese grundsätzlich an die Stadt zurückzuzahlen. Die Beträge sind als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt darzustellen. Für den Fall, dass die Überkompensation den durchschnittlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt, kann sie auf den nächstfolgenden Bewilligungszeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.

Transparenzanforderungen

entfällt, da Beihilfen unter 15 Mio. €

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
3.850.000 € institutionellen Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung	4.500.000 € institutionellen Förderung als anteilige Fehlbedarfsfinanzierung
380.203 € BSÄ für Bürgschaften	357.051 € BSÄ für Bürgschaften
42.332 € BSÄ für die unentgeltliche Überlassung einer Immobilie	39.673 € BSÄ für die unentgeltliche Überlassung einer Immobilie
554.450 € Projektförderung (anteilige Investitionsfinanzierung)	2.920.660 € Projektförderung (anteilige Investitionsfinanzierung)
	<i>90.949,00 € für Einzelprojekt</i>
Gesamt: 4.826.985 €	Gesamt: 7.908.333 €

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Es wurden keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 notifiziert.

4. Beschwerden Dritter

Derzeit liegt der Kommission eine Beschwerde Dritter in Bezug auf die dem FWU gewährten Ausgleichszahlungen vor. Diese werden von den Beschwerdeführern als unrechtmäßige Beihilfe angesehen. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundeswirtschaftsministerium, hat der Kommission eine Stellungnahme zukommen lassen, in der begründet wird, weshalb die Ausgleichszahlungen unter dem Aspekt der bestehenden Beihilfen und unter Berücksichtigung des DAWI-Beschlusses rechtmäßig geleistet werden. Eine Entscheidung der Kommission in der Sache ist noch nicht erfolgt.

5. Sonstige Fragen

Der Freistaat Sachsen weist darauf hin, dass die Anwendung des DAWI-Freistellungsbeschlusses die Praxis im Berichtszeitraum - teilweise weiterhin - insbesondere vor folgende Herausforderungen gestellt hat:

- Ausschreibung führt nach bisheriger Auffassung der KOM nicht zur Beihilfefreiheit, wenn nur ein Angebot eingeht. Dies ist eine für die Praxis problematische Regelung (insb. im Rettungsdienst), wir bitten um Lockerung mindestens entsprechend NoA
- Zwang zur Istkostenabrechnung ohne die in der AGVO zugelassene Alternative der Verbindlicherklärung einer belastbaren Prognose und Zwang zur Kontrolle bereits jeweils nach drei Jahren, während in der AGVO der Kontrollzeitpunkt nicht geregelt ist, führt zu einer höheren Belastung bei gemeinwohlorientierten im Vergleich zu sektoralen Maßnahmen.
- Anhaltende Unsicherheiten beim angemessenen Gewinn. Für Kleinfälle wäre ein auf den Umsatz bezogener safe harbour hilfreich (statt Kapitalrendite und statt Abzinsung)
- Nach NoA und den Diskussionen um den Tourismus bestehen Unsicherheiten vor Ort, ob alte Betrauungen aufgehoben werden sollen (teilweise geschehen, teilweise nicht)
- Unsicherheiten wegen des andauernden Monitorings Wirtschaftsförderung
- Unsicherheiten beim Umgang mit der Bereitstellung kommunaler Infrastrukturen für Mischzwecke (wie Stadthallen), insbesondere bei Verbindung mit vergünstigten Mietkonditionen für Veranstalter.

Rheinland-Pfalz

1. Übersicht über die Ausgaben

Nach den vorliegenden Informationen kann zusammenfassend mitgeteilt werden, dass die Gesamthöhe der Beihilfen im Jahr 2016, die auf der Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt wurden bei 31.998.270 EUR lag. Im Hinblick auf das Jahr 2017 ergibt sich eine Gesamthöhe von 36.857.295 EUR.

Auf der Grundlage des DAWI-Rahmens wurden keine Maßnahmen seitens der KOM genehmigt.

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereitstellung und Betrieb von öffentlichen Krankenhäusern mit den folgenden medizinischen Leistungen für die Bevölkerung vor Ort:

- Medizinische Grundversorgung mit den dazu gehörenden Untersuchungen und Behandlungen.
- Notfalldienste: Notarztdienst und ambulante und stationäre Aufnahme mit 24-Stunden Bereitschaft.
- Weitere medizinische Leistungen: chirurgische und internistische Ambulanz, ambulante Physiotherapie.
- Medizinische Versorgung von Patienten ohne Versicherungsschutz.
- Sicherstellung der Speisenversorgung für die Patienten sowie die Versorgung aller Bereiche mit Arzneimitteln sowie mit den für die Tätigkeiten notwendigen Sachmitteln.
- Ausbildung von medizinischem Personal: Krankenpflegeschule
- Ausbildung von Personal mit kaufmännischem und medizinisch-technischem Hintergrund.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte meistens mittels Beschluss des zuständigen kommunalen Entscheidungsträgers.

Betrauungsdauer

Meistens erfolgte die Betrauung für 10 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Die Finanzierung wurde meistens in Form von Zuschüssen und Darlehen zur Verfügung gestellt.

Ausgleichsmechanismus

Meistens wurde die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Im Rahmen der jährlichen Prüfung der Verwendungsnachweise wird sichtbar gemacht, ob überschüssige Zahlungen geleistet wurden und falls dies tatsächlich der Fall ist, erfolgt eine entsprechende Rückforderung.

Transparenzanforderungen

Keine Maßnahmen von mehr als 15 Mio. EUR pro Unternehmen.

Höhe der gewährten Beihilfen

- Für 2016 ergibt sich ein Gesamtbetrag von 8.175.793 EUR;
- Für 2017: 8.350.000 EUR;

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

b) Kinderbetreuung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Sanierung und Modernisierung von Kindertagesstätten, damit die Betreuung von Kindergartenkindern entsprechend gesichert ist.

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgten mittels Vertrag.

Betraugsdauer

Die Betrauungen wurden auf max. 10 Jahre begrenzt.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Die Beihilfen wurden in Form von Zuschüssen gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Es wird eine Prüfung der Verwendungsnachweise vorgenommen.

Transparenzanforderungen

Keine Beihilfen über 15 Mio. EUR.

Höhe der gewährten Beihilfen

Gesamt: 111.036 EUR

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt**Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

- Sozialpädagogische Beratung und Betreuung sowie Allgemeinbildung und Berufsvorbereitung, Fort- und Weiterbildung, Sozial- und Schuldnerberatung für Personen in sozialen Notlagen.
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler bei dem Übergang von der Schule in die Berufswelt.

Formen der Betrauung

Betrauung mittels kommunalen Beschluss.

Betraugsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jährlich wird eine Prüfung der Verwendungsnachweise vorgenommen und falls diese ergibt, dass Überkompensationen gezahlt wurden, wird eine Rückforderung angeordnet.

Transparenzanforderungen

Keine Maßnahmen von mehr als 15 Mio. EUR.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 117.714 EUR und 2017: 82.306 EUR.

d) Sozialer Wohnungsbau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die als DAWI definierte „soziale Wohnraumförderung“ in Rheinland-Pfalz verfolgt die Zielsetzung die Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Die Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung sind ausgerichtet auf sozialschwache Bevölkerungsgruppen, welche auf Unterstützung angewiesen sind, so z.B. Haushalte mit geringem Einkommen, ältere und behinderte Menschen, Studierende etc.

Die Dienstleistung ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Ersterwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnraumversorgungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und Wohnqualitäten, z.B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen.

Zugunsten der Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung kann auch eine Übernahme weiterer wohnungswirtschaftlicher, baulicher und sozialer Maßnahmen, insbesondere von solchen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Behebung sozialer Missstände und der Quartiersentwicklung, vereinbart werden.

Der Erbringer der Dienstleistung (wohnungswirtschaftliches Unternehmen/ Vermieter) stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem günstigen Preis an die beschriebene Zielgruppe vermietet wird.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt in der Regel mittels Verwaltungsakt.

Betrauungsdauer

Da im sozialen Wohnungsbau hohe Investitionen notwendig sind, liegt die Betrauungsdauer oft bei 15 bis 25 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Meistens werden die Finanzhilfen in Form von zinsverbilligten Darlehen und Zuschüssen gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Es wurde die Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Grundsätzlich werden die Ausgleichszahlungen so berechnet, dass eine eventuelle Überkompensation möglichst ausgeschlossen wird und dem dienstleistenden Unternehmen gar nicht erst zur Verfügung gestellt wird. Zudem sind noch der Widerruf der Förderung und die Rückforderung der gewährten Ausgleichszahlungen rechtlich vorgesehen.

Transparenzanforderungen

Es wurden keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR pro Unternehmen gewährt.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 10.510 Mio. EUR;

2017: 16.262 Mio. EUR

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

ii) Energie

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrieb eines Stromnetzes und die Sicherstellung der Energieversorgung in der Region.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte durch Satzung.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer ist auf 9 Jahre befristet.

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Gewinnverrechnung

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt im Rahmen der Überprüfung der Jahresabschlüsse.

Transparenzanforderungen

Keine Beihilfen über 15 Mio. EUR.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 380.000 EUR und 2017: keine Beihilfen.

iv) Wasserversorgung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Sicherstellung der Wasserversorgung in der Region, u.a. Gewinnung, Verteilung und Betrieb der dafür notwendigen Netze.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte mittels Satzung.

Betrauungsdauer

Begrenzt auf 9 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Gewinnverrechnung

Ausgleichsmechanismus

Verwendung der Kostenallokationsmethode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle erfolgt im Rahmen der Überprüfung der Jahresabschlüsse.

Transparenzanforderungen

Keine Beihilfen über 15. Mio. EUR.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 190.000 EUR. ; 2017: keine Beihilfen.

v) Kultur

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Organisation und Durchführung von Kulturveranstaltung, einschließlich der dafür notwendigen Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten, Personal und Sachmittel. Bei den Veranstaltungen handelte es sich insbesondere um Vorführungen aus den Bereichen Musik, Theater, Literatur und Kunst. Es wurden Ausstellungen, Festivals, Konzerte, Lesungen, Workshops, Feste, Seminare, Vorträge, politische Veranstaltungen, etc. durchgeführt.

Räumlich und thematisch verbunden mit den o.g. Leistungen ist gelegentlich auch der Betrieb eines lokalen Standort- und Touristik Büros. Dieses ist meistens im Kar-

tenvorverkauf für die o.g. Kulturveranstaltungen tätig und stellt eine Internetseite als allgemein zugängliche Informationsquelle über die Region zur Verfügung.

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgten mittels Verwaltungsakt.

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Die Beihilfen werden meistens als Zuschüsse gewährt. Manchmal dient der Zuschuss zum Verlustausgleich der Kultureinrichtung.

Ausgleichsmechanismus

Es wurde überwiegend die Kostenallokationsmethode verwendet.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Eine jährliche Überprüfung der Verwendung der Mittel wird vorgenommen (kurz: Verwendungsnachweis). Falls es sich im Rahmen dieser Prüfung herausstellt, dass Überkompensationen ausgezahlt wurden, werden die überschüssigen Beträge zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

Keine Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR.

Höhe der gewährten Beihilfen

Für das Jahr 2016 wurde ein Gesamtbetrag von 4.017.000 EUR gewährt. Im Jahr 2017 wurde ein Betrag von rund 2.599.000 EUR gewährt.

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Errichtung, Umbau und Modernisierung von Jugendherbergen.
- Bereitstellung und Betrieb von einer öffentlichen Tiefgarage.
- Bereitstellung und Betrieb von öffentlichen Parkhäusern, welche der besseren Erreichbarkeit der Innenstadt und der dort vorhandenen Institutionen (Ämter,

Behörden, Justizgebäude) dienen. Bereitstellung von Parkplätzen für Menschen mit Behinderung, Eltern mit Kindern und Frauenparkplätze.

- Bereitstellung und Betrieb von Sport- und Freizeitinfrastrukturen: Hallen- und Freibäder sowie Schwimmbäder für das Vereins- und Schulschwimmen, einschl. Sauna und Fitnessangeboten, Minigolfanlagen sowie Sport- und Mehrzweckveranstaltungshallen für Konzerte, Shows und Sportveranstaltungen.
- Allgemeine Maßnahmen zur Förderung des Tourismus auf lokaler Ebene, so zum Beispiel die Präsentation und die Koordinierung des touristischen Destinationsmarketings, die Entwicklung von Initiativen mit touristischem Hintergrund, Projektentwicklung, etc.
- Konzeption und Entwicklung von touristischen Maßnahmen sowie Sicherung der Qualität und Vernetzung der relevanten Akteure.
- Förderung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz. Als unabhängige Einrichtung initiiert sie verschiedene verbraucherschutzorientierte Projekte.
- Informations- und Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher zu verschiedenen Aspekten rund um das Thema „Pflege“ mit den damit verbundenen Dienstleistungen.
- Wirtschaftsförderung, u.a. Standortmarketing und Tourismusförderung.
- Bildungs- und Informationsangebote für die Bevölkerung im Bereich „Naturschutz und Landschaftspflege“. Maßnahmen zum Schutz, Erhalt und Pflege der natürlichen Lebensbedingungen für die frei lebenden Tiere und Pflanzen.
- Umsetzung des Nahverkehrsplans (u.a. Unterhaltung der Infrastruktur für den ÖPNV, Erbringung von Verkehrsleistungen im „Anruf-Sammel-Taxi-Verkehr“, Beratung im ÖPNV).

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgten mittels Verwaltungsakt oder durch Beschluss der zuständigen kommunalen Gremien, manchmal auch durch Gesellschaftervertrag.

Betrauungsdauer

Bei vielen Betrauungen liegt die Betrauungsdauer bei 10 Jahren. Bei machen Betrauungen, welche mit hohen Investitionen verbunden sind, liegt sie bei 25 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine.

Beihilfeinstrumente

Die Förderungen wurden meistens in Form von Zuschüssen zur Verfügung gestellt. Gelegentlich wurden Bürgschaften und Darlehen gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Meistens wird die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Vermeidung von Überkompensationen erfolgt im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise. Sollte im Rahmen dieser Prüfung festgestellt werden, dass überschüssige Beträge ausgezahlt wurden, so werden diese zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

Die Ausgleichszahlungen pro Unternehmen liegen unter 15 Mio. EUR.

Höhe der gewährten Beihilfen

Im Jahr 2016 wurden Beihilfen in einem Gesamtwert von 8.496.727 EUR gewährt. Im Jahr 2017 lag der Gesamtwert bei 9.563.989 EUR.

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Es wurden keine Maßnahmen seitens der EU KOM genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

Keine

5. Sonstige Fragen

Keine

Saarland

1. Übersicht über die Ausgaben

	2016	2017
	in Mio. Euro	
Förderung der Congress-Centrum Saar GmbH Kapitel - Fehlanzeige - vii) Sonstige Wirtschaftszweige, Seiten 4 und 7	2,400000	2,732531
Förderung der TZS Tourismus-Zentrale Saarland GmbH Kapitel - Fehlanzeige - vii) Sonstige Wirtschaftszweige, Seiten 7 und 10	0,561172	0,561186
Tourismusförderung, Referat MWAEV E/2 Kapitel - Fehlanzeige - vii) Sonstige Wirtschaftszweige, Seiten 10 und 11	1,744631	1,574631
Landeshauptstadt Saarbrücken Kapitel 1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b), Seiten 2 und 3 - Fehlanzeige - vii) Sonstige Wirtschaftszweige, Seiten 11 und 13	1,230447	1,037208
Summen	5,93625	5,905556

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

LHS

Landeshauptstadt Saarbrücken

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrieb des Klinikums Saarbrücken unter Einbeziehung des jeweils gültigen Krankenhausbedarfsplans zur Sicherstellung der bedarfsgerechten stationären und teilstationären Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes unabhängig von Einkommen und sozialem Status, sowie als akademisches Lehrkrankenhaus und damit Träger einer Ausbildungsstätte für Gesundheitsfachberufe sowie anderer Krankenhausberufe gemäß dem Krankenhausplan für das Saarland.

Formen der Betrauung

Betrauung per Gesellschafterbeschluss und Weisung an die Geschäftsführung dafür Sorge zu tragen, dass die Vorgaben des schriftlich fixierten Betrauungsaktes eingehalten werden.

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

nein

Beihilfeinstrumente

Bürgschaft

Ausgleichsmechanismus

ned-avoided-cost

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres Nachweis über Verwendung der Kompensation (hier verbürgter Kredit), durch den Jahresabschluss
- die Stadt ist berechtigt, zur Überprüfung die Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen einzusehen
- soweit eine Überkompensation eingetreten ist, hat die Stadt das Recht und die Pflicht, den überhöhten Betrag zurückzufordern

Transparenzanforderungen

k.A.

Höhe der gewährten Beihilfen

13.098,73 € Zinsvorteil in 2016

12.268,36 € Zinsvorteil in 2017

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

- Fehlanzeige -

3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

- Fehlanzeige -

4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

- Fehlanzeige -

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

i) Postdienstleistungen

- Fehlanzeige -

ii) Energie

- Fehlanzeige -

iii) Müllabfuhr

- Fehlanzeige -

iv) Wasserversorgung

- Fehlanzeige -

v) Kultur

- Fehlanzeige -

vi) Finanzdienstleistungen

- Fehlanzeige -

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

MFE - CCS-Förderung

<p>Förderung der Congress-Centrum Saar GmbH</p> <p>Ministerium für Finanzen und Europa, Saarbrücken (Referat C/5)</p>

Formen der Betrauung

Im Rahmen der allgemeinen staatlichen Daseinsvorsorge bzw. der kommunalen Selbstverwaltung verfolgen die Gesellschafter Saarland und Landeshauptstadt Saarbrücken das Ziel, zur Förderung des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Wohls der Einwohnerinnen und Einwohner i. S. d. Verfassung des Saarlandes, insbesondere Art. 32 und 34 sowie § 5 Abs. 2 des Kommunal-selbstverwaltungsgesetzes (Versorgungsauftrag) die beiden größten Versammlungsräume im gesamten Bundesland, an verschiedenartige Nutzergruppen zu vermieten. Mit dem Vorhalten dieser Strukturen ist es erst möglich, dass Veranstaltungen in der

jetzigen Form überhaupt stattfinden können. Die Nutzung erfolgt insbesondere durch die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt und des gesamten Landes im Rahmen von lokalen bzw. regionalen Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Sport, Fortbildung, Politik, Ausstellungs-, Messe- und Kongresswesen.

Das Land und die LHS fördern den gemeinwirtschaftlichen, satzungsmäßigen Zweck der CCS. Auf diese Weise wird das Unternehmen allgemein in die Lage versetzt, entsprechend seines originären Gesellschaftszwecks unternehmerisch tätig zu werden. Die Förderung soll damit ausschließlich und unmittelbar der Verwirklichung des Gesellschaftszwecks der CCS dienen und ist grundsätzlich vorrangig sozial-, kultur- und wirtschaftspolitisch motiviert.

Das Land und die LHS betrauen in Umsetzung ihres Versorgungsauftrages die CCS mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen (DAWI) nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften im Gebiet des Saarlandes, nämlich der Bereitstellung von sonst vor Ort so nicht vorhandenen Versammlungs- und Veranstaltungsräumen als Teil der öffentlichen Infrastruktur.

Die DAWI umfassen derzeit insbesondere:

- die Vorhaltung eines multifunktional nutzbaren Hallen- und Saalangebots für Veranstaltungen aus den Bereichen Kultur, Sport, Kongresse, Tagungen, Events, Messen und Ausstellungen durch den Betrieb der Saarlandhalle und der Congresshalle als öffentliche Einrichtung i. S. d. kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften,
- die Vermietung und Verpachtung der Flächen und der Halleninfrastuktur zur Durchführung von lokalen und regionalen Veranstaltungen verschiedenster Art durch Dritte sowie die Durchführung von Eigenveranstaltungen im Rahmen der o. g. Zweckbestimmung,
- sowie die mit den unter a) und b) beschriebenen Haupttätigkeiten verbundenen Nebenleistungen, insbesondere von gastronomischen, technischen, verwaltungstechnischen und organisatorischen Dienstleistungen.

Daneben erbringt die CCS in untergeordnetem Umfang sonstige Leistungen, die nicht zu den DAWI nach Absatz 2 zählen, bzw. denen keine gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zugrunde liegt. Diese Leistungen umfassen derzeit insbesondere:

- Vermietungen und Verpachtungen an Dritte sowie die Durchführung von Eigenveranstaltungen außerhalb der Zweckbestimmung i. S. v. Abs. 2 lit. b),
- die Erbringung von Dienstleistungen (z. B. Hostessenservice, Feuerwehr- und Ordnerdienste, Gastronomie- und Cateringleistungen), die nicht unter Abs. 2 lit. c) fallen,
- sonstige Vermietung bzw. Verpachtung, insbesondere des Tagesrestaurants in der Congresshalle, sowie an die Saarland-Spielbank GmbH in der Saarlandhalle.

Die Betrauung erfolgt befristet auf einen Zeitraum von zehn Jahren durch Beschluss dieses Betrauungsaktes in der Gesellschafterversammlung der CCS am 01.07.2014.

Die CCS nimmt die aus der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung resultierenden Tätigkeiten nach Abs. 2 im eigenen Interesse wahr. Sie ist damit ausschließlich in Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben und Zwecke tätig.

Betrauungsdauer

01.07.2014 bis 30.06.2023

Ausschließliche oder besondere Rechte

s. o.

Beihilfeinstrumente

Kapitalzuführungen.

Ausgleichsmechanismus

Der voraussichtliche Bedarf an Ausgleichsleistungen im laufenden Geschäftsjahr wird zunächst auf Basis des genehmigten Wirtschaftsplans der CCS festgelegt; insoweit wird auf die gesellschaftsvertraglichen Regelungen verwiesen. Die Gewährung der Ausgleichsleistungen erfolgt jährlich im Rahmen der Fest-

stellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung der DAWI entsteht, ist die CCS verpflichtet, gegenüber den Gesellschaftern jährlich nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen und die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis des geprüften und testierten Jahresabschlusses nachzuweisen (Beihilfenbericht).

Sollten die gewährten Ausgleichsleistungen das erforderliche Maß übersteigen (Überkompensation), so ist der überschießende Betrag nach Feststellung des geprüften und testierten Jahresabschlusses und Vorlage der Trennungsrechnung mit sofortiger Fälligkeit zurück zu zahlen. Übersteigt der Betrag der Überkompensation die durchschnittliche jährliche Ausgleichsleistung in drei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren um nicht mehr als 10 %, kann die CCS die Überkompensation alternativ im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der erforderlichen Ausgleichsleistungen mindernd berücksichtigen

Transparenzanforderungen

Fehlanzeige

Höhe der gewährten Beihilfen

Jahr 2016: 2.400.000,00 EUR

Jahr 2017: 2.732.531,00 EUR

MFE - TZS-Förderung

<p>Förderung der TZS Tourismus-Zentrale Saarland GmbH Ministerium für Finanzen und Europa, Saarbrücken (Referat C/5)</p>
--

Formen der Betrauung

Im Rahmen der allgemeinen staatlichen Daseinsvorsorge bzw. der kommunalen Selbstverwaltung verfolgen die Gesellschafter der TZS den flächendeckenden Ansatz, den Tourismus im Saarland zu fördern, den Bekanntheitsgrad des Saarlandes – auch über die Landesgrenzen hinaus – als touristische Destination mit all ihren Facetten zu steigern, die saarländischen Städte und Regionen flächendeckend zu vermarkten und deren Vorzüge als attraktives Reiseziel sowie als Tagungs- und Kongressort herauszustellen und damit die Tourismuswirtschaft im Saarland insgesamt zu stärken. Dieser im Interesse der Allgemeinheit liegenden Aufgabe kommt auch vor dem Hintergrund der aktiven Gestaltung des Strukturwandels im Saarland und dessen Abkehr von der Bergbau- und stahlerzeugenden Industrie zur Entwicklung eines attraktiven Tourismusziels besondere Bedeutung zu. Entsprechend handelt es sich um eine Aufgabe der klassischen staatlichen Daseinsvorsorge. Zur Umsetzung dieser Zielsetzung haben die Gesellschafter die TZS gegründet. Um das Unternehmen in die Lage zu versetzen, den Gesellschafterauftrag zu erfüllen, leisten die Gesellschafter – dem Verhältnis ihrer Anteile am Stammkapital entsprechend – u. a. jährliche Zuwendungen/Kapitalzuführungen in Höhe der durch das Erbringen der DA-WI-Leistungen verursachten Verluste.

Gem. § 108 Abs. 3 AEUV sind staatliche Beihilfen generell zu notifizieren. Staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen sind hingegen gemäß dem DAWI-Freistellungsbeschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 (2012/21/EU) als mit dem Binnenmarkt vereinbar anzusehen und von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung ausgenommen, sofern sie alle Bestandteile dieses Beschlusses erfüllen.

Wesentliche Bestandteile sind insbesondere die Aufgabenübertragung im Wege eines oder mehrerer Betrauungsakte auf das Unternehmen sowie die Regelung der Höhe der Ausgleichsleistungen, die Kontrolle und Vermeidung einer möglichen Überkompensation sowie das Einhalten bestimmter Berichtspflichten. In Umsetzung dieser Vorgaben haben die Gesellschafter mit Wirkung zum 01.01.2016 einen Betrauungsakt geschlossen und die TZS mit der Erbringung nachstehender gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen beauftragt:

1. Förderung des Tourismus,
2. Förderung touristischer Dienstleistungen und Produkte für das Saarland,
3. Herausstellung der Vorzüge des Saarlandes als attraktives Reiseziel und Stärkung des Saarlandes als Tourismusmarke,
4. Förderung von Messebeteiligungen.
5. Durchführung von Maßnahmen und Projekten zur Umsetzung der Zielsetzung der Tourismuskonzeption 2025 des Saar-

landes in Hinblick auf nachhaltiges Wachstum und Qualität, z. B. auf dem Gebiet des Rad- und Wander- und Naturtourismus, des Kultur- und Städtetourismus, Kulinarik, des Gesundheits- und Wellness Tourismus sowie im Bereich des Kongress- und Tagungswesens.

6. Durchführung von Projekten grenzüberschreitender Art mit den Partnern der Großregion, auch im Rahmen der EF-RE-Förderkulisse
7. Innen- und Außenmarketing z. B. Messen, Präsentationen, Anzeigen, Kataloge, Internetmarketing
8. Presseaktivitäten und Medienkooperationen
9. Marktforschung als Grundlage einer zielgerichteten und effektiven Tourismusförderung,
10. Maßnahmen zur Qualitätssteigerung und -sicherung des touristischen Angebots, u.a. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Leistungsträger und Dienstleistungen entlang der touristischen Wertschöpfungskette
11. Vertriebsleistungen unter dem Gesichtspunkt der Vermarktung der Gesamtregion zur Erstansprache der Besucher und Abrundung des Angebots.
12. Erledigung aller mit den unter Ziffer 1.-11. zusammenhängenden und den dortigen Belangen dienenden Geschäften,
13. Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, welche die in den Ziffern 1.- 11. genannten Dienstleistungen fördern.

Betrauungsdauer

01.01.2016 bis 31.12.2025

Ausschließliche oder besondere Rechte

s. o.

Beihilfeinstrumente

Kapitalzuführungen.

Ausgleichsmechanismus

Der voraussichtliche Bedarf an Ausgleichsleistungen im laufenden Geschäftsjahr wird zunächst auf Basis des genehmigten Wirtschaftsplans der TZS festgelegt; insoweit wird auf die gesellschaftsvertraglichen Regelungen verwiesen. Die Gewährung der Ausgleichsleistungen erfolgt jährlich im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses für die Gewährung von Ausgleichsleistungen während des gesamten Zeitraums der Betrauung der Tourismus Zentrale Saarland GmbH erfüllt werden und insbesondere durch

die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen nach § 2 Abs. 1 entsteht, führt die Tourismus Zentrale Saarland GmbH den Nachweis über die Verwendung der Mittel. Dies geschieht durch den jährlichen Jahresabschluss. Ergibt sich aus dem Jahresabschluss, dass die gewährten Ausgleichsleistungen die Nettokosten übersteigen, hat eine Erstattung der TZS an die Gesellschafter zu erfolgen.

Transparenzanforderungen

Veröffentlichung im Rahmen der jeweiligen Veröffentlichung des Jahresabschlusses im Bundesanzeiger.

Höhe der gewährten Beihilfen

Jahr 2016: 561.172,00 Euro

Jahr 2017: 561.186,13 Euro

MWAEV - Tourismusförderung

**Tourismusförderung im Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken (Referat
E/2)**

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Förderung der Tourismus Zentrale Saarland GmbH: Unternehmensgegenstand sind die Förderung des Tourismus, touristischer Dienstleistungen und Produkte für das Saarland sowie die Erhöhung des Bekanntheitsgrades und die Herausstellung der Vorzüge des Saarlandes als attraktives Reiseziel sowie als Tagungs- und Kongressplatz.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt.

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

Um den Zweck der Gesellschaft zu fördern, kann die Gesellschaft die hierzu geeigneten Maßnahmen und Geschäfte durchführen und damit im Rahmen einer Annex-Tätigkeit auch

als Reiseveranstalter und/oder Reisevermittler tätig werden und ein landesweites Reservierungssystem betreiben.

In Erfüllung dieser Zielsetzung führt die TZS eine Reihe von Marketingmaßnahmen (u. a. Messen und Roadshows, Druck von Broschüren und Flyern, Schalten von Anzeigen und Internetmarketing) allgemeiner Natur wie auch themenbezogene Aktivitäten im Bereich Qualitätstourismus und -sicherung, Natur- und Aktivtourismus, Städte- und Kulturtourismus, Kulinarik und Genussregion Saarland, Gesundheitstourismus und Barrierefreies Saarland durch. Daneben betreibt sie Marktforschung und beteiligt sich an Presseaktivitäten und Medienkooperationen in der Region.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Der Ausgleichsbedarf ergibt sich aus der Prüfung des jährlichen Wirtschaftsplanes sowie aus der Verwendungsnachweisprüfung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verwendungsnachweisprüfung.

Transparenzanforderungen

k.A.

Höhe der gewährten Beihilfe:

2016: 1,744631 Mio. Euro

2017: 1,574631 Mio. Euro

LHS

Landeshauptstadt Saarbrücken

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Wirtschaftsförderung durch:

1. Bereitstellung und Betrieb von anderweitig vor Ort in dieser Art nicht vorhandenen Versammlungs- und Veranstaltungsräumen.
2. Förderung des Fremdenverkehrs und dadurch Stärkung des Wirtschaftsstandortes sowie Steigerung der Lebensqualität für die Einwohner und Besucher der Stadt.
3. kommunale Wirtschaftsförderung und Stärkung des Handels- und Dienstleistungsstandorts Saarbrücker Innenstadt für die Bevölkerung. Schaffung und Verbesserung der Standortbedingungen durch Förderung, Aufwertung und attraktive Gestaltung der City sowie durch Förderung der Handelsstruktur und der Zusammenarbeit der entsprechenden Beteiligten.
4. Revitalisierung und Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten.

Formen der Betrauung

Betrauung per Gesellschafterbeschluss und Weisung an die Geschäftsführung dafür Sorge zu tragen, dass die Vorgaben des schriftlich fixierten Betrauungsaktes eingehalten werden. Dies jeweils gesondert für die vier vorbenannten DA-WI.

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

k.A.

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse, Personalgestellung, Zinsvorteil durch Arbeitskredite

Ausgleichsmechanismus

avoided-cost

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- führen einer Trennungsrechnung, sofern auch nicht-DAWI-Leistungen erbracht werden, Überprüfung der Verwendung der Gelder im Rahmen des Jahresabschlusses sowie Quartalsberichte bzw. Verwendungsnachweis vorzulegen
- die Stadt ist berechtigt, zur Überprüfung die Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen ein-zusehen
- soweit eine Überkompensation eingetreten ist, hat die Stadt das Recht und die Pflicht, den überhöhten Betrag zurück zu fordern

Transparenzanforderungen

k.A.

Höhe der gewährten Beihilfen

		2016	2017
		in Euro	
Zu 1	Zuschuss	600.000,00	563.382,78
Zu 2	Zuschuss	230.000,00	230.000,00
Zu 3	Zuschuss	147.200,00	147.200,00
	Baräquivalent Personalgestellung	76.295,92	80.971,27
Zu 4	Zuschuss	101.196,30	0,00
	Zinsvorteil	62.855,57	3.585,54
Summen		1.217.547,79	1.025.139,59

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

- Gestrichen -

4. Beschwerden Dritter

- Fehlanzeige -

5. Sonstige Fragen

- Fehlanzeige -

Sachsen-Anhalt

1. Übersicht über die Ausgaben

<u>2016</u>	<u>2017</u>
435.280.095,26 €	456.262.692,62 €

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

b) Kinderbetreuung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Förderung, Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen im Rahmen der frühkindlichen Bildung

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgen mittels Verwaltungsakt (Zuweisung) auf der Basis des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz - KiFöG) vom 5. März 2003, §§ 11 bis 13.

Betrauungsdauer

Es erfolgt eine jährliche Betrauung.

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode:

Das Land gewährt den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe eine Zuweisung für jedes betreute Kind. Der Bemessung und Verteilung der Mittel liegt die Zahl der im Zuständigkeitsbereich des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe betreuten Kinder zugrunde, die sich aus der Statistik „Tageseinrichtungen für Kinder und öffentlich geförderte Tagespflege“ des Statistischen Landesamtes zum 1. März des Vorjahres ergibt. Im Falle eines Doppelhaushalts ist für das zweite Haushaltsjahr die entsprechende Statistik zum 1. März des Vorvorjahres zugrunde zu legen.

Es werden nur die im Rahmen dieser Dienstleistung für den Betrieb notwendigen Kosten erstattet. Durch das Land und die Landkreise und kreisfreien Städte werden Pauschalen gemäß den Regelungen in den §§ 11 bis 13 KiFöG gewährt, die für sich gesehen nicht kostendeckend sind. Die Restfinanzierung erfolgt durch die Gemeinden und Elternbeiträge. In der Regel wird eine Kostenallokationsmethode angewandt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Eine Überkompensation wird bereits im Verwaltungsakt bei Zuweisung der Mittel ausgeschlossen.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da keine Beihilfe von mehr als 15 Mio. Euro gewährt wird.

Höhe der gewährten Beihilfen

Jahr	2016	2017
Land ST	289.362.368,75 EUR	320.636.137,28 EUR
Landkreise/ kreisfreie Städte	113.593.307,03 EUR	118.811.761,02 EUR

...

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Förderung von Projekten zur Begleitung und Betreuung von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive während ihrer Beschäftigung in Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG oder nach § 16 d SGB II.
 - die sozialpädagogische Betreuung und Begleitung,
 - die Koordinierung ergänzender und weiterführender Maßnahmen, wie z.B. Deutschunterricht, sowie
 - erforderliche Sprachmittlung.
- Förderung von Projekten zur Herstellung der Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit förderungsbedürftiger junger Menschen i.d.R. unter 25 Jahren, in begründeten Fällen unter 30 Jahren, die ihre Schulpflicht erfüllt haben, keinen Berufsabschluss besitzen, arbeitslos sind und mit Hilfe der Förderangebote der Agenturen für Arbeit oder der Träger der Grundsicherung nicht mehr erreicht werden können. . Zielrichtung ist, die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit förderungsbedürftiger junger Menschen herzustellen, so dass sie in geeignete weiterführende Maßnahmen, in Ausbildung oder Beschäftigung integriert werden können
- Förderung von Projekte zur Verbesserung der Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt von arbeitsmarktfernen Arbeitslosen mit ausgeprägten beschäftigungsrelevanten Defiziten und daraus resultierendem besonderen Unterstützungsbedarf. Die Projekte umfassen ganzheitliche Angebote zur Aktivierung, persönlichen Stabilisierung und Qualifizierung sowie nachhaltigen beruflichen Entwicklung.
- Förderung von Vorhaben zur Berufsorientierung für junge Geflüchtete
 - Modellvorhaben kombinieren im Rahmen von Jugendintegrationskursen die Berufsorientierung junger Geflüchteter mit dem Erwerb sprachlicher Kompetenzen zum Niveau B1. Ziel hierbei ist die Herausbildung eines passenden Berufswunsches bzw. die Konkretisie-

rung des Bildungsweges bei den teilnehmenden jungen Menschen. Aus der Entwicklung und Erprobung in den regionalen Einzelmaßnahmen entsteht ein nachnutzbares didaktisches Modell der Berufsorientierung für diese Zielgruppe

- Ein begleitendes Vorhaben überführt die in den Modellvorhaben gesammelten Erfahrungen in ein transferfähiges didaktisches Konzept und entwickelt ein nachnutzbares softwaregestütztes Kompetenzerfassungswerkzeug

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt durch Zuwendungsbescheid auf der Grundlage der §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung.

Betrauungsdauer

- Die bewilligten Vorhaben haben eine Laufzeit von 12 bis 36 Monaten
- Eine Verlängerung mancher Projekte um 12 Monate ist möglich
- keine Betrauungen über 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Zuwendungsfähig / ausgleichsfähig sind nur die unmittelbar im Zusammenhang mit der Durchführung der übertragenen Maßnahme entstehenden notwendigen Personal- und Sachausgaben des Maßnahmeträgers nach dem Realkostenprinzip.

Bei einigen Projekten können die indirekten Ausgaben gemäß Artikel 67 Abs. 1 Buchst. d) und Abs. 5 Buchst. d) i. V. m. Artikel 68 Abs. 1 Buchst. b) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 mit einem Pauschalsatz von 15 v.H. der direkten Personalausgaben berücksichtigt werden.

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschuss zu den tatsächlichen Ausgaben des jeweiligen Projektes unter Berücksichtigung von maßnahmebezogenen Einnahmen und Finanzierungsbeiträgen Dritter.

Die vorgesehenen zuwendungsfähigen / ausgleichsfähigen Gesamtausgaben sowie alle Finanzierungsquellen des Vorhabens werden vor der Bewilligung geprüft und in einem maßnahmebezogenen Ausgaben- und Finanzierungsplan, der Bestandteil des Betrauungsaktes / Zuwendungsbescheides ist, verbindlich festgelegt.

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die im Rahmen des vorab bestätigten Ausgaben- und Finanzierungsplanes tatsächlich realisierten zuwendungsfähigen Ausgaben des jeweiligen Vorhabens werden im Rahmen der projektbegleitenden sowie abschließenden Verwendungsnachweisprüfung überprüft.

Ggf. festgestellte Überzahlungen werden gem. § 49 VwVfG widerrufen und nach § 49 a VwVfG in Verbindung mit den Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO und den allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest-P) und der besonderen Nebenbestimmungen des jeweiligen Zuwendungsbescheides zurückgefordert und verzinst.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da keine Beihilfen über dem Schwellenwert gewährt wurden.

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016</u>	<u>2017</u>
25.063.000,00 €	5.855.000,00 €

* in den Jahren durch Zuwendungsbescheide / Betrauungsakte bewilligte Beihilfen

d) Sozialer Wohnungsbau

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Niedrigschwellige Sprachkursangebote für Ausländerinnen und Ausländer aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds der Förderperiode 2014 – 2020.

Gefördert werden niedrigschwellige Sprachkurse, in denen qualifiziert und zielgruppengerecht Grundkenntnisse der deutschen Sprache bis zum Sprachniveau GER A2 vermittelt werden und die am Ende mit einer deutschlandweit anerkannten Sprachprüfung abschließen.

Die Curricula der niedrigschwelligen Sprachkurse sind an den Integrationskursen orientiert. Die niedrigschwelligen Sprachkurse setzen vor den Integrationskursen im Sinne von §§ 43 ff. AufenthG und den sich daran ggf. anschließenden ESF-BAMF-Sprachkursen mit berufsbezogener Ausrichtung an.

Zielgruppe sind Ausländerinnen und Ausländer, die sich in Sachsen-Anhalt aufhalten, noch keine oder nur geringe Deutschkenntnisse haben, die sich diese auf einem grundständigen Niveau aneignen wollen und die faktisch oder formell über keinen Integrationskurszugang verfügen.

Formen der Betreuung

Die Betreuung erfolgt durch Zuwendungsbescheid auf der Grundlage der §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung.

Betreuungsdauer

Die im Berichtszeitraum bewilligten Vorhaben haben eine Laufzeit mehreren Monaten bis zu 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Zuwendungsfähig / ausgleichsfähig sind nur die unmittelbar im Zusammenhang mit der Durchführung der übertragenen Maßnahme entstehenden notwendigen Personal- und Sachausgaben des Maßnahmeträgers nach dem Realkostenprinzip. Die indirekten Ausgaben werden gemäß Artikel 67 Abs. 1 Buchst. d) und Abs. 5 Buchst. d) i. V. m. Artikel 68 Abs. 1 Buchst. b) der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 mit einem Pauschalsatz von 15 v.H. der direkten Personalausgaben berücksichtigt.

Der Ausgleich erfolgt durch Zuschuss zu den tatsächlichen Ausgaben des jeweiligen Projektes.

Die vorgesehenen zuwendungsfähigen / ausgleichsfähigen Gesamtausgaben sowie alle Finanzierungsquellen des Vorhabens werden vor der Bewilligung geprüft und in einem maßnahmebezogenen Ausgaben- und Finanzierungsplan, der Bestandteil des Betrauungsaktes / Zuwendungsbescheides ist, verbindlich festgelegt.

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die im Rahmen des vorab bestätigten Ausgaben- und Finanzierungsplanes tatsächlich realisierten zuwendungsfähigen Ausgaben des jeweiligen Vorhabens werden im Rahmen der projektbegleitenden sowie abschließenden Verwendungsnachweisprüfung überprüft.

Ggf. festgestellte Überzahlungen werden gem. § 49 VwVfG widerrufen und nach § 49 a VwVfG in Verbindung mit den Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO und den allgemeinen Nebenbestimmungen (ANBest-P) und der besonderen Nebenbestimmungen des jeweiligen Zuwendungsbescheides zu-rückgefordert und verzinst.

Transparenzanforderungen

Entfällt, da keine Beihilfen über dem Schwellenwert gewährt wurden.

Höhe der gewährten Beihilfen*

<u>2016</u>	<u>2017</u>
0,00 €	105.000,00 €

* in den Jahren durch Zuwendungsbescheide / Betrauungsakte bewilligte Beihilfen

- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

- 5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

- i) Postdienstleistungen

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

- ii) Energie

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

- iii) Müllabfuhr

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

- iv) Wasserversorgung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Trinkwasserversorgung

Formen der Betrauung

Betrauungsakt im Dienstleistungsvertrag

Kommunaler Beschluss der Verbandsmitglieder

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Bürgschaften

Ausgleichsmechanismus

Finanzierung durch kostendeckende Gebühren für die Bereitstellung und Inanspruchnahme der öffentlichen Wasserversorgung, Beiträge.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Kontrolle im Rahmen des geprüften und testierten Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer und das Rechnungsprüfungsamt
- Revision des Landkreises

Transparenzanforderungen

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016</u>	<u>2017</u>
0,00 €	0,00 €

v) Kultur

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Standortentwicklung
- Betreibung von Kultureinrichtungen, insbesondere der Museen
- Organisation und Durchführung kultureller Veranstaltungen
- Zusammenarbeit und Positionierung mit bzw. innerhalb tourismusrelevanter Gremien in der Region, Aufbau von Netzwerken und Verbindungen zu Partnern und Multiplikatoren

- Entwicklung und Vermarktung themenspezifischer Angebote
- Tourismusmarketing

Formen der Betrauung

- Beschluss des Stadtrates
- Weisungsbeschluss der Gesellschafterversammlung

Betrauungsdauer

Die Betrauungen erfolgten für einen Zeitraum von 5 - 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

Beihilfeinstrumente

- Zuschuss
- Unentgeltliche Personalüberlassung

Ausgleichsmechanismus

- Anrechnung aller Erträge im Zusammenhang mit der Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen
- Es werden nur Kosten berücksichtigt, die unmittelbar mit der DAWI-Leistungen im Zusammenhang stehen.
- Wenn die Gesellschaft zukünftig Dienstleistungen erbringen sollte, die nicht von allgemeinwirtschaftlichem Interesse sind, hat sie im Rahmen einer Trennungsrechnung den Nachweis zu erbringen, dass die gewährten Beihilfen nicht zur Finanzierung dieser Dienstleistungen verwendet wurden.
- Ausgleichsmechanismus nach der Net-avoided-cost-Methode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Im Rahmen der Wirtschaftsplanung hat die Gesellschaft über die geplanten Jahresergebnisse zu informieren.
- Die Instrumente zur Vorkehrung von Überkompensation werden durch den Jahresabschluss abgebildet. Prüfungsstandard IDW 700.
- Zum Jahresabschluss wird eine geeignete Trennungsrechnung gefertigt.

- Eventuelle Fehlbeträge aus Leistungen, die nicht DAWI sind, dürfen nicht ausgeglichen werden. Gewinne aus solchen Bereichen sind auf die ausgleichsfähigen Aufwendungen anzurechnen. Die Erfüllung der DAWI ist im Lagebericht entsprechend darzustellen.
- Die Grundsätze des Transparenzrichtlinien-Gesetzes werden beachtet.
- Bei einer Überkompensation des maximalen Ausgleichsbetrages von maximal 10% der Ausgleichssumme, darf dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen werden und ist dort von dem maximalen Ausgleichsbetrag abzuziehen.
- Stadtratsbeschluss vor Erlass des Zuwendungsbescheides

Transparenzanforderungen

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016</u>	<u>2017</u>
1.049.850,07 €	1.516.393,49 €

vi) Finanzdienstleistungen

Keine Betrauung in Sachsen-Anhalt

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

A. Wirtschaftsförderung:

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Allgemeine Informationstätigkeiten als Anlaufstelle für technologieorientierte Gründer und Unternehmen, die sich in Stadt und Umgebung ansiedeln wollen
- Unterhaltung und Verwaltung von Technologiezentren; Zusammenarbeit mit der Hochschule Anhalt
- Übernahme der Funktion als Trägerin des Regionalmanagements

- Steuerung regionaler Prozesse der Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung durch Koordinierung und Führung notwendiger Gremien
- Koordinierung des Regionalbudgets und anderer regionaler Förderprogramme sowie Akquise möglicher anderer finanzieller Mittel zur Umsetzung regionaler Projekte
- Initiierung und Umsetzung von Projekten im Rahmen der überregionalen Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung in Abstimmung mit den Regionalen Partnern
- Organisation und Koordination von Fördermittelberatungen für kleine und mittlere Unternehmen bzw. Existenzgründer
- Vertretung der Wirtschaftsregion in regionalen und überregionalen Gremien
- Planung, Organisation und Durchführung zentraler Veranstaltungen, wie z.B. regionale Wirtschaftstage, Fachtagungen und Regionalkonferenzen
- Unterstützung der Gesellschafter bei wirtschaftsfördernden Maßnahmen im Gesamtinteresse der Wirtschaftsregion
- Standortmarketing, z.B. durch Instrumente wie Unterhaltung Internetplattform mit Vernetzung aller regionalen Akteure, Koordinierung und Umsetzung der Imagewerbung in Form von z.B. Broschüren, Magazinen, Bündelung von Messe- und Ausstellungsaktivitäten einschließlich der Akquisition von Kooperationspartnern
- Leistung eines Beitrages zum Innenmarketing durch Steuerung von Projekten, die der regionalen Identitätsstiftung dienen
- Übernahme der Trägerschaft für Regionalmarken und Unterstützung von Regionalmarken
- Ausbau und Pflege des Images als attraktiver Ausbildungs- und Forschungsstandort und Anziehungspunkt für Start Up Unternehmen
- Bearbeitung von Ansiedlungsanfragen, d. h. Anfragen von Unternehmen, die auf der Suche nach einem geeigneten Standort sind
- Erstellung von kostenlosen herausgegebenen Publikationen, Teilnahme an Messen oder die Mitwirkung bei der Erstellung von Öffentlichkeitsmaterial
- Unternehmensentwicklung und Bestandspflege

- Durchführung von allgemeinen Informationsgesprächen bzw. Erstberatungen, insbesondere über öffentliche Fördermöglichkeiten über Möglichkeiten, wirtschaftlich tätig zu werden und dabei auftretende Fragen zur Mittelverwendung
- Durchführung von Projekten aus Mitteln des europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt
- Durchführung von Wettbewerben und Preisverleihungen
- Organisation und Beteiligung an Netzwerken von Branchenverbänden und Fachkräfteallianzen
- Übernahme von Projektmanagementleistungen für allgemeine wirtschaftliche Themenstellungen/ Ferientage in Unternehmen
- Beteiligung an Veranstaltungen zur Bündelung der Wirtschaftsförderung
- Vermietung von Räumen an Kleinst- und Kleinunternehmen, die einen Gründerstatus erfüllen und an Unternehmen, die in die spezifische Ausrichtung des Technologiezentrums passen.
- Erstberatung von Unternehmen in Bezug auf Gründung und Kooperationen
- Vermittlung von Kontakten
- Organisation und Durchführung von Netzwerkveranstaltungen und Einbindung Unternehmensgründer in diese Netzwerke
- Unterstützung der ansässigen Unternehmen in der Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten; Förderung und Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft
- Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur Bildung (z. B. wissenschaftliche Handbibliothek, Schülerlabor für Naturwissenschaften)

Formen der Betrauung

- Betrauungsakte mittels Kreistags- und Stadtratsbeschluss
- Zuwendungsbescheid
- Bescheid

Betrauungsdauer

Die Betrauungen sind für die Dauer von fünf bis zehn Jahren angelegt

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

Beihilfeinstrumente

- Betriebskostenzuschüsse/Zuschüsse
- Übernahme von Ausfallbürgschaften
- Eigenkapitalzuführungen
- Vorteilsgewährende Maßnahmen, mit dem Charakter einer Ausgleichsleistung
- Personalzuweisungen

Ausgleichsmechanismus

- Jährliche Wirtschaftsplanung mit prognostiziertem Zuschussbedarf
- Einreichung eines geprüften Jahresabschlusses
- Jährlicher Beihilfebericht mit Nachweis der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen und Mittelverwendung
- Höhe der Kredite bzw. Darlehen ergibt sich aus der Veranschlagung im betreffenden Wirtschaftsplan des Unternehmens.
- Der Trennungsrechnung liegen die Kostenrechnungsgrundsätze zugrunde.
- Bei zukünftigen Tätigkeiten von nicht allgemeinem wirtschaftlichem Interesse wird eine separate Kontenführung in der Buchhaltung erfolgen (Trennungsrechnung).
- Ausgleichsmechanismen nach der Kostenallokationsmethode
- Aufbewahrungszeitraum für sämtliche Unterlagen für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die verursachten Kosten abzudecken.
- Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses werden Mittel, die über das hinausgehen, was für die Erbringung der DAWI notwendig ist, zurückgefordert.

- Bei Überschreitung des maximalen Ausgleichsbetrages von maximal 10 % der Ausgleichsumme darf dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen werden und ist von dem maximalen Ausgleichsbetrag abzuziehen.
- Verwendungsnachweisprüfung durch Wirtschaftsprüfer

Transparenzanforderungen

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016</u>	<u>2017</u>
1.651.073,04 €	1.802.999,75 €

B Tourismus

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Durchführung von allgemeinen Maßnahmen des Stadtmarketings und der Tourismus- und Kulturförderung einschließlich: Konzipierung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen.
- Durchführung von allgemeinen Projekten und Maßnahmen des Wirtschafts- marketings einschließlich der Konzipierung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen.
- Konzeption und Durchführung der ganzheitlichen Image- und Standortwerbung sowie des Standortmarketings
- Unterstützung der Vermarktungsaktivitäten vorhandener Industrie- und Gewerbeflächen und Unterstützung der Akquisition von Investoren mittels Werbemaßnahmen
- Koordination vorhandener Tourismus- und Kulturakteure und Tourismus- und Kulturinstitutionen
- Weiterentwicklung des ganzheitlichen Tourismuskonzeptes und daraus resultierende Projekt- und Maßnahmeumsetzungen
- Mitarbeit in Institutionen, Vereinigungen und Arbeitskreisen zum Zwecke der Wirtschafts-, Tourismus- und Kulturförderung

- Wahrnehmung sonstiger Maßnahmen, die der Förderung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dienen.
- Förderung der regionalen, nachhaltigen Produktion von Lebensmitteln und handwerklichen Erzeugnissen z.B. durch Qualitätsauszeichnungen

Formen der Betrauung

- Betrauungsakt
- Zuwendungsbescheid

Betrauungsdauer

Der Zeitraum der Betrauungen ist auf maximal 10 Jahre beschränkt.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

- Erstellung eines Wirtschaftsplans, in dem der Zuschussbedarf prognostiziert wird. Die Verwendung der Mittel ist durch Einreichung eines geprüften Jahresabschlusses nachzuweisen.
- Ausgleichsleitungen für Dienstleistungen von nicht allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind nicht zulässig.
- Soweit Dienstleistungen von nicht allgemeinem wirtschaftlichem Interesse durchgeführt werden, ist durch Trennungsrechnung entsprechend dem Transparenzrichtlinien-Gesetz der Nachweis zu erbringen, dass die Ausgleichsleistungen der Gesellschafterin nicht zur Finanzierung dieser verwendet worden sind. Gewinne sind auf die ausgleichsfähigen Aufwendungen anzurechnen.
- Sämtliche Unterlagen hinsichtlich des Nachweises der Übereinstimmung der Ausgleichszahlungen mit dem Freistellungsbeschlusses sind für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren aufzubewahren.
- Ausgleichsmechanismus nach der Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Ausgleichszahlungen für die zur Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen entstandenen Kosten dürfen diese, unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen sowie einer angemessenen Rendite, nicht überschreiten.
- Nach Ablauf des Wirtschaftsjahres und im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses werden Mittel, die über das hinausgehen, was für die Erbringung der DAWI notwendig ist, an die kommunale Gesellschafterin zurückgeführt.
- Lediglich 10% der Ausgleichssumme dürfen auf das nachfolgende Geschäftsjahr übertragen werden.
- Zudem ist die Gesellschaft verpflichtet, jährlich einen Beihilfebericht vorzulegen, in dem die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dargestellt und die Mittelverwendung nachgewiesen wird.

Transparenzanforderungen

Nicht gegeben, da die Ausgleichsleistungen nicht mehr als 15 Mio. EUR betragen.

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016</u>	<u>2017</u>
537.580,01 €	1.347.295,96 €

C. Breitbandversorgung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Planung und Errichtung einer passiven Breitbandinfrastruktur
- Betreibersuche und anschließende Vermietung der Breitbandinfrastruktur – im Rahmen weißer Flecken

Formen der Betrauung

Betrauungsakt als Zuwendungsbescheid

Betrauungsdauer

Die Betrauungen sind für die Dauer von zehn Jahren angelegt.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Betriebskostenzuschüsse

Ausgleichsmechanismus

- Die Ausgleichsleistungen decken maximal die Nettokosten für die Erfüllung der Aufgaben ab.
- Ausgleichszahlungen dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Nach Ablauf des Geschäftsjahres erfolgt der Nachweis über die Verwendung der Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses.
- Ergibt sich eine Überkompensierung wird der überhöhte Betrag zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016</u>	<u>2017</u>
0,00 €	267.407,07 €

D. Öffentlicher Bäderbetrieb

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Betrieb eines Sport- und Freizeitbades zur Nutzung für den Schul- und Vereinssport und die Öffentlichkeit sowie zur Förderung des Tourismus und der Infrastruktur.
- Freibad, Schwimmbad

Formen der Betrauung

- Betrauungsakt auf Grundlage eines Gemeinderatsbeschlusses als Zuwendungsbescheid
- Betrauung per Stadtratsbeschluss

Betrauungsdauer

10 und auch 30 Jahre. Die Betrauungsdauer von 30 Jahre orientiert sich an der Abschreibungsdauer der Anlagegüter, da wesentliche Anlagenteile des neuerrichteten und geringvolumig geförderten Baus eine nach den amtlichen Tabellen für Nutzungsdauer (Afa-Tabellen) von mindestens 30 Jahren haben (reine Anschaffungswerte in Höhe von rund 12 Mio. €). Anteil an den Betrauungen für „Sonstige Wirtschaftszweige“: 4 %

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

- Zuschüsse
- Bürgschaft
- Aufwandszuschüsse

Ausgleichsmechanismus

- Der Zuwendungsbetrag errechnet sich aus der Differenz zwischen den für die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten und den erzielten Einnahmen.
- Alle mit DAWI-Leistungen erzielten Einnahmen werden abgezogen.
- Es werden nur Kosten berücksichtigt, die die unmittelbar mit DAWI-Leistungen im Zusammenhang stehen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Abrechnung nach Vorlage des geprüften Jahresabschlusses

Transparenzanforderungen

Keine

Höhe der gewährten Beihilfen

2016

1.078.217,99 €

2017

821.533,73 €

E Erziehung und Unterricht

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Durchführung von Kursen im Rahmen der Erwachsenenbildung
- Instrumentale und musiktheoretische Ausbildung von interessierten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in den Musikschulen sowie Mitwirkung/ Durchführung bei/ von kulturellen Veranstaltungen und Konzerten
- Heranführung an Kunst und Kultur durch Präsentation von Wechselausstellungen zeitgenössischer Kunst von Laien- und Berufskünstlern sowie Durchführung von Konzerten und weiteren kulturellen Veranstaltungen

Formen der Betrauung

Betrauungsakt mittels Kreistagsbeschluss

Betrauungsdauer

Die Betrauung ist für die Dauer von zehn Jahren angelegt worden.

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

Beihilfeinstrumente

- Zuschüsse
- Entgeltfreie Bereitstellung von Räumlichkeiten mit Ausnahme der Betriebskosten und Kostenumlagen

Ausgleichsmechanismus

- Der voraussichtliche Zuschussbedarf wird im Rahmen der Wirtschaftsplanung prognostiziert.
- Eventuelle Fehlbeträge aus Dienstleistungen des Unternehmens, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, dürfen nicht ausgeglichen werden.
- Gewinne aus solchen Bereichen sind auf die ausgleichsfähigen Aufwendungen anzurechnen.

- Soweit Dienstleistungen erbracht werden, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, hat das Unternehmen im Rahmen einer Trennungsrechnung den Nachweis zu erbringen, dass der gewährte Ausgleich nicht zur Finanzierung dieser Dienstleistungen verwendet wurde.
- Die Einhaltung dieser Voraussetzungen wird von dem Unternehmen jährlich nach Ablauf des Wirtschaftsplanes nachgewiesen.
- Aufbewahrungszeitraum für sämtliche Unterlagen für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren Ausgleichsmechanismus
- nach der Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses werden Mittel, die über das hinausgehen, was für die Erbringung der DAWI notwendig ist, an den Landkreis zurückgeführt.
- Bei Überschreitung des maximalen Ausgleichsbetrages von maximal 10 % der Ausgleichssumme darf dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen werden und ist von dem maximalen Ausgleichsbetrag abzuziehen.

Transparenzanforderungen

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR betragen

Höhe der gewährten Beihilfen

<u>2016</u>	<u>2017</u>
2.263.117,80 €	2.267.217,80 €

F. Sonstiges Sozialwesen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Schulbezogene Schulsozialarbeit als Leistung der Kinder- und Jugendhilfe in Form Beratung, Begleitung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern

Formen der Betrauung

Betrauungsakt mittels Kreistagsbeschluss

Betrauungsdauer

Die Betrauung ist maximal für die Dauer von 10 Jahren angelegt.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

- Die Ausgleichsleistungen gehen nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verursachten Nettokosten abzudecken (begrenzt auf einen Betrag von jährlich höchstens 1 Mio. Euro (brutto)).
- Die Kosten in Verbindung mit der Erbringung der betreffenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung sind von allen anderen Tätigkeiten getrennt auszuweisen.
- Für Kosten, die nicht im Zusammenhang mit den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen stehen, wird kein Ausgleich gewährt.
- Aufbewahrungszeitraum für sämtliche Unterlagen für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren
- Ausgleichsmechanismus nach der Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Jeweils zum 15. des Folgemonats werden die Mittel des abgelaufenen Monats abgefordert.
- Nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres Erbringung des Nachweises für die Verwendung der gewährten Ausgleichsleistungen auf Grundlage des Jahresabschlusses unter Beachtung der Anforderungen des Transparenzrichtliniengesetzes.
- Jährlicher Beihilfebericht mit Nachweis der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen und Mittelverwendung
- Bei Überschreitung des maximalen Ausgleichsbetrages von maximal 10 % der Ausgleichsumme darf dieser Betrag auf das nachfolgende Ausgleichsjahr vorgetragen werden und ist von dem maximalen Ausgleichsbetrag abzuziehen.

Transparenzanforderungen

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
681.580,57 €	681.946,52 €

G. Studentenwerk

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Übernahme der Verpflegung der Studenten. Bei der genannten Dienstleistung gibt es ein komplettes Marktversagen. Es gibt keinen dritten Anbieter mit einem Angebot vergleichbarer Leistungen. Das Studentenwerk bietet die Versorgung von je nach Standort für 300 bis über 1.000 Essenteilnehmer in einem täglichen Zeitfenster von bis zu drei Stunden an, wobei jeder Essenteilnehmer durchschnittlich ein Zeitbudget zwischen 20 und 30 Minuten hat. Die Hochschulen geben diesen Rahmen mit der Gestaltung ihrer Studienangebote vor. Zugleich ergeben sich aus der Studienorganisation mit Vorlesungszeit und vorlesungsfreier Zeit erhebliche unterschiedliche quantitative Nutzungsanforderungen, sodass eine Reihe von Einrichtungen während der vorlesungsfreien Zeit teilweise oder komplett geschlossen ist.

Darüber hinaus bietet das Studentenwerk soziale, gesundheitliche, kulturelle und sportliche Angebote an.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt mit Zuwendungsbescheid

die finanzielle Unterstützung des Landes noch nicht geregelt.

Betrauungsdauer

Die Betrauung ist auf die Dauer von 10 Jahren angelegt.

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Die Zuwendung geht nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der oben definierten DAWI verursachten Nettokosten abzudecken. Die Nettokosten sind die Differenz zwischen sämtlichen in Verbindung mit der Erbringung der jeweiligen DAWI angefallenen, nach allgemein anerkannten Rechnungslegungsstandards ermittelten Kosten einschließlich der anteiligen Gemeinkosten und eines angemessenen Gewinns einerseits und den mit der DAWI erzielten Einnahmen andererseits.

Maßgeblich für die Abgrenzung zwischen den ausgleichsfähigen Nettokosten und den sonstigen Kosten des Studentenwerkes ist die Trennungsrechnung gemäß diesem Bescheid.

Als branchenüblich wird dabei der Verbraucherpreisindex der Nahrungsmittelindustrie in Höhe von 12,5 % im Januar 2016 zugrunde gelegt. Der Zuwendungsnehmer erfasst Aufwendungen und Erträge einerseits für die ihm obliegenden DAWI und andererseits für jede weitere Tätigkeit intern auf getrennten Kostenstellen (Trennungsrechnung). Alle Aufwendungen und Erträge sind den jeweiligen Bereichen nach objektiv gerechtfertigten und einheitlich angewandten Kostenrechnungsgrundsätzen zuzuordnen. Die zugrunde gelegten Kostenrechnungsgrundsätze müssen eindeutig bestimmt sein. Über die Zuordnung der Aufwendungen und Erträge zu den jeweiligen Bereichen und über die dabei angewandten Kostenrechnungsgrundsätze, insbesondere über die Maßstäbe für die Schlüsselung solcher Aufwendungen und Erträge, Kosten und Einnahmen, führt der Zuwendungsnehmer Aufzeichnungen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Es wird jährlich ein Verwendungsnachweis durch den Zuwendungsnehmer erstellt und dem Zuwendungsgeber bis spätestens zum 30.6. des folgenden Haushaltsjahres übermittelt. Der Verwendungsnachweis besteht aus dem geprüften Jahresabschluss und einer Spartenrechnung für den Bereich des DAWI Verpflegungseinrichtungen. Soweit die Prüfung des Zuwendungsgebers über die sachgerechte Verwendung der an den Zuwendungsnehmer gezahlten Vergütung ergibt, dass die Einnahmen des Zuwendungsnehmers aus der Erbringung der DAWI die Nettokosten zuzüglich eines angemessenen Gewinns übersteigen (Überkompensation), fordert der Zuwendungsgeber den überschüssigen Betrag gleichzeitig mit der Mitteilung des Prüfungsergebnisses von dem Zuwendungsnehmer zurück. Hierzu ergeht ein gesonderter rechtsbehelfsfähiger Bescheid.

Dies gilt nicht, soweit sich die Überkompensation maximal auf bis zu 10 % des ausgleichfähigen Betrages beläuft. In diesem Fall wird nach pflichtgemäßem Ermessen des Zuwendungsgebers der überhöhte Betrag auf das nächstfolgende Haushaltsjahr angerechnet. Hierzu ergeht ein gesonderter Bescheid.

Transparenzanforderungen

Keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
0,00 €	2.150.000,00 €

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

keine

5. Sonstige Fragen

keine

Schleswig-Holstein

1. Übersicht über die Ausgaben

2016: 164.408.821,-- €

2017: 161.621.627,-- €

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Schwerpunkt Krankenhaus; Notfallversorgung; Universitätskrankenhaus mit Sonderaufgaben (gerichtliche Leichenöffnungen, Träger des öffentlichen Gesundheitsdienstes)

Formen der Betrauung

Betrauungsakt; Hochschulgesetz

Betrauungsdauer

max. 10 Jahre; unbegrenzt

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss; Bürgschaften; Betriebsmittelkredite

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Trennungsrechnung; Abschlussprüfung; Wirtschaftsprüfertestat; ggfs. Rückzahlung

Transparenzanforderungen

...

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 131.786.321 €

2017 127.682.870 €

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereitstellung von stationären Pflegeplätzen

Formen der Betrauung

Betrauungsakt, zukünftig de minimis.

Betrauungsdauer

unbegrenzt

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Abnahme Jahresabschluss

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

ggfs. Rückzahlung

Transparenzanforderungen

...

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 10 290 €

2017 10 290 €

b) Kinderbetreuung

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen nach Maßgabe des KiTaG

Formen der Betrauung

Einzelvertragliche Regelungen mit dem jeweiligen Träger / Trägerverträge

Betrauungsdauer

Verträge auf Dauer oder 25 Jahre; Kündigungsfristen 12 Monate zum 31.07./31.12. e. J.

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Soweit eine Defizitfinanzierung vereinbart ist, wird ein Zuschuss bezogen auf die tatsächlich entstehenden Einnahmen und Ausgaben gewährt.

Soweit das sog. Leistungspunktesystem vereinbart ist, erfolgt eine Garantie über die Ermittlung und Festlegung der Punktwerte

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Bei Defizitfinanzierung: Kostennachweis durch Träger gegenüber Gemeinde; Einrichtung eines paritätisch besetzten Kuratoriums; Beirats

Bei Leistungspunktesystem: Berechnung der Leistungspunkte bzw. des Punktwertes anhand von Durchschnittswerten mehrerer Einrichtungen; Einsichtsrechte der Gemeinden

Transparenzanforderungen

...

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1 592 100 €

2017: 1 767 823 €

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Regionale Weiterbildung, Volkshochschule

Formen der Betrauung

Betrauungsbeschluss durch Ratsversammlung

Betrauungsdauer

Jährlich im Wirtschaftsplan der Kommune

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Defizitausgleich

Ausgleichsmechanismus

Kostendeckung gem. Wirtschaftsplan

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jahresabschluss, ggfs. Rückzahlungen

Transparenzanforderungen

...

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 379 000 €

2017 370 000 €

d) Sozialer Wohnungsbau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrieb einer Seniorenwohnanlage im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus

Formen der Betrauung

Betrauungsakt

Betrauungsdauer

unbegrenzt

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Bürgschaft ohne Avalzins

Ausgleichsmechanismus

Jahresabschluss

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Jahresabschluss

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 30 000 €

2017 30 000 €

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Förderung der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Bildung (in Jugendherbergen) gemäß §§ 2 Abs.2 Ziff. 1; 4; 7 Abs. 1; 11; 74 Abs. 1 und 6 SGB VIII

Formen der Betrauung

Zuwendungsbescheid/Betrauungsakt vom 6.12.2017 im Sinne des Freistellungsbeschlusses

Betrauungsdauer

25 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

entfällt

Beihilfeinstrumente

Investitionskostenzuschuss

Ausgleichsmechanismus

Muster-Kalkulation zur Ermittlung der Nettokosten nach DAWI

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Trennungsrechnung, jährliche Dokumentation, Überprüfungen durch den Zuwendungsgeber alle 3 Jahre

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

486.619,00 €

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Beratungs- und Bildungsangebote,

- die auf Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen und unterschiedliche Formen des Zusammenlebens berücksichtigen,
- die junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten.
- die partnerschaftliches Zusammenleben in der Familie fördern,
- welche die Verantwortung der Familie bei der Erziehung und der Entwicklung der Kinder stärken und unterstützen,
- die helfen, individuelle und allgemeine Problemlösungen für unterschiedliche Lebenssituationen von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien zu entwickeln.
- der Wissensvermittlung verbunden mit geeigneten praktischen Übungen zur menschlichen Sexualität und Sexualerziehung insbesondere zu den Themen Gefühle, Liebe, Sexualität, Erotik, sexuelle Selbstbestimmung, Partnerschaft, Geschlechterrollen, sexuelle Orientierungen, Sexualpraktiken, Sexualität und Gewalt, Pornografie Sexuell übertragbare Erkrankungen, Sexualhygiene, Empfängnisverhütung, Schwangerschaft, Erziehung und Verantwortung, Lust und körperliche Befriedigung.
- zur Orientierung in der medialen Welt zum Thema Sexualität und Partnerschaft.

Diese Angebote und Maßnahmen sind damit von besonderer Bedeutung für die Entfaltung der Persönlichkeit der Einwohner und für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen (= Gemeinwohlverpflichtung).

Formen der Betreuung

Betreuungsakt

Betreuungsdauer

Jährlich

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

nicht rückzahlbare Zuwendung im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung.

Ausgleichsmechanismus

Nachweis der gesondert gebuchten Ausgabenanteile gemäß der trägerinternen Trennungsrechnung/ Kostenstellenrechnung

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Verwendungsnachweis

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

Jährlich 170 T€

- 3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

./.

- 4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Förderung des Flugwesens, Luftsport, Erreichbarkeit der Region

Formen der Betrauung

Zuwendungsbescheid

Betrauungsdauer

Jahresweise Bewilligung

Ausschließliche oder besondere Rechte

./

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Abrechnung nach Jahresabschluss gem. Zuwendungsrichtlinien

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Abrechnung nach Jahresabschluss gem. Zuwendungsrichtlinien

Transparenzanforderungen

...

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 500 000 €

2017 435 000 € (vorläufig)

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

i) Postdienstleistungen

./.

ii) Energie

./.

iii) Müllabfuhr

./.

iv) Wasserversorgung

./.

v) Kultur

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Kreismusikschule; Kultur- und Kommunikationszentrum; Kulturförderung mehrerer Sparten

Formen der Betrauung

Betrauungsakt; Zuwendungsvertrag; Ratsbeschluss

Betrauungsdauer

3 Jahre - unbegrenzt

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Defizitausgleich; Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Ratsbeschluss aufgrund Wirtschafts- und Haushaltsplan

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Trennungsrechnung; Jahresabschluss; ggfs. Rückzahlungsverpflichtung

Transparenzanforderungen

...

Höhe der gewährten Beihilfen

2016 15 836 553 €

2017 16 365 900 €

vi) Finanzdienstleistungen

./.

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Öffentlicher Badebetrieb

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Träger-Kommune/Gesellschaftsvertrag

Betrauungsdauer

10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

In einem Fall: ausschließliches Recht zum Betrieb eines Hallenbads

Beihilfeinstrumente

Defizitausgleich

Ausgleichsmechanismus

div.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Überprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 2 191 000 €

2017: 2 550 000 €

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Tourismusförderung/ -marketing

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Träger-Kommune/Gesellschaftsvertrag

Betrauungsdauer

Regelmäßig bis max. 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Defizitausgleich, Zuschuss, Mitgliedsbeitrag

Ausgleichsmechanismus

div., i. d. R. Kostenallokation

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Überprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 7 685 892 €

2017: 7 430 167 €

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Wirtschaftsförderung/Stadt-, Regionsmarketing, Betrieb von Technologie- und Gründerzentren, lokale Netzwerkbildung, Förderberatung

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Träger-Kommune/Gesellschaftsvertrag, Kreistagsbeschluss

Betrauungsdauer

Regelmäßig bis max. 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Defizitausgleich

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokation

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Überprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1 368 390 €

2017: 1 529 501 €

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Örtliches Veranstaltungswesen als lokale Infrastruktur

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Träger-Kommune/Gesellschaftsvertrag

Betrauungsdauer

50 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Kosten-/Ertrag-Ist-Vergleich

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Überprüfung im Rahmen des Jahresabschlusses, Anrechnung bzw. Rückzahlung (10 %-Schwelle)

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 2 293 130 €

2017: 2 133 670 €

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Erhaltung örtlicher Gleisanschluss

Formen der Betrauung

Betrauungsakt durch Kommune

Betrauungsdauer

Jährlich

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Defizitausgleich gem. Gesellschaftsvertrag

Ausgleichsmechanismus

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Überprüfung im Rahmen der Rechnungslegung

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 1 145 €

2017: 53 787 €

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Betrieb eines Wissenschaftszentrums

Formen der Betrauung

Bescheid

Betrauungsdauer

Jährlich, vorauss. > 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Abrechnung nach Jahresabschluss gem. Zuwendungsrichtlinien

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 0 €

2017: 26 000 €

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, qualifikatorischen und räumlichen Struktur der Landeshauptstadt Kiel

Formen der Betrauung

Bescheid

Betrauungsdauer

Jahresweise Bewilligung; Dauer voraussichtlich > 10 Jahre

Ausschließliche oder besondere Rechte

./.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss

Ausgleichsmechanismus

Kostenallokationsmethode

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Abrechnung nach Jahresabschluss gem. Zuwendungsrichtlinien

Transparenzanforderungen

./.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016: 565.000 €

2017: 580.000 €

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

./.

5. Sonstige Fragen

./.

Freistaat Thüringen

1. Übersicht über die Ausgaben

Tätigkeit	2016	2017
Krankenhäuser	91.266.456,00 €	107.064.705,00 €
Sozialer Wohnungsbau	---	1.700.000,00 €
Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt	11.441.812,97 €	10.211.629,32 €
Sonstige Wirtschaftszweige: Tourismus	7.208.500,00 €	8.394.503,00 €

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Das Universitätsklinikum Jena ist nach dem Integrationsmodell organisiert. Somit sind die Aufgaben in Forschung, Lehre und Krankenversorgung in einer Organisationseinheit eng miteinander verbunden.

Die genauen Aufgaben des Universitätsklinikums Jena sind im § 91 Abs. 2 ThürHG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 2016) definiert „*Das Universitätsklinikum Jena ist verantwortlich für die Pflege der Wissenschaft in Forschung und Lehre einschließlich der Ausbildung von Studierenden; es nimmt daran ausgerichtet Aufgaben in der Krankenversorgung wahr. Es ist darüber hinaus zuständig für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Ärzten, Zahnärzten anderen wissenschaftlichen Mitarbeitern und Angehörigen nichtärztlicher Heil- und Fachberufe.*“

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt auf Basis § 94 Abs. 2 ThürHG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 2016). Die Aufgaben in der Krankenversorgung richten sich danach an den Aufgaben in Forschung und Lehre einschließlich der Ausbildung der Studierenden aus.

Betrauungsdauer

Die Betrauung der Universitätsmedizin mit Aufgaben in der Krankenversorgung erfolgt in dieser Form seit dem 01.01.2007 und ist zeitlich nicht befristet.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Für das im Universitätsklinikum Jena tätige wissenschaftliche Personal wird die Erfüllung der Aufgaben in Forschung und Lehre im Rahmen der verfassungsrechtlich garantierten Wissenschaftsfreiheit gewährleistet.

Beihilfeinstrumente

Die Finanzierung des Universitätsklinikums Jena ist im § 94 Abs. 1 ThürHG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 2016) geregelt.

„Das Universitätsklinikum Jena deckt seine Aufwendungen in der Krankenversorgung durch die für seine Leistungen vereinbarten oder festgelegten Entgelte und durch sonstige betriebliche Erträge. Daneben gewährt das Land nach Maßgabe des Landeshaushalts Mittel für die Aufgaben in Forschung und Lehre.... Investitionen werden auf Antrag des Bauherren durch das Land nach Maßgabe der Haushaltsrechtlichen Bestimmungen durch Zuwendung gefördert.“

Gem. § 94 Abs. 4 ThürHG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 2016) darf das Universitätsklinikum Jena Kassenkredite aufnehmen um bestehende Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, die nicht aus laufenden Einnahmen gedeckt werden. Darüber hinaus können zur Finanzierung von Investitionen Kredite aufgenommen werden. Die Summe aller Kredite darf zwei Drittel der im jeweils jüngsten testierten Jahresabschluss ausgewiesenen betrieblichen Erträge nicht überschreiten.

Gem. § 98 Abs. 2 ThürHG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 2016) entscheidet der Verwaltungsrat, dem der für das Hochschulwesen zuständige Minister und der für Finanzen zuständige Minister bzw. für deren Amtszeit dauerhaft benannte Vertreter angehören, über Kreditaufnahmen nach Maßgabe der Grundsatzung.

Gemäß § 91 Abs. 5 ThürHG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 2016) haftet für die Verbindlichkeiten des Universitätsklinikums Jena neben diesem das Land unbeschränkt, wenn und soweit die Befriedigung aus dem Vermögen des Universitätsklinikums Jena nicht zu erlangen ist (Gewährträgerhaftung)

Ausgleichsmechanismus

Die Antwort zum Ausgleichsmechanismus entfällt.

Die „Kalkulation ist im ThürHG im § 94 Abs. 3 ThürHG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 2016) wie folgt geregelt:

„...Für jedes Wirtschaftsjahr ist vor dessen Beginn, spätestens bis zum 01. Dezember, ein Wirtschaftsplan bestehend aus getrennten Finanz- und Erfolgsplänen für Forschung und Lehre einerseits und Krankenversorgung andererseits aufzustellen....“

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Gem. § 94 Abs. 6 ThürHG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 2016) führt das Universitätsklinikum Jena zum Nachweis der Verwendung des Landeszuschusses für Forschung und Lehre und zur Vermeidung einer unzulässigen Quersubventionierung des Krankenhausbetriebs aus Mitteln für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten (Forschung und Lehre) eine Trennungsrechnung durch. Diese ist Bestandteil des geprüften Jahresabschlusses.

Transparenzanforderungen

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
Rechtsgrundlage: s.o. Landeszuschuss für laufende Aufwendungen in Forschung und Lehre gemäß § 94 Abs. 1 Satz 2 ThürHG: 75.741.000 €	Landeszuschuss für laufende Aufwendungen in Forschung und Lehre gemäß § 94 Abs. 1 Satz 2 ThürHG: 78.013.300 €
Zuschüsse für Investitionen des Universitäts- klinikums Jena gemäß § 94 Abs. 1 Satz 4 ThürHG: 9.000.000 €	Zuschüsse für Investitionen des Universitäts- klinikums Jena gemäß § 94 Abs. 1 Satz 4 ThürHG: 9.000.000 €
Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Projectförderung) 735.300 €	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke (Projectförderung) 1.115.800 €
Landeszuschuss für Zins und Tilgung der Baumaßnahme 2. Bauabschnitt des Universi- tätsklinikums Jena (siehe § 94 Abs. 1 Satz 4 ThürHG): 4.819.826 €	Landeszuschuss für Zins und Tilgung der Baumaßnahme 2. Bauabschnitt des Universi- tätsklinikums Jena (siehe § 94 Abs. 1 Satz 4 ThürHG): 17.493.069 €
Förderung nach Artikel 143 c GG und 91b GG, EFRE sowie Projectförderung TMWWDG: 970.330 €	Förderung nach Artikel 143 c GG und 91b GG, EFRE sowie Projectförderung TMWWDG: 2.442.536 €

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

entfällt

b) Kinderbetreuung

entfällt

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Der DAWI-Freistellungsbeschluss (ABl. EU L 7/3 vom 11.01.2012) umfasst Tätigkeitsfelder von staatlichen Beihilfen, die als DAWI in Frage kommen. Gemäß Art. 2 Abs. 1 lit. c) sind Ausgleichsleistungen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt Dienstleistungen von allgemein wirtschaftlichem Interesse.

Die „Richtlinie zur Förderung der Wiederherstellung und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit durch Maßnahmen der sozialen und beruflichen Integration (Integrationsrichtlinie)“ (Thüringer Staatsanzeiger Nr. 42/2014 vom 20.10.2014, geä. Nr. 35/2015 vom 31.08.2015) beinhaltet Leistungen, die als DAWI definiert worden sind.

Die Integrationsrichtlinie ist in der Prioritätsachse B, Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung im Rahmen des Operationellen Programms Europäischer Sozialfonds 2014 bis 2020 im Freistaat Thüringen, Investitionspriorität 1 verortet.

Sie beinhaltet folgende drei Fördergegenstände zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt: Unter Zf. 2.1 werden Projekte der individuellen Integrationsbegleitung gefördert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind das 24 regionale Projekte in allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städte. Zf. 2.2 sieht Projekte der beruflichen Qualifizierung zur Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden sowie zur Steigerung ihrer Anpassungsfähigkeit an den sozialen, technischen und wirtschaftlichen Wandel vor (berufliche Qualifizierungsmaßnahmen mit sozialpädagogischer Betreuung). Unter Zf. 2.3 sind berufliche Integrationsprojekte zur Verbesserung der Chancengleichheit und Projekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Projekte, durch die Maßnahmen der sozialen und beruflichen Integration erprobt oder begleitet werden, geregelt.

Empfänger der Zuwendungen im Rahmen der Integrationsrichtlinie sind die Projektträger.

Die i. R. d. Integrationsrichtlinie geförderten Vorhaben sind damit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, für die der Anwendungsbereich nach Art. 2 Abs. 1 lit. c) des DAWI-Beschlusses als Dienstleistungen, die den Zugang zum und die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, eröffnet ist.

Damit ist deren Förderung eine staatliche Beihilfe, die als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen wird und nicht nach Art. 108 Abs. 3 AEUV notifizierungspflichtig ist.

Formen der Betreuung

Art. 4 des DAWI-Beschlusses schreibt vor, dass die Erbringung der DAWI im Wege eines oder mehrere Betrauungsakte übertragen werden muss.

Für die als DAWI definierten Leistungen der Integrationsrichtlinie erfolgen folgende Formen der Betreuung:

Gegenstand und Dauer der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung (Art. 4 lit. a) sind im Zuwendungsbescheid (Verwaltungsakt) - insbesondere mit der Bezugnahme auf die Vorhabenbeschreibung und die Bestimmung eines Bewilligungsbescheids - genannt.

Mit der Richtlinie und dem Zuwendungsempfänger wird das Unternehmen und das betreffende Gebiet (Art. 4 lit. b.)) bestimmt.

Die Beschreibung des Ausgleichsmechanismus und die Parameter für die Berechnung, die Überwachung und die Änderung der Ausgleichsleistung (Art. 4 lit. d)) sind im Zuwendungsbescheid mit Bezugnahme auf die AN Best-P (insbesondere Nr. 1.2, 2.1 AN Best-P), die Re-

gelungen des ThürVwVfG sowie durch Auflagen und Einsichts- und Prüfungsrechte festgelegt. Sie werden dementsprechend ausgeführt.

Dies gilt auch für Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen (Art. 4 lit. e)) indem regelmäßig Nebenbestimmungen zum Abruf, zur Auszahlung und Verwendung der Zuwendung im Zuwendungsbescheid enthalten sind

Letztlich erfolgt gemäß Art. 4 lit. f) ein Verweis auf den DAWI-Beschluss im Zuwendungsbescheid.

Betrauungsdauer

Im Rahmen der Integrationsrichtlinie gab es in der Vergangenheit keine Betrauungen, die über 10 Jahre hinaus stattfanden. Der Grund dafür ist, dass die Förderung der Projekte auf die Dauer der Förderperiode beschränkt ist. In Thüringen wurden bisher 5 ESF-Förderperioden umgesetzt. Keine der 5 Förderperioden lief länger als 7 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Keine

Beihilfeinstrumente

Die Förderung über die Integrationsrichtlinie erfolgt als Projektförderung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses. Die Finanzierung der zuschussfähigen Ausgaben erfolgt im Wege der Anteilsfinanzierung. Die Höhe der Zuwendung aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds beträgt in der Regel bis zu 80 Prozent der zuschussfähigen Gesamtausgaben.

Ausgleichsmechanismus

Die Berechnung der Ausgleichsleistungen erfolgt mit Blick auf die AN Best-P gemäß des Art. 5 des DAWI-Beschlusses. Die typischen Ausgleichsmechanismen werden mit der Net-avoided-cost-Methode berechnet.

Die Vorschriften über die Berechnung des angemessenen Gewinns nach Art. 5 Absatz 6 sind regelmäßig nicht einschlägig, da die Projektträger keine Gewinne machen und etwaige Erlöse bereits bei der Zuwendungshöhe berücksichtigt werden.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Die Kontrolle von Überkompensationen gemäß Art. 6 des DAWI-Beschlusses erfolgt über die Zwischen-, Gesamt- sowie unterjährigen Verwendungsnachweisprüfungen sowie Vor-Ort-Kontrollen (Art. 6 Abs. 1). Bei Abweichungen finden Rückforderungen nach §§ 48, 49, 49a ThürVwVfG statt. Die Anwendung von vereinfachten Kostenoptionen bzw. Standardeinheitskosten wird von der VO (EU) Nr. 1303/2013 ausdrücklich vorgesehen.

Transparenzanforderungen

Entfällt - es werden keine Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. EUR an Unternehmen gewährt, die außerhalb des Anwendungsbereichs der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben.

Sollten in der Zukunft entsprechende Ausgleichsleistungen stattfinden, werden die Veröffentlichung des Betrauungsaktes oder einer Zusammenfassung der in Art. 4 genannten Angaben

und die Veröffentlichung des jährlichen Beihilfebetrags im Internet oder in sonstiger geeigneter Weise gewährleistet.

Höhe der gewährten Beihilfen

2016	2017
11.441.812,97 €	10.211.629,32 €

...

d) Sozialer Wohnungsbau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bereitstellung, Betrieb und Unterhaltung von Wohnraum für Studierende.

Das Studierendenwerk Thüringen betreut und fördert die Studierenden an den Hochschulen des Landes u. a. durch die Bereitstellung von auf die zeitlichen und räumlichen Bedürfnisse von Studierenden zugeschnittenen Angeboten im Bereich Wohnen. Die Bereitstellung von Studierendenwohnraum erfolgt dabei zu sozialverträglichen Mieten, die Studierenden mit geringem Einkommen und/oder nicht deutscher Herkunft das Wohnen in angemessenem und bezahlbarem Wohnraum ermöglichen. Insbesondere diese Studierende stoßen auf Schwierigkeiten bei dem Versuch, entsprechenden Wohnraum am freien Wohnungsmarkt anzumieten

Formen der Betrauung

Betrauungsakt: Das Studierendenwerk Thüringen erhält für den Umbau, die Sanierung oder die Errichtung von Studierendenwohnanlagen jeweils vorhabenbezogen Zuwendungsbescheide, die mit dem beigefügten Betrauungsakt (Anlage) verbunden sind.

Betrauungsdauer

Die Dauer der Betrauung (Betrauungszeitraum) entspricht dem Zeitraum der Zweckbindung der jeweiligen Zuwendung. Die geförderten Objekte sind vom Studierendenwerk Thüringen stets für die Dauer von mindestens 30 Jahren für die Unterbringung von Studierenden vorzuhalten.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Dem Studierendenwerk Thüringen werden in der Regel keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Zuschuss im Sinne einer Anteilsfinanzierung (d. h. anteilige Förderung der baulichen Investitionen zur Schaffung und Sanierung von Studierendenwohnraum).

Ausgleichsmechanismus

Ausgleichszahlungen werden ausschließlich in Bezug auf die durch die Erbringung der oben beschriebenen Aufgaben entstehenden Kosten bzw. Aufwendungen des Studierendenwerks Thüringen anteilig ausgeglichen. Die Zuwendung geht dabei nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erbringung der oben definierten Aufgaben verursachten Nettokosten anteilig abzudecken.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Regelmäßige Kontrolle, insbes. Prüfung über die sachgerechte Verwendung der an das Studierendenwerk Thüringen geleisteten Ausgleichszahlung/Zuwendung.

Transparenzanforderungen

Entfällt - die Beihilfe übersteigt den Betrag in Höhe von 15 Mio. € nicht.

Höhe der gewährten Beihilfen

Gesamtbetrag 2017: 1,7 Mio. €, im Einzelnen:

Sanierung des Studierendenwohnhauses Jakobsplan1, Weimar: 1,0 Mio. €

Umbau/Sanierung Wohnhaus für Studierende, Schlegelstr. 4, Jena: 0,7 Mio. €

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

entfällt

3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

entfällt

4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

entfällt

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

i) Postdienstleistungen

entfällt

ii) Energie

entfällt

iii) Müllabfuhr

entfällt

iv) Wasserversorgung

entfällt

v) Kultur

entfällt

vi) Finanzdienstleistungen

entfällt

vii) Sonstige Wirtschaftszweige – hier: Tourismus

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Gewährung von Ausgleichsleistungen für Organisationen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit Aufgaben der Tourismusförderung und des Tourismusmarketings wahrnehmen.

Formen der Betrauung

Betrauungsakt, Betrauung im Rahmen von Zuwendungsbescheiden

Betrauungsdauer

Zwischen einem und sechs Jahren

Ausschließliche oder besondere Rechte

keine

Beihilfeinstrumente

Zuschüsse

Ausgleichsmechanismus

Die Berechnung der Ausgleichshöhe erfolgt auf der Grundlage der tatsächlich angefallenen Kosten und erzielten Einnahmen nach der Kostenallokationsmethode.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Im Rahmen der Verwendungsnachweiskontrolle erfolgt die Kontrolle der Überkompensation. Bei vorliegender Überkompensation erfolgt eine Rückforderung gemäß den Vorschriften des Verwaltungsverfahrens.

Transparenzanforderungen

Entfällt - die Beihilfen übersteigen den Betrag in Höhe von 15 Mio. € nicht.

Höhe der gewährten Beihilfen

Ein Ausgleich für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auf der Grundlage des DAWI-Beschlusses erfolgte an nachfolgende Einrichtungen in der genannten Höhe:

	2016	2017
Thüringer Tourismus GmbH	6.279.500 €	7.388.233 €
Regionalverbund Thüringer Wald e. V.	440.000 €	440.000 €
Tourismusverband Vogtland e. V.	100.000 €	100.000 €
Thüringer Tourismusverband Jena-Saale-Holzland e. V.	389.000 €	296.500 €
Harzer Tourismusverband e. V.	-	70.000 €
Rhön GmbH	-	75.000 €
Weimar GmbH	-	24.770 €
Summe	7.208.500 €	8.394.503 €

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Bisher wurden von der Kommission keine Maßnahmen unter dem DAWI-Rahmen von 2012 genehmigt.

4. Beschwerden Dritter

keine

5. Sonstige Fragen

keine

Berlin, den 15.6.2018

**Mitteilung
der Bundesregierung
der Bundesrepublik Deutschland
an die Europäische Kommission**

Betreff: HT.2807 – Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:
Berichterstattung nach dem DAWI-Beschluss von 2012 und dem DAWI-
Rahmen von 2012

Bezug: Schreiben der Europäischen Kommission vom 8.2.2018

Auf Grundlage der ihr von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen erstattet die Bundesregierung für die Jahre 2016 und 2017 Bericht gem. Artikel 9 des DAWI-Beschlusses von 2012 und nach Randnummer 62 des DAWI-Rahmens von 2012.

Dabei wird hinsichtlich der von den Ländern und Kommunen gewährten Beihilfen – mit Ausnahme des Bereichs des sozialen Wohnungsbaus (siehe dazu unten) – auf die Anlagen verwiesen. Die nachfolgenden Informationen betreffen (mit Ausnahme des Bereichs des sozialen Wohnungsbaus) den Bund.

1. Übersicht über die Ausgaben

Nach den vorliegenden Informationen wurden auf Grundlage des DAWI-Beschlusses im Jahr 2016 Beihilfen i.H.v. insg. rd. 978 Mio. Euro und im Jahr 2017 i.H.v. insg. rd. 1.131 Mio. Euro gewährt.

Betreffend den DAWI-Rahmen wird auf die Anlagen betreffend das Nationale Naturerbe und die Naturschutzgroßprojekte verwiesen.

2. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

2) Soziale Dienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c)

a) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege

Innovationsfonds zur Förderung von neuen Versorgungsformen

(Bundesministerium für Gesundheit)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Am 23.7.2015 ist das Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz) in seinen wesentlichen Teilen in Kraft getreten. Das Gesetz zielt darauf ab, auch in Zukunft eine gut erreichbare medizinische Versorgung auf hohem Niveau sicherzustellen. Um dieses Ziel umzusetzen, wurde u.a. der Innovationsfonds geschaffen. Im Rahmen des Innovationsfonds sollen Projekte gefördert werden, die neue Wege in der Versorgung beschreiten und so zu einer qualitativen Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland beitragen.

Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz erhielt der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) den Auftrag, neue Versorgungsformen, die über die bisherige Regelversorgung hinausgehen, und Versorgungsforschungsprojekte, die auf einen Erkenntnisgewinn zur Verbesserung der bestehenden Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgerichtet sind, zu fördern (§ 92a Abs. 1 und Abs. 2 SGB V).

Zur Durchführung der Förderung ist beim G-BA ein Innovationsausschuss eingerichtet (§ 92b Abs. 1 Satz 1 SGB V). Der Innovationsausschuss legt in Förderbekanntmachungen die Schwerpunkte und Kriterien für die Förderung von Projekten zu neuen Versorgungsformen (§ 92a Abs. 1 SGB V) sowie zur Versorgungsforschung (§ 92a Abs. 2 SGB V) fest. Des Weiteren entscheidet der Innovationsausschuss über die eingegangenen Anträge auf Förderung (§ 92b Abs. 2 Satz 1 und 2 SGB V).

Im Zeitraum 2016 bis 2019 stehen jährlich Fördermittel von 300 Mio. Euro zur Verfügung, davon 225 Mio. Euro für die Förderung von neuen Versorgungsformen. Die Fördermittel werden durch den Gesundheitsfonds (Liquiditätsreserve) und die am

Risikostrukturausgleich teilnehmenden Krankenkassen jeweils zur Hälfte getragen (§ 92a Abs. 4 Satz 1 SGB V). Das Bundesversicherungsamt erhebt und verwaltet die Fördermittel und zahlt sie auf der Grundlage der Entscheidungen des Innovationsausschusses aus (§ 92a Abs. 4 Satz 2 SGB V).

Die Durchführung der Förderung begann in 2016 mit der Veröffentlichung von Förderbekanntmachungen, Entscheidungen des Innovationsausschusses und Bescheidung von Projekten. Die vom Innovationsausschuss geförderten Projekte im Bereich neue Versorgungsformen leisten einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Es handelt sich um Projekte, die gemäß § 92a Abs. 1 Satz 2 SGB V eine Verbesserung der sektorenübergreifenden Versorgung zum Ziel haben. Die Förderung erfolgt unter der Voraussetzung, dass eine wissenschaftliche Begleitung und Auswertung im Hinblick auf eine dauerhafte Übernahme in die Versorgung erfolgt (§ 92a Abs. 1 Satz 3 SGB V).

Es ist davon auszugehen, dass die gesetzlichen Krankenkassen und Leistungserbringer sowie ggf. weitere Beteiligte, die an einem vom Innovationsausschuss geförderten Projekt im Bereich neue Versorgungsformen beteiligt sind, ohne eine Förderung nicht oder nicht in gleichem Maße entsprechende Ressourcen für eine Weiterentwicklung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung bereitstellen.

Formen der Betrauung

Die Betrauung der Projekte erfolgt im Förderbescheid (Muster siehe Anlage). Im Fall einer Weiterleitung von Teilen der Förderung gelten die entsprechend markierten verbindlichen Nebenbestimmungen ebenso für alle Konsortialpartner (Letzt-Förderempfänger). Zudem ist zwischen dem Konsortialführer (Erst-Förderempfänger) und jedem Konsortialpartner ein privatrechtlicher Weiterleitungsvertrag zu schließen, aus dem sich die Verbindlichkeit des Förderbescheids auch für den Konsortialpartner ergibt (siehe Anlage). Insofern werden alle Förderempfänger mit dem Förderbescheid mit der Erbringung der DAWI betraut.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer (= Projektlaufzeit) beträgt in der Regel drei Jahre. Abweichungen ergeben sich aus dem jeweiligen Projektantrag. Die maximale Betrauungsdauer beträgt vier Jahre (§ 92a Abs. 3 Satz 6 SGB V).

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Der Innovationsfonds gewährt im Rahmen der Projektförderung einen in der Regel nicht rückzahlbaren Zuschuss auf Ausgabenbasis. Je nach Art des Projekts kann entsprechend der Allgemeinen Nebenbestimmungen zum Innovationsfonds (ANBest-IF, s. Anlage) zwischen einer Anteil-, Fest- bzw. Fehlbedarfsfinanzierung sowie einer Vollfinanzierung unterschieden werden.

Ausgleichsmechanismus

Bei Antragstellung muss der Förderempfänger alle ausschließlich durch das geplante Projekt verursachten Ausgaben in einem Finanzierungsplan zusammenfassen. Der Förderempfänger muss die Notwendigkeit aller beantragten Personal- und Sachressourcen und deren Höhe als angemessen nachweisen. Gewinne sind generell von der Förderfähigkeit ausgeschlossen (s. ANBest-IF). Ebenso muss der Finanzierungsplan zu berücksichtigende Einnahmen und Mittel Dritter enthalten, mit denen das betraute Unternehmen während der Dauer der zu erbringenden DAWI rechnet. Falls während der Dauer der DAWI-Erbringung über den Finanzierungsplan hinausgehende Einnahmen und Mittel Dritter erzielt werden, mindern diese die zu gewährende Fördersumme.

Bestandteil der förderrechtlichen Antragsprüfung ist die Prüfung aller Ausgaben in den Positionen des Finanzierungsplans hinsichtlich der Zweckbindung, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Ebenso muss die Notwendigkeit und Angemessenheit zur Durchführung der Projektarbeiten festgestellt werden. Des Weiteren ist die Einhaltung der verbindlichen Nebenbestimmungen im Förderbescheid sowie den ebenfalls verbindlichen ANBest-IF als Anlage zum Bescheid im weiteren Projektverlauf zu prüfen.

Der Ausgleichsmechanismus erfolgt dadurch, dass der Förderempfänger eine Förderung bis zur maximalen Höhe der als förderfähig anerkannten Einzelpositionen erhält. Während der Laufzeit und nach Laufzeitende sind vom Förderempfänger Zwischen- bzw. Gesamtverwendungsnachweise vorzulegen, die Auskunft über die tatsächlich entstandenen Ausgaben in den jeweiligen Positionen geben.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Ein zentrales Element der förderrechtlichen Bearbeitung vor der Betrauung des Unternehmens ist die Prüfung jeder einzelnen Ausgabenposition auf ihre Notwendigkeit für den Projekterfolg und ihre Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit. Ist eines dieser Kriterien nicht erfüllt, so wird die Position gekürzt oder gestrichen. Nach einer Bewilligung dürfen die bewilligten Mittel vom betrauten Unternehmen nur entsprechend der ANBest-IF bedarfsgerecht und in definierten zeitlichen Abständen abgerufen werden. Das Unternehmen muss für die Ausgleichszahlungen ein separates Projektkonto einrichten und verwalten. Des Weiteren müssen alle tatsächlich entstandenen Ausgaben durch Belege und Zeitaufschreibungen gegenüber dem Förderer nachgewiesen werden. Die Richtigkeit, Angemessenheit und zweckentsprechende Verwendung der Ausgleichszahlungen wird in den vorzulegenden Zwischen- und Verwendungsnachweisprüfungen eingehend geprüft. Dadurch ist eine Kontrolle gegen Überkompensation sichergestellt. Sollte bei der Prüfung eine Überkompensation festgestellt werden, ergibt sich durch Anwendung der ANBest-IF eine Verrechnung der korrigierten Beträge bzw. eine Rückforderung.

Somit werden die Ausgleichsleistungen kontinuierlich überwacht und eine etwaige Überkompensation schon bei der Antragsprüfung vermieden bzw. während oder nach Ende der Projektlaufzeit zurückgefordert. Zudem wurden Regelungen für die zur Erfüllung des Förderzwecks beschafften Investitionen getroffen (s. ANBest-IF). So sind u. a. nach Ablauf des Förderzeitraums die beschafften Investitionen durch den Förderempfänger zu veräußern und der Förderer am Erlös zu beteiligen oder der Restwert der beschafften Investitionen abzugelten.

Transparenzanforderungen

Bislang erfolgte keine Förderung von mehr als 15 Mio. Euro für ein Projekt an einen Förderempfänger. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass zukünftig ein einzelnes Unternehmen eine Ausgleichleistung für eine DAWI erhält, die diesen Schwellenwert überschreiten wird. Sollte dennoch der Fall eintreten, wird die Geschäftsstelle des Innovationsausschusses über eine Webseite hierüber informieren.

Höhe der gewährten Beihilfen

In 2017 wurden Beihilfen i.H.v. insg. 34.321.591,86 Euro gewährt.

In 2016 wurden in dem Förderprogramm zu neuen Versorgungsformen des Innovationsausschusses in insgesamt 3 Projekten verschiedene DAWI erbracht. Per Förder-

bescheid sind hierzu 3 Unternehmen als Erst-Förderempfänger und weitere 9 Unternehmen als Letzt-Förderempfänger betraut (Summe: 12 Erst- und Letzt-Förderempfänger). Diese Unternehmen haben in 2016 keine Mittel abgerufen, haben also keine Ausgleichsleistung erhalten.

In 2017 wurden in dem Förderprogramm zu neuen Versorgungsformen des Innovationsausschusses in insgesamt 51 Projekten verschiedene DAWI erbracht. Per Förderbescheid sind hierzu 51 Unternehmen als Erst-Förderempfänger und weitere 268 Unternehmen als Letzt-Förderempfänger betraut worden (Summe: 319 Erst- und Letzt-Förderempfänger). Nicht alle dieser Unternehmen haben in 2017 Mittel abgerufen. Hier waren es 45 Erst- und 218 Letzt-Förderempfänger in insgesamt 45 Projekten.

Es kann kein durchschnittlicher Beihilfebetrug angegeben werden. Die Fördersumme pro Projekt sowie pro Erst- bzw. Letzt-Förderempfänger umfasst hierzu eine zu große Bandbreite (von 5.541,00 bis zu 8.671.485,80 Euro). Ebenso kann keine durchschnittliche Größe der Unternehmen angegeben werden. Das Klientel der Förderempfänger reicht von einem wenige Personen umfassenden eingetragenen Verein über Forschungsinstitute, Krankenhäuser bis zu Krankenkassen und deren Trägerorganisationen.

b) Kinderbetreuung

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

d) Sozialer Wohnungsbau

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Es erfolgen Betrauungen mit Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Wohnraumversorgung von Bevölkerungsgruppen, die sich allein nicht angemessen auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können (insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen, Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung). Die Zielgruppen sind weit überwiegend

über Einkommensgrenzen definiert, deren Einhaltung im Einzelfall nachgewiesen werden muss. Die Dienstleistung ist auf die Schaffung von Wohnraum durch Neubau oder Erwerb sowie die Modernisierung bestehenden Mietwohnraums zu sozialen Wohnungsversorgungszwecken gerichtet. Letzteres beinhaltet die nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswerts von Mietwohnungen bzw. -gebäuden, die dauerhafte Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse und die nachhaltige Einsparung von Energie oder Wasser auch zur Senkung der Wohnnebenkosten. Für eine alternde Gesellschaft umfasst die soziale Wohnraumförderung auch die Unterstützung barrierefreier Bauweisen und altersangemessener Wohnformen und Wohnqualitäten, z.B. Wohnraum für Gruppen mit besonderem Betreuungs- und Pflegebedarf oder betreutes Wohnen. Zugunsten der Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung kann auch eine Übernahme weiterer wohnungswirtschaftlicher, baulicher und sozialer Maßnahmen, insbesondere von solchen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der Behebung sozialer Missstände und der Quartiersentwicklung, vereinbart werden. Der Erbringer der Dienstleistung (wohnungswirtschaftliches Unternehmen/Vermieter) stellt Wohnraum zur Verfügung, der zu einem günstigen Preis an die beschriebene Zielgruppe vermietet wird.

Formen der Betreuung

Die Betrauungen erfolgen in der Regel mittels Verwaltungsakt.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt wegen der hohen Investitionssumme und der langen Refinanzierungsdauer in der Regel 10 bis 30 Jahre. Da die Darlehen für den Mietwohnungsbau 10 Jahre grundsätzlich nicht unterschreiten, ist der Anteil der Betrauungen mit einer Dauer von mehr als 10 Jahren sehr hoch.

Ausschließliche oder besondere Rechte

In der Regel werden den Unternehmen keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Die soziale Wohnraumförderung ist objektbezogen angelegt. Die Förderung wird durch zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse für anteilige Baufinanzierung, die Übernahme von Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, durch die Bereitstellung verbilligten Baulands oder durch eine Kombination dieser Fördermittel gewährt. Die

häufigsten Förderinstrumente sind langfristige, zinsgünstige Darlehen oder Zuschüsse.

Ausgleichsmechanismus

In der Regel wird eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt. Die Höhe der Ausgleichszahlungen richtet sich nach einem ex-ante festgelegten objektiven und transparenten Verfahren: Bei der Aufstellung der Förderprogramme werden Förderkonditionen, nach denen sich die Höhe der Nettokosten der Ausgleichsleistung im Einzelfall bemisst, so festgelegt, dass sie für die Dauer der Mietpreis- und Belegungsbindung die wirtschaftlichen Nachteile der mit der Förderung verbundenen Gemeinwohlverpflichtung ausgleichen. Ausgeglichen werden die mit der Mietpreisbegrenzung verbundenen Ertragseinbußen im Vergleich zum Marktmietenniveau, der mit den Belegungsbindungen verbundene erhöhte Aufwand für Mieterbetreuung, Instandhaltung und Verwaltung und die eventuell mit einer besonderen Bauausführung (z.B. barrierefreier Wohnraum) verbundenen erhöhten Baukosten. Bei der Festsetzung der Förderhöhe werden die jeweiligen Wohnungsmarktverhältnisse berücksichtigt (gestützt auf verfügbare Daten und wissenschaftliche Untersuchungen über Bodenpreise, Baukosten und Marktmieten).

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

In den Förderprogrammen werden allgemein zu beachtende Vorgaben sowohl zu den Gemeinwohlverpflichtungen als auch zur Bemessung der Ausgleichszahlungen geregelt. In diesem Rahmen werden dann von der Bewilligungsstelle unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände des Einzelfalls die konkreten Ausgleichszahlungen objektbezogen so bemessen, dass diese angesichts der dann ebenso zu konkretisierenden Gemeinwohlverpflichtungen nicht zu einer Überkompensation führen. Zu den typischen Vorkehrungen gehört, dass dem Unternehmen nicht nur bestimmte Gemeinwohlverpflichtungen auferlegt, sondern auch gesetzlich oder im Förderbescheid von vornherein die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um die strikte Einhaltung dieser Verpflichtungen gegenüber Unternehmen und Sozialmieter wirksam kontrollieren und durchsetzen zu können (u.a. Verpflichtungen zur Auskunft, zur Gewährung von Einsicht in Unterlagen und zur Gestattung des Zugangs zu Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen). Zudem ist es möglich, Bestimmungen des Förderbescheids im Wege des Verwaltungszwangs durchzusetzen und bei etwaigen Verstößen wegen des damit teilweise vereitelten Subventionszwecks Geldleistungen

festzusetzen. Weiter zählt hierzu die Möglichkeit eines (teilweisen) Widerrufs der Förderung verbunden mit einer Rückforderung bewilligter Mittel. Für den Fall einer vorzeitigen Darlehensrückzahlung oder der Insolvenz eines Unternehmens sind von vornherein gesetzliche Nachwirkungsfristen für die Mietpreis- und Belegungsbindungen festgelegt.

Transparenzanforderungen

In der Regel liegen die Förderungen deutlich unter 15 Mio. Euro. Sofern in Ausnahmefällen Förderungen von mehr als 15 Mio. Euro an Unternehmen, die neben DAWI noch andere Tätigkeiten ausüben, gewährt werden, werden die Transparenzanforderungen erfüllt (z.B. durch Führung einer Transparenzdatenbank).

Höhe der gewährten Beihilfen

Nach den der Bundesregierung von den deutschen Behörden zur Verfügung gestellten Informationen wurden von den Ländern und Kommunen Beihilfen i.H.v. insg. rd. 947,54 Mio. Euro (2016) bzw. rd. 1.021,49 Mio. Euro (2017) gewährt.

e) Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Die UNO-Generalversammlung verabschiedete 2006 das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen („UN-Behindertenrechtskonvention“, BRK). Diese ist 2008 in Kraft getreten. Zur Umsetzung der BRK veröffentlichte die Bundesregierung am 15.6.2011 einen Nationalen Aktionsplan und novellierte ihn am 28.6.2016 mit Veröffentlichung des Nationalen Aktionsplans 2.0.

Leitgedanke und zentrales Handlungsprinzip dieses Aktionsplans ist das Konzept der Inklusion. Künftig sollen sich Menschen mit Behinderung nicht mehr an die Gesellschaft anpassen müssen. Der Alltag soll vielmehr so organisiert werden, dass Menschen mit Behinderung selbstverständlich und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) fungiert dabei als staatliche Anlaufstelle (Focal Point) nach Artikel 33 der BRK. In diesem Zusammenhang hat das BMAS zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einen Nationalen Aktionsplan entwickelt, der die Ziele

und Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Politik für Menschen mit Behinderungen zusammenfasst.

Mit der Projektförderung des BMAS sollen bestehende Instrumente zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben ergänzt werden. Im „Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen“ sollen die lokalen/regionalen Bedingungen für schwerbehinderte Menschen in ihrem Zugang zum Arbeitsmarkt, insbesondere durch die Begründung neuer und die Stabilisierung bestehender Beschäftigungsverhältnisse, die Heranführung an Beschäftigung und den Ausbau der betrieblichen Ausbildung verbessert werden. Zugleich fördert das BMAS verschiedene Modell- und Forschungsprojekte auf dem Gebiet der medizinischen und beruflichen Rehabilitation zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Die gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse sowie entwickelten Handlungskonzepte werden transferfähig aufbereitet und anderen Einrichtungen und Interessierten zur Verfügung gestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Erfahrungen und Ergebnisse aus den Projekten einen wichtigen Beitrag zur stärkeren Teilhabe von Menschen mit (schweren) Behinderungen leisten werden. Die nachhaltige Nutzung der Ergebnisse ist somit gegeben.

Das Programm wird aus Mitteln des vom BMAS verwalteten Ausgleichsfonds nach § 78 SGB IX finanziert.

Die vom BMAS in diesem Zusammenhang geförderten Projekte haben durchgängig die Erbringung von DAWI zum Gegenstand.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt durch Zuwendungsbescheide. Im Fall von Weiterleitung von Teilen der Zuwendung gelten die entsprechend markierten verbindlichen Nebenbestimmungen ebenso für alle Letzt-Zuwendungsempfänger. Zudem ist zwischen dem Erst-Zuwendungsempfänger und jedem Letzt-Zuwendungsempfänger ein privatrechtlicher Zuwendungsvertrag zu schließen, aus dem sich die Verbindlichkeit des Zuwendungsbescheids auch für den Letzt-Zuwendungsempfänger ergibt. Insofern werden alle Zuwendungsempfänger mit dem Zuwendungsbescheid mit der Erbringung der DAWI betraut.

Betrauungsdauer

Die durchschnittliche Betrauungsdauer (= Projektlaufzeit) beträgt in der Regel drei Jahre. Abweichungen ergaben sich aus dem jeweiligen Projektantrag.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Das BMAS gewährt im Rahmen der Projektförderung im Programm eine nicht rückzahlbare Zuwendung auf Ausgabenbasis. Es werden ausschließlich Zuwendungen auf Basis einer Vollfinanzierung bewilligt.

Ausgleichsmechanismus

Bei Antragstellung muss der Zuwendungsempfänger alle ausschließlich durch das geplante Projekt verursachten Einzelpositionen in einem Finanzierungsplan zusammenfassen. Der Antragsteller muss die Notwendigkeit aller beantragten Personal- und Sachressourcen und deren Höhe als marktüblich nachweisen. Zudem gilt das Besserstellungsverbot, auch hinsichtlich der veranschlagten Personalnebenausgaben bzw. -kosten. Gewinne sind generell von der Zuwendungsfähigkeit ausgeschlossen. Ebenso muss der Finanzierungsplan zu berücksichtigende Einnahmen und Drittmittel enthalten, mit denen der betraute Unternehmer während der Dauer der zu erbringenden DAWI rechnet. Falls während der Dauer der DAWI-Erbringung über den Finanzierungsplan hinausgehende Einnahmen und Drittmittel erzielt werden, mindern diese die zu gewährende Ausgleichsleistung.

Bestandteil der zuwendungsrechtlichen Antragsprüfung ist die Prüfung aller Positionen des Finanzierungsplans hinsichtlich ihrer Zuwendungsfähigkeit nach §§ 23, 44 Bundeshaushaltsordnung (BHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV). Ebenso muss die Notwendigkeit und Angemessenheit zur Durchführung der Projektarbeiten festgestellt werden. Der Ausgleichsmechanismus erfolgt dadurch, dass der Zuwendungsempfänger je nach festgestellter Finanzierungsart eine Zuwendung bis zur maximalen Höhe der als zuwendungsfähig anerkannten Einzelpositionen erhält. Während der Laufzeit und nach Laufzeitende sind vom Zuwendungsempfänger Zwischen- bzw. Gesamtverwendungsnachweise vorzulegen, die Auskunft über die tatsächlich entstandenen Positionen geben.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Ein zentrales Element der zuwendungsrechtlichen Bearbeitung vor der Betrauung des Unternehmens ist die Prüfung jeder einzelnen Kosten- bzw. Ausgabenposition auf ihre Notwendigkeit für den Projekterfolg und ihre Angemessenheit. Ist eines dieser Kriterien nicht erfüllt, wird die Position gekürzt oder gestrichen. Nach einer Bewilligung dürfen die bewilligten Mittel nur entsprechend der ANBest-P, ANBest-Gk bzw. ANBest-P-Kosten vom betrauten Unternehmen bedarfsgerecht und in definierten zeitlichen Abständen abgerufen werden. Das Unternehmen muss für die Ausgleichszahlungen ein separates Projektkonto einrichten und verwalten. Des Weiteren müssen alle entstandenen Ausgaben bzw. Kosten durch Belege und Zeitaufschreibungen gegenüber dem Zuwendungsgeber nachgewiesen werden. Die Richtigkeit, Angemessenheit und zweckentsprechende Verwendung der Ausgleichszahlungen wird in den vorzulegenden Zwischen- und Verwendungsnachweisprüfungen eingehend geprüft. Dadurch ist eine Kontrolle gegen Überkompensation sichergestellt. Sollte eine Überkompensation bei der Prüfung festgestellt werden, ergibt sich automatisch durch Anwendung der BHO und dazugehörigen VV eine Verrechnung des Kassenbestandes bzw. verzinste Rückforderung.

Somit werden die Ausgleichsleistungen kontinuierlich überwacht und eine etwaige Überkompensation schon in der Antragsprüfung vermieden bzw. während oder nach Ende der Projektlaufzeit zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro für ein Vorhaben an einen Zuwendungsempfänger.

Höhe der gewährten Beihilfen

In 2016 wurden Beihilfen i.H.v. insg. 14.008.561,14 Euro und in 2017 i.H.v. 17.821.827,64 Euro gewährt.

Im „Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen“ wurden im Berichtszeitraum in 59 Vorhaben DAWI erbracht. Per Zuwendungsbescheid sind hierzu 59 Unternehmen als Erst-Zuwendungsempfänger und weitere 89 Unternehmen als Letzt-Zuwendungsempfänger betraut worden. In zwei weiteren Projekten gab es zwei weitere Zuwendungsempfänger, so dass insgesamt 150 Erst- und Letzt-Zuwendungsempfänger Ausgleichsleistungen für die DAWI erhielten.

Nicht alle dieser Unternehmen haben im Berichtszeitraum Mittel abgerufen. In 2016 waren es 55 Erst- und 77 Letzt-Zuwendungsempfänger in insgesamt 50 Vorhaben und in 2017 waren es 52 Erst- und 88 Letzt-Zuwendungsempfänger in insgesamt 58 Vorhaben. Es kann kein durchschnittlicher Beihilfebetrug angegeben werden. Die Zuwendungssumme pro Projekt sowie pro Erst- bzw. Letzt-Zuwendungsempfänger umfasst hierzu eine zu große Bandbreite. Ebenso kann keine durchschnittliche Größe der Unternehmen angegeben werden. Die Klientel der Zuwendungsempfänger reicht von einem wenige Mitarbeitende umfassenden Anbieter von Beratungsleistungen bis zur Bundesagentur für Arbeit.

3) Flug- oder Schiffsverkehr zu Inseln mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d genannten Obergrenze

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

4) Flug- und Seeverkehrshäfen mit einem durchschnittlichen jährlichen Verkehrsaufkommen bis zu der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e genannten Obergrenze

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

5) Sonstige Ausgleichsleistungen von nicht mehr als 15 Mio. Euro pro Jahr für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a)

i) Postdienstleistungen

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

ii) Energie

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene zwei Maßnahmen, nämlich **(1) Energie-Checks** und **(2) Energieberatung für private Verbraucher** (beide Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) auf Grundlage des DAWI-Beschlusses durchgeführt.

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Gegenstand der DAWI sind (1) Energieberatungen für Mieter (Basis-Checks), für Wohneigentümer (Gebäude-Checks, Heiz-Checks, Solar-Checks) und Detail-Checks für Spezialthemengebiete, z.B. Baulicher Wärmeschutz, Haustechnik etc. bzw. (2) stationäre Energieberatung, Energieberatung per Telefon, Onlineberatungen sowie Kurzberatungen auf Messen.

Formen der Betrauung

Die Betrauungen erfolgten durch Zuwendungsbescheid.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer betrug ein oder zwei Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es wurden Zuschüsse (Fehlbedarfsfinanzierung und Projektförderung) gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Es kam eine Kostenallokationsmethode zur Anwendung.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Eine Überkompensation wird durch Verwendungsnachweiskontrolle, Kurzberichte und Projektgespräche sichergestellt.

Transparenzanforderungen

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro.

Höhe der gewährten Beihilfen

(1) In 2016 wurden Beihilfen i.H.v. insg. 5.326.251,23 Euro und in 2017 i.H.v. insg. 6.765.428,93 Euro bzw. (2) in 2016 i.H.v. insg. 5.936.600 Euro und in 2017 i.H.v. insg. 5.533.346 Euro gewährt.

Unmittelbar begünstigt ist der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv e.V.), mittelbar sind durch Weiterleitung die Verbraucherzentralen sowie Honorarberater per Honorarberatervertrag begünstigt.

iii) – vi) Müllabfuhr, Wasserversorgung, Kultur, Finanzdienstleistungen

Nach den vorliegenden Informationen wurden in diesem Wirtschaftszweig auf Bundesebene keine Beihilfen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses gewährt.

vii) Sonstige Wirtschaftszweige

Nach den vorliegenden Informationen wurden auf Bundesebene die folgenden Maßnahmen auf Grundlage des DAWI-Beschlusses durchgeführt.

(1) Verbraucherschutz (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

- Maßnahmen im Bereich der Verbraucherinformation
- Durchführung vergleichender, anbieterunabhängiger Waren- und Dienstleistungstests sowie Veröffentlichung der Ergebnisse
- Vertretung und rechtliche Durchsetzung von Verbraucherinteressen
- Koordination der Verbraucherorganisationen in Deutschland
- Qualitätssicherung der Verbraucherarbeit

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte überwiegend im Rahmen von Zuwendungsbescheiden des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) für die Projekt- bzw. institutionelle Förderung. In einem Fall ist ein gesonderter Betrauungsakt erlassen worden. Dabei ist durchgehend auf den DAWI-Beschluss Bezug genommen worden.

Betrauungsdauer

Überwiegend entspricht die Betrauungsdauer der Laufzeit der geförderten Maßnahmen, in der Regel ist dies ein Jahr. Es wurden jedoch im Bereich der Verbraucherinformation auch überjährige Projekte mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren betraut. In einem Fall erfolgte eine Betrauung für einen Zeitraum von neun Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es wurden nichtrückzahlbare Zuschüsse zur Förderung von Institutionen bzw. Projekten gewährt.

Ausgleichsmechanismus

Die Förderung erfolgt überwiegend im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung, d.h. es werden nur solche Kosten übernommen, die der Zuwendungsempfänger nicht durch eigene oder fremde Mittel zu decken vermag. In einem Fall wurden Bescheide im Wege der Festbetragsfinanzierung erteilt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Grundsätzlich erfolgt eine Verwendungsnachweisprüfung im Rahmen der zuwendungsrechtlichen Bestimmungen. In einem Fall ist vorgesehen, eine gesonderte Überkompensationsprüfung auf der Basis einer Überleitungsrechnung auf Einnahmen und Ausgaben durchzuführen.

Transparenzanforderungen

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro.

Höhe der gewährten Beihilfen

In 2017 wurden Beihilfen i.H.v. insg. rd. 35.000.000 Euro gewährt.

Es wurde eine institutionelle Förderung (Verbraucherzentrale Bundesverband – vzbv e.V.) gewährt (12,007 Mio. Euro jährliche Förderung; 112 Beschäftigte in 2017). Weiterhin wurde die Stiftung Warentest (rd. 350 Mitarbeiter) durch einen Zuschuss i.H.v. 3,9 Mio. Euro gefördert; zudem flossen ihr in 2017 Erträge aus dem vom Bund zur Verfügung gestellten Stiftungskapital i.H.v. 3,682 Mio. Euro zu.

Bei den im Wege einer Projektförderung finanzierten Maßnahmen liegt die Förderhöhe zwischen 15.000 Euro (Broschüre „Wegweiser durch die digitale Welt“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – BAGSO e.V.) bis zu rund 5 Mio. Euro (Marktwächter Digitale Welt beim vzbv e.V. und Verbraucherzentralen). Beispielhaft für eine Förderung im durchschnittlichen Bereich ist der DIN-Verbraucherrat (Wahrnehmung der Verbraucherinteressen bei der Normung) mit einer Förderhöhe von ca. 840.000 Euro und ca. 8 Mitarbeitern in der Geschäftsstelle sowie 60 ehrenamtlich Tätigen.

(2) Verbraucherinformation (Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Maßnahmen zur Förderung der Verbraucherinformation im Bereich der Ernährung (gesundheitlicher Verbraucherschutz) und der Vermeidung von Lebensmittelabfällen.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt typischerweise mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid). Standardisierte Muster für diese Betrauungen existieren nicht, da die Projektziele und die fachlich-inhaltlichen Anforderungen je nach Projekt variieren.

Betrauungsdauer

Die durchschnittliche Betrauungsdauer je Betrauungsakt liegt unter 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Insbesondere werden Zuschüsse als Beihilfeinstrument verwendet.

Ausgleichsmechanismus

In der Regel wird eine Zuwendung bis zur Höhe der als zuwendungsfähig anerkannten Einzelpositionen gewährt. Es wird vorrangig die Kostenallokationsmethode zugrunde gelegt.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Zuwendungen können grundsätzlich nur bis zur Höhe der jährlich bewilligten Mittel ausgezahlt werden. Die Zuwendungsempfänger erstellen jährlich einen Sachbericht über die Projektdurchführung sowie einen zahlenmäßigen Verwendungsnachweis über alle erhaltenen Zuwendungen. Darin sind alle für die Projektdurchführung geleisteten Zahlungen bzw. Ausgaben in dem jeweiligen Nachweiszeitraum einzeln aufzuführen und zu belegen. Sofern für einzelne Ausgaben keine Bewilligung erfolgt ist oder Zahlungen nicht eindeutig dem Projekt zugeordnet werden können, wird dies im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise beanstandet und die entsprechenden Mittel werden zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro.

Höhe der gewährten Beihilfen

In 2017 wurden Beihilfen i.H.v. insg. 885.400,33 Euro (Aktivitäten im Rahmen des NAP IN FORM), i.H.v. insg. 2.987.999,96 Euro (Förderung der Verbraucherzentralen) und i.H.v. insg. 522.974,18 Euro (Projektförderung an WWF) gewährt.

(3) Kennzeichnungssystem Reisen für Alle in Deutschland

(Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Einführung des Kennzeichnungssystem Reisen für Alle in Deutschland – Entwicklung einer bundesweit einheitlichen und belastbaren Kennzeichnung und Zertifizierung für barrierefreie touristische Angebote, Entwicklung von Qualitätsstandards und einer Erfassungs- und Auswertungsdatenbank, Durchführung von Schulungsmaßnahmen.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgte durch Zuwendungsbescheid.

Betrauungsdauer

Die Betrauungsdauer beträgt 4 Jahre.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es erfolgte eine Zuwendung in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung.

Ausgleichsmechanismus

Die Zuwendung wird in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung für Nettokosten bewilligt, so dass kein zusätzlicher Ausgleich stattfindet.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

- Wahl des Beihilfeinstrumentes (Zuwendung / AnBest-P)
- Prüfung der Antragsunterlagen
- Ausgleichsleistung wird nur für tatsächlich anfallende Kosten ohne angemessenen Gewinn unter Berücksichtigung aller Einnahmen festgelegt

Transparenzanforderungen

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro.

Höhe der gewährten Beihilfen

In 2016 wurde eine Beihilfe i.H.v. insg. 392.000 Euro und in 2017 i.H.v. insg. 379.000 Euro an einen Empfänger gewährt.

(4) Naturschutzgroßprojekte

(Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Bei der Dienstleistung handelt es sich um das Bundesprogramm „chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“. Es dient der Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung. Mit dem Programm wird ein Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Erhaltung des Naturerbes in Deutschland geleistet.

Im Rahmen der Projekte werden naturraumtypische Lebensräume erhalten oder wiederhergestellt und die in ihnen vorkommenden wildlebenden Arten geschützt, indem Flächen erworben und Maßnahmen durchgeführt werden, um die Situation gefährdeter Arten und Biotope zu verbessern und zu sichern.

Das Programm trägt zur Erfüllung supranationaler Naturschutzziele bei, wie z.B. zur Verwirklichung des EU-Ziels, einen weiteren Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen, und zum langfristigen Schutz von Natura-2000-Gebieten der EU.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt über die Bewilligung einer Zuwendung für ein konkret beantragtes Projekt. Die Bewilligung erfolgt in der Regel mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid). Standardisierte Muster für diese Betrauungen existieren nicht, da die Projektziele und insbesondere die fachlich-inhaltlichen Anforderungen je nach Projekt variieren.

Betrauungsdauer

Die Dauer der Betrauungen beläuft sich im Durchschnitt auf 6,68 Jahre. Der Anteil der Betrauungen, deren Dauer 10 Jahre überschreitet, beträgt ca. 17 %. Hierbei handelt es sich um Projekte, deren Umsetzung nach anerkannten naturschutzfachlichen Grundsätzen einen längeren Zeitraum erfordert.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Es handelt sich um Zuwendungen in der Form von Projektförderungen. Dabei handelt es sich um nicht rückzahlbare Zuwendungen, die auf Ausgabenbasis bewilligt werden.

Ausgleichsmechanismus

Im Vorfeld der Projektförderung werden alle für die Durchführung erforderlichen Ausgaben kalkuliert und in einen Finanzierungsplan eingestellt. Auf der Basis dieses Finanzierungsplanes erfolgt die Bewilligung der Zuwendung. Die Zuwendung erfolgt nur für diejenigen Ausgaben, die ausschließlich zur Durchführung des Projektes notwendig sind. Nur für diese konkret bewilligten Ausgaben darf auch ein Mittelabruf d.h. eine Auszahlung der Zuwendung erfolgen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Zuwendungen können grundsätzlich nur bis zur Höhe der jährlich bewilligten Mittel ausgezahlt werden. Die Zuwendungsempfänger erstellen jährlich einen Sachbericht über die Projektdurchführung sowie einen zahlenmäßigen Verwendungsnachweis über alle erhaltenen Zuwendungen. Darin sind alle für die Projektdurchführung geleisteten Zahlungen bzw. Ausgaben in dem jeweiligen Nachweiszeitraum einzeln aufzuführen und zu belegen. Sofern für einzelne Ausgaben keine Bewilligung erfolgt ist oder Zahlungen nicht eindeutig dem Projekt zugeordnet werden können, wird dies im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise beanstandet und die entsprechenden Mittel werden zurückgefordert

Transparenzanforderungen

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro.

Höhe der gewährten Beihilfen

In 2016 wurden Beihilfen i.H.v. insg. 2,669 Mio. Euro (Bund) bzw. 0,534 Mio. Euro (Länder) und in 2017 i.H.v. insg. 2,499 Mio. Euro (Bund) bzw. 0,493 Mio. Euro (Länder) an insg. 5 Begünstigte gewährt.

(5) Bundesprogramm Biologische Vielfalt

(Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)

Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Im Bundesprogramm Biologische Vielfalt werden Dienstleistungen gefördert, die zum Erhalt und zur Entwicklung der Biologischen Vielfalt in Deutschland beitragen. Das Bundesprogramm trägt zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt mit für Deutschland gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung bei.

Im Rahmen der geförderten Projekte werden Maßnahmen durchgeführt, denen im Rahmen der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt eine gesamtstaatlich repräsentative Bedeutung zukommt oder die diese Strategie in besonders beispielhafter und maßstabsetzender Weise umsetzen. Durch Schutz und nachhaltige Nutzung tragen die Maßnahmen dazu bei, den Rückgang der Biologischen Vielfalt in Deutschland zu stoppen und mittel- bis langfristig in einen positiven Trend umzukehren.

Förderfähig sind dabei Maßnahmen die dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung sowie der Entwicklung der biologischen Vielfalt dienen, über die rechtlich geforderten Standards hinausgehen und in den Schwerpunkten „Arten in besonderer Verantwortung Deutschlands“, „Hotspots der biologischen Vielfalt“, „Sichern von Ökosystemleistungen“ und „Weitere Maßnahmen von besonderer repräsentativer Bedeutung für die Strategie“ angesiedelt sind.

Durch Akzeptanzbildende Maßnahmen der Information und Kommunikation soll bei allen Projekten das gesellschaftliche Bewusstsein für die biologische Vielfalt gesteigert und gefestigt werden.

Formen der Betrauung

Die Betrauung erfolgt per Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid). Darin werden die Pflichten der Empfänger, ggf. der räumliche Geltungsbereich, Umfang und Laufzeit sowie Höhe der Zuwendung je Projekt definiert und festgeschrieben. Darüber hinaus enthält der Zuwendungsbescheid Bestimmungen über den Ausgleichsmechanismus, die Kontrolle der Verwendung der Zuwendung und einen Verweis auf den DAWI-Beschluss.

Standardisierte Muster für diese Betrauung existieren nicht, da die Projektziele und fachlich-inhaltlichen Anforderungen je nach Projekt variieren können. Bestimmungen über den Ausgleichsmechanismus und die Kontrolle der Verwendung finden sich in standardisierten Nebenbestimmungen, die Bestandteil des Zuwendungsbescheides sind.

Betrauungsdauer

Die Dauer der Betrauung soll nach den Förderrichtlinien für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt regelmäßig nach sechs Jahren abgeschlossen sein. Die Durchschnittliche Betrauungsdauer beträgt fünf Jahre. Keine der Betrauungen übersteigt die Dauer von 10 Jahren.

Ausschließliche oder besondere Rechte

Es wurden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

Beihilfeinstrumente

Die Dienstleistungen werden über Zuwendungen als Projektförderung finanziell ausgeglichen. Dabei handelt es sich um nicht rückzahlbare Zuwendungen, die in der Regel auf Ausgabenbasis bewilligt und finanziert werden.

Ausgleichsmechanismus

Alle für die Durchführung erforderlichen Ausgaben werden im Vorfeld der Projektförderung kalkuliert und in einen Finanzierungsplan eingestellt. Auf Basis dieses Finanzierungsplanes erfolgt die Bewilligung der für die Durchführung erforderlichen Ausgaben. Die Zuwendung erfolgt dabei nur für diejenigen Ausgaben, die ausschließlich zur Durchführung des Projektes notwendig sind. Nur für diese konkret als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben darf die Inanspruchnahme der Zuwendung erfolgen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Zuwendungen können grundsätzlich nur bis zur Höhe der jährlichen bewilligten Mittel ausgezahlt werden. Die Zuwendungsempfänger erstellen jährlich einen Sachbericht über die Projektdurchführung sowie einen zahlenmäßigen Verwendungsnachweis. Darin sind alle für die Projektdurchführung geleisteten Ausgaben in dem jeweiligen Nachweiszeitraum einzeln aufzuführen und zu belegen. Sofern für einzelne Ausgaben keine Bewilligung erfolgt ist oder Zahlungen nicht eindeutig dem Projekt zuzuordnen sind, wird dies im Rahmen der Prüfung des Verwendungsnachweises beanstandet und die entsprechenden Mittel werden zurückgefordert.

Transparenzanforderungen

Es erfolgte keine Zuwendung von mehr als 15 Mio. Euro.

Höhe der gewährten Beihilfen

In 2016 wurden Beihilfen i.H.v. insg. 1.849.750,77 Euro und in 2017 i.H.v. insg. 2.162.346,06 Euro gewährt.

3. Beschreibung der Anwendung des DAWI-Rahmens von 2012

Es wird auf die Anlagen betreffend das Nationale Naturerbe und die Naturschutzgroßprojekte verwiesen.

Rahmenvereinbarung

zwischen der

BVVG Bodenverwertungs- und- verwaltungs GmbH,
vertreten durch die Geschäftsführung,

im folgenden - BVVG - genannt und der

Stiftung August Bier für Ökologie und Medizin
vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden

im folgenden – Stiftung - genannt

sowie dem

Bundesministerium für Umwelt-, Naturschutz und Reaktorsicherheit
vertreten durch Frau Gertrud Sahler

im folgenden –BMU- genannt

über Einzelheiten des Verfahrens der Eigentumsübertragung von Flächen des Nationalen Naturerbes auf eine Naturschutzstiftung nach § 3 Abs. 12 - 14 AusglLeistG.

Präambel

Die Bundesrepublik verfügt über ein reichhaltiges Naturerbe. Dieses soll für zukünftige Generationen bewahrt werden. Auf Grundlage des Flächenerwerbsänderungsgesetzes sowie des Koalitionsvertrages der Bundesregierung zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005 sollen deshalb gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes zur dauerhaften Sicherung des Nationalen Naturerbes (NNE-Flächen) unentgeltlich an die Länder oder andere Naturschutzträger übertragen werden.

Die Übertragungsflächen des Nationalen Naturerbes wurden nach naturschutzfachlichen Kriterien von den Ländern, dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der BVVG identifiziert und in den Flurstückslisten des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) vom 29. Juli 2009 niedergelegt.

Die Definition des Nationalen Naturerbes umfasst folgende Kategorien:

- das Grüne Band
- Nationalparke
- Kernzonen bzw. NSG/FFH-Gebiete in Biosphärenreservaten
- Kerngebiete der Naturschutzgroßprojekte des Bundes
- die Gebietskulisse Natura 2000 (FFH-/SPA-Gebiete)
- Naturschutzgebiete > 50 ha
- Militärische Übungsplätze (> 1.000 ha sowie Flächen zwischen 1.000 und 100 ha mit mehr als 20 % FFH-, SPA- oder NSG-Anteil)
- Flächen der Bergbaufolgelandschaft > 100 ha
- Nationaler Biotopverbund (bundes- und landesweiter Bedeutung)

Zweck dieser Vereinbarung ist, das Verfahren für die Übertragung eines Teils der vorgenannten Flächen an die Stiftung grundsätzlich zu regeln und die Verpflichtungen, die mit der Übernahme verbunden sind, festzulegen. Die Übertragung selbst erfolgt nach Abschluss dieser Rahmenvereinbarung mit notariellen Verträgen (siehe Punkt II. Absatz 1.).

Die Stiftung bekundet ihren Willen, die von ihr zu übernehmenden Flächen des Nationalen Naturerbes mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dauerhaft für den Naturschutz zu sichern und verpflichtet sich, die in der Anlage 1 formulierten naturschutzfachlichen Grundsätze („Verfahren und Ziele für die langfristige naturschutzfachliche Entwicklung und Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes“) einzuhalten. Der BMU hat das Recht, die Einhaltung der v.g. Grundsätze jederzeit zu kontrollieren. Bei Bedarf können diese jederzeit einvernehmlich zwischen der Stiftung und dem BMU angepasst bzw. verändert werden.

Die Europäische Kommission hat mit der Entscheidung vom 02.07.2009 Nr. NN 8 /2009 zur Staatlichen Beihilfe „Deutschland-Naturschutzflächen“ die unentgeltliche Übertragung von NNE-Flächen als mit dem gemeinsamen Markt vereinbar angesehen. Die Bewertung wurde unter den Prämissen abgegeben, dass die unentgeltlich übertragenen Flächen grundsätzlich nicht weiterübertragen bzw. weiterveräußert werden und die Empfänger der Flächen sämtliche mit der Übertragung und Erhaltung verbundenen Kosten sowie das Altlastenrisiko übernehmen. Gegebenenfalls danach verbleibende Einnahmen müssen vollständig für den Schutz und die Förderung des nationalen Naturerbes verwendet oder an den Bund abgeführt werden.

Die Wirksamkeit dieser Rahmenvereinbarung steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass zwischen der BVVG, dem BMU und den Bundesländern, in denen der Stiftung Flächen der Nationalen Naturerbes übertragen werden, wiederum eine Rahmenvereinbarung zur unentgeltlichen Naturschutzflächenübertragung zustande kommt.

I. Umfang der unentgeltlich zu übertragenden Naturschutzflächen

1. Die BVVG überträgt der Stiftung im Rahmen des Nationalen Naturerbes gemäß § 3 Abs. 12 - 14 AusglLeistG aus dem Gesamtkontingent von bis zu 65.000 Hektar diejenigen Flurstücke unentgeltlich, für die das BMU die Stiftung gegenüber der BVVG in den Listen vom 29. Juli 2009 als Empfänger benannt hat. Die an die Stiftung zu übertragenden Flurstücke sind als Auszug aus dieser Liste in Anlage 2 benannt.
2. Die Vertragsparteien sind sich einig, dass es im Rahmen der flurstückskonkreten Flächenübertragung zu Änderungen innerhalb der Flächenkulisse und der Trägerbenennung durch das BMU kommen kann. In diesem Fall verpflichten sich die Vertragsparteien eine einvernehmliche Lösung im Geiste dieser Vereinbarung herbeizuführen.

II. Abwicklung der Flächenübertragung; Verfahren im Falle restitutionsbelasteter und zu reprivatisierender Flächen; unbewegliche Sachen

1. Die Übertragung erfolgt auf der Grundlage des dieser Vereinbarung als Anlage 3 beigefügten Musternotarvertrags. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass in dem Vertrag auf die Regelungen und Festlegungen dieser Vereinbarung verbindlich Bezug genommen wird. Ferner sind sich die Vertragsparteien darüber einig, dass der Mustervertrag im Laufe des Übertragungsprozesses an sich etwaig ändernde Rahmenbedingungen anzupassen ist. Soweit dies erforderlich wird, verpflichten sie sich, eine einvernehmliche Lösung im Geiste dieser Vereinbarung herbeizuführen.
2. Soweit die BVVG Kenntnisse über eigentumsrechtliche Ansprüche Dritter hat, teilt sie diese der Stiftung vor Abschluss der Notarverträge mit. Die Stiftung kann für davon betroffene Flurstücke verlangen, die Übertragung bis zur rechtskräftigen Entscheidung über diese Ansprüche zurück zu stellen.

15

3. Sofern sich auf dem Übertragungsgegenstand unbewegliche Sachen (z.B. Gebäude, bauliche Anlagen) befinden, die im Eigentum der BVVG stehen, so muss die Stiftung diese auf Verlangen der BVVG zum Verkehrswert übernehmen. Die Stiftung kann auf die Übertragung der betreffenden Fläche verzichten, es sei denn es gilt Ziff. V dieser Vereinbarung. Sollte die Übernahme der bebauten Rest-/Splitterfläche für die Stiftung eine unbillige Härte darstellen, werden die Vertragsparteien einvernehmlich den Zuschnitt des Übertragungsobjektes so gestalten, dass die BVVG in die Lage versetzt wird, die nicht zu übernehmenden Flächen anderweitig zu verwerten. Die BVVG wird im Rahmen der Einzelabstimmung (II. Abs. 2) die Wertermittlung vornehmen und der Stiftung noch vor dem Besitzwechsel ein Kaufangebot unterbreiten. Der Kaufpreis soll vier Wochen nach Besitzübergang fällig werden.
4. Die Stiftung übernimmt den Übertragungsgegenstand wie er steht und liegt. Die BVVG übernimmt keine Haftung für Rechts- und/oder Sachmängel, insbesondere nicht für eine bestimmte Größe, Güte, Beschaffenheit oder Nutzungsmöglichkeit des Übertragungsgegenstandes. Die BVVG übernimmt auch keine Garantie.

Die Parteien sind sich ferner darüber einig, dass jegliche Ausgleichansprüche nach § 24 Abs. 2 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) gegenüber der BVVG ausgeschlossen sind (Altlasten). Die Einzelheiten ergeben sich aus dem in Anlage 3 beigefügten Musternotarvertrag.

III. Zweck der Übertragung

Die Übertragung erfolgt mit der Maßgabe, dass die Grundstücke dauerhaft als Bestandteil des Nationalen Naturerbes der Bundesrepublik Deutschland gesichert und erhalten werden. Es gelten die Grundsätze der Anlage 1.

IV. Sicherung der Zweckbestimmung

1. Die auf die Stiftung übertragenen Grundstücke des Nationalen Naturerbes sind auf Dauer an den Zweck der Übertragung gebunden. Die Stiftung verpflichtet sich, den naturschutzfachlichen Wert dieser Flächen langfristig zu sichern und die Flächen im Rahmen einer fachgerechten Betreuung, Verwaltung und Pflege mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu entwickeln. Näheres regeln die Grundsätze zu „Verfahren und Ziele für die langfristige naturschutzfachliche Entwicklung und Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes“ (Anlage 1). Die Stiftung verpflichtet sich, im Grundbuch eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zu Gunsten des Bundes einzutragen. Die Verpflichtungen der einzutragenden beschränkt persönlichen Dienstbarkeit ergeben sich aus den Inhalten der Anlage 1 und sind in der konkret im Grundbuch eintragungsfähigen Form mit dem BMU abzustimmen.
2. Grundsätzlich dürfen die unentgeltlich zu übertragenden Flächen von der Stiftung nicht weiter übertragen oder weiterveräußert werden. Der Stiftung ist es nach Zustimmung durch das BMU jedoch grundsätzlich gestattet, die auf sie übertragenen Flächen gegen naturschutzfachlich höherwertige Flächen zu tauschen. Voraussetzung ist, dass sich die Tauschflächen im räumlichen Zusammenhang mit dem Nationalen Naturerbe befinden.
3. Eine Weiterveräußerung (Verkauf) einzelner Übertragungsflächen bedarf ebenfalls der Zustimmung des BMU und ist nur zur Arrondierung der naturschutzfachlich wertvollen Bereiche zulässig. Der sich daraus eventuell ergebende Erlös muss in die Pflege und Entwicklung der Naturerbeflächen, den Erwerb naturschutzfachlich gleich- oder höherwertiger Flächen oder sonstige Umweltschutzmaßnahmen reinvestiert werden. Geschieht dies nicht, ist der Verkaufserlös nach Abzug der nachgewiesenen wertsteigernden Aufwendungen der Stiftung an die BVVG auszukehren (Mehrerlösabführung).
4. Verbleiben der Stiftung nach Abzug der mit den Flächen verbundenen Kosten

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit im weitesten Sinne betreffend die übertragenen Flächen (Verpachtung, Jagdnutzung, Forst- und Weidewirtschaft, Tourismus etc.), so hat die Stiftung diese vollständig für den Schutz des Nationalen Naturerbes bzw. Umweltschutzaufgaben zu verwenden (entsprechend Ziff. 3). Andernfalls hat die Stiftung die Einnahmen an das BMU abzuführen.

5. Die Stiftung legt gegenüber dem BMU jeweils am Ende eines jeden Jahres die Einnahmen-/Erlössituation bezüglich der übertragenen Flächen offen und bestätigt die vertragsgemäße Verwendung aus dem Management (Verkauf, Verpachtung, Nutzung etc.) der NNE-Flächen.
6. Das BMU hat das Recht, sich in Abstimmung mit der Stiftung zu versichern, dass der Zweck der Übertragung gewahrt ist.

V. Restflächenregelung

Klein- und Splitterflächen (Restflächen), die in unmittelbarem Zusammenhang mit den an die Stiftung zu übertragenden Flurstücken stehen und die anderweitig nicht mehr verwertbar sind, hat die Stiftung auf Verlangen der BVVG bis zu einem Umfang von 2 % der insgesamt zu übertragenden Fläche zum Verkehrswert zu erwerben. Die BVVG wird diese Flächen im Rahmen der Detailabstimmung ermitteln und der Stiftung hierzu ein Kaufangebot unterbreiten. Die von der Stiftung erworbenen Restflächen fallen nicht unter die Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung für die Flächen des Nationalen Naturerbes und können von der Stiftung jederzeit getauscht oder wieder verkauft werden.

VI. Kosten

Die unter Punkt I. Absatz 1 genannten Flurstücke werden unentgeltlich auf die Stiftung übertragen. Sämtliche Kosten, die mit der Durchführung des Notarvertrages entstehen, einschließlich etwaiger Steuern, trägt die Stiftung. Ebenso trägt die Stiftung etwaige Kosten für Vermessung und Vermarkung der Flächen.

VII. Schiedsregelung


1. Im Falle von unterschiedlichen Auffassungen zu einzelnen Punkten, einschließlich der Rechte und Pflichten, dieser Rahmenvereinbarung und/oder der noch abzuschließenden Übertragungsverträge (nach Musternotarvertrag in Anlage 3) vereinbaren die Vertragsparteien das im Folgenden näher beschriebene Schiedsverfahren. Alle Vertragsparteien lassen sich hierbei von einem gerechten Ausgleich der Interessen im Geiste der Ziele des Nationalen Naturerbes leiten.
2. Die Vertragsparteien sind sich bewusst, dass in dieser Rahmenvereinbarung und/oder in den noch abzuschließenden Übertragungsverträgen unbestimmte Rechtsbegriffe, Beurteilungs- und Ermessensspielräume enthalten sind. Sie vereinbaren daher, vor der Anrufung des Schiedsgerichts in Ausfüllung dieser Vereinbarungen und Verträge hierzu einvernehmliche, vom Geist dieser Vereinbarungen geprägte Verfahrensweisen, wie sie sich insbesondere aus der Präambel ergeben, zu suchen.
3. Etwaige Streitigkeiten, die sich zwischen den Vertragsparteien aus dieser Vereinbarung ergeben, werden nach der Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges endgültig entschieden. Das Schiedsgericht entscheidet mit drei Schiedsrichtern.

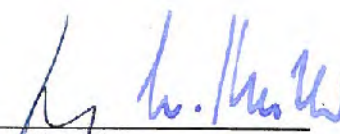
VIII. Salvatorische Klausel

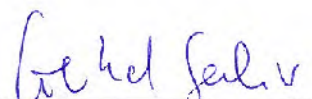
Soweit eine oder mehrere Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, werden die übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen werden die Vertragsparteien gültige und durchführbare Bestimmungen vereinbaren, durch die der angestrebte Vertragszweck möglichst weitgehend erreicht wird. Gleiches gilt für Lücken.

IX. Zuständigkeit für die Durchführung der Übertragung

Auf Seiten der BVVG ist federführend für Durchführung der Übertragung die jeweils örtlich zuständige Niederlassung der BVVG zuständig.

24.7.10 
(Datum) Stiftung August Bier
für Ökologie und Medizin

21. Sep. 2010 
(Datum) BVVG

13.09.10 
(Datum) BMU

12

1. Ausfertigung für das
Bundesministerium für Umwelt,
Reaktorsicherheit und Naturschutz

Vereinbarung

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Bund),

- Beteiligte -

der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA),

- Übertragende -

dem Land Niedersachsen, vertreten durch das Ministerium für Umwelt und Klimaschutz,

- Beteiligte -

und

der NABU-Stiftung Nationales Naturerbe,

- Empfänger -

zur Übertragung der gesamtstaatlich repräsentativen Naturschutzflächen „Einbeck“ und „Stadtoldendorf“

Präambel

Die Bundesrepublik Deutschland (Bund) verfügt über ein reichhaltiges Naturerbe. Dieses soll für zukünftige Generationen bewahrt werden. Auf der Grundlage des Koalitionsvertrages der Bundesregierung zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005 und des Bundeshaushaltsplanes 2006 sollen deshalb gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes zur dauerhaften Sicherung des Nationalen Naturerbes unentgeltlich an die Länder oder andere Naturschutzträger übertragen werden.

Die hier in Rede stehenden Übertragungsflächen des Nationalen Naturerbes wurden nach naturschutzfachlichen Kriterien vom Land Niedersachsen (Land), dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) identifiziert. Die Definition des Nationalen Naturerbes umfasst folgende Kategorien:

- das Grüne Band
- Nationalparke
- Kernzonen bzw. NSG/FFH-Gebiete in Biosphärenreservaten
- Kerngebiete der Naturschutzgroßprojekte des Bundes
- die Gebietskulisse Natura 2000 (FFH-/SPA-Gebiete)
- Naturschutzgebiete > 50 ha
- Militärische Übungsplätze (> 1.000 ha sowie Flächen zwischen 1.000 und 100 ha mit mehr als 20 % FFH-, SPA- oder NSG-Anteil)
- Flächen der Bergbaufolgelandschaft > 100 ha
- Nationaler Biotopverbund (von bundes- und landesweiter Bedeutung)

Das Land Niedersachsen und die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe bekunden ihren Willen, die von der NABU-Stiftung übernommenen Flächen des Nationalen Naturerbes mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dauerhaft für den Naturschutz zu sichern, und verpflichten sich, die wertvollen Offenland- und Waldökosysteme der Liegenschaften Einbeck und Stadtoldendorf entsprechend den in Anlage 1 formulierten naturschutzfachlichen Grundsätzen („Verfahren und Ziele für die langfristige naturschutzfachliche Entwicklung und Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes in Niedersachsen“) sowie den in den Leitbildern (Anlage 2) vorgegebenen Erhaltungs- und Entwicklungszielen zu erhalten. Diese können jederzeit einvernehmlich zwischen dem Land Niedersachsen, der NABU-Stiftung Nationales Naturerbe und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) geändert werden. Die Bundesanstalt erhält dann eine entsprechende Information vom Land Niedersachsen.

Der Bund, das Land Niedersachsen und die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe werden bei der Umsetzung dieser Vereinbarung eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen.

In diesem Sinne werden nachfolgende Regelungen zur unentgeltlichen Flächenübertragung getroffen.

Artikel 1

Inhalt der Vereinbarung

(1) Die BlmA (Übertragender) verpflichtet sich, die BlmA-eigenen in der anliegenden Aufstellung benannten Flurstücke der Liegenschaften „Einbeck“ und „Stadtoldendorf“ (Anlage 3, Übertragungsgegenstand) auf die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe (Empfänger) unentgeltlich zu Eigentum mit allen Rechten und Pflichten zu übertragen. Die Flächenübertragung beruht auf einem Vorschlag des Landes Niedersachsen. Mit Zustimmung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und des Landes Niedersachsen ist eine Weiterübertragung der Flurstücke auf andere Träger des Naturschutzes nach den Maßgaben des Artikels 7 zulässig. Dabei sind die beihilferechtlichen Regelungen der EU zu beachten

(2) Das Land Niedersachsen und der Empfänger bekunden ihren Willen, die vom Empfänger übernommenen Flächen des Nationalen Naturerbes mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dauerhaft für den Naturschutz zu sichern. Bei der Sicherung der Flächen sind die zuständigen Naturschutzbehörden im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung insbesondere zu Schutz, Pflege und Entwicklung von Schutzgebieten des Netzes „Natura 2000“ jeweils einzubeziehen. Die Regelungen des Artikels 7 Absatz 4 bleiben unberührt.

(3) Das Land Niedersachsen erklärt gegenüber dem Übertragenden dafür Gewähr zu tragen, dass die Bedingungen des Haushaltsvermerks Nr. 60.1 zu, Titel 12101, Kap. 0807 des Bundeshaushaltsplans 2009 (Anlage 4) dauerhaft eingehalten werden und zwar auch im Falle der Weiterübertragung der Flurstücke an oder durch einen Dritten. Bei der Übertragenden dürfen nach der Flächenübertragung keinerlei liegenschaftsbezogene Lasten und Risiken verbleiben. Die Regelungen des Artikels 5 Absatz 8 bleiben unberührt.

Artikel 2

Gegenstand und Form der Übertragung

Gegenstand der Übertragung sind die BlmA-eigenen Flurstücke der Liegenschaften „Einbeck“ und „Stadtoldendorf“ (Anlage 3). Die zur Übertragung vorgesehenen Flurstücke werden unentgeltlich auf den Empfänger durch notariellen Schenkungsvertrag übertragen. Sämtliche mit der Flächenübertragung verbundenen Kosten und Verkehrssteuern trägt der Empfänger.

Artikel 3

Zweck der Übertragung

(1) Die Übertragung erfolgt mit der Maßgabe, dass die naturschutzfachliche Qualität der Grundstücke dauerhaft als Bestandteil des Nationalen Naturerbes der Bundesrepublik Deutschland gesichert und erhalten wird. Der Empfänger verpflichtet sich, die in der Anlage 1 formulierten naturschutzfachlichen Grundsätze („Verfahren und Ziele für die langfristige naturschutzfachliche Entwicklung und Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes in Niedersachsen“) einzuhalten. Das konkrete Management der Grundstücke ist dabei außerdem an den Schutzgebietsverordnungen und den naturschutzfachlichen Leitbildern (Anlage 2) auszurichten.

(2) Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat das Recht, sich in Abstimmung mit dem Empfänger zu versichern, dass der Zweck der Übertragung dauerhaft gewahrt bleibt. Dazu bestätigt der Empfänger jeweils am Ende eines Jahres die vertragsgemäße Verwendung der Einnahmen/Erlöse aus dem Management der Übertragungsflächen. Des Weiteren wird sich die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA) mindestens einmal im Jahr mit der Entwicklung des Nationalen Naturerbes befassen.

Artikel 4

Ansprüche Berechtigter

Der Übertragende hat vor Abschluss dieser Vereinbarung nicht geprüft, ob eventuell Rückübertragungsansprüche auf Grundlage vertraglicher Vereinbarungen bestehen. Der Empfänger stellt den Übertragenden von allen Ansprüchen frei, die Rückübertragungsberechtigte

geltend machen können. Der Empfänger darf berechnigte Rückübertragungsansprüche erfüllen.

Artikel 5 **Mängelhaftung**

(1) Der Empfänger übernimmt den Übertragungsgegenstand wie er steht und liegt. Der Übertragende übernimmt keine Haftung für Rechts- und/oder Sachmängel, insbesondere nicht für eine bestimmte Größe, Güte, Beschaffenheit oder Nutzungsmöglichkeit des Übertragungsgegenstandes. Der Übertragende übernimmt auch keine Garantie. Rechts- und Sachmängel sind dem Übertragenden nicht bekannt.

(2) Vom Haftungsausschluss sind Ansprüche des Empfängers wegen Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit ausgenommen, wenn der Übertragende die Pflichtverletzung zu vertreten hat, sowie auf Ersatz sonstiger Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Übertragenden oder seiner Erfüllungsgehilfen beruhen.

(3) Soweit sich auf dem Übertragungsgegenstand bewegliche Sachen (z.B. Hochsitze, Zäune) befinden, werden diese – soweit sie dem Übertragenden gehören – mit übereignet. Alle Rechte und Pflichten an diesen Sachen gehen mit dem Tag des Besitz- und Lastenwechsels auf den Empfänger über.

(4) Der Übertragende übernimmt keine Haftung für die Freiheit des Übertragungsgegenstandes von Leitungen oder Leitungsrechten gleich welcher Art, welchen Umfangs und welcher Funktion. Er haftet auch nicht für Schäden aus der Beeinträchtigung des Übertragungsgegenstandes durch solche Leitungen.

(5) Etwaige auf dem Übertragungsgegenstand befindliche Wasser-, Elektrizitäts- und Fernsprech- sowie sonstige Leitungen werden, soweit sie nicht im Eigentum des Übertragenden stehen, nicht übertragen. Gleiches gilt für Leitungen im Eigentum des Übertragenden, die für ihn noch betriebsnotwendig sind. Der Empfänger hat sich vor Durchführung von Baumaßnahmen mit den Versorgungsträgern in Verbindung zu setzen und sich zu vergewissern, dass der Übertragungsgegenstand frei von Versorgungs- und sonstigen Leitungen ist bzw. ob eine Überbauung von Leitungen möglich ist.

(6) Dem Übertragenden ist nicht bekannt, ob im Grundbuch einzutragende weitere Rechte und/oder Lasten, zu deren Entstehen oder Fortbestand eine Eintragung im Grundbuch nicht erforderlich ist, an dem Übertragungsgegenstand bestehen. Er übernimmt daher keine Haftung für die Freiheit von solchen dinglichen und sonstigen Rechten Dritter.

(7) Den Vertragsparteien ist bekannt, dass sich auf dem Übertragungsgegenstand schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) befinden können. Der Übertragende stellt dem Empfänger die bei ihm für den Übertragungsgegenstand vorhandenen Unterlagen über Altlasten, Kampfmittel usw. vor Vollzug der Zuordnung unentgeltlich zur Verfügung.

(8) Den Vertragsparteien ist ferner bekannt, dass wegen schädlicher Bodenveränderungen oder Altlasten ordnungsbehördliche Maßnahmen nach dem Bundesbodenschutzgesetz erforderlich werden können. Die Vertragsparteien sind sich einig, dass Kosten aufgrund solcher ordnungsbehördlicher Maßnahmen oder sonstiger unabweisbar erforderlicher Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen sowie Kampfmitteln und Kampfmittelresten stehen, insbesondere der Gefahrenabwehr, vom Empfänger in Höhe von bis zu 200.000 € je Liegenschaft übernommen werden. Sofern die Untersuchungs- und/oder Beseitigungskosten über diesen Betrag hinausgehen, sind sich Empfänger und Übertragender einig, dass ausschließlich die Bundesanstalt die Lasten für den 200.000 € übersteigenden Anteil zu tragen hat. Insoweit stellt die Bundesanstalt den Empfänger im Innenverhältnis der Vertragsparteien zueinander von der Inanspruchnahme und den daraus folgenden Lasten, insbesondere Verpflichtungen, Kosten, Aufwand und/oder Schäden, umfassend frei.

Soweit Kosten im Zusammenhang mit der Beseitigung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen sowie Kampfmitteln und Kampfmittelresten durch Erhöhung des Nutzungsgrades der Flächen anfallen, um Naturschutz- und Umweltbildungsmaßnahmen zu realisieren, trägt der Empfänger die Kosten. Dieses gilt nicht für Kosten zur Beseitigung latent vorhandener Gefahren aufgrund von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen sowie Kampfmitteln und Kampfmittelresten, die unabhängig von der Änderung des Nutzungsgrades bei Bekanntwerden aufgrund ordnungsbehördlicher oder sonstiger unabweisbar erforderlicher Maßnahmen anfallen.

Voraussetzung für eine Kostenbeteiligung des Übertragenden ist, dass die Altlasten und schädlichen Bodenveränderungen vor dem Zeitpunkt des Besitz- und Lastenwechsels entstanden sind oder latent vorhanden waren. Ferner wird der Übertragende von dem Empfänger unverzüglich über die festgestellten schädlichen Bodenveränderungen oder Altlasten

sowie Kampfmittel und Kampfmittelreste unter Zurverfügungstellung aller erforderlichen Informationen in Kenntnis gesetzt und die zur Beseitigung erforderlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit ihm durchgeführt. Der Übertragende hat sein Einverständnis nur zu denjenigen Maßnahmen zu geben, die unbedingt erforderlich sind. Der Empfänger verpflichtet sich, gegen etwaige Ordnungsverfügungen der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der Durchführung von Altlastenerkundungs- und Sanierungsmaßnahmen auf dem Übertragungsgegenstand vorsorglich fristgerecht Rechtsmittel (Widerspruch im Verwaltungsverfahren oder, sofern die Rechtsbehelfsbelehrung Ordnungsverfügung dies vorgibt, Klage (Anfechtungsklage) zur Fristwahrung ohne Begründung) einzulegen. Er wird dem Übertragenden Kopien der gegen ihn erlassenen Verwaltungsakte rechtzeitig vor Ablauf der Rechtsmittelfrist überlassen und das weitere Vorgehen sowie die eventuelle Begründung der Rechtsmittel/Rechtsbehelfe mit dem Übertragenden abstimmen. Für den Fall, dass die auf Verlangen des Übertragenden eingelegten Rechtsmittel fruchtlos bleiben, verpflichtet sich der Übertragende zur Übernahme dadurch etwa entstandener Verfahrenskosten. Der Übertragende hat sich in jedem Fall nur an den Kosten der jeweils erforderlichen wirtschaftlichsten Sanierungsvariante zu beteiligen, welche über 200.000 € je Liegenschaft hinausgeht. Der Empfänger verpflichtet sich, Aufträge zur Entnahme und Analyse von Boden-, Bodenluft- und Wasserproben im Rahmen der Verdachtsflächenerkundung und Altlastensanierung nur an ein nach den Anforderungen der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) an die Probennahme, Probenvorbehandlung und chemische Untersuchungsmethoden auf Bundesliegenschaften (Sonderheft 2/2001 des Amts- und Mitteilungsblattes der BAM mit Ausgabedatum Mai 2001 (ISSN 0938-5533; ISBN 3-89701-701-6)) akkreditiertes Unternehmen (<http://www.dar.bam.de/ast/index.html>) zu vergeben.

Artikel 6

Besitz- und Lastenwechsel

- (1) Der Besitz am Übertragungsgegenstand, Gefahren, Nutzen und Lasten sowie die Verkehrssicherungspflicht gehen am Tag der notariellen Beurkundung des Schenkungsvertrages über. Der Empfänger stellt die Übertragende mit dem Stichtag insoweit von jedweder Verpflichtung frei.
- (2) Öffentliche Abgaben, Steuern, Erschließungs- und Anschlussbeiträge sowie sonstige Abgaben trägt die Übertragende nur bis zum Datum des Besitzübergangs.

(3) Für den Übertragungsgegenstand bestehende Verträge, wie z. B. Ver- und Entsorgungsverträge, Pacht- und/oder Mietverträge gehen auf den Empfänger über bzw. der Empfänger tritt in diese Verträge ein.

(4) Die Übertragende verpflichtet sich, die zur ordnungsgemäßen Besitzübernahme erforderlichen Informationen und bei ihr vorhandene Unterlagen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

(5) Die bis zum Besitz- und Lastenwechsel gezogenen Nutzungen verbleiben dem Übertragenden.

Artikel 7

Sicherung der Zweckbestimmung; Übertragung der Flächen auf Dritte; Rückabwicklung

(1) Die auf den Empfänger übertragenen Grundstücke der Liegenschaften „Einbeck“ und „Stadtdendorff“ sind auf Dauer an den Zweck der Übertragung gebunden. Nach Eigentumsübergang auf den Empfänger ist eine Flächenübertragung an Dritte ausgeschlossen, sofern diese der vertraglich vereinbarten Zweckbindung widerspricht bzw. von Seiten des Landes die Übernahme der Haftung gem. Art. 1 Abs. 3 und Art. 5 nicht ausdrücklich erklärt wird. Eine Flächenübertragung an Dritte ist nur im Einvernehmen mit dem BMU möglich.

(2) Die Aufgabe der Zweckbindung ist nur nach vorheriger Zustimmung des Übertragenden und des BMU zulässig. Bei Aufgabe der Zweckbindung durch den Empfänger fällt die Fläche zurück an den Übertragenden und wird dort dauerhaft nach den Kriterien des Nationalen Naturerbes betreut, solange kein Dritter als Empfänger benannt wird. Die Regelungen des Art. 7 Abs. 4 bleiben hiervon unberührt.

(3) Der Empfänger und das Land Niedersachsen haften gegenüber dem Bund für die dauerhafte Sicherstellung der Naturschutzzweckbindung sowie hinsichtlich der Freistellung des Bundes gem. Artikel 5 dieses Vertrages sowie von Ansprüchen Dritter. Fallen Einnahmen aus den Maßnahmen zur Waldentwicklung der übertragenen Flächen an, sind diese ausschließlich für den Erhalt und die Entwicklung des Nationalen Naturerbes zu verwenden.

(4) Ein Verkauf oder Tausch von Teilflächen ist mit Zustimmung des Übertragenden und des BMU möglich, wenn eine vom Empfänger nicht zu beeinflussende Verpflichtung zum Verkauf

besteht. Voraussetzung für einen Tausch ist, dass sich die Tauschflächen ebenfalls im räumlichen Zusammenhang mit dem Nationalen Naturerbe befinden. Sofern ein Verkauf stattfindet, muss der sich daraus ergebende Erlös in die Pflege und Entwicklung der Naturerbeflächen oder den Erwerb naturschutzfachlich gleich- oder höherwertigerer Flächen reinvestiert werden. Geschieht dies nicht, ist der Verkaufserlös nach Abzug der nachgewiesenen wertsteigernden Aufwendungen des Landes oder des Empfängers an den Übertragenden auszukehren (Mehrerlösabführung).

(5) Die Festlegungen dieses Vertrages über die Ansprüche Berechtigter bleiben unberührt.

Artikel 8

Kosten

Die Flurstücke werden unentgeltlich auf den Empfänger übertragen. Das bislang für die Betreuung und Verwaltung des Übertragungsgegenstands eingesetzte Personal verbleibt beim Übertragenden. Die dadurch dem Übertragenden über die gesamte Laufzeit bis einschließlich 2035 entstehenden Personalkosten belaufen sich auf bis zu 108.000 € (ohne MWSt). Diese sind vom Empfänger zu tragen. Empfänger und Übertragender sind sich einig, dass die Personalkosten durch Dienstleistungen des Übertragenden abgegolten werden. Näheres wird in einer Dienstleistungsvereinbarung zwischen Empfänger und Übertragenden geregelt.

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass es sich bei den vom Empfänger an den Übertragenden zugesicherten Vergütungen ausschließlich um Personalkosten handelt. Fallen bei landesweiten Dienstleistungen des Übertragenden Sachkosten an, werden diese vom Übertragenden zusätzlich in Rechnung gestellt.

Die mit dem Abschluss, den privat- und öffentlich-rechtlichen Genehmigungserklärungen sowie der Durchführung dieses Vertrages entstehenden Verkehrssteuern und Kosten sowie die Kosten einer im Einzelfall erforderlich werdenden Identifikation (z. B. Beschaffung von Flurkarten, Luftbildern) von zu übertragenden Flurstücken sowie einer im Einzelfall unvermeidbaren Vermessung und Vermarkung trägt der Empfänger.

Artikel 9

Sonstige Bedingungen

Soweit eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, werden die übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen werden die Vertragsparteien gültige und durchführbare Bestimmungen vereinbaren, durch die der angestrebte Vertragszweck möglichst weitgehend erreicht wird.

Anlagen

Dieser Vereinbarung sind folgende Anlagen beigelegt, die Bestandteil der Vereinbarung sind:

- Anlage 1: Verfahren und Ziele für die langfristige naturschutzfachliche Entwicklung und Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes in Niedersachsen**
- Anlage 2: Leitbild Einbeck und Stadtoldendorf**
- Anlage 3: Flurstücksübersichten der Liegenschaften „Einbeck und Stadtoldendorf“**
- Anlage 4: Haushaltsvermerk und Beschluss des Haushaltsausschuss vom 01.07.2009**

Hammer, 12.9.11
Ort, Datum

Pl Hoff
Für das
Land Niedersachsen

G. Jahn
Für das
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

A. Munte
Für die
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

C. Mersch
Für die
NABU-Stiftung Nationales Naturerbe

Vereinbarung

zwischen

**der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Bund),**

- Beteiligte -

**der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA),
vertreten durch deren Vorstand**

- Überlassende -

und

**der Heinz Sielmann Stiftung,
vertreten durch deren Vorstand**

- Empfängerin -

**über die naturschutzfachliche Betreuung
der gesamtstaatlich repräsentativen Naturschutzflächen**

„Kyritz-Ruppiner Heide“

Präambel

Die Bundesrepublik Deutschland (Bund) verfügt über ein reichhaltiges Naturerbe. Dieses soll für zukünftige Generationen bewahrt werden. Nach dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung zwischen CDU, CSU und FDP vom 26.10.2009 sollen die noch ausstehenden 25.000 Hektar national wertvoller Naturflächen als „Nationales Naturerbe“ gesichert werden. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 14.12.2011 den Empfehlungen des Bundesministeriums der Finanzen zur so genannten 2. Tranche Nationales Naturerbe zugestimmt. Hiernach soll die Kyritz-Ruppiner Heide mit einer Teilfläche von 4.000 Hektar in das Nationale Naturerbe aufgenommen und diese Fläche der Heinz Sielmann Stiftung unbefristet überlassen werden.

Die hier in Rede stehende Fläche des Nationalen Naturerbes wurde nach naturschutzfachlichen Kriterien vom Land, dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) identifiziert. Die Definition des Nationalen Naturerbes umfasst folgende Kategorien:

- das Grüne Band
- Nationalparke
- Kernzonen bzw. NSG/FFH-Gebiete in Biosphärenreservaten
- Kerngebiete der Naturschutzgroßprojekte des Bundes
- die Gebietskulisse Natura 2000 (FFH-/SPA-Gebiete)
- Naturschutzgebiete > 50 ha
- Militärische Übungsplätze (> 1.000 ha sowie Flächen zwischen 1.000 und 100 ha mit mehr als 20 % FFH-, SPA- oder NSG-Anteil)
- Flächen der Bergbaufolgelandschaft > 100 ha
- Nationaler Biotopverbund (von bundes- und landesweiter Bedeutung)

Die Heinz Sielmann Stiftung (HSS) bekundet ihren Willen, die von ihr gemäß den nachfolgenden Regelungen betreute Fläche der Kyritz-Ruppiner Heide im Sinne des Nationalen Naturerbes mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dauerhaft für den Naturschutz zu sichern, und verpflichtet sich, die in der Anlage 1 formulierten naturschutzfachlichen Grundsätze sowie die im Leitbild (Anlage 2) vorgegebenen Erhaltungs- und Entwicklungszielen einzuhalten. Diese können jederzeit einvernehmlich zwischen dem Land Brandenburg, der HSS, dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der BImA geändert werden.

Der Bund, die BImA und die HSS werden bei der Umsetzung dieser Vereinbarung eng zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen.

Die HSS verpflichtet sich, auf den in Anlage 3 gekennzeichneten Flächen Maßnahmen zur Erhaltung, Sicherung und Entwicklung des Nationalen Naturerbes im Sinne des liegenschaftsbezogenen Leitbildes (Anlage 2) durchzuführen sowie die in Anlage 1 formulierten naturschutzfachlichen Grundsätze einzuhalten.

In diesem Sinne werden nachfolgende Regelungen zur Flächenbetreuung zwischen der HSS und der BlmA als Grundstückseigentümerin getroffen:

Artikel 1

Vereinbarungsgegenstand

- (1) Die BlmA (Überlassende) verpflichtet sich, die anstaltseigenen, in der anliegenden Karte gekennzeichneten Flächen der Liegenschaft „Kyritz-Ruppiner Heide“ (Anlage 3, Überlassungsgegenstand) der Heinz Sielmann Stiftung (Empfängerin) zur naturschutzfachlichen Pflege und Nutzung gemäß den nachfolgenden Regelungen dieses Vertrages – insbesondere den Bestimmungen des Art. 3 – zu überlassen.
- (2) Die Empfängerin wird die überlassenen Flächen des Nationalen Naturerbes mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dauerhaft für den Naturschutz sichern.

Artikel 2

Laufzeit und Entgelt

- (1) Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Dauer geschlossen. Das Recht zur Kündigung gemäß Art. 11 bleibt unberührt.
- (2) Ein Pachtzins wird nicht erhoben.

Artikel 3

Zweck der Überlassung

- (1) Die Überlassung erfolgt mit der Maßgabe, dass die naturschutzfachliche Qualität der Grundstücke dauerhaft als Bestandteil des Nationalen Naturerbes der Bundesrepublik Deutschland gesichert und erhalten wird. Die Empfängerin verpflichtet sich, die in Anlage 1 formulierten naturschutzfachlichen Grundsätze einzuhalten, sofern sich diese mit dem strategischen Handlungskonzept¹ (Anlage 4) in der jeweils gültigen Fassung und mit aus Sicherheitsgründen erlassenen Anordnungen sowie mit der ordnungsbehördlichen Verordnung des Landkreises Ostprignitz-Ruppin zur Beschränkung des Betretens auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Wittstock vom 01. Juli 2011 (Anlage 5) vereinbaren lassen.

¹ Das Strategische Handlungskonzept (SHK) wurde vor Aufnahme der Überlassungsfläche in das Nationale Naturerbe erstellt, so dass unter Punkt 2.3 noch von einer forstwirtschaftlichen Nutzung der Liegenschaft ausgegangen wurde. Auf der Überlassungsfläche dieser Vereinbarung werden ausschließlich naturschutzfachliche Zielstellungen verfolgt. Bei einer ggf. notwendigen Fortschreibung des SHK wird dieses bei Punkt 2.3 berücksichtigt werden.

Das konkrete Management der Grundstücke ist dabei außerdem an den Schutzgebietsverordnungen und dem naturschutzfachlichen Leitbild (Anlage 2) auszurichten.

(2) Die Empfängerin wird auf den Flächen der Überlassenden folgende Maßnahmen umsetzen:

- Maßnahme „**Heidepflege**“ – Flächenbereitstellung zur Pflege von Trockenheiden
- Maßnahme „**Beweidung**“ – Flächenbereitstellung zur möglichen Durchführung eines Beweidungsprojekts
- Maßnahme „**Wildnisentwicklung**“ – Flächenbereitstellung zur Naturwaldentwicklung (Wildnisflächen)
- Maßnahme „**Besucherinformation**“ – Flächenbereitstellung zur Besucherinformation/-lenkung (sanfter Tourismus);
- Maßnahme „**Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit**“ – Die Empfängerin wird in Abstimmung mit der Überlassenden ein Kommunikationskonzept erarbeiten, das die wesentlichen Eckpfeiler der Naturschutzarbeit und die besondere, aus militärischer Vornutzung bedingte Belastungssituation sowie die damit verbundenen behördlichen Auflagen in den Überlassungsflächen beinhaltet.

(3) Der Bund hat das Recht, sich in Abstimmung mit der Empfängerin zu versichern, dass der Zweck der Überlassung gewahrt ist. Dazu bestätigt die Empfängerin jeweils am Ende eines Jahres die vertragsgemäße Verwendung der Einnahmen/Erlöse aus dem Management der Überlassungsfläche. Des Weiteren wird sich die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA) mindestens einmal im Jahr mit der Entwicklung des Nationalen Naturerbes befassen.

Artikel 4

Haftung

(1) Die Empfängerin übernimmt den Überlassungsgegenstand wie er steht und liegt. Die Überlassende übernimmt – vorbehaltlich der in Art. 5 getroffenen Regelung zu Altlasten und Kampfmittel etc. – keine Haftung/Garantie für Rechts- und/oder Sachmängel, insbesondere nicht für eine bestimmte Größe, Güte, Beschaffenheit oder Nutzungsmöglichkeit des Überlassungsgegenstandes.

(2) Vom Haftungsausschluss ausgenommen sind Ansprüche der Empfängerin

- wegen Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung der Überlassenden oder ihrer Erfüllungsgehilfen beruhen;
- wegen sonstiger Schäden, die auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Überlassenden oder ihrer Erfüllungsgehilfen beruhen.

Bei leichter Fahrlässigkeit haftet die Überlassende nur dann, wenn wesentliche oder vertragstypische Vertragsverpflichten (so genannte Kardinalpflichten, d.h. Pflichten, die die vertragsgemäße Durchführung erst ermöglichen) verletzt werden.

(3) Die Empfängerin haftet der Überlassenden für alle auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruhende Schäden, insbesondere auch für solche Schäden, die anderen Personen im Rahmen zulässiger Nutzung und rechtmäßigen Aufenthaltes auf dem Überlassungsgegenstand sowie der Überlassenden durch Verstöße gegen die Pflichten zur naturschutzfachlichen Unterhaltung oder Betreuung der Flächen oder aufgrund unsachgemäßen Umgangs mit der überlassenen Fläche – jeweils durch die Empfängerin oder von ihr eingesetzter bzw. beauftragter Dritter – entstehen. Vom Haftungsauschluss ausgenommen sind Ansprüche der Überlassenden analog Abs. 2. Soweit sich die Empfängerin Dritter, insbesondere Erfüllungsgehilfen, bedient, haftet sie nur für die sorgfältige Auswahl der von ihr beauftragten Dritten. Die Empfängerin schließt für Schäden eine Haftpflichtversicherung mit einer Haftungssumme von 1 Mio. € ab, deren Bestehen der Überlassenden einmal jährlich nachzuweisen ist. Die Höhe der Verpflichtung zum Schadensersatz je Schadensfall ist begrenzt auf die Versicherungssumme der Haftpflichtversicherung.

Artikel 5

Altlasten und Kostentragung

(1) Den Parteien ist bekannt, dass sich auf dem Überlassungsgegenstand schädliche Bodenveränderungen, Kampfmittel und/oder Altlasten im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) befinden. Die Empfängerin wird die Überlassende unverzüglich über von ihr festgestellte neue Funde von Kampfmitteln und/oder -resten unterrichten. Gleiches gilt für von ihr festgestellte, bisher nicht bekannte schädliche Bodenveränderungen und Altlasten.

(2) Den Parteien ist ferner bekannt, dass wegen schädlicher Bodenveränderungen oder Altlasten Maßnahmen nach den einschlägigen Gesetzen erforderlich werden können. Um eine zivile Nutzung des Überlassungsgegenstandes zu ermöglichen, wurde ein strategisches Handlungskonzept erstellt (Anlage 4). Die Parteien sind sich einig, dass Kosten für Maßnahmen zur Umsetzung des strategischen Handlungskonzepts – in erster Linie zur Gefahrenabwehr – von der Empfängerin bis zu einer Höhe von 200.000 € übernommen werden.

Kosten zur Beseitigung von Altlasten, schädlichen Bodenveränderungen, Kampfmitteln und/oder Kampfmittelresten, die nur deshalb entstehen, weil die Empfängerin Maßnahmen nach Art. 3 (2) durchführt oder den Nutzungsgrad der Flächen ändert (z.B. durch Errichtung eines Beweidungsgatters, Maßnahmen der Besucherinformation/-lenkung), werden von der Empfängerin getragen. Soweit Altlasten, schädliche Bodenveränderungen, Kampfmittel und/oder Kampfmittelreste vor dem Zeitpunkt des Besitz- und Lastenübergangs entstanden sind oder latent vorhanden waren und unabhängig von der Durchführung der in Art. 3 (2) genannten Maßnahmen oder der Änderung des Nutzungsgrades

bekannt werden und aufgrund ordnungsbehördlicher oder sonstiger unabweisbar erforderlicher Maßnahmen Kosten zur Beseitigung entstehen, sind diese – vorbehaltlich der Wertgrenze nach Satz 3 – nicht von der Empfängerin zu tragen.

(3) Die Unterhaltspflichten und -kosten für die auf der überlassenen Fläche notwendigen Sicherungseinrichtungen (Schilder, Schranken, Brandschutzsystem, Gebäudesicherung u. ä.) trägt die Empfängerin.

(4) Die Überlassende und/oder von ihr beauftragte Dritte sind berechtigt, die der Empfängerin überlassene Fläche im Rahmen ihrer Eigentümerrechte und -pflichten sowie aus dieser Vereinbarung folgenden Rechte und Pflichten jederzeit zu betreten und/oder zu befahren. Die Überlassende wird die Ausübung dieses Rechtes in geeigneter Weise abstimmen.

Artikel 6

Besitz- und Lastenwechsel

(1) Der Besitz am Überlassungsgegenstand geht, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart wird, zum 1. des Monats nach Unterzeichnung dieser Vereinbarung (Stichtag) auf die Empfängerin über. Gleiches gilt für Gefahren, Nutzen, Lasten und Verkehrssicherungspflichten mit Ausnahme solcher Gefahren, Lasten und Verkehrssicherungspflichten, die zum Stichtag auf bereits vorhandenen Altlasten, schädlichen Bodenveränderungen, Kampfmitteln und/oder Kampfmittelresten beruhen. Die Empfängerin stellt die Überlassende mit dem Stichtag von den genannten Verpflichtungen frei.

(2) Öffentliche Abgaben, Steuern, Erschließungs- und Anschlussbeiträge sowie sonstige Abgaben trägt die Empfängerin ab Besitzübergang.

(3) Soweit sich auf dem Überlassungsgegenstand bewegliche Sachen, insbesondere für die Jagdausübung (z.B. Hochsitze, Zaune) befinden, werden diese – soweit sie im Eigentum der Überlassenden stehen – nicht mitüberlassen. Die Empfängerin haftet nicht für Schäden, die durch nicht mit überlassene Sachen entstehen.

Artikel 7

Ausübung des Jagdrechts

Das Jagdrecht verbleibt der Überlassenden als Grundstückseigentümerin. Regelungen zur Jagdausübung werden in der zwischen Empfängerin und Überlassender zu schließenden Dienstleistungsvereinbarung (siehe Art. 10 Abs. 1) entsprechend der Vorgaben in den Anlagen 1 und 2 getroffen

Artikel 8

Sicherung der Zweckbestimmung; Überlassung der Flächen an Dritte; Rückabwicklung

- (1) Die der Empfängerin überlassenen Grundstücke der Liegenschaften „Kyritz-Ruppiner-Heide“ sind auf Dauer an den Zweck der Überlassung gebunden.
- (2) Die Aufgabe bzw. Nichteinhaltung der Zweckbindung oder die Überlassung der Flächen/Teilflächen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Überlassenden und des Bundes zulässig. Die Aufgabe bzw. Nichteinhaltung der Zweckbindung oder die Überlassung der Flächen/Teilflächen an Dritte durch die Empfängerin ohne die schriftliche Zustimmung berechtigt die Überlassende zur fristlosen Kündigung dieser Vereinbarung nach Maßgabe des Art. 11 (3) Satz 2, 1. Spiegelstrich.
- (3) Die Empfängerin ist gegenüber dem Bund für die dauerhafte Sicherstellung der Naturschutz-zweckbindung verpflichtet.
- (4) Ein Tausch von Teilflächen ist mit Zustimmung der Übertragenden und des Bundes möglich. Voraussetzung für einen Tausch ist, dass sich die Tauschflächen ebenfalls im räumlichen Zusammenhang mit dem Nationalen Naturerbe befinden.

Artikel 9

Bauliche Maßnahmen und Rückgabe

- (1) Zwischen der Überlassenden und der Empfängerin besteht Einigkeit darüber, dass die auf den Flächen der Überlassenden für die Durchführung der Maßnahmen gemäß Art. 3 (2) benötigten zusätzlichen Einrichtungen (z. B. Gatter für die Beweidungsflächen) nicht in das Eigentum der Überlassenden übergehen, vielmehr die Empfängerin die Einrichtungen nur zeitlich befristet, zu einem vorübergehenden Zweck im Sinne des § 95 Abs.1 BGB als Scheinbestandteil auf dem Grundstück aufstellen lässt.
- (2) Die Empfängerin ist verpflichtet, rechtzeitig vor Beendigung des Vertragsverhältnisses auf ihre Kosten die von ihr errichteten baulichen Einrichtungen zu beseitigen und den Vertragsgegenstand geräumt in ordnungsgemäßen Zustand zurückzugeben.

Artikel 10

Dienstleistungen der Überlassenden und Personalkostenübernahme

- (1) Das bislang für die Betreuung und Verwaltung des Überlassungsgegenstands eingesetzte Personal verbleibt bei der Überlassenden. Die der Überlassenden für dieses Personal (einschl. anteiliger zentraler Kosten) bis einschließlich 2044 entstehenden, flächenanteiligen Personalkosten (Überlas-

sungsfläche 4.000 ha) in Höhe von 9,49 Mio. € (ohne MwSt.) sind von der Empfängerin zu tragen. Die Empfängerin und die Überlassende sind sich einig, dass die Personalkosten durch Dienstleistungen der Überlassenden abgegolten werden. Näheres wird in einer Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Empfängerin und der Überlassenden geregelt.

(2) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass es sich bei den von der Empfängerin an die Überlassende zugesicherten Vergütungen ausschließlich um Personalkosten handelt. Fallen bei Dienstleistungen der Überlassenden Sachkosten an, werden diese von ihr zusätzlich in Rechnung gestellt.

(3) Bei einer einvernehmlichen Vertragsaufhebung oder einer ordentlichen/außerordentlichen Kündigung gemäß Art. 11 endet die Verpflichtung der Empfängerin zur Tragung der Personalkosten mit dem Tage der Wirksamkeit der Vertragsaufhebung bzw. Kündigung. Näheres wird ebenfalls in der Dienstleistungsvereinbarung geregelt.

Artikel 11

Vertragsbeendigung und Kündigung

(1) Die Parteien können die Vereinbarung jederzeit einvernehmlich aufheben.

(2) Die Vereinbarung kann schriftlich mit einer Frist von 6 Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

(3) Die Überlassende ist berechtigt, die Vereinbarung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen. Ein wichtiger Grund, der zur Kündigung der Vereinbarung durch die Überlassende berechtigt, liegt insbesondere vor, wenn

- die Empfängerin trotz schriftlicher Abmahnung und angemessen gesetzter Frist einen vertragswidrigen Gebrauch der Grundstücke [Art. 3 (1)] fortsetzt oder
- die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Empfängerin beantragt wird oder das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist oder
- eine gegen die Empfängerin erfolgte Zwangsvollstreckung aus Forderungen mangels Masse ganz oder teilweise erfolglos verlaufen ist oder
- gegen die Empfängerin die eidesstattliche Versicherung gemäß § 899 ZPO angeordnet ist oder
- die Empfängerin ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Überlassenden Rechte aus diesem Vertrag an einen Dritten überträgt oder die Nutzung des Vertragsgegenstandes oder eines Teiles des Vertragsgegenstandes einem Dritten überlässt oder
- die Empfängerin keine ausreichende Haftpflichtversicherung nachweist [Art. 4 (3)] oder
- der Versicherungsschutz nach Art. 4 (3) des Vertrages entfällt oder

- für die Überlassende die Fortsetzung der Vereinbarung eine unbillige Härte bedeuten würde.

(4) Die fristlose Kündigung muss schriftlich unter Angabe der Kündigungsgründe erklärt werden.

Artikel 12

Sonstige Bedingungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

(2) Zu diesem Vertrag wurden keine mündlichen Absprachen getroffen.

(3) Soweit eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, werden die übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen werden die Vertragsparteien gültige und durchführbare Bestimmungen vereinbaren, durch die der angestrebte Vertragszweck möglichst weitgehend erreicht wird.

Artikel 13

Gerichtsstand und anwendbares Recht

(1) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Ansprüche aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Bonn.

(2) Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht.

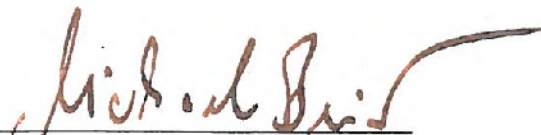
Anlagen

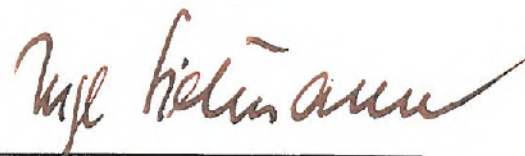
Dieser Vereinbarung sind folgende Anlagen beigelegt, die Bestandteil der Vereinbarung sind:

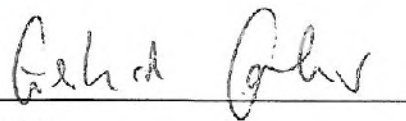
- Anlage 1:** Verfahren und Ziele für die langfristige naturschutzfachliche Entwicklung und Sicherung der Flächen des Nationalen Naturerbes
- Anlage 2:** Naturschutzfachliches Leitbild
- Anlage 3:** Karte der Überlassungsfläche
- Anlage 4:** Strategisches Handlungskonzept Kyritz-Ruppiner Heide
- Anlage 5:** Ordnungsbehördlichen Verordnung des Landkreises Ostprignitz-Ruppin zur Beschränkung des Betretens auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Wittstock vom 01. Juli 2011

Pfalzheim, 12. September 2012


Ort, Datum



Für die Heinz Sielmann Stiftung

Für die Heinz Sielmann Stiftung

Für das
Bundesministerium für Umwelt,
Reaktorsicherheit und Naturschutz

Für die
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Für die
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Erläuterungen

zu) Spalte Flächenempfänger

Übertragungen an Flächenverwaltungen von Ländern sowie an Kommunen sind innerhalb der staatlichen Ebene erfolgt. Sie werden in der vorgelegten Berichterstattung nicht aufgeführt.

zu) Spalte Fläche in ha

Die Bundesregierung hat die Maßnahme "Unentgeltliche Übertragung von Flächen des Nationalen Naturerbes" an die DBU, Länder, Naturschutzverbände und -stiftungen unter Beachtung der DAWI-Freistellungsregeln fortgesetzt. Mit Beschlüssen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 17.06.2015 sowie vom 28.06.2017 werden im Rahmen einer 3. Tranche an die DBU rd. 11.200 Hektar und an Länder, Naturschutzverbände und -stiftungen rd. 2.700 Hektar übertragen.

zu) Spalte Einnahmen/Ausgaben

BMUB hat auf Grundlage der Erfahrungen aus den ersten Jahren der Durchführung der Maßnahme Regeln für die jährliche Berichtspflicht durch die Flächenempfänger eingeführt: *"Innerhalb eines Berichtsjahres nicht verausgabte Einnahmen sind grundsätzlich an das Bundesumweltministerium abzuführen, können aber unter engen Voraussetzungen für überjährige Aufgaben im Rahmen der Erhaltung und Entwicklung des Nationalen Naturerbes verwendet werden. Voraussetzungen hierfür sind, dass 1) der geplante Verwendungszweck im Rahmen der Berichterstattung an BfN dezidiert dargelegt wird und hierfür konkrete Planungen/Maßnahmen/Verpflichtungen aus der mit BfN abgestimmten Naturerbe-Entwicklungsplanung bzw. dem abgestimmten Leitbild angeführt werden, dass 2) nicht verausgabte Einnahmen eines (Berichts-) Jahres grundsätzlich innerhalb eines darauffolgenden Zeitraumes von 3 Jahren eingesetzt werden. In diesem Zeitraum nicht verausgabte Einnahmen sind an das Bundesumweltministerium abzuführen. 3) Das Ansammeln von Überschüssen für einen längeren Zeitraum ist nur in Ausnahmefällen möglich, die gegenüber BfN zu begründen sind. 4) Die belassenen Einnahmen sind von den übrigen Haushaltsmitteln der Flächenempfänger zu trennen. Keinesfalls dürfen diese zur Zwischenfinanzierung anderweitiger Vorhaben dienen. Eventuelle Zinserträge sind ausschließlich für die konkreten Naturerbemaßnahmen/-verpflichtungen einzusetzen und in den jährlichen Berichterstattungen auszuweisen. Alternativ sind nicht verausgabte Einnahmen als Überschüsse in der Berichterstattung darzulegen und an das Bundesumweltministerium jährlich abzuführen "*

Auf die DBU Naturerbe GmbH treffen diese Regeln nicht zu. DBU Naturerbe GmbH legt BMUB einen jährlichen Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses vor. Eine Abführung von Überschüssen an den Bund ist im Fall der DBU Naturerbe GmbH nicht vorgesehen. Die Finanzierung der Naturerbeflächen durch die DBU Naturerbe GmbH ist dauerhaft defizitär und wird jährlich durch die Bereitstellung von Mitteln durch die DBU ausgeglichen.

NR.	Flächenempfänger	Fläche in ha	Einnahmen in €	Ausgaben in €	Verwendungszweck von Überschüssen	genehmigte Weiterüberübertragung von Flächen in ha	
						Abgang	Zugang
1	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Artenschutz eV (Agena)	11.7112	0.00	180.65			
2	DBU Naturerbe GmbH	59.907.5416	9.370.841.91	16.032.047.51			
3	Berlin	5.4847	0.00	0.00			
4	Deutsche Wildtier Stiftung	1.191.6055	51.074.00	133.223.00			
5	Förderverein Feldberg-Uckermärkische Seenlandschaft eV	1.255.2030	66.577.80	46.818.81	Deckung negativer Vorträge der letzten Jahre		
6	Förderverein Naturpark Niederlausitzer Landrücken eV	3.4892	0.00	0.00			
7	Gemeinde Eching, Stadt Garching	433.1563	39.656.00	41.168.00			
8	Heinz Sielmann Stiftung TH	54.4673	6.828.43	35.205.60			
9	Heinz Sielmann Stiftung BB (Sielmanns Naturlandschaft Döberitzer Heide gGmbH)	4.006.2197	266.096.59	608.345.01			
10	Horst Richard Kettner Stiftung	217.4602	10.672.82	14.162.12			
11	Kranichschutz Deutschland gGmbH	92.1573	11.829.52	7.149.72	Grabenräumung und Errichtung Greifvogelwarte in 2018		
12	Kulturlandschaft Uckermark eV	319.5400	56.090.07	60.876.19		5.4275	5.674
13	Kulturstiftung Dessau-Wörlitz	3.9972	185.00	185.00			
14	Landschafts-Förderverein Nuthe-Nieplitz-Niederung eV	18.0002	10.857.19	15.389.78			
15	Landschaftsförderverein Oberes Rhinluch eV	17.3384	290.00	183.00	Überschuss an BMUB abgeführt		
16	Landschaftspflegeverband BR Thüringische Rhön eV	74.9071	2.916.00	1.275.00	Erstellung Pflege- und Entwicklungsplan 2018/2019		
17	Landschaftspflegeverband Mecklenburger Agrarkultur eV	44.5336	29.899.82	5.315.15	genehmigter Flächenkauf Lüethburger Graben		
18	Landschaftspflegeverband Rügen eV	302.8374	6.740.56	20.673.42			
19	Landschaftspflegeverein Mittelbrandenburg eV	37.3297	109.44	1.229.61			
20	Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur	858.6961	9.380.44	18.560.50			
21	NABU Kreisverband Stendal	137.2979	862.30	7.048.44			
22	NABU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern eV	673.3828	32.740.34	34.075.74			
23	NABU-Stiftung Nationales Naturerbe	7.235.3944	446.645.91	466.467.92		77.0741	78.9623
24	Naturschutzverein Elsteraue Falkenberg/Elster eV	16.2597	0.00	0.00			
25	Naturstiftung David - Stiftung des BUND Thüringen	73.1311	14.046.04	2.107.51	Personalkosten BImA 2017 u. 2018 / Naturerbeentwicklungsplan		
26	Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege	1.089.0000	0.00	108.268.00			
27	Paul-Feind-Stiftung	279.0000	3.660.56	2.907.31	Managementmaßnahmen und Pflegevorhaben 2018		
28	Stiftung August Bier für Ökologie und Medizin	29.6606	5.568.57	5.809.91			
29	Stiftung Europäisches Naturerbe / Euronatur	60.3226	1.339.31	9.745.38			
30	Stiftung Hessisches Naturerbe des NABU-Landesverbandes Hessen	364.9028	31.193.55	60.157.25			
31	Stiftung Naturlandschaften Brandenburg	16.0787	0.00	463.40			
32	Stiftung Naturschutz Thüringen	3.987.6186	188.157.00	549.795.00			
33	Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein	874.2074	138.657.00	174.406.22			
34	Stiftung Pro Artenvielfalt	88.8352	2.206.06	3.775.60			
35	Stiftung Reepsholt f. Naturschutz u. umweltgerechte Ressourcennutzung	154.3049	6.964.46	9.391.11			
36	Stiftung Umwelt, Natur und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt	4.071.4394	412.343.80	586.844.79			
37	Stiftung Umwelt und Naturschutz MV - Stiftung des Landes MV	1.135.4000	135.215.77	43.446.89	Grunderwerb zur Arrondierung der vorhandenen NNE-Kulisse		
38	Stiftung Wälder für Morgen	1.040.4937	47.973.48	156.389.66			
39	ThüringenForst	490.7465	2.000.00	23.655.00			
40	Umweltstiftung WWF	2.020.7719	99.756.71	132.534.52			
41	Vogelschutz-Komitee e.V.	506.2119	9.657.26	40.309.64		0.611	0.9135

NR.	Flächenempfänger	Fläche in ha	Einnahmen in €	Ausgaben in €	Verwendungszweck von Überschüssen	genehmigte Weiterüberübertragung von Flächen in ha	
						Abgang	Zugang
1	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Artenschutz eV (Agena)	11.7304	0.00	129.73			
2	DBU Naturerbe GmbH	59,907.5416	7,830,672.25	15,283,898.59			
3	Berlin	5.4847	175.50	240.00			
4	Deutsche Wildtier Stiftung	1,191.6055	49,610.72	95,173.06			
5	Förderverein Feldberg-Uckermärkische Seenlandschaft eV	1,255.2030	35,648.29	30,216.31	Flächenkäufe		
6	Förderverein Naturpark Niederlausitzer Landrücken eV	3.4892	0.00	0.00			
7	Gemeinde Eching, Stadt Garching	433.1563	33,383.91	77,259.53			
8	Heinz Sielmann Stiftung TH	54.4673	7,411.65	36,177.17		5.7844	9.3198
9	Heinz Sielmann Stiftung BB (Sielmanns Naturlandschaft Döberitzer Heide gGmbH)	4,006.2197	277,731.33	692,557.37		2.6011	6.1445
10	Horst Richard Kettner Stiftung	217.4602	10,672.82	13,270.50			
11	Kranichschutz Deutschland gGmbH	92.1573	23,356.11	11,983.64	Biotoplenkende Maßnahmen 2018/2019 (Grabenräumung, Errichtung von Greifvogelwarten, Mahd inkl Abtransport)		
12	Kulturlandschaft Uckermark eV	319.5400	59,163.39	53,154.06	Biotopersteinrichtende Maßnahmen Europäische Sumpfschildkröte 2018		
13	Kulturstiftung Dessau-Wörlitz	3.9972	185.00	185.00			
14	Landschafts-Förderverein Nuth-Nieplitz-Niederung eV	18.0002	44,166.15	45,277.64		9.3976	16.0952
15	Landschaftsförderverein Oberes Rhinluch eV	17.3384	289.62	182.75	wird an die Bundeskasse abgeführt		
16	Landschaftspflegeverband BR Thüringische Rhön eV	74.9071	2,915.94	2,088.00	Erstellung PEPL 2018/2019		
17	Landschaftspflegeverband Mecklenburger Agrarkultur eV	44.5336	30,474.02	4,194.52	genehmigter Flächenkauf Luethburger Graben		
18	Landschaftspflegeverband Rügen eV	302.8374	16,603.81	88,043.92			
19	Landschaftspflegeverband Mittelbrandenburg eV	37.3297	93.06	2,492.01			
20	Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur	858.6961	39,116.87	12,897.98	Flächenkäufe, dauerhafte Pacht 2020, Moorrenaturierung 2018, Kunstbauten zum Prädatorenmanagement 2018	1.03	1.0301
21	NABU Kreisverband Stendal	137.2979	862.30	2,548.44			
22	NABU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern eV	676.9850	22,659.66	31,471.71		9.5664	8.1767
23	NABU-Stiftung Nationales Naturerbe	7,235.3944	552,680.00	369,345.36	Rückbau von Gebäuden	8.8535	15.8044
24	Naturschutzverein Elsteraue Falkenberg/Elster eV	16.2597	0.00	0.00			
25	Naturstiftung David - Stiftung des BUND Thüringen	73.1311	21,690.20	7,314.78	Waldmonitoring, Verkehrssicherung, Kartierung 2018/2019		
26	Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege	1,135.3368	48,466.78	169,855.34			
27	Paul-Feind-Stiftung	279.0000	13,252.79	4,570.56	Biotopmanagementmaßnahmen in Wäldern (pflegeabhängiger Lebensraumtyp) und auf Kalkmagerrasen (Entkusseln) 2019		
28	Stiftung August Bier für Ökologie und Medizin	29.6606	5,568.57	5,869.70		0.1226	0.13
29	Stiftung Europäisches Naturerbe / Euronatur	60.3226	210.00	3,979.77			
30	Stiftung Hessisches Naturerbe des NABU-Landesverbandes Hessen	364.9028	13,604.51	37,174.46			
31	Stiftung Naturlandschaften Brandenburg	16.0787	0.00	473.37		0.0634	
32	Stiftung Naturschutz Thüringen	3,987.6186	125,942.93	541,184.91			
33	Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein	874.2074	49,871.52	109,955.50			
34	Stiftung Pro Artenvielfalt	88.8352	2,206.06	3,253.28			
35	Stiftung Reepsholt f. Naturschutz u. umweltgerechte Ressourcennutzung	154.3049	14,944.70	27,082.07			
36	Stiftung Umwelt, Natur und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt	4,071.4394	259,617.34	363,060.23			
37	Stiftung Umwelt und Naturschutz MV - Stiftung des Landes MV	1,164.6552	98,638.80	216,106.22		28.5064	33.1125
38	Stiftung Wälder für Morgen	1,040.4937	69,743.25	197,769.25			
39	ThüringenForst	490.7465	10,600.00	35,100.00			
40	Umweltstiftung WWF	2,020.7719	185,519.19	307,440.37		0.1981	0.1981
41	Vogelschutz-Komitee e.V.	506.2119	16,951.08	201,794.45		0.2252	0.214



**Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:
Berichterstattung nach dem
DAWI-Rahmen von 2012**

**„Sonstige Wirtschaftszweige – Naturschutz und Landschaftspflege“
(Beschluss der Kommission: NN 8/2009 vom 02. Juli 2009) –
Nationales Naturerbe**

- 1. Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen als DAWI definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der DAWI, für die eine Betrauung erfolgte.**

Bei der Dienstleistung handelt es sich um die Erhaltung von Flächen von besonderem naturschutzfachlichem Wert gemäß vertraglich definierter Naturschutzverpflichtungen durch unentgeltliche Übertragungen von bundeseigenen Flächen des Nationalen Naturerbes an Naturschutzverbände und -stiftungen im Rahmen der Initiative der Bundesregierung zur Sicherung des Nationalen Naturerbes.

- 2. Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.**

Die ausdrückliche Betrauung mit Erbringung der DAWI erfolgt durch den Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung zwischen Flächenempfänger und dem Bund.

Die Übertragung erfolgt mit der Maßgabe, dass der Flächenempfänger die naturschutzfachliche Qualität der Flächen dauerhaft als Bestandteil des Nationalen Naturerbes der Bundesrepublik Deutschland sichert und erhält. Der Empfänger verpflichtet sich, die als Anlage zur vertraglichen Vereinbarung formulierten naturschutzfachlichen Grundsätze einzuhalten. Der Empfänger haftet gegenüber dem Bund



Seite 2

für die dauerhafte Sicherstellung der Naturschutzzweckbindung der Flächen.

Die Flächenübertragung erfolgt durch:

- Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung zwischen Flächenempfänger, abgebender Bundeseinrichtung, Bundesland und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit,
- notarielle Beurkundung der Flächenübertragung,
- Sicherung des Übertragungszweckes durch Eintragung im Grundbuch (bei Naturschutzverbänden und -stiftungen).

Anlage 1

Beispiel Rahmenvereinbarung zur Übertragung von Flächen der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

Anlage 2

Beispiel Vereinbarung zur Übertragung von Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (im Folgenden: BImA)

Die Übertragung von Flächen an die DBU Naturerbe GmbH erfolgt durch einen Schenkungsvertrag zwischen abgebender Bundeseinrichtung und DBU Naturerbe GmbH.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 14.12.2011 zur 2. Tranche des Nationalen Naturerbes beschlossen, dass alternativ zur Flächenübertragung auch eine dauerhafte Überlassung von BImA-Flächen an Länder und Verbände erfolgen kann (unter Maßgabe der Personalkostenübernahme und begrenzter Haftung) durch Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung. Diese Regelung



Seite 3

findet auch bei der am 17. Juni 2015 beschlossenen 3. Tranche des Nationalen Naturerbes Anwendung.

Anlage 3

Beispiel Überlassungsvereinbarung für eine Liegenschaft der BImA

- 3. Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren) und Anteil der Betrauungen (in %), deren Dauer zehn Jahre überschreitet. Bitte erläutern Sie ggfs. wie eine Dauer von mehr als 10 Jahren zu rechtfertigen ist.**

Die Betrauungsdauer ist entsprechend der dauerhaften Naturschutzzweckbindung der Flächen für alle Flächenempfänger unbefristet.

- 4. Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.**

Ausschließliche oder besondere Rechte werden nicht gewährt.

- 5. Welche Beihilfeinstrumente wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien, usw.)**

Unentgeltliche Übertragung der Eigentumsrechte an Flächen

- 6. Angaben zum typischen Ausgleichsmechanismus und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.**

Kostenallokationsmethode

Den Einnahmen durch die Erbringung der DAWI-Betrauung stehen Kosten gegenüber, die die Flächenempfänger auf den übertragenen



Flächen aufbringen müssen. Das sind also alle Kosten für die dauerhafte Sicherung der naturschutzfachlichen Qualität der Flächen als Bestandteil des Nationalen Naturerbes der Bundesrepublik Deutschland.

Beim Nationalen Naturerbe sind die Einnahmen aus den wirtschaftlichen (Naturschutz-)Tätigkeiten auf den Flächen die einzige Möglichkeit für die Naturschutzorganisationen, die mit den Naturschutzverpflichtungen verbundenen Kosten zu decken. Für die Tätigkeiten werden keine Subventionen gewährt; die Subvention besteht vielmehr darin, dass die Tätigkeiten auf den unentgeltlich übertragenen Flächen ausgeübt werden können.

7. Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Falls die Einnahmen aus der Nutzung der Flächen (=naturschutzfachliche Pflege und Entwicklung) die Kosten übersteigen, muss die Differenz vollständig für den Schutz und die Förderung des Nationalen Naturerbes verwendet oder aber an den Bund abgeführt werden.

Die Empfänger müssen jährlich einen Bericht vorlegen, wie die Einnahmen verwendet wurden.

Eine Weiterübertragung (Verkauf) bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, im Falle des Verkaufs einer Fläche der BImA auch der Zustimmung dieser Bundeseinrichtung. Der sich daraus ergebende Erlös muss in die Pflege und Entwicklung der (im Eigentum des Verkäufers verbliebenen) Nationalen Naturerbe-Flächen oder den Erwerb von gleich- oder höherwertigen Flächen reinvestiert werden. Geschieht



Seite 5

dies nicht, ist der Verkaufserlös an die abgebende Bundeseinrichtung abzuführen.

Die DBU Naturerbe GmbH ist als staatliche Naturschutzorganisation vertraglich dazu verpflichtet, Einnahmen, die sie in Zusammenhang mit der Erreichung der naturschutzfachlichen Zielstellung erzielt, ausschließlich zum Erhalt und zur Entwicklung des nationalen Naturerbes einzusetzen. Die DBU Naturerbe GmbH erstellt einen jährlichen Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft, den sie der Bundesregierung vorlegt.

Die DBU Naturerbe GmbH darf die an sie übertragenen Flächen nicht an Dritte weiterübertragen.

- 8. Erläutern Sie bitte kurz, wie die Transparenzanforderungen (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen die außerhalb des Anwendungsbereichs der DAWI noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise).**

Die Förderhöchstgrenze von 15 Mio. Euro wird von den jeweiligen Flächenempfängern nicht überschritten.

- 9. Höhe der gewährten Beihilfen. Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR).**

In ihrer Beihilfeentscheidung hat die Kommission festgestellt, dass sich der Wert der Flächen nur schwer beziffern lässt (Rn 44 Entscheidung NN8/2009) und deshalb die durch die Nutzung der Flä-



Seite 6

chen erzielbaren Einnahmen bei der Überprüfung der Überkompensation im Sinne des DAWI-Rahmens zugrunde gelegt werden (Rn 80 Entscheidung NN8/2009).

10. Zusätzliche – ggf. geschätzte – quantitative Informationen (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebeträg, Größe der Unternehmen)

Anlage 4

Liste der Flächenempfänger mit ha-Zahl übertragener Fläche, Einnahmen, Ausgaben und Verwendungszweck für Überschüsse, Genehmigung von Weiterübertragungen, in 2016 und 2017

Die Anlage 4 dient zugleich der Berichterstattung gemäß Punkt 3.3.2.4 der Entscheidung NN 8/2009.

Projekt/Maßnahme	2016				
	Zuwendung Bund	Zuwendung Land	Einnahmen	Ausgaben	Verwendung überschüssiger Einnahmen
Baar (BW) Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis	212,826.00	42,565.00			
Altmühlleiten (BY) Zweckverband Naturschutzgroßprojekt Alt- mühlleiten bestehend aus den Landkreisen Eichstätt und Kelheim, Stadt Papenheim und Gemeinde Solnhofen	235,316.00	86,524.00			
Allgäuer Moorallianz (BY) - Phase II Zweckverband Naturschutzgroßprojekt Allgäuer Moorallianz bestehend aus Landkreise Ostallgäu und Oberallgäu	608,688.00	121,738.00	2,381.49	2,381.49	Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Untere Havelniederung (BB und SNA) Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V. Vogelsberg	2,625,886.00	630,213.00	43,969.57	43,969.57	Die Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	907,189.00	348,919.00			
Senne und Teutoburger Wald Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald Zusammensetzung: Stadt Bielefeld, Kreise Gütersloh, Hochsauerlandkreis, Höxter, Lippe und Paderborn	761,536.00	217,582.00	35,700.13	35,700.13	Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Bienwald Landkreis Germersheim in Zusammenarbeit mit Landkreis Südliche Weinstraße	506,776.93	144,793.41	1,402.09	1,402.09	Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Obere Ahr - Hocheifel Landkreis Ahrweiler	372,502.00	120,515.00	2,399.33	2,399.33	Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Landschaft der Industriekultur Nord Zweckverband "Landschaft der Industriekultur Nord" bestehend aus den Städten Friedrichsthal und Neunkirchen, den Gemeinden Illingen, Merchweiler, Quierschied, Schiffweiler, dem Landkreis Neunkirchen und der Industriekultur Saar GmbH	963,150.00	192,630.00			
Osterzgebirge Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	429,845.00	185,164.00			
Mittlere Elbe (ST) WWF e.V.	1,664,527.00	229,405.00	4,643.13	4,643.13	Die Einnahmen werden auf die Zuwendung angerechnet
Thüringische Rhönhutungen (TH) Landschaftspflegeverband Biosphärenreservat Thüringische Rhön e.V.	87,884.00	17,577.00			
Hohe Schrecke (TH) Naturstiftung David	988,020.00	197,604.00	7,729.35	7,729.35	Die Einnahmen werden auf die Zuwendung angerechnet
Gutachtererstellung Ost. Boddenlandschaft (SH)					
Kellerwald Zweckverband Kellerwald-Edersee bestehend aus Gemeinden Edertal, Gilserberg, Haina, Jesberg, Vöhl, Bad Zwesten und die Städte Frankenau, Gemünden (Wohra), Waldeck und Bad Wildungen sowie die Landkreise Schwalm- Eder und Waldeck-Frankenberg	382,850.00	146,544.22			
Gutachtererstellung Ost. Boddenlandschaft (SH)					
Workshop "chance.natur" hausinterne Mittelbereitstellung	28,023.37				
Progrmmunterstützende ÖA "chance.natur" (NW), Intention GmbH	54,383.38				
Überarbeitung Leitfaden "chance.natur", Kontext umwelt. Die Wissenschaftsredaktion					
Evaluierung abgeschlossener Naturschutz- großprojekte, hier: Krähenbeer Küstenheiden, Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung mbH	100,000.00				
Summe	10,929,402.68	2,681,773.63	98,225.09	98,225.09	

Projekt/Maßnahme	2017				
	Zuwendung Bund	Zuwendung Land	Einnahmen	Ausgaben	Verwendung überschüssiger Einnahmen
Baar (BW) Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis	30,189.00	6,038.00			
Altmühlleiten (BY) Zweckverband Naturschutzgroßprojekt Alt- mühlleiten bestehend aus den Landkreisen Eichstätt und Kelheim, Stadt Papenheim und Gemeinde Solnhofen	616,847.00	226,810.00			
Allgäuer Moorallianz (BY) - Phase II Zweckverband Naturschutzgroßprojekt Allgäuer Moorallianz bestehend aus Landkreise Ostallgäu und Oberallgäu	645,389.00	129,078.00			
Untere Havelniederung (BB und SNA) Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.	2,342,784.00	562,268.00	51,258.49	51,258.49	Die Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen
Vogelsberg Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	646,874.00	248,798.00			
Senne und Teutoburger Wald Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald Zusammensetzung: Stadt Bielefeld, Kreise Gütersloh, Hochsauerlandkreis, Höxter, Lippe und Paderborn	399,192.00	114,055.00			
Bienwald Landkreis Germersheim in Zusammenarbeit mit Landkreis Südliche Weinstraße	1,514,684.75	432,767.07			
Obere Ahr - Hocheifel Landkreis Ahrweiler	622,911.00	201,531.00			
Landschaft der Industriekultur Nord Zweckverband "Landschaft der Industriekultur Nord" bestehend aus den Städten Friedrichsthal und Neunkirchen, den Gemeinden Illingen, Merchweiler, Quierschied, Schiffweiler, dem Landkreis Neunkirchen und der Industriekultur Saar GmbH	1,134,419.00	226,884.00			
Osterzgebirge Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	385,255.00	165,956.00			
Mittlere Elbe (ST) WWF e.V.	2,106,355.00	524,771.00	6,953.11	6,953.11	Die Einnahmen werden auf die Zuwendung angerechnet
Hohe Schrecke (TH) Naturstiftung David	798,314.00	159,663.00	385,513.25	385,513.25	Projekteinnahmen wurden für Projektzwecke belassen und ggf. auf die Zuwendung angerechnet.
Gutachtenerstellung Ost. Boddenlandschaft (SH)	644.08				
Kellerwald Zweckverband Kellerwald-Edersee bestehend aus Gemeinden Edertal, Gilserberg, Haina, Jesberg, Vöhl, Bad Zwesten und die Städte Frankenau, Gemünden (Wohra), Waldeck und Bad Wildungen sowie die Landkreise Schwalm- Eder und Waldeck-Frankenberg	317,200.00	122,000.00			
Gutachtenerstellung Ost. Boddenlandschaft (SH)	644.08				
Workshop "chance.natur" hausinterne Mittelbereitstellung	28,540.05				
Progrmmunterstützende ÖA "chance.natur" (NW), Intention GmbH					
Überarbeitung Leitfaden "chance.natur", Kontext umwelt. Die Wissenschaftsredaktion	2,103.44				
Evaluierung abgeschlossener Naturschutz- großprojekte, hier: Krähenbeer Küstenheiden, Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung mbH	20,337.56				
Summe	11,612,682.96	3,120,619.07	443,724.85	443,724.85	



**Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:
Berichterstattung nach dem
DAWI-Rahmen von 2012**

**„Sonstige Wirtschaftszweige – Naturschutz und Landschaftspflege“
(Beschluss der Kommission: NN 8/2009 vom 02. Juli 2009) –
Naturschutzgroßprojekte**

1. Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen als DAWI definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der DAWI, für die eine Betrauung erfolgte.

Bei der Dienstleistung handelt es sich um das Bundesprogramm „chance.natur – Bundesförderung Naturschutz“. Es dient der Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung. Mit dem Programm wird ein Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Erhaltung des Naturerbes in Deutschland geleistet.

Im Rahmen der Projekte werden naturraumtypische Lebensräume erhalten oder wiederhergestellt und die in ihnen vorkommenden wildlebenden Arten geschützt, indem Flächen erworben und Maßnahmen durchgeführt werden, um die Situation gefährdeter Arten und Biotope zu verbessern und zu sichern.

Das Programm trägt zur Erfüllung supranationaler Naturschutzziele bei, wie z. B. zur Verwirklichung des EU-Ziels, einen weiteren Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen, und zum langfristigen Schutz von Natura-2000-Gebieten der Europäischen Union.

2. Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn standardisierte Muster für Betrauungen verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.



Die Betrauung erfolgt über die Bewilligung einer Zuwendung für ein konkret beantragtes Projekt. Die Bewilligung erfolgt in der Regel mittels Verwaltungsakt (Zuwendungsbescheid). Standardisierte Muster für diese Betrauungen existieren nicht, da die Projektziele und insbesondere die fachlich-inhaltlichen Anforderungen je nach Projekt variieren.

3. Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren) und Anteil der Betrauungen (in %), deren Dauer zehn Jahre überschreitet. Bitte erläutern Sie ggfs. wie eine Dauer von mehr als 10 Jahren zu rechtfertigen ist.

Die Dauer der Betrauungen beläuft sich im Durchschnitt auf 10,04 Jahren. Der Anteil der Betrauungen, deren Dauer 10 Jahre überschreitet, beträgt ca. 29%. Hierbei handelt es sich um Projekte, deren Umsetzung nach anerkannten naturschutzfachlichen Grundsätzen einen längeren Zeitraum erfordert.

4. Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.

Ausschließliche oder besondere Rechte werden im Rahmen der Projektförderung nicht gewährt.

5. Welche Beihilfeinstrumente wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien, usw.)

Es handelt sich um Zuwendungen in der Form von Projektförderungen. Dabei handelt es sich um nicht rückzahlbare Zuwendungen, die auf Ausgabenbasis bewilligt werden.



6. Angaben zum typischen Ausgleichsmechanismus und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Im Vorfeld der Projektförderung werden alle für die Durchführung erforderlichen Ausgaben kalkuliert und in einen Finanzierungsplan eingestellt.

Auf der Basis dieses Finanzierungsplanes erfolgt die Bewilligung der Zuwendung. Die Zuwendung erfolgt nur für diejenigen Ausgaben, die ausschließlich zur Durchführung des Projektes notwendig sind. Nur für diese konkret bewilligten Ausgaben darf auch ein Mittelabruf d.h. eine Auszahlung der Zuwendung erfolgen (Net-avoided-cost-Methode).

7. Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen

Zuwendungen können grundsätzlich nur bis zur Höhe der jährlich bewilligten Mittel ausgezahlt werden.

Die Zuwendungsempfänger erstellen jährlich einen Sachbericht über die Projektdurchführung sowie einen zahlenmäßigen Verwendungsnachweis über alle erhaltenen Zuwendungen. Darin sind alle für die Projektdurchführung geleisteten Zahlungen bzw. Ausgaben in dem jeweiligen Nachweiszeitraum einzeln aufzuführen und zu belegen.

Sofern für einzelne Ausgaben keine Bewilligung erfolgt ist oder Zahlungen nicht eindeutig dem Projekt zugeordnet werden können, wird dies im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise beanstandet und die entsprechenden Mittel werden zurückgefordert

8. Erläutern Sie bitte kurz, wie die Transparenzanforderungen (siehe Rand. Nr. 60 des DAWI-Rahmens von 2012), erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem



Zweck veröffentlichte Informationen an (z.B. Link zu Websites oder andere Verweise).

Sämtliche Zuwendungen werden inklusive Darstellung des Vorhabens, Zuwendungsempfängers und Finanzvolumens des Projektes unter <http://www.bfn.de/19479.html> ausführlich dargestellt.

9. Höhe der gewährten Beihilfen. Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR).

A: Von zentralen Behörden ausgezahlter Beihilfebetrags (in Mio. EUR)

Kalenderjahr 2016: 10,929 Mio. EUR

Kalenderjahr 2017: 11,613 Mio. EUR

B: Von regionalen Behörden ausgezahlter Beihilfebetrags (in Mio. EUR)

Kalenderjahr 2016: 2,682 Mio. EUR

Kalenderjahr 2017: 3,121 Mio. EUR

C: Von lokalen Behörden ausgezahlter Beihilfebetrags (in Mio. EUR)

Kalenderjahr 2016: 0 Mio. EUR

Kalenderjahr 2017: 0 Mio. EUR.

10. Zusätzliche – ggf. geschätzte – quantitative Informationen (z.B. Anzahl der Begünstigten, durchschnittlicher Beihilfebetrags, Größe der Unternehmen)

Anzahl der Begünstigten: 20

Diesem Bericht ist eine Tabelle beigelegt, in der die geförderten Projekte, die dafür geleisteten Ausgaben und die daraus resultierenden Einnahmen dargestellt sind. Die Einnahmen werden mit den



Seite 5

Projektausgaben verrechnet. Diese Anlage dient zugleich der Berichterstattung gemäß Punkt 3.3.2.4 der Entscheidung NN 8/2009.

Eine Weiterübertragung von mit Fördermitteln erworbenen Flächen wurde nicht genehmigt.

Anlage

Übersicht der geförderten Maßnahmen im Zeitraum von 2016 bis 2017